REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 452 · 5.7.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. global action!
2. Lust auf Gewalt? Erschießung eines Demonstranten beim EU-Gipfel in Göteborg
3. Militanz und Kommunikation. Der G8-Gipfel in Genua und die subversiven Aktionen der tute bianche - Luca Casarini
4. Virtuosen der Taktik, Dilettanten der Strategie. Die Berliner PDS auf dem Weg in die rot-rote Koalition - Martin Reeh
5. Umzingelt von Feinden. BND nimmt "Illegale Migration" ins Visier - Dominique John (FFM)
6. Wer ging offline? Eine Bilanz der online-Demonstration gegen die Lufthansa - Anne Morell
7. Gott, Geld, Gentechnik - und ein paar Linke. Impressionen vom Evangelischen Kirchentag - Martin Bayer
8. Selektion in der Petrischale - Sigrid Graunmann
9. Die Sozialpflichtigkeit der Reproduktion. Embryonale Stammzellenforschung - Ingrid Schneider
10. Männerrollen oder Männlichkeiten? Zwei Ansätze der kritischen Männerforschung - Christoph Berens und Rolf Tiemann
11. Heiße Tage in Genua. G8-Gipfel: Die Festung wird belagert - Js.
12. Rauchende Colts im IKEA-Land. Professionelle Gewalttäter der schwedischen Polizei versuchen EU-GegnerInnen zu spalten - Joachim Kolb
13. Neoliberalismus - Globalisierung - Staat. Spannungsfelder und Herausforderungen internationalen Protests - Markus Wissen
14. Hat die Globalisierung ein Geschlecht? Ver- und Entgeschlechtlichung im "globalen Zeitalter" - Nicole Vrenegor
15. Protesttouristisches Event-hopping und Herrschaftskritik. Die Rehabilitation von Protest und "strategischer Anti-Neoliberalismus" - Ulrich Brand
16. Verschuldet wie ein Argentinier. Wirtschaftskrise und Mafiotisierung als Folge neoliberaler Experimente - Juan Eduardo Gehring
17. Ein Land in Aufruhr. Algerien: Soziale Proteste erschüttern das Regime - Bernhard Schmid
18. Neuer Drang nach Osten. Der Weg in die Geopolitik des sozialen Krieges - Detlef Hartmann
19. Der Kriegsminister als Friedensstifter. Fischers Nahost-Diplomatie als Teil "aufgeklärter" Großmachtpolitik - Achim Rohde
20. Sturmreif geschossen. NATO und EU helfen Mazedonien entlang ethnischer Grenzen zu teilen - Boris Kanzleiter
21. "Aufstachelung zu Hass und Feindschaft ..." Istanbul: Prozess wegen sexueller Folter erneut vertagt - Edit Lass
22. Fiji nach dem Putsch und vor den Wahlen. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil III) - Vo.
23. Wer war die Frankfurter Schule? - Christoph Görg
24. Entsorgte Vergangenheit. Zur Geschichte der Krititischen Theorie in der Nachkriegszeit - Christoph Görg
25. Jagdtrophäen fürs Dienstzimmer. Berliner RZ-Prozess: Szenen vor dem Saal 500 - Leon Grabowski
26. Kronzeuge Tarek Mousli im Zeugenstand: Märchenstunden vor Gericht
27. "Goldene Hakenkralle": Zehntausende Telefonate abgehört. BKA und Verfassungsschutz ermitteln gegen Anti-AKW-Bewegung - Berliner GenossInnen
28. Rücke vor bis auf Los! Die Anti-Atom-Bewegung nach dem "Atomkonsens" - Jochen Stay
29. Dienstleistung: Grenz-über-schreitung (Austellung) - Geral Rainig
30. Patriotische Sinnstiftung. "Pearl Harbor" im Kino - Alexander Neumann
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit
32. "Wahlverwandtschaft Finanzkoop" - Nicole Vrenegor
33. Zwischen Kasse und Cockpit. Zwei Welten: Tarifabschlüsse im Handel und bei der Lufthansa - gw.
34. Double Critique. Warum Deutsche keine Juden wahrnehmen können - Achim Rohde

35. Korrektur zu "Die neofaschistische Gefahr bleibt", ak 450
36. Home, sweet home. Identitätsdiskurs als Urlaubslektüre - Dirk Hauer
37. AUFGEBLÄTTERT
38. KALENDER
39. EDITORIAL
40. Quelldatei spalte.htm

1. global action!

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/global.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:global

So schnell kann es gehen: Wie ausdem Nichts erobert die "erste soziale Bewegung der Postmoderne" (Der Spiegel) jetzt auch in Deutschland die Titelseiten der Zeitungen. Seit dem großen Knall beim EU-Gipfel in Göteborg scheint der Sturz der Regierungen, die die neoliberale Globalisierung vorantreiben, kurz bevor zu stehen. Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, glaubt man den Beschwörungen von Medien und PolitikerInnen, die in der "Antiglobalisierungsbewegung" ein systembedrohendes gewalttätiges Monster erkannt haben, das sie flugs zum Staatsfeind Nr. 1 erklären.

Niemand ist vom Medien-Hype so überrascht wie die AkteurInnen der Proteste selbst. Denn so schnell wie die Bewegung herbei geschrieben wird, geht es real natürlich nicht. Nichts wäre falscher als die große Aufmerksamkeit, die den "GlobalisierungsgegnerInnen" derzeit zukommt, für einen Selbstbetrug zu nutzen und zu glauben, es bestehe tatsächlich so etwas wie eine neue antikapitalistische linke soziale Bewegung. Denn diese gibt es - zumindest in Deutschland - bisher nicht.

Die wenigen lokalen Gruppen und bundesweiten Netzwerke, die sich im Kontext der "Antiglobalisierungsproteste" verorten, sind heute im wesentlichen nicht besser organisiert als bisher - also schlecht. Zwar entwickeln sich mit peopleÆs global action (pga), attac und indymedia einige neue Ansätze. Im Vergleich zu Frankreich und Italien bleibt Deutschland in dieser Hinsicht aber ein Entwicklungsland mit viel Nachholbedarf.

Dennoch hat sich auch hier zu Lande etwas verändert. Seit den Demonstrationen gegen die WTO-Tagung in Seattle im Herbst 1999 gilt das Modell neoliberaler Globalisierung auch in deutschen Feuilletons und Kommentaren als durchaus kritikwürdig und Proteste dagegen als prinzipiell legitim. Natürlich nur, wenn sie strikt gewaltfrei bleiben.

Um was muss es der Linken also gehen, sollen die "Antiglobalisierungsproteste" kein telegenes Randalefestival bei diversen Gipfeltreffen bleiben, sondern tatsächlich in eine neue soziale Bewegung umgesetzt werden? Notwendig ist zunächst eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Prozessen der als "neoliberale Globalisierung" bezeichneten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen. Denn die Kritik daran bleibt häufig so unbestimmt wie die Verwendung der Begriffe. Was oftmals recht verwaschen als "Globalisierungskritik" daher kommt, muss zur Kapitalismuskritik mit emanzipatorischer Zielrichtung zugespitzt werden. Sonst drohen zahlreiche Verkürzungen, die letztlich auch der Rechten Anknüpfungspunkte und ein Einfallstor bieten. Es geht eben nicht darum, die "Diktatur der Börse und des Finanzkapitals" oder ähnliches zu beklagen, sondern eine grundsätzliche Herrschaftskritik zu entwickeln, die alle gesellschaftlichen Widersprüche umfasst und sie in Beziehung zur weltweiten Umstrukturierung des Kapitalismus setzt.

Andererseits wäre es falsch, erst nach intensivem theoretischem Studium zur Tat zu schreiten. Das widerspricht allen Erfahrungen sozialer Bewegungen. Viele Fragen entstehen erst beim Handeln. Damit sie aber diskutiert werden können, muss das "Gipfel-Hopping" ergänzt werden durch Diskussionzusammenhänge und kontinuierliche politische Intervention am Arbeitsplatz, in Stadtteilen und Initiativen. Das ist zwar mühsam, kann aber durchaus auch Spaß machen. In jedem Fall ist es notwendig. Global denken - lokal handeln, so könnte eine alte Losung neu verwendet werden.

In unserem Schwerpunkt beschäftigen wir uns in verschiedenen Artikeln mit Aspekten der "Globalisierung" und der internationalen Protestbewegung. Ein Bericht über die polizeiliche Repression in Göteborg und die Vorbereitungen auf den G8-Gipfel in Genua Ende Juli fehlen natürlich auch nicht.

Schwerpunkt in dieser Ausgabe

auf den Seiten 11-17:

Globalisierung

2. Lust auf Gewalt? Erschießung eines Demonstranten beim EU-Gipfel in Göteborg

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/lustauf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:lustauf

Tagelang ringt ein junger Mensch mit dem Tod. Verantwortlich dafür sind Polizisten - zufälligerweise auf einem Video festgehalten - die einem Demonstranten bei den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg in den Rücken schießen. Zwei weitere Demonstranten werden von Polizeikugeln in Arm und Bein getroffen. Es gibt 77 zum Teil schwer Verletzte. Insgesamt 567 Menschen werden während der Gipfeltage in Göteborg festgenommen.

Die Stimmung in den Medien kippt. Wurde bis vor kurzem in den Feuilletons noch das bunte Völkchen der Demonstrierenden ob seiner ach so fantasievollen Aktionen bewundert, so werden nun wieder die bekannten schwarzgekleideten Horden gesichtet, die nichts kennen außer "Lust auf Gewalt". Für Basta-Kanzler Schröder handelt es sich bei den DemonstrantInnen schlicht um "Desperados" und "Verbrecher". Und die Medien skandalisieren nicht etwa, dass die Polizei mit ihren gezielten Schüssen Tote in Kauf nimmt, sondern dass in Göteborg Fensterscheiben zu Bruch gingen.

Um das "Gewaltpotenzial" einzudämmen, werden kurzerhand die Reisefreiheit und das Demonstrationsrecht eingeschränkt. Nachdem jahrelang die äußere "Bedrohung" durch MigrantInnen beschworen wurde, wird die EU jetzt zusätzlich als von inneren Feinden bedroht dargestellt. Diesen wird nun von Staats wegen gezeigt, wozu Grenzen gut sind. Meldeauflagen für bekannte Linke werden verkündet, an den Grenzen potenzielle DemonstrantInnen zurückgewiesen.

Gleichzeitig wird der Distanzierungsdruck auf die "friedlichen" ProtestlerInnen erhöht, um die Bewegung in "Gut" und "Böse" zu spalten. Staatliche Umarmungen auf der einen, Schüsse und Knüppel auf der anderen Seite. Diesem Spaltungsdruck dürfen die "Gewaltfreien" nicht nachgeben - im eigenen Interesse. Andererseits sollten es die militanten Kräfte in der angespannten Situation vermeiden, die Risse größer werden zu lassen. Militante Kampfformen - zur gegebenen Zeit und am gegebenen Ort - schließt das keineswegs aus. Auch wenn in den Medien fast nur der militante Widerstand wahr genommen wird - ohne die aktive Einbeziehung vieler Menschen in die Proteste wird es nicht gelingen, den kapitalistischen Unterdrückungsverhältnissen die Grenzen aufzuzeigen, geschweige denn sie zu überwinden.

Der G8-Gipfel in Genua könnte die Probe aufs Exempel werden, ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Um ihre Prunk-Veranstaltung trotz aller Proteste über die Bühne zu bringen, werden die Staatschefs vor kaum einer Sauererei zurückschrecken. Wer im "vereinten Europa" welche demokratischen Rechte wie in Anspruch nehmen darf, entscheiden immer noch die Regierungen. Worin die EU über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz verfügt - wie jüngst die irische Bevölkerung erfahren durfte. Fällt ein Referendum nicht so aus wie gewünscht, wird kurzerhand eine neue Volksbefragung angesetzt. Demokratie made in Euroland.

3. Militanz und Kommunikation. Der G8-Gipfel in Genua und die subversiven Aktionen der tute bianche

Autor: Luca Casarini · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:38

Straßenmilitanz, Spaß- und Kommunikationsguerilla - diese drei Elemente sind konstitutiv für die Strategie der tute bianche (siehe auch Seite 11). Im Interview mit L'Espresso (28.6.) erzählte deren Sprecher Luca Casarini, wie er der Presse die Geschichte von den "menschlichen Wühlmäusen" unterjubelte, die Genua unterminieren; gleichzeitig kündigte er für die heißen Tage im Juli "kreative, absurde und zugleich unterhaltsame" Geheimwaffen an. Aus dem Interview dokumentieren wir einige Passagen, in denen Casarini sich zum Politikverständnis der tute bianche äußert:

Die Diskussion um Gewalt oder Gewaltlosigkeit ist sinnlos. Das Problem besteht darin, den Konsens der Bevölkerung zu gewinnen. Wir praktizieren zivilen Ungehorsam. Wir wollen den Ablauf des Gipfels verhindern. Wir wollen in die rote Zone vordringen. Aber man muss die Aktionen auf der Basis der Message entscheiden, die bei den Leuten ankommt.

Tony Blair hat begonnen, uns als Hooligans zu bezeichnen. Blair ist brillant: Er hat "New Labour" als neues Logo eingeführt. Was er mit uns macht, ist eine sehr durchdachte Operation. Er will den Begriff "popolo di Seattle", der in der kollektiven Wahrnehmung positiv aufgenommen wird, durch das zutiefst negative Wort "Hooligan" ersetzen. Und dann kommt Berlusconi und übersetzt "Hooligan" mit "Verbrecher".

Die Massen-Illegalität ist fundamental wichtig, um die Dinge zu ändern. Berlusconi müsste eigentlich wissen, dass sich Illegalität auszahlt. Und er kennt die Welt der Kommunikation sehr gut: Er war es, der als erster mit Hilfe eines Logos und einer Marketing-Kampagne Wahlen gewonnen hat. Berlusconi sagt: Die Leute des popolo di Seattle (ein in Italien gebräuchlicher Begriff für "Globalisierungsgegner"; Anm. ak) verbreiten von uns in der ganzen Welt ein Bild als gewalttätige Herrscher, die von den Massen, die draußen bleiben müssen, belagert werden. Er hat recht. Das ist genau unsere Strategie, mit der wir das Imperium bekämpfen. Jene, die sich fragen, warum wir bereit sind, uns in Genua mit der Polizei zu schlagen, sollten sich ansehen, wie die Menschen im Süden der Erde leben. Es gibt dort anderthalb Milliarden Menschen, die nach Angaben der Weltbank mit weniger als einem Dollar pro Tag ihr Leben fristen.

Luca Casarini

4. Virtuosen der Taktik, Dilettanten der Strategie. Die Berliner PDS auf dem Weg in die rot-rote Koalition

Autor: Martin Reeh · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:07

Wenn die Zukunft mit der Vergangenheit nicht mehr viel gemein hat, schlägt die Stunde der Leichenfledderer. Im März ließ sich die neue grüne Vorsitzende Claudia Roth auf dem Bundesparteitag mit einem Lied der Ton, Steine, Scherben zu ihrem neuen Job beglückwünschen. Drei Monate später schwor der Berliner PDS-Fraktionschef Harald Wolf auf dem Landesparteitag die Delegierten mit einem Zitat aus dem selben Scherben-Stück auf die Regierungsbeteiligung ein: "Wer, wenn nicht wir, wann, wenn nicht jetzt!" Ende der Rede, tosender Applaus.

Doch Wolf ist auf solche rhetorischen Tricks gar nicht angewiesen. Die Parteibasis hält still und mobilisiert für den Wahlkampf. Und in der Stadt herrscht eine, wenn auch vorsichtige, Aufbruchstimmung, seitdem der "Putsch" (CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel) der SPD die große Koalition beendete und nach den Neuwahlen im Herbst eine rot-rote Regierung, eventuell mit grüner Beteiligung, die Stadt regieren wird. Erste Umfrageergebnisse verheißen um die 30 Prozent (plus 7 Prozent gegenüber der letzten Wahl 1999) für die SPD, 22 Prozent (plus 4 Prozent) für die PDS, 9 Prozent (minus 1 Prozent) für die Grünen. Von Altötting oder Berlin-Zehlendorf aus betrachtet, müssen die Ereignisse als wahrer GAU erscheinen: Schwule, Juden und vor allem "Kommunisten" (B.Z.) übernehmen das Kommando in der Hauptstadt.

Entwicklungsland Hauptstadt Berlin

Angesichts der konservativen Untergangsszenarien freut sich die Berliner Linke. Michael Jäger schrieb im Freitag von der Hauptstadt, die wie zu preußischen Zeiten "anders tickt als der deutsche Westen und der Süden". Aber die PDS ist nicht die KPD, die CDU nicht die Deutschnationale Volkspartei - auch wenn dies einem der symbolisch hoch aufgeladene Wahlkampf glauben machen könnte. Der reale Konflikt lautet, ähnlich wie bei der Bundestagswahl 1998, weltoffene Modernisierer gegen konservative Besitzstandswahrer. Bei welcher Partei in dieser Auseinandersetzung das Thema "soziale Gerechtigkeit" besser aufgehoben ist, ist nicht pauschal, sondern nur an Einzelfragen zu beurteilen.

Das erste Opfer der Regierungsbeteiligung ist die Wahrheit. Die von der PDS derzeit verbreitete Version, Diepgen und Landowsky hätten mit ihrer Filz- und Schuldenpolitik das Berliner Desaster alleine zu verantworten, trifft nicht zu. Gedrängt von der scheinbaren Notwendigkeit, sich selbst im Parlamentarismus als politisch handlungsmächtig zu präsentieren, verkürzt die PDS die Berliner Probleme zur bloßen Frage des landespolitischen Führungspersonals. Doch Berlins Grundproblem bleibt, dass das zu Beginn der neunziger Jahre forcierte ökonomische Entwicklungsmodell für die neue Hauptstadt gescheitert und - auch von Seiten der PDS - kein anderes in Sicht ist.

Nicht einmal der Bundes-CDU will die Berliner PDS derzeit die Verantwortung zuschieben, obwohl die Kohl-Regierung den Grundstein für die gegenwärtige Misere gelegt hat. In Erwartung einer explosiven Wirtschaftsdynamik kürzte der Bund kurz nach der Vereinigung die Subventionen. Noch 1991 waren mit 19,87 Milliarden Mark mehr als die Hälfte des Landeshaushalts aus Bundesmitteln finanziert worden. Das Land nahm nun statt dessen Kredite auf - in der Hoffnung, sie im Rahmen des prognostizierten Aufschwungs zurückzahlen zu können. Doch der blieb aus, statt dessen verschwanden die Industriearbeitsplätze in Ost-Berlin ebenso wie in der zu Mauerzeiten durch Subventionen über Wasser gehaltenen West-Berliner Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit stieg. Steuereinnahmen fielen dadurch weg, gleichzeitig vergrößerten sich die vom Land zu tragenden Sozialhilfeausgaben. Mitte der neunziger Jahre begann der Wirtschaftsabschwung in ganz Deutschland.

Bis heute hat kein einziger Großkonzern seinen Sitz nach Berlin verlegt. Der Regierungsumzug brachte nicht wesentlich mehr neue Beschäftigte nach Berlin, als durch den gleichzeitigen Wegzug von anderen Bundeseinrichtungen verloren gingen. Im vergangenen Jahr brach mit der Rezession in der New Economy schließlich noch der letzte Rettungsanker für Berlin weg. Selbst Vorreiterunternehmen wie Pixelpark haben mit Entlassungen begonnen. Damit nicht genug: Einen großen Teil des öffentlichen Eigentums hat bereits die Große Koalition verkauft, die EU-Subventionen für Berlin werden im Rahmen der Osterweiterung sinken. Hinzu kommt, dass Berlin mit seinem Etat eines Bundeslandes zahlreiche Lasten der Hauptstadtfunktion zu tragen

hat. "Deutschland muss zahlen - oder Abschied nehmen von den Illusionen der leuchtenden Metropolis", lautet richtigerweise das Fazit Konrad Schullers in der FAZ.

Die durch den Berliner CDU-Filz verursachten Milliardenverluste der Berliner Bankgesellschaft machen da nur einen Bruchteil der Gesamtprobleme aus. Und auch wenn die PDS in der Regierung das eine oder andere überdimensionierte Projekt verhindert hätte - die immense Berliner Verschuldung hätte sie nicht vermieden.

Berlin erinnert heute an ein Entwicklungsland, das sich im Versprechen auf eine große Zukunft verschuldet hat und dann von der Rezession heimgesucht wird. In solchen Fällen haben sich in der Vergangenheit zwei Lösungswege herausgebildet: Während der IWF für eine harte Konsolidierungspolitik plädiert, fordern Dritte-Welt-Initiativen eine Entschuldung, um so einen Neuanfang wagen zu können. Aufstände der Bevölkerung gegen die Politik des Währungsfonds fanden daher stets die Unterstützung der Linken. Die PDS scheint sich in Berlin nun ein Vorbild am IWF genommen zu haben: Keine Partei fordert so hohe Einschnitte wie die Sozialisten - 3,2 Milliarden Mark.

Die bisher vorgelegten Vorschläge sind durchaus richtig: so die Streichung der U-Bahn-Linie 5 oder der städtebaulichen Entwicklungsgebiete. Selbst die Verkleinerung des öffentlichen Dienstes in den Senatsverwaltungen macht Sinn, solange gleichzeitig in den Bezirken in bürgernahen Bereichen wie Jugend und Soziales personell aufgestockt wird. Welche Einschnitte auch im Sozialbereich fällig werden und ob öffentliche Einrichtungen wie die Verkehrs- und Reinigungsbetriebe privatisiert werden, wird sich dagegen wohl erst nach der Wahl herausstellen. Die Grünen profilieren sich bereits jetzt mit der Forderung nach einem Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen einer Mieterprivatisierung.

Nur die Bildungspolitik soll von den Sparmaßnahmen ausgenommen und in den Mittelpunkt der PDS-Strategie gestellt werden. In der Tat sind die Zustände in den Berliner Schulen und Universitäten mittlerweile unerträglich geworden, die Stellensituation ebenso wie die verrotteten Anlagen.

PDS Berlin: Vorbild IWF

Was aber aus denjenigen wird, die aus dem Arbeitsmarkt bereits herausgefallen sind, sagt die PDS nicht: Das in der Partei breit diskutierte Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS), das noch in Mecklenburg-Vorpommern umkämpfter Bestandteil der Koalitionsverhandlungen war, steht in Berlin erst gar nicht zur Debatte. Dabei wäre der ÖBS gerade in Berlin dringend vonnöten: Zahlreiche Tätigkeiten im Kultur- und Sozialbereich vor allem auf bezirklicher Ebene sind nur noch über die von allen Parteien geduldete Zweckentfremdung von ABM-Mitteln zu finanzieren. Nicht mehr die Wiedereingliederung der ABM-Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt ist das Ziel dieser Beschäftigungsverhältnisse, sondern das dauerhafte Ersetzen regulärer Tätigkeiten, für die die Kommune kein Geld mehr hat. Für die Betroffenen bedeutet dies ein permanentes Pendeln zwischen Arbeitslosigkeit und ABM.

So ersetzt die PDS letztlich nur die harte Standortpolitik der großen Koalition (Konzentration auf Infrastrukturprojekte), durch eine weiche Standortpolitik (Bildung, Wissenschaft, Kultur). Gregor Gysi fand sich mit diesen Vorstellungen in der ARD-Talkshow "Sabine Christiansen" denn auch in schöner Übereinstimmung mit Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel. Eine Strategie für das untere Drittel der Bevölkerung hat die Partei, die sich immer stolz auf ihren hohen Akademikeranteil zeigte, nicht.

Die Berliner PDS-Fraktionäre könnten sich daher als Virtuosen der Taktik, aber Dilettanten der Strategie erweisen. Die PDS haben sie ausgerechnet in der ehemaligen Mauerstadt salonfähig gemacht. Gleichzeitig beginnt jedoch die Verwandlung in eine Partei, in der sich - wie auch bei Grünen und SPD - emanzipatorische und sozialdemokratische Elemente im ständigen Rückzugsgefecht gegen neoliberale Politikvorstellungen befinden. Die Berliner Entwicklung ist dabei richtungweisend für die Gesamtpartei - nirgendwo hat die Parteilinke größeren Einfluss. Fraktionschef Wolf beispielsweise war aus Enttäuschung über die rot-grüne Berliner Koalition, die er 1989 für die AL mitverhandelt hatte, zur PDS gekommen. Wenn es nicht einmal in Berlin gelingt, diese Entwicklung aufzuhalten, dann geht es nirgendwo in der PDS. Es ist das Problem der undogmatischen Parteilinken, dass sie nie zu einer eigenständigen Organisierung gefunden, sondern sich angesichts der indiskutablen Positionen der Kommunistischen Plattform stets auf die Seite des Reformerflügels geschlagen hat. Einen ernsthaften Kritiker hat die Berliner Parteilinke nicht zu fürchten gehabt, die eigenen Positionen und Vorgehensweisen standen daher nie auf dem Prüfstand.

So haben sich auch bei der Berliner PDS die im Umgang mit der KPF-nahen oder bloß desolaten Parteibasis eingeübten Methoden eingeschliffen - nämlich die Erneuerung der Partei über die Köpfe der Mitglieder hinweg zu betreiben. Für diese Art des Leninismus gibt es in der PDS wie in jeder Organisation gute Gründe: Stellt der desolate Teil einer Gruppe erst einmal die Mehrheit - wie in fast allen West-Bezirken bis Mitte der neunziger Jahre -, vertreiben sie automatisch alle übrigen Interessierten. So konnte Kreuzberg, der stärkste westliche Bezirksverband und lange Kristallisationspunkt der undogmatischen Berliner Parteilinken, erst 1995 eine politische Öffnung vollziehen. Damals entschied sich der Landesverband für die gezielte Unterstützung neuer Mitglieder gegen die Basis um den früheren AL-Abgeordneten und Stasi-Mitarbeiter Dirk Schneider.

Auch die Debatte um die Regierungsbeteiligung wird nun von oben vorangetrieben. Noch im März, als die PDS-Fraktion den Regierungswechsel mit Enthüllungen munter vorbereitete, musste das Abgeordnetenhausmitglied Stefan Liebich auf einer Veranstaltung einräumen, kein Konzept für eine Koalitionsbeteiligung zu haben. Die Fraktion wollte die Partei bei den anstehenden Beratungen dennoch möglichst außen vor halten: "Wir werden die Basis wohl beteiligen müssen", rutschte es einem linken Abgeordnetenhausmitglied auf Nachfragen schließlich heraus. Geschehen ist das nicht. Der Landesparteitag im Juni hatte nur noch die Aufgabe, die Entscheidungen der Fraktion abzusegnen. So halten sich die wenigen Gegner einer Koalitionsbeteiligung, wie der Abgeordnete Michail Nelken, zurück.

Kopflos, weil alternativlos

Und Gregor Gysi? Sein neues Buch gibt Auskunft darüber, wie sich die Positionen des PDS-Hoffnungsträgers verändert haben. Gysi entwickelt darin eine Elitentheorie. Die Vereinigung sei gescheitert, weil die ostdeutschen Eliten entmachtet wurden: Nur diese hätten aber "die ostdeutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit der Umstrukturierungen einigermaßen überzeugen können". Regierungsbeteiligungen seien für die PDS auch deshalb von großem Wert, weil sie der Partei "den Kontakt mit den heutigen Eliten erleichtern und damit intellektuellen Stillstand verhindern".

Die Stimmung bei den wenigen skeptischen Parteilinken, mit ihren Bedenken angesichts eines fehlenden Diskurses auf sich selbst zurückgeworfen, zeugt derweil von Verwirrung. Symptomatisch die Reaktion einer jüngeren, durchaus koalitionsskeptischen Genossin auf die Austrittsankündigung eines langjährigen PDS-Mitglieds: "Ausgerechnet jetzt, wo es Stellen zu verteilen gibt." Ein im Wahlkampf überaus engagierter PDSler murmelte dagegen während Wolfs Rede etwas vom "Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz". Dann klatschte er begeistert Beifall, als Wolf mit dem Scherben-Zitat seine Rede beendet. Es ist vorbei, bye, bye, Junimond.

Martin Reeh

5. Umzingelt von Feinden. BND nimmt "Illegale Migration" ins Visier

Autor: Dominique John (FFM) · Rubrik: Geheimdienste; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:15

Anfang Mai tauchte ein "Geheimpapier" des Bundesnachrichtendienstes (BND) auf, in dem sich über die "Bedrohung" durch "illegale Migration" ausgelassen wird. Substanzielles zum Thema haben die deutschen AgentInnen nicht beizutragen. Aber der Bericht ist ein weiterer deutlicher Hinweis dafür, wie Migrationsbekämpfung mittlerweile zum Bestandteil staatlicher Machtpolitik geworden ist, die dementsprechend auch abgesichert wird.

Wer zahlt, kommt rein", so der Titel eines Spiegel-Artikels vom 30. April über "den Handel mit Menschen, die in die reichen EU-Länder drängen". Weiter war dort zu lesen, dass alleine in Osteuropa "ein Millionenheer auf die Einreise in den goldenen Westen" warte. Die Quelle des Artikels: ein "Geheimpapier des BND". Die Lage ist ernst, so signalisieren die Spiegel-Autoren, so ernst, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst es für nötig hält, "Alarm zu schlagen" und "akribisch die Methoden der weltweit agierenden Schleuserbanden und die Routen, auf denen sie Flüchtlinge nach Europa bringen", zu analysieren. Bei so viel Ernsthaftigkeit rückt die Frage, was die Geheimdienstler eigentlich mit Migration am Hut haben, weit in den Hintergrund.

Einige Tage nach Erscheinen des Spiegel konnte das gesamte "Geheimpapier" bei Spiegel-Online heruntergeladen werden. Eine Ankündigung war weder dem besagten Artikel zu entnehmen, noch gab es andere Hinweise auf die anstehende Veröffentlichung. Trotzdem waren einige JournalistInnen und ExpertInnen zu Migrationsfragen vorab informiert. Und so kommt es, dass inzwischen genügend Kopien des Papiers im Umlauf sind.

Ein Konzentrat polizeilicher Erkenntnisse

Knapp 100 Seiten umfasst das Dossier, bei dessen Lektüre mensch auf jeder Seite durch den Vermerk "VS-Vertraulich amtlich geheim gehalten" an dessen Herkunft erinnert wird. Die "Illegale Migration in den Schengenraum" soll darin schwerpunktmäßig "aufgeklärt" werden. Nach einem kurzen Einführungskapitel mit dem Titel "Allgemeine Aspekte der Migration", erklären die Geheimdienstler, dass sie es für notwendig erachten, einen Beitrag zur "Aufklärung" der "Illegalen Migration" - im weiteren Text kurz mit "IM" abgekürzt - zu leisten. Diese werde schließlich "in großem Umfang von international organisierten Schlepperbanden gesteuert", die die Notsituation "fluchtwilliger" Menschen ausnützten und einige, insbesondere "Kurden", gar zur Migration überredeten. Insgesamt sei die "Illegale Migration" als eine "potenzielle Bedrohung der sozialen Stabilität und der außenpolitischen Handlungsfähigkeit" Deutschlands anzusehen. Langfristige Ziele des BND seien die "Frühwarnung vor sich abzeichnenden Krisen und deren mögliche Auswirkungen im IM-Bereich", die "Einschätzung der IM-Potentiale", das "Erkennen der häufigsten Migrationsrouten" und die Aufklärung der im IM-Sektor aktiven OK-Gruppen."

Dem folgt die eigentliche "Studie", ein Galopp durch die vom BND "aufgeklärte" Situation in verschiedenen Ländern. Auf jeweils drei bis vier Seiten werden unter den Stichworten "Migrationspotenzial", Schleuserorganisationen", "Migrationsrouten" und Bekämpfungsmaßnahmen" Informationen über insgesamt 23 Länder zusammengetragen. Dabei hecheln die Geheimdienstler von den Ländern der südlichen Peripherie der Europäischen Union zu den Staaten "Osteuropas" inklusive der GUS-Staaten, machen einen kurzen Zwischenabstecher nach "Asien" - gemeint ist damit China, Afghanistan, Pakistan -, um schließlich auf den letzten zwei Seiten mit der "Besorgnis erregenden Situation" in "Schwarzafrika" abzuschließen. Überall entdecken sie "Sprungbretter", "Sammelbecken" oder gar "Drehscheiben" "Illegaler Migration". So bilden Italien und Spanien "Einfallstore" in die EU. In Osteuropa bilde die "Region Moskau, Kiew, Minsk" ein "Schwarzes Dreieck", in dem MigrantInnen zu Hunderttausenden "abtauchen", und China wird als "typisches Ursprungsland" der "Illegalen Migration" bezeichnet, das jährlich von einer Million Menschen (!) verlassen würde.

Um es kurz und knapp zu machen: Weder die Lektüre noch die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der "Studie" sind der Mühe wert. Die dargestellten Zusammenhänge sind sattsam bekannt. Sie sind, ohne dass dies gekennzeichnet wäre, den zahlreichen Papieren der supra- und halbstaatlichen Organisationen

entnommen, die in den letzten Jahren im Windschatten des Schengener Abkommens entstanden sind. Das gleiche gilt für die verwendeten Zahlenangaben, die übrigens alle im oberen Bereich, der in den genannten Papieren verwendeten Schätzungen angesiedelt sind. Was hier veröffentlicht wurde und als "Studie" daherkommt, ist ein Konzentrat politisch motivierter polizeilicher "Erkenntnisse". Ein nicht ernst zu nehmendes Pamphlet aus Geheimdiensthirnen also?

Das Papier hat einen Vorlauf: Im Oktober 1999 lud der BND zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einem internationalen Symposium. Das Thema: "Illegale Migration". An der Veranstaltung, die im "Bürgerhaus Pullach", nahe des BND-Sitzes südlich von München stattfand, nahmen 300 Personen teil, darunter MitarbeiterInnen anderer Geheimdienste, ExpertInnen in Migrationsfragen, einige PolitikerInnen und geladene JournalistInnen. Ein Novum für die ansonsten streng abgeschottete Behörde, so der damalige Tenor in der Presse. BND-Präsident August Hanning, der sich die Tagung 120.000 DM kosten ließ, erläuterte in seiner Eröffnungsrede, dass sich der "Dienst" mit dem Thema beschäftige, da die Sicherung der Grenzen alleine mit polizeilichen Mitteln nicht mehr zu gewährleisten sei. Daher - so der BND-Chef - "müssen wir die Probleme dort angehen, wo sie entstehen, nämlich in den Herkunfts- und Transitländern. Ist der illegale Immigrant erst einmal an der Grenze angelangt, hat die Prävention versagt." (jW, 30.10.99)

BND sucht zukunftssicheres Aufgabenfeld

Ein Jahr zuvor, im Dezember 1998 hatte Gerhard Schröder auf Grund der "weltpolitischen Umwälzungen und Veränderungen" ein verändertes "Auftragsprofil" des BND angekündigt. Anlass war die Übergabe der Amtsgeschäfte an den eben zitierten neuen Präsidenten des Geheimdienstes. "Deutschland" könne und wolle sich - so Schröder - "seinen internationalen Verpflichtungen für friedenserhaltende, friedensstiftende und humanitäre Einsätze" nicht entziehen. Um die "Sicherheitsvorkehrungen für die gegebenenfalls eingesetzten deutschen Soldaten treffen zu können", bräuchte es umfassender Informationen. "Dazu kann und muss der BND wertvolle Beiträge liefern." Der frisch gewählte Kanzler kündigte weiter an, aus dem BND ein "effizientes und flexibles Dienstleistungsunternehmen für die Bundesregierung" machen zu wollen, das mit "einer deutlich stärkeren Kopfstelle als bisher" die Regierung in der Hauptstadt beraten soll. So hat der Umzug eines Teils der 1.000 Mitarbeiter der sogenannten Abteilung 3 ("Auswertung") von Pullach nach Berlin inzwischen begonnen und soll bis 2003 abgeschlossen sein.

Der neu von Rot-Grün ins Amt berufene Präsident Hanning scheint dem von Schröder beschriebenen "Auftragsprofil" entsprechend ausgewählt. Der BND-Chef, dessen Konterfei die seit 1999 existierende Homepage des Geheimdienstes ziert (www.bundesnachrichtendienst.de) was wohl als Zeichen für Offenheit und Transparenz verstanden werden soll, kommt nicht aus dem "Dienst", sondern hat als promovierter Jurist seine Karriere in der Verwaltung durchlaufen. Er soll den alten krisengeschüttelten Geheimbetrieb, der mit dem Ende der Sowjetunion zunehmend unter Legitimationsdruck geraten war, nach sozialdemokratischen Vorgaben modernisieren.

Noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre hatte es für den BND gar nicht gut ausgesehen. Das Budget, das in seinen wesentlichen Teilen im Bundeshaushalt nur verdeckt ausgewiesen wird, soll seit 1990 bei jährlich knapp 700 Millionen eingefroren worden sein, gleichzeitig schrumpfte das Personal um 1.000 auf rund 6.000 MitarbeiterInnen. Die krampfhafte Suche nach neuen Gefahren für Deutschland hatte zudem im August 1994 zum "Plutoniumskandal" geführt, der in der Öffentlichkeit wohl als bisher größte Pleite des "Dienstes" wahrgenommen wurde: Unter dem Codenamen "Hardes" hatten Geheimdienstmitarbeiter den Schmuggel von Plutonium von Moskau nach München mit finanziert. Gleich zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse brachte dieser schlecht organisierte Coup hervor. In der Folge wurde es still um die Gefahr des Handels mit dem waffenfähigen spaltbaren Material, einer Gefahrenquelle, die Anfang der 90er Jahre breite Schlagzeilen machte. Ein Arbeitsfeld, in das die Pullacher vermutlich viel Zeit und Energie gesteckt hatten, war verloren. Es folgte eine Phase massiver Kritik am BND. So forderte die FDP mehr Transparenz, die Sozialdemokraten wollten effektivere Leistungen via Reformen und Manfred Such, Kerstin Müller und Joseph Fischer zeichneten 1996 federführend für einen parlamentarischen Antrag der Grünen, in dem gar die schrittweise Auflösung des BND "bis zum 31. Dezember 1998" gefordert wurde.

Vor allem Fischer wird dieses Ansinnen inzwischen korrigiert haben, schließlich - so die Quintessenz der oben zitierten Rede von Schröder - braucht eine Weltmacht, die Krieg führen will, einen ordentlichen Geheimdienst.

So darf denn auch angenommen werden, dass mit Rot-Grün und dem durch den Kosovo-Krieg vollzogenen Eintritt in die neue Rolle als Weltmacht die Talsohle der BND-Krise durchschritten war.

Auch wenn das "Geheimpapier" zur "Illegalen Migration" ein Flickwerk unzusammenhängender, schlecht recherchierter Informationen ist, die Art seiner Lancierung ist geschickt gewählt, um das Thema in den Medien zu pushen und gleichzeitig dem BND ein neues Arbeitsfeld zu erschließen. Eine Lesart allerdings, die alleine das Interesse an Bestandserhaltung des "Dienstes" ursächlich dafür sieht, dass sich der Auslandsgeheimdienst in die Diskussion zur Bekämpfung staatlich unkontrollierter Migration aktiv einmischt, greift zu kurz. Derart bleibt die Frage unbeantwortet, was denn die Geheimdienstler mit Migration am Hut haben. Ihre Expertise kann es schließlich nicht sein. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der BND kein von der amtierenden Regierung vollkommen losgelöster Machtapparat ist, der ohne politische Rückversicherung in der Lage wäre, neue Arbeitsfelder zu besetzen.

Eine zentrale Rolle in der Entscheidung, den BND zur "Aufklärung" von "Schlepper- und Schleuserbanden" einzusetzen, dürfte der Nato-Krieg gegen Jugoslawien und um den Kosovo gespielt haben. Zum ersten Mal gelang es der Europäische Union in diesem Zusammenhang, eine flüchtlingspolitische Strategie umzusetzen, an der u.a. verschiedene Gremien des Schengener Abkommens seit Beginn der 90er Jahre gearbeitet hatten. In großem Umfang wurden Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion mit Hilfe des Militärs und in diese Strategie weitgehend eingebundene NGOs festgehalten. (vgl. Dietrich/Glöde: Kosovo - der Krieg gegen die Flüchtlinge, FFM-Heft 7) Diese Politik der "Regionalisierung" von Flüchtlingsbewegungen ist Teil einer systematischen Flüchtlingsabwehrpolitik, die im Laufe der 90er Jahre entwickelt wurde und im Krieg gegen Jugoslawien durch den "Druck der Ereignisse", eine wahrnehmbare Gestalt bekam. Der Zusammenhang zwischen Kriegführung und Flüchtlingspolitik ist als die eigentliche Ursache für die Einbindung des BND in die Bekämpfung staatlich nicht kontrollierter Migrationsbewegungen anzusehen: Wenn "Regionalisierung" von Flüchtlingsbewegungen immanenter Bestandteil von Kriegsplanungen darstellt, so macht es - innerhalb dieser Logik - auch Sinn, den Bundesnachrichtendienst mit der "Aufklärung" dieser Form staatlich nicht kontrollierter Migration zu beauftragen.

Flüchtlingspolitik, Kriegsstrategien, Aufklärungsarbeit

Über den Krieg hinaus bildet eine Abschottungspolitik, die in den Herkunftsländern ansetzt, sich über die Transitländer erstreckt und die Überwachung der eigenen Grenzen und des Landesinneren beinhaltet, den flüchtlings- und migrationspolitischen Konsens der 90er Jahre. Sie ist auch das Pendant zu einer Einwanderungspolitik, die rein an ökonomischer Verwertbarkeit orientiert ist und damit staatliche Kontrolle voraussetzt.

Damit ist der BND auf einen Zug aufgesetzt worden, der - anders als der Plutoniumhandel - Zukunft hat. Die "Migrationsexperten" des BND konnten es denn auch nicht lassen, an mehreren Stellen darauf hinzuweisen, dass "ein Rückgang Illegaler Migration (...) selbst ohne krisenhafte Massenbewegungen kurz- und mittelfristig eher unwahrscheinlich" erscheint.

Dominique John,

Forschungsgesellschaft

Flucht und Migration (FFM)

6. Wer ging offline? Eine Bilanz der online-Demonstration gegen die Lufthansa

Autor: Anne Morell · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:32

Synchron zu Straßentheater und Handgemenge auf der Lufthansa-Aktionärsversammlung nahmen am 20. Juni tausende Menschen an Deutschlands erster Online-Demonstration teil. Wer den Absturz des Kranichs erwartet hatte, wurde zwar enttäuscht. Das virtuelle Sit-in gegen Abschiebungen darf aber wohl trotzdem als Erfolg gewertet werden.

Während in Internetcafés von Buxtehude bis Bad Reichenhall das Geschehen in den Weiten des Lufthansa-Breitbandnetzes zu ergründen gesucht wird, starten AktivistInnen der Solidaritätsinitiative Libertad! mit einem Schlag auf einen überdimensionalen Startbutton am 20. Juni um Punkt 10 Uhr symbolisch die virtuelle Demonstration. Kurz darauf treten adrette "FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen" vor der Kölnarena mit Investor-Infos im vertrauten Konzerndesign auf die zur Lufthansa-Aktionärsversammlung strömenden KleinaktionärInnen zu. Daneben wird in einer Performance nachgestellt, wie Bordpersonal und Fluggäste durch beherzten Protest Abschiebungen verhindern können. Unterdessen schwenken in der Halle die Fernsehkameras auf nervöse Sicherheitsbeamte, die an AktivistInnen von kein mensch ist illegal zerren, die soeben Transparente aufspannend und rufend die Rede des Vorstandsvorsitzenden unterbrochen haben. Handgemenge, Pfiffe.

"68.000 clicks per second" - als um 10.14 Uhr die rote Kurve, mit der die Internetprojekte indymedia.org und nadir.org die Antwortgeschwindigkeit des Lufthansa-Servers darstellen, das imaginäre Dach durchschlägt, bricht nach ungewissen Minuten und Telefongesprächen quer durch die Republik in einem Berliner Büro Jubel aus. "Es funktioniert!", die sichtlich übernächtigten AktivistInnen springen von den Bildschirmen auf: "Wir holen sie runter!" Nach einer weiteren Viertelstunde ist es offiziell: Mehrere Nachrichtenagenturen melden, die von Menschenrechtsorganisationen attackierten Webseiten der Lufthansa seien nicht erreichbar. Allerdings: nur für zehn Minuten. Seitdem haben, so wird ein Unternehmenssprecher zitiert, die Techniker alles wieder im Griff.

Nur wenig später zeigt die rote Kurve, die wie zur Bestätigung der Ernüchterung dramatisch gefallen war, wieder nach oben. Was geschieht? Während der blaue Kranich in München und Berlin in geradezu deprimierender Geschwindigkeit auf den Bildschirmen erscheint, wollen in Frankfurt nicht einmal Meta-Suchmaschinen die Lufthansa-Seiten finden. Auch aus Barcelona und New York gehen Erfolgsmeldungen ein. Im Demo-LiveChat des Online-Magazins comunefarce rattern die widersprüchlichen Meldungen über den Schirm, Unmut wechselt sich mit Begeisterung ab. Bei spiegel-online ist unterdessen der erste Artikel erschienen: "Flop Flop Hurra!" Ist die Demo ein Misserfolg, fragen verwirrte TeilnehmerInnen, und: Wo bleibt die angekündigte Presseerklärung der OrganisatorInnen?

"Eine sinnliche Erfahrung jenseits des individuellen Starrens auf den Bildschirm zu schaffen", so war schon im ersten Diskussionspapier die Maßgabe der Online-Demonstration skizziert worden. Chatroom, Graph und LAN-Parties mit kollektiven Mausklicks zeugten am 20. Juni zwar vom Bewusstsein um die digitale Einsamkeit, aufgehoben aber wurde sie letztlich nicht. Nicht nur für DemonstrantInnen, auch für Nachrichtenagenturen gab es kaum Referenzpunkte zur Einordnung des Geschehens. Die Lufthansa-Sprecher, die nicht gerade als gewandte Krisenmanager gelten können, beschränkten sich vernünftigerweise auf stereotype Versicherungen, alles sei unter Kontrolle. Und die Demo-OrganisatorInnen veröffentlichten erst Stunden später Details über das digitale Geschehen. Zurückgeworfen auf eine 17-Zoll-Wahrnehmung, lasen sich die Tickermeldungen so widersprüchlich wie Chatroom-postings: dpa und Reuters gewichteten die konträren Statements der Pressesprecher je nach dem, ob auf dem eigenen Bildschirm gerade ein Kranich oder eine Fehlermeldung zu sehen war.

Mit einem Klick: Online und Offline

So öffentlich und interaktiv die grafischen Oberflächen go.to/online-demo und lufthansa.com waren, so klein blieb der Kreis jener, die den Datenstrom zwischen den KontrahentInnen verfolgen oder gar beeinflussen konnten. Das digitales Gefecht begann mit einer Welle verteilter und automatisierter Datenanfragen an verschiedene Großrechner der Fluglinie - der Konzerntochter "Lufthansa Systems" war es nicht gelungen, den

verschlüsselten Code der Protest-Software zu knacken. Nachdem sich das virtuelle Sit-In als so groß wie angekündigt herausgestellt hatte und die attackierten Server dem Druck nicht standhielten, demonstrierte die Lufthansa ihrerseits, was die ebenso großspurig angekündigte Aufrüstung meinte: die Konzerntechniker lenkten den gesamten Datenverkehr auf ein zweites, noch leistungsfähigeres Breitbandnetz um, das - weder Mühe noch Kosten werden gescheuert - von debis angemietet worden war. Die Online-AktivistInnen konnten allerdings in relativ kurzer Zeit nachziehen und auch dieses Netz unter Druck setzen. Zusätzlich griff man im Rechenzentrum Keltersheim noch zu anderen Methoden: Wenn zuviele Anfragen aus einem Nummernraum registriert wurden, hängte man kurzerhand ganze IP-Netze ab. Zugriffe aus dem Deutschen Forschungsnetz, das 4.550 Hochschulen und Bildungseinrichtungen in Deutschland verbindet, hatte die Lufthansa - in der berechtigten Angst vor studentischen Online-DemonstrantInnen mit Breitbandanschluss - gleich vorsorglich gesperrt.

Der Kollateralschaden war so kalkulierbar wie bemerkenswert: Die IP-Blockade half zwar, die Anfrageflut möglicherweise entscheidend zu verringern, sie traf dafür unterschiedslos JournalistInnen, KundInnen wie DemonstrantInnen. Das "switching" zwischen zwei Netzen erlaubte es, die grafische Oberfläche der Lufthansa-Webseiten im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Allerdings gingen bei jedem Umschalten die temporären Benutzerdaten verloren, die für Flugbuchungen und andere in Euro messbaren Interaktivitäten benötigt werden. "Auf Kosten der Funktionalität versuchte Lufthansa, das Image des aufstrebenden Netz-Konzernes und den Schein ständiger Erreichbarkeit zu retten", analysierten die Online-AktivistInnen die Gegenstrategie: "Die Webseite glich einem potemkinschen Dorf". Allein, auf die Fassade kam es eben an. Der zweistündige digitale Schlagabtausch endete deshalb mit einem "klaren Unentschieden", resümierte zutreffend die FR.

Bit um Bit, Byte um Byte

Unbescheiden hatten die AbschiebegegnerInnen im Vorfeld eine vollständige Blockade der Webseiten ("Lufthansa goes offline!") angedroht, die markigen Sätze aber stets mit der Bemerkung relativiert, das Ziel sei nicht der technische Knockout des Servers, sondern eine Verstärkung der öffentlichen Kritik an den Abschiebeflügen. Dementsprechend fein war die Aktion dosiert: in ihrer Aggressivität der Ernsthaftigkeit des Anliegens Rechnung tragend und trotzdem im Rahmen des öffentlich Erlaubten und Nachvollziehbaren verbleibend, setzte sich die Online-Demonstration von anonymen Server-Attacken ab, ohne zur virtuellen Adaption der Harmlosigkeit "friedlicher Proteste" zu verkommen. Kaum eine Demo der letzten Jahre wurde in LiveChats bei Spiegel und Stern so kontrovers diskutiert, selten gelang es auch, ein Spektrum von der respektablen Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen bis zu den Chartbreakern des Verfassungsschutzberichts wie der Antifaschistischen Aktion zu vereinen. Die OrganisatorInnen hatten ihr Anliegen - in eingängige Merksätze verpackt - erfolgreich an prominenter Stelle in den Medien platzieren können und mit taktischem Geschick die gegnerische Front verwirrt: der Spiegel lachte über die bornierte Mentalität von Ordnungsamt und Polizeipräsidium in Köln, die sich ein Email, mit dem die virtuelle Demonstration in entwaffnender Offenheit angemeldet worden war, hin- und herreichten wie eine heiße Kartoffel. Und da selbst das "law and order"-Magazin Focus wohlwollend die "Pioniere der Netzdemokratie" porträtiert hatte, vermochte auch eine humorlose Sprecherin des Justizministeriums, die mit fünf Jahren Gefängnis wegen Computersabotage drohte, wenig auszurichten gegen die im Brustton der Überzeugung vorgetragene Grundgesetz-Exegese der AktivistInnen. Verfassungsschutzpräsident Fromm komplettierte das Bild, als er - in vollständiger Unkenntnis des realen Geschehens - öffentlich davor warnte, Autonome wollten mit Emails die Lufthansa-Homepage lahm legen. Ungewollt selbstironisch kündigte der Geheimdienstler noch an, man werde die Internet-Aufklärung verstärken, was ihm einen fiesen Kommentar ("Blamage") in der FR einbrachte.

Dass es in nur drei Monaten gelang, gegenüber Behörden und Fluggesellschaft eine klare Lufthoheit über die mediale Öffentlichkeit zu erreichen, war vor allem dem Umstand geschuldet, dass der Netzprotest nicht im luftleeren Raum, sondern als elektrischer Schlag einer bereits erfolgreichen Kampagne konzipiert worden war. Schon die von kein mensch ist illegal produzierten Fakes operierten im semiotischen Feld: mit täuschend echt aussehenden Discount-Angeboten unter dem Label Deportation Class eigneten sich die AbschiebegegnerInnen die Lufthansa-Symbole an, um sie mit anderer Bedeutung versehen in den gesellschaftlichen Kontext wieder einzuschreiben.

Nachdem auf der letztjährigen Lufthansa-Hauptversammlung Internetexperten die hemmungslose eCommerce-Begeisterung durch Warnungen vor virtuellen Attacken etwas gedämpft hatten, zielte die Netzaktion, die sich schamlos den Reiz des Neuen zu Nutze machte, konsequenterweise weniger auf Hardware als auf Hype. Im Vorfeld der Aktionärsversammlung sollte die Kritik am Abschiebegeschäft eine maximale Öffentlichkeit erreichen und so den Imageschaden in die Höhe treiben. Wie schon letztes Jahr, als die Lufthansa mit großem Tamtam eine Pressekonferenz einberief, um die Existenz einer verbilligten "Deportation Class" zu dementieren, bemühten sich die Pressesprecher auch jetzt wieder um Schadensbegrenzung - und machten alles nur noch schlimmer. Schon nach einer ersten, allgemein gehaltenen Ankündigung von Libertad! und kein mensch ist illegal sah sich die Lufthansa veranlasst, der Sache zur Publicity zu verhelfen und dabei noch einen Satz zu lancieren, den sich in seinem Zynismus kein Fake-Künstler hätte ausdenken können: "Die Abschiebungen gehen in der Regel mit freundlichem Service vonstatten". Die biederen PR-Fachkräfte waren den Verwirrungen der Kommunikationsguerilla schlicht nicht gewachsen.

War die Online-Demo also eine Performance für die Medien? Nicht selten wurde kritisch angemerkt, die virtuelle Gestaltung des Protestes mache diesen zu bequem und erfordere kaum noch persönliches Engagement. Die Bedeutsamkeit der medialen Inszenierung sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass eine Mobilisierung in dieser Größenordnung nur durch die erprobte organisatorische Kapazität von AktivistInnengruppen wie Libertad! und die Zusammenarbeit zahlreicher lokaler Initiativen möglich war, die durch Veranstaltungen, Zeitungen und Plakate auch offline für den online-Protest trommelten. Nur dadurch wirkte die Medienmaschine Online-Demo als Verstärker der Proteste in der Kölnarena.

Signifikat und signikant

Konnte der Lufthansa-Vorstand auf die multimediale Kampagne am Vormittag noch mit Sicherheitsbeamten, Netzwerkadministratoren und AnwältInnen antworten, so mussten sich die Manager bei der nichtöffentlichen Aussprache am Nachmittag den KleinaktionärInnen stellen. Und da wurde es ernst. Mehrere RednerInnen brachten ihre Empörung über die ignorante Abfertigung der KritikerInnen durch den Vorstand zum Ausdruck, denen einfach das Mikrofon abgestellt worden war. Die mühsam gewahrte corporate identity kippte schließlich, als eine Rednerin nach Genscher rufend "Schlichtungsgespräche mit den Menschenrechtsgruppen" verlangte und die Manager den anschließenden Applaus ihrer eigentlich unverdächtigen AnteilseignerInnen über sich ergehen lassen mussten. Die Sache ist also nicht ausgestanden. Es bleibt zu hoffen, dass der Vorstand der Fluglinie sich nun darüber Gedanken macht, ob man dieses Problem nicht aus der Welt schaffen sollte. Eines ist unterdessen sicher: Online-Demonstrationen werden so oder so ähnlich in Zukunft zum aktivistischen Repertoire gehören. Schließlich traute sich trotz der wortgewaltigen Ankündigungen aus dem Justizministerium niemand, juristisch gegen die Demonstration vorzugehen.

Anne Morell

online-demo@gmx.net

Eine ausführliche Bewertung der Online-Demonstration wird demnächst unter http://go.to/online-demo veröffentlicht. Diskussionsbeiträge sind erwünscht.

7. Gott, Geld, Gentechnik - und ein paar Linke. Impressionen vom Evangelischen Kirchentag

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Gentechnologie; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:16

Evangelischer Kirchentag vom 13. bis 17. Juni 2001 in Frankfurt. Schon am Eingang zum Messegelände blickt den BesucherInnen eine zwölf Meter hohe aufgeblasene Figur aus Kunstseide entgegen. Jesus, Religionsgründer des Christentums, soll hier symbolisiert sein. Ein Besucher des Kirchentages formulierte es treffender: "eine Mischung aus Teletubbies und einer Figur aus einem billigen Comicfilm". Doch diese zweifellos richtige Feststellung trifft noch nicht einmal den Kern der Kritik. Denn insgesamt waren neun dieser gigantischen Behelfsjesusfiguren in Frankfurt aufgestellt und eine dann auch angestochen worden. Eines dieser aufgeblasenen Monstren wurde bei einer Großbank, ein anderes auf der Börse installiert. Die Symbolik ist klar: "Mitten im Bankenzentrum haben Kirche und Kapital ihren Frieden gemacht", so Michaela Böhm im ND.

Konsequent wurde mit Martin Dolde ein ehemaliger DaimlerChrysler-Manager zum Kirchentagspräsidenten ernannt, im Hermann-Josef-Abs-Saal der Deutschen Bank durften kirchentagliche Veranstaltungen stattfinden, und aus der Industrie kamen Sponsorengelder für das evangelische Ereignis (u.a. von Lufthansa und Fraport, die wegen des weiteren Flughafenausbaus in stärkster Kritik stehen). "Ja, wenn das Geld im Kasten klingt, das dann viel Segen für die Startbahn bringt", so reimte etwas hilflos und in Anspielung auf den Werbeslogan der Ablässe des 15. und 16. Jahrhunderts Reinhold Fertig von den ChristInnen für den Sozialismus.

Peter Steinacker, Präsident der Landeskirche Hessen und Nassau, sprach gar von einer "Theologie des Geldes, die D-Mark und Dollar nicht verteufelt". Er entblödete sich auch nicht, von der "Firma Kirche" zu sprechen, um damit allen Atheisten eine willkommene Steilvorlage zu bieten. 1987 sah das noch anders aus. Da war der Kirchentag eine Ansammlung von Friedens-, Frauen- und Umweltgruppen. Der allgemeine Trend brachte die Kirchenoberen dazu, die Konten bei der Deutschen Bank auf Grund deren Engagements in Südafrika zu kündigen. Das ist lange, sehr lange her.

Dennoch: Auch 2001 gab es durchaus erfreuliche Zeichen, die der 29. Evangelische Kirchentag setzen konnte. Da waren z.B. die massiven Proteste der Flughafenausbau-GegnerInnen. Hessens Ministerpräsident Koch wurde bei einer Veranstaltung zum Thema Flughafen ausgepfiffen, dass es eine wahre Freude war. Flugs musste allerdings der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Hessen, Jörn Dulige, in die Bresche springen. Er verteidigte die Zustimmung seiner Glaubensgemeinschaft zum Ergebnis der Flughafen-Mediation und warnte vor "ethischem Rigorismus" (was immer das sein soll!). Keine Erinnerung mehr an die Worte Jesu: "Euer Ja sei ein Ja, Euer Nein ein Nein; alles andere ist von Übel." (Mt. 5,37)

Der theologische Unsinn des Kirchenoberen blieb allerdings nicht unkommentiert. In einer annähernd einstimmig angenommenen Resolution der KirchentagsbesucherInnen auf der genannten Flughafen-Veranstaltung wurde festgehalten: Die absehbaren Schäden der Flughafenerweiterung übertreffen eindeutig die Vorteile, z.B. bei den Arbeitsplätzen.

Friedlicher ging es bei der Gentechnik zu, einem weiteren Hauptthema des Kirchentages. Denn schließlich war man sich hier fast durchweg einig. Lediglich NRW-Ministerpräsident Clement wurde ein Podium geboten für seinen Technologiefetischismus. Der Rest der Diskutierenden war aus unterschiedlichsten Gründen gegen eine weitere Liberalisierung im Gentech-Bereich.

Spannend wurde es hingegen bei der Frage nach Globalisierung, Neoliberalismus, nach Geld allgemein; und dafür war Frankfurt sicherlich das geeignetste Pflaster in ganz Deutschland. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Demonstration am Freitag mit über 1.000 Teilnehmenden erwähnenswert, Motto: "Die Macht des Geldes durchKREUZen!". Während Bundesbankpräsident Ernst Welteke sich angesichts der Proteste genötigt sah, vor der "Globalisierung als Sündenbock" zu warnen, kritisierte Dorothee Sölle, Professorin für evangelische Theologie, eindeutig die herrschende Ideologie des Geldes, die nicht dazu beitrage, die Bedürfnisse aller zu stillen, sondern zum Profit Weniger beizutragen.

Sie war es auch, die am Samstag in einer gut besuchten Veranstaltung mit der lateinamerikanischen Band Grupo Sal eine herausragende Veranstaltung mit starken, politisch linken Elementen präsentierte. Die über 70 Jahre alte Theologin brachte erheblich eindeutigere Worte zu Gehör als z.B. der aus Frankfurt stammende einstige SPD-Funktionär und heutige PDS-Vize Diether Dehm, der - ganz parteifixiert - eine "demokratische Revolution des Stimmzettels" forderte. Da braucht es wohl doch etwas mehr, um die Macht des Geldes zu brechen, Herr Dehm!

Aufschlussreich war unter den Veranstaltungen z.B. auch die der Theologin und Therapeutin Prof. Ingrid Riedel, die aus feministischer wie historisch-kritischer Sicht einen Bibeltext bearbeitete. Allerdings muss einschränkend gesagt werden, dass bei insgesamt 2.500 Veranstaltungen sicherlich auch weniger Erbauliches zu finden gewesen sein wird und zudem eine große Unübersichtlichkeit entstand.

Ähnliches galt auch für den Markt der Möglichkeiten. Von uniformierten Bundeswehrsoldaten bis zur DFG/VK, von LebensschützerInnen bis zu Lesben und Schwulen in der Kirche, von Hinz bis zu Kunz war hier fast alles vertreten.

Mit dabei waren auch wieder die schon traditionell anwesenden christlich-sozialistischen Gruppen, so der 75 Jahre alte Bund religiöser SozialistInnen Deutschlands (BRSD), die ChristInnen für den Sozialismus und die AG ChristInnen bei der PDS. Zwar spielen diese Gruppen nicht gerade eine herausragende Rolle im Christentum (größte dieser Organisationen dürfte der BRSD mit knapp 200 Mitgliedern sein!), dennoch ist es an so einem Kirchentag tröstlich, dass die Linke auch hier noch vertreten ist.

Ebenfalls war die Präsenz fortschrittlicher Gruppen wie medico international, den bereits erwähnten DFG/VK und VVN, amnesty international, Initiative Kirche von unten, Pro Asyl etc. sehr erbauend. 100.000 DauerbesucherInnen, Spitzenbesuche bis zu 300.000 Menschen - da sollte auch die Linke vertreten sein.

Martin Bayer

8. Selektion in der Petrischale

Autor: Sigrid Graunmann · Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:25

Seit die Bundesärztekammer vor eineinhalb Jahren einen Richtlinienentwurf für die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik vorlegte, reist die Diskussion über Zulassung oder Verbot der umstrittenen Technik nicht ab. Die Präimplantationsdiagnostik wird mittlerweile in einigen europäischen Ländern angeboten. In Deutschland ist sie durch das Embryonenschutzgesetz bislang verboten - auch wenn dies von den JuristInnen, die die Bundesärztekammer beraten, nach wie vor bestritten wird. Solange das Gesundheitsministerium grün war, sah es so aus, als würde es bei dem Verbot bleiben. Das hat sich mit dem Kurswechsel in der Gesundheitspolitik schnell geändert. Nicht mehr in dieser Legislaturperiode, aber wahrscheinlich in der nächsten, wird die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik auf der politischen Agenda stehen. Die Gesundheits- und die Forschungsministerin zeigen sich zusammen mit dem Kanzler für eine zukünftige Zulassung des Verfahrens offen. Die einzige im Kabinett, die sich nach wie vor für ein Verbot ausspricht, ist die Justizministerin. Wie der Bundespräsident hält sie das Verfahren für verfassungswidrig.

Die Präimplantationsdiagnostik wird als Alternative zur Pränataldiagnostik für sogenannte "Risikopaare" gehandelt. Das sind Paare, die meist schon ein Kind mit einer bestimmten genetisch bedingten Krankheit bekommen haben und statistisch ein "Wiederholungsrisiko" von 25-50% bei jedem weiteren gemeinsamen Kind tragen. Bisher hatten diese Paare, nachdem ihnen in der humangenetischen Beratung ihr "Risikostatus" erläutert worden war, die Möglichkeit, gegebenenfalls ein weiteres krankes oder behindertes Kind anzunehmen, auf weitere gemeinsame Kinder zu verzichten, auf eine Samenspende zurückzugreifen oder eine Präntaldiagnostik in Anspruch zu nehmen. Letzteres bedeutet für die betroffene Frau unter Umständen den Abbruch der Schwangerschaft mit einem eigentlich gewünschten Kind.

Die Präimplantationsdiagnostik, so die Befürworter, verfolge dasselbe Ziel und sei für die Frau weniger belastend. Dabei wird meist unterschlagen, dass die Belastungen für die Frau auch bei einer Präimplantationsdiagnostik erheblich sind. Um eine Präimplantationsdiagnostik durchführen zu können, muss sich die Frau extra hierfür einer In-vitro-Fertilisation (IVF) unterziehen.

Für die Befruchtung im Labor wird die Frau mit Hormonen behandelt, damit mehrere Eizellen gleichzeitig reifen. Die Eizellen werden dann entnommen und im Labor mit dem Sperma des zukünftigen Vaters befruchtet. Am dritten Tag nach der Befruchtung, wenn die Embryonen ungefähr aus sechs bis zehn Zellen bestehen, werden ein bis zwei Zellen entnommen. Diese einzelnen Zellen werden auf eine gesuchte genetische Veränderung hin untersucht. Die nicht "betroffenen" Embryonen werden in die Gebärmutter der Frau übertragen, die anderen "verworfen".

Die Belastungen für die Frau gehen in erster Linie von der Eizellgewinnung aus. 3-5% der Frauen bekommen in Folge der Hormonbehandlung ein im Extremfall lebensbedrohliches Hyperstimulationssyndrom. Darüber hinaus stehen die Hormone im Verdacht, Eierstockkrebs hervorrufen zu können.

Die Chance, dass eine IVF tatsächlich zur Geburt eines Kindes führt, beträgt nur etwa 14 %! Der größere Teil der Paare wird also trotz mehrerer Versuche ohne das ersehnte Wunschkind bleiben. Außerdem führt die hohe Rate an Mehrlingsschwangerschaften (ca. 23 % Zwillings- und 4 % Drillingsgeburten nach IVF) im "Erfolgsfall" zu vermehrten Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen - um die genannte Erfolgsrate zu erreichen, werden nämlich bis zu drei Embryonen in die Gebärmutter der Frau übertragen.

Verfahren: verfassungswidrig

Dazu kommt die Unzuverlässigkeit der Diagnostik selbst, weshalb zur Überprüfung der Präimplantationsdiagnostik später während der Schwangerschaft eine Pränataldiagnostik empfohlen wird. In einer kürzlich veröffentlichten internationalen Erhebung der Erfahrungen von 26 Diagnose-Zentren wurde die Präimplantationsdiagnostik bei 116 Föten durch eine Fruchtwasseruntersuchung während der Schwangerschaft überprüft. Dabei stellten sich vier Fehldiagnosen heraus. Zwei Frauen bekamen "geschädigte" Kinder, zwei Frauen brachen die Schwangerschaft ab.

Objektiv gesehen, kann die Präimplantationsdiagnostik damit kaum als "bessere Alternative" im Namen der betroffenen Frau gelten. Beide Methoden, die Pränataldiagnostik wie die Präimplantationsdiagnostik, sind psychisch und körperlich hochbelastend für die Frau. Das ist auch der Grund, warum sich der Deutsche Ärztinnenbund im Gegensatz zur Bundesärztekammer gegen die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ausspricht. Dass derzeit im Namen der betroffenen Paare so viel Werbung für die Präimplantationsdiagnostik gemacht wird, ist bei genauerer Betrachtung der Erfahrungen mit der Technik in anderen Ländern jedenfalls fragwürdig.

Auch die Selbsthilfeverbände haben bislang keine Zulassung der Präimplantationsdiagnostik gefordert. Stephan Kruip wehrt sich für die Selbsthilfegruppe Mukoviszidose e.V. dagegen, dass Mukoviszidose als Paradebeispiel für die Notwendigkeit der Präimplantationsdiagnostik angeführt wird. Dabei würde eine verzerrte Vorstellung vom Leben mit dieser Krankheit vermittelt, die den heutigen Behandlungsmöglichkeiten nicht entspricht.

Für die Forderung nach Zulassung des Verfahrens sind vor allem forschungspolitische Gründe entscheidend. Endlich auch das tun zu dürfen, was die ausländischen Kollegen können, ist ein wichtiges Motiv in der Debatte. Außerdem ist die In-vitro-Fertilisation in Deutschland bislang so geregelt, dass "überzählige Embryonen" vermieden werden müssen. Mit der Präimplantationsdiagnostik aber würden erstmals im großen Stil "überzählige Embryonen" anfallen. Und an diesen hat die Forschung ein erhebliches Interesse (siehe den Artikel von Ingrid Schneider auf S. 8).

Die aktuelle Debatte dreht sich vor allem um die Frage, welcher moralische Status dem menschlichen Embryo zukommt. Diese Eingrenzung ist jedoch unbefriedigend. Erstens, weil Einwände jenseits der Lebensschutzkontroverse nicht ernsthaft diskutiert werden. Dazu gehören feministische Positionen und Positionen von Behinderten. Und zweitens, weil sich zunehmend eine ausgesprochen problematische Gleichsetzung mit dem Schwangerschaftsabbruch durchsetzt. Noch nie wurde in einer Debatte, zumeist von männlicher Seite, so häufig auf die Selbstbestimmung der Frau Bezug genommen - vor allem nicht als die Reform des § 218 auf der Tagesordnung stand. Alleine das sollte misstrauisch stimmen.

Recht auf Selbstbestimmung

Es sei inkonsistent, so wird argumentiert, Schwangerschaftsabbrüche gesellschaftlich zu tolerieren - bei einer "drohenden" Behinderung sogar ohne "Pflichtberatung" bis zur Geburt -, die "Selektion" im Labor vor einer Schwangerschaft aber zu verbieten. Dem wird von feministischer Seite entgegengehalten, dass die leibliche Beziehung der Frau mit dem Ungeborenen in der Schwangerschaft eine mit keiner anderen Situation vergleichbare Situation darstellt. Weil die Rechte der Frau auf Selbstbestimmung und körperliche Integrität nicht verletzt werden dürfen, muss ihr alleine die Entscheidung über Fortsetzung und Abbruch der Schwangerschaft überlassen werden. Das gilt auch, wenn einer Frau ein auffälliger Befund nach einer Pränataldiagnostik mitgeteilt wurde und deshalb ein Schwangerschaftskonflikt besteht.

Bei einer Entscheidung für eine Präimplantationsdiagnostik dagegen ist die Frau (noch) nicht schwanger und daher nicht in gleicher Weise in ihrer körperlichen und psychischen Integrität betroffen. Es besteht keine unausweichliche Konfliktsituation. Es gibt Handlungsalternativen wie der Verzicht auf leibliche Kinder, ein Kind in Pflege zu nehmen oder zu adoptieren. Die hohe Präferenz, die der Wunsch nach einem eigenen gesunden Kind für die betroffenen Paare haben kann, soll damit nicht in Frage gestellt werden. Mit dem existenziellen Erleben eines Schwangerschaftskonflikts für die Frau ist dies aber nicht vergleichbar.

Sich für das alleinige Entscheidungsrecht der Frau im Fall eines Schwangerschaftskonflikts auszusprechen, heißt aber nicht zwangsläufig, die Pränataldiagnostik für unproblematisch zu erklären. Die Erfahrungen mit der Pränataldiagnostik zeigen, dass individuelle Entscheidungen zu ihrer Inanspruchnahme internalisierte gesellschaftliche "Lebenswertzuschreibungen" ausdrücken oder sogar unter direktem Druck des sozialen Umfelds zu Stande kommen. Gleichzeitig wirken derartige individuelle Entscheidungen auf die Entwicklung gesellschaftlicher Wertvorstellungen zurück. Dieses Phänomen wird häufig als "freiwillige Eugenik" bezeichnet. Mit der Pränataldiagnostik sind für werdende Eltern und besonders für Frauen nicht nur neue Handlungsspielräume, sondern gleichzeitig auch neue Handlungszwänge entstanden. Eine ähnliche Entwicklung wäre für die Präimplantationsdiagnostik zu erwarten.

Dazu kommt, dass die Präimplantationsdiagnostik mit einer neuen Qualität der "Selektion" verbunden ist. Die Präimplantationsdiagnostik ermöglicht, unter mehreren Embryonen diejenigen auszuwählen, für die der Wunsch besteht, eine Schwangerschaft einzugehen. Dabei können mit zunehmendem Wissen um genetische Veranlagungen diejenigen ausgewählt werden, die den Vorstellungen der Eltern am ehesten entsprechen. Der französische Fortpflanzungsmediziner Jacques Testard vertritt deshalb die These, dass durch die Präimplantationsdiagnostik erstmals eine effektive, positive Eugenik möglich sein wird. Der Perfektionsdruck auf werdende Eltern, was ihr zukünftiges Kind betrifft, erhält damit eine neue Qualität.

Der Gefahr einer "neuen Eugenik" wird in der Diskussion meist damit begegnet, dass die Präimplantationsdiagnostik nur für wenige Einzelfälle - im Gespräch sind 50-100 Paare jährlich - zugelassen werden soll. Allerdings gibt es erhebliche Zweifel daran, ob dies gelingen kann. Einen Indikationskatalog mit schweren Krankheiten und Behinderungen würden Menschen, die selbst mit den genannten Krankheiten oder Behinderungen leben, berechtigterweise als diskriminierend empfinden. Diese Lösung wird daher für politisch nicht durchsetzbar gehalten. Die Bundesärztekammer macht deshalb den Vorschlag, dass die Präimplantationsdiagnostik nur bei sehr schweren, lebensbedrohlichen Krankheiten und Behinderungen nach einer Einzelfallprüfung durch eine zentrale Kommission erlaubt werden soll. Das wäre aber eine kaum zu rechtfertigende paternalistische Bevormundung der betroffenen Paare. Die Kommissionsmitglieder müssten ja deren subjektiv empfundene Belastung unter Umständen in Frage stellen. Wie sollten die Kommissionsmitglieder eine solche Entscheidung gegenüber dem betroffenen Paar rechtfertigen?

Diskriminierung von Behinderten

Außerdem kann die Präimplantationsdiagnostik eingesetzt werden, um die Erfolgsrate der In-vitro-Fertilisation zu erhöhen. Viele frühe Fehlgeburten geschehen auf Grund von Chromosomenstörungen des Embryos. Wenn man solche Embryonen schon im Labor erkennen würde, wäre die Wahrscheinlichkeit einer Erfolg versprechenden Schwangerschaft nach einer künstlichen Befruchtung höher. Wenn die Präimplantationsdiagnostik erst einmal für die sogenannten Risikopaare zulässig ist, scheint es kaum gute Gründe dafür zu geben, warum sie Frauen, die sich wegen ungewollter Kinderlosigkeit einer In-vitro-Fertilisation unterziehen, nicht angeboten werden darf. Realistisch betrachtet heißt das, dass die Präimplantationsdiagnostik auf Dauer entweder ganz oder gar nicht zu haben ist.

Das Hauptargument der Behindertenverbände gegen die Zulassung der Präimplantationsdiagnosik ist die drohende Veränderung gesellschaftlicher Wertvorstellungen durch eine neue Qualität von "Lebenswertentscheidungen". Es wird befürchtet, dass eine Etablierung der Präimplantationsdiagnostik in der medizinischen Praxis diskriminierende Tendenzen gegenüber chronisch Kranken und Behinderten in der Gesellschaft verstärken wird. Dabei geht es nicht darum zu behaupten, die individuelle Entscheidung eines Paars oder einer Frau sei an sich ein diskriminierender Akt, wie der Philosoph Dieter Birnbacher meint. Und geradezu zynisch ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Hubert Markl, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, "an Behinderten wird es der Gesellschaft" auch zukünftig "nicht mangeln". (FAZ, 25.6.)

Ausdruck der Behindertenfeindlichkeit ist eine medizinische Praxis, welche die Verhinderung der Existenz behinderter Menschen als Teil des ärztlichen Handlungsauftrags institutionalisiert. Wer versucht, das im Namen der Selbstbestimmung zu rechtfertigen, schiebt die Verantwortung hierfür den Frauen in die Schuhe.

Sigrid Graumann

9. Die Sozialpflichtigkeit der Reproduktion. Embryonale Stammzellenforschung

Autor: Ingrid Schneider · Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:35

Während der Bundestag am 31. Mai über Gentechnik und Stammzellforschung debattiert, setzt sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement über alle ethischen Bedenken hinweg und bahnt in Israel den Export von embryonalen Stammzellen nach Deutschland an. Er reist in Begleitung der Bonner Hirnforscher Oliver Brüstle und Otmar Wiestler, die an den Embryo-Zellen experimentieren wollen. Der Kieler Biochemiker Stefan Rose-John will solche Zellen aus Australien importieren. Aus Embryonen Stammzellen herzustellen ist hier zu Lande nach dem Embryonenschutzgesetz verboten, weil dabei der Embryo verbraucht wird. Der Import ist auf Grund einer Gesetzeslücke nicht rechtswidrig.

Die Hamburger Politologin Ingrid Schneider, Mitglied in der Enquete-Kommission "Recht und Ethik der modernen Medizin" des Bundestages, hat die Argumentationsstrategien der staatlichen Geldgeber, die Expansionsdynamik auf dem Feld der Stammzellforschung, aber auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Embryonenforschung untersucht. Wir dokumentieren ihren Vortrag bei dem Kongress "Medizin und Gewissen" des IPPNW (Ärzte gegen den Atomkrieg) Ende Mai in Erlangen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat sich in ihrer Anfang Mai 2001 veröffentlichten Stellungnahme zur Stammzellforschung dafür ausgesprochen, dass deutsche Forscher embryonale Stammzell-Linien, die aus sog. "überzähligen" Embryonen hergestellt wurden, aus dem Ausland importieren. Das Verbot der verbrauchenden Embryonenforschung im deutschen Embryonenschutzgesetz würde somit legal umgangen. Als einen "zweiten Schritt" spricht sich die DFG sogar für die Herstellung von embryonalen Stammzell-Linien aus, die aus deutschen Zentren für IVF (In-vitro-Fertilisation, d.h. Reagenzglasbefruchtung) stammen. Die DFG schlägt dem Gesetzgeber vor, "in Überlegungen einzutreten, Wissenschaftlern in Deutschland die Möglichkeit zu eröffnen, aktiv an der Gewinnung von menschlichen embryonalen Stammzellen zu arbeiten." Dies bedeutet nichts geringeres als ein Plädoyer für die Zulassung der bisher gänzlich verbotenen verbrauchenden und drittnützigen Embryonenforschung. Embryonen würden somit zu einem vernutzbaren Gut erklärt. Zur Legitimation dieses Tabubruchs hat sich der DFG-Vorsitzende Ernst-Ludwig Winnacker folgendermaßen geäußert: Die DFG "ist der Meinung, dass der Rubikon in dieser Frage mit der Einführung der künstlichen Befruchtung überschritten wurde".

"Überzählige" Embryonen

Winnacker zufolge gibt es eine logische, kontinuierliche Entwicklung von der In-vitro-Befruchtung hin zur verbrauchenden Embryonenforschung, die letztlich nicht eingrenzbar ist. Bemerkenswerterweise stammt diese Dammbruch-These von KritikerInnen der neuen Reproduktionstechnologien. Diese haben bereits vor 15 Jahren darauf hingewiesen, dass mit der IVF Embryonen außerhalb des Frauenkörpers verfügbar wurden, womit grundsätzlich eine "Qualitätsprüfung" und Auslese, sowie das Verwerten für Forschungszwecke möglich wurden. (Vgl. den Artikel von Sigrid Graumann in dieser ak-Ausgabe)

Um sich die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für die IVF zu schaffen, haben ForscherInnen damals jedoch hoch und heilig betont, es ließe sich der "Gebrauch" der IVF von ihrem "Missbrauch" klar abtrennen. Die parlamentarisch abgesegnete gesellschaftspolitische Zulassung der IVF durch das Embryonenschutzgesetz (1990) beruhte denn auch darauf, dass man der Überzeugung war, es ließe sich der "Kern" der Reproduktionstechnik, die IVF, mit Mitteln des Strafrechts einhegen und ungewünschte Möglichkeiten durch Verbote aus der Welt halten.

Gerade die derzeitige, aufgeregte Ethik-Debatte zeigt jedoch, dass Ermöglichen und Grenzziehung sich nicht ausschließen, sondern in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen: Denn gerade durch Grenzziehungen werden neue technische Verfahren, die gesellschaftlich auf Unbehagen, Skepsis bis hin zu Ablehnung stoßen, möglich gemacht. Bei der Ausdehnung der Grenzen spielt die Ethik eine wichtige Rolle: Regine Kollek und Günter Feuerstein vermerken zu den technisch ver-rückten "Grenzen der moralischen Empfindlichkeit": "Bioethik begünstigt diese Verschiebung auch dadurch, dass sie die volle Ausschöpfung neuer technischer Möglichkeiten begrenzt. Das insgesamt konfliktäre Handlungsfeld wird aufgeschlüsselt und

neu sortiert. Die moralisch neu vermessenen Grenzen des Erlaubten trennen in der Regel den zentralen Funktionskomplex der technischen Innovation von strittigen Randbereichen und Anwendungsfeldern. Diese Umfriedung des Wesentlichen erfolgt um den Preis der Abtrennung und Skandalisierung des (noch) Nebensächlichen oder (noch) nicht Machbaren."

Auch die DFG betont ihre Grenzsetzungen: Sie lehnt die "Herstellung von Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken" ab, ebenso wie das sog. "therapeutische" und das "reproduktive" Klonen. Diese Techniken werden skandalisiert, während die intendierten neuen Grenzüberschreitungen verharmlost werden. Implizit wird damit die verbrauchende und fremdnützige Embryonenforschung an sog. "überzähligen" Embryonen in den Bereich des Akzeptablen gerückt. Das Überschreiten prinzipieller Grenzen - wie etwa die der absoluten Unverfügbarkeit von Embryonen für Forschungs-Zugriffe - soll durch die Einführung von Verfahren, insbesondere durch spezielle Prüfkommissionen, legitimiert werden.

Winnackers "Rubikon"-Satz spiegelt den gegenseitigen Verweisungszusammenhang des "Innen" und "Außen" der Grenzen: Wer an den errichteten Grenzen festhält oder gar engere aufrichten will, wird darauf verwiesen, es sei unrealistisch und bereits längst zu spät, denn man habe ja die grundlegende Schwelle bereits längst hinter sich gelassen. In den Worten der DFG ausgedrückt geht es darum, "dass es unrealistisch wäre zu glauben, unsere Gesellschaft könne in einem Umfeld bereits bestehender Entscheidungen zum Lebensrecht des Embryos (...) zum status quo ante zurückkehren."

Festzuhalten bleibt, dass sich eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen hat. Noch 1999 wollte die DFG in ihrer ersten Stellungnahme zur Stammzellforschung nicht am Embryonenschutzgesetz rühren. Sie hielt damals fest, es reiche aus, embryonale Stammzellen aus Schwangerschaftsabbrüchen zu gewinnen und im Übrigen möge man sich darauf konzentrieren, adulte Stammzellen zu erforschen, die aus dem Körper von Erwachsenen gewonnen werden und daher ethisch weitaus unbedenklicher sind.

Wissenschaftlich haben sich seither keine bahnbrechenden Umbrüche vollzogen, die eine Revision unvermeidlich erschienen ließen. Im Gegenteil: Das Potenzial adulter Stammzellen wurde damals sogar noch weitaus geringer eingeschätzt als heute. Inzwischen ist davon auszugehen, dass adulte Stammzellen ein ebenso Erfolg versprechendes Potenzial zur Entwicklung von Transplantationsbehandlungen aufweisen wie embryonale Stammzellen.

Sozio-kulturelle Umcodierung des Embryos

Verändert hat sich hingegen die politische Windrichtung. Seit der Jahreswende wurde sowohl ideologisch als auch personell ein Kurswechsel in der Biopolitik eingeschlagen. Er wurde eingeleitet mit einem Artikel von Bundeskanzler Schröder in der Woche, in der er vor "ideologischen Scheuklappen" warnte und sich gegen "gesetzliche Verbote" aussprach. Auch die Forschungsministerin Edelgard Bulmahn vollzog in den vergangenen Wochen eine politische Neupositionierung: Sie spricht sich nun für die verbrauchende Forschung an IVF-Embryonen aus. Dass ihre forschungsfreundliche Haltung dem Embryonenschutzgesetz widerspricht, kaschiert sie, indem sie sich von der Herstellung von Embryonen eigens für Forschungszwecke und der Klonierung von Embryonen abgrenzt.

Patentrecht: "The winner takes it all"

Für die Scientific Community signalisierte dieser Kurswechsel eine Öffnung der bisher restriktiven deutschen Gesetzeslage. Sie witterte Morgenluft und begann, lautstark für ihre Anliegen zu werben. Die DFG-Stellungnahme ist angesichts dessen auch als Testballon zu bewerten, die Grenzen des Erlaubten zunächst diskursiv, später auch gesetzlich, auszuweiten. Mit der Ernennung des "Nationalen Ethikrats" - der eigentlich "Ethikrat des Bundeskanzlers" heißen müsste, denn alleine das Kanzleramt bzw. Kabinett hat die Mitglieder berufen - wurde ein weiterer Schritt getan, eine ethische Deregulierung zu legitimieren. Liberale, fortschrittsgläubige Positionen haben somit Oberwasser gewonnen, kritische Stimmen - und die Biomedizin-Enquete-Kommission des Bundestags - sollen an den Rand gedrängt werden.

Die Vehemenz, mit der nun für die Beteiligung deutscher ForscherInnen an der embryonalen Stammzellforschung geworben wird, hat wenig mit dem PatientInnenwohl und baldigen Heilungschancen zu tun. Ob sich die hoch gesteckten Erwartungen, aus den embryonalen Stammzellen Nervenzellen für Parkinsonkranke, Herzmuskelzellen für Infarktpatienten und Insulin produzierende Zellen für DiabetikerInnen

entwickeln zu können, jemals erfüllen lassen, steht in den Sternen. Denn bisher ist unklar, wie sich die Stammzellen zielgerichtet steuern und in den gewünschten Zelltyp verwandeln lassen. Zudem besteht die Gefahr, dass die verpflanzten Zellen aus der Art schlagen und beim Empfänger einen Tumor hervorrufen. Der schwedische Hirnforscher Anders Björklund warnt deshalb seine Kollegen eindringlich, "nicht zu früh zu viel zu versprechen".

Doch ist es neben der Politik, die signalisiert, eine Öffnung einzuleiten, die Ökonomie, die maßgeblicher Grund für die Eile ist. Dabei handelt es sich keineswegs um bereits entwickelte lukrative Behandlungsverfahren, die man nun flugs auf den Markt bringen wollte. Es geht vor allem um die Abzirkelung der Claims auf einem neuen Terrain, um Patentrechte, die andere aus der gewerblichen Nutzung der Verfahren ausschließen oder sie - und das ist teuer - lizenzpflichtig machen sollen.

Dieser Prozess ist bereits weit vorangeschritten. Wie Greenpeace und die Kampagne "Kein Patent auf Leben" unlängst öffentlich gemacht haben, wurden inzwischen Dutzende von Patenten auf embryonale Stammzellen und damit zusammenhängende Methoden und Verfahren eingereicht. Das eigentlich Skandalöse dieser Patentanmeldungen liegt darin, dass die Patentrichtlinie der Europäischen Union die Patentvergabe für die Nutzung von Embryonen "zu industriellen und kommerziellen Zwecken" untersagt, weil dies gegen die "öffentliche Ordnung und die guten Sitten" verstoße. Diese Richtlinie, die in Kürze vom deutschen Bundestag in nationales Recht umgesetzt wird, wird seitens der Regierung gerade auf Grund dieser erstmals konkretisierten Patentierungsbegrenzung ausdrücklich befürwortet. Es zeichnet sich ab, dass das Europäische Patentamt die Patente auf embryonale Stammzell-Linien möglicherweise mit der Begründung erteilen wird, es handele sich dabei nicht um "industrielle und kommerzielle", sondern um "therapeutische" Zwecke, für die Embryonen vernutzt werden. Dass Patente ohne gewerbliche - also kommerzielle - Anwendung gar nicht vergeben werden, macht die Absurdität dieser Begründung deutlich.

Derzeit gibt es weltweit nur einige wenige menschliche embryonale Stammzell-Linien. Die ersten wurden in Wisconsin, USA gezüchtet. Eine zweite Stammzell-Linie hat Joseph Itskovitz-Eldor im israelischen Haifa hergestellt. Des weiteren gibt es zwei Stammzell-Linien in Australien, die von Embryonen aus Singapur stammen. Für alle Stammzellen sind bereits Patente angemeldet, die sich auf die Stammzellen selbst, aber auch auf Verfahren zu ihrer Herstellung oder zur weiteren Ausdifferenzierung beziehen.

1998 war es dem US-Zellforscher James Thomson erstmals gelungen, aus 27 wenige Tage alten Embryonen, die Paare nach einer IVF "gespendet" hatten, fünf embryonale Stammzell-Linien zu kultivieren. Diese werden auf einer Nährlösung aus Mäuse-Embryozellen konserviert und vermehrt. Ihr Zustand wird von Biologen als "pluripotent" bezeichnet, weil die Zellen sich noch in jede der 270 Zelltypen des menschlichen Körpers entwickeln können.

Für die ForscherInnen gilt, "wer zu spät kommt, den bestraft das Patentamt" (Ursel Fuchs).

Das Verfahrenspatent für die Stammzell-Linien von Thomson ist in den USA bereits erteilt. Damit sind wohl für alle Zell-Linien - auch für die aus Israel oder Australien - Lizenzgebühren an Thomson fällig. Deren Patente erstrecken sich nämlich nur auf erste Ausdifferenzierungs-Schritte an den Zell-Linien. Wissenschaftler aus aller Welt sehen sich nun - zähneknirschend - in Vertragsverhandlungen mit der WARF (Wisconsin Alumni Research Foundation) - einer Stiftung der Universität Wisconsin, die das Patent an Thomsons Zell-Linie hält - und der kalifornischen Firma Geron, die eine Exklusivlizenz dafür besitzt, gezwungen. Die Geron Corp. hat Thomsons Forschungen maßgeblich finanziert. Mittlerweile hat die WARF das WiCell-Forschungs-Institut gegründet, das die Embryo- Stammzellen an ForscherInnen auf der ganzen Welt verteilt. Wer zwei Röhrchen mit den Zellen kauft, muss dafür, sofern er in einem öffentlich finanzierten Institut arbeitet, 5000 Dollar Gebühr berappen, private Unternehmen zahlen wesentlich mehr.

Die Firma Geron verlangt, dass die Zellen nur für einen zuvor konkret beschriebenen Forschungszweck eingesetzt werden. Die Nutzungserlaubnis gilt nur für die Grundlagenforschung - sie fällt patentrechtlich unter das sog. Forschungsprivileg. Sollte es einem Forscher gelingen, mit den Stammzellen therapeutisch anwendbare Ergebnisse zu erzielen, die er natürlich auch kommerziell nutzen will, kann er dies nicht aus freien Stücken tun. Er muss die Erlaubnis der Patenthalter und des Alleinlizenziaten dazu einholen, die üppige Lizenzgebühren dafür festsetzen, ihm aber auch die gewerbliche Anwendung gänzlich verwehren können. Untersagt ihm Geron die kommerzielle Verwertung, wäre er auf den Klageweg angewiesen, im äußersten Fall

müsste er sich gar um eine staatliche Zwangslizenz bemühen - ein insgesamt langwieriges, teures und mit vielen Unsicherheiten behaftetes Verfahren. Vertragsrechtlich will Geron als Bedingung für den Stammzell-Kauf sogar festschreiben, dass die Firma den ersten Zugriff auf jede patentierbare Erfindung erhält.

Diese Bedingungen für die Forschung an den embryonalen Zell-Linien erscheinen vielen als Knebelvertrag. Würden die deutschen Wissenschaftler an den importierten US-Zellen arbeiten, leisteten sie, so Oliver Brüstle, "de facto Auftragsforschung für amerikanische Konzerne". Dabei handelt es sich nicht um ein sittenwidriges Geschäftsgebaren, sondern es charakterisiert die Bedingungen heutiger biomedizinischer Forschung unter dem Patentrechtsregime. Das Patentrecht funktioniert nun mal nach dem Prinzip "The winner takes it all".

Auf Grund dieser Lage sind ForscherInnen zu zwei Strategien übergegangen:

1) Zum einen, selbst Patentanträge zu stellen, um sich einzelne Verfahrensvarianten der Herstellung, vor allem aber an der Ausdifferenzierung von Stammzellen zu sichern.

2) Zum anderen erscheint es vielen Wissenschaftlern sinnvoll, ihre eigenen embryonalen Stammzell-Linien zu züchten, statt auf die bereits etablierten Linien angewiesen zu sein.

Beides schafft einen hohen Anreiz, schnell selbst Zugang zu den begehrten menschlichen Embryonen zu erlangen. Wenn WissenschaftlerInnen ihre eigene, wesentlich andere Methode zur embryonalen Stammzellherstellung entwickeln könnten, wären sie freier im Gebrauch der Zellen und könnten eigene Patente darauf anmelden. Doch dazu ist es nötig, Embryonen für die Forschung verbrauchen zu können.

Dies ist der Hintergrund für die neue DFG-Empfehlung. Dort heißt es: "Der bloße Import von embryonalen Stammzellen erscheint der DFG jedoch nicht ausreichend. Er erlaubt deutschen WissenschaftlerInnen keinerlei Einfluss auf die Herstellung embryonaler Stammzell-Linien, und er setzt sie unvertretbaren Abhängigkeiten aus, sofern diese Linien aus rein kommerziellen Quellen stammen. Die aktive Teilnahme deutscher WissenschaftlerInnen an der Herstellung embryonaler Stammzell-Linien ist aber vor allem deshalb wünschenswert, da sie an dem internationalen Standardisierungsprozess teilnehmen und teilhaben sollten, der sich auf diesem Felde abzeichnen muss."

Der Druck, der gegenwärtig von vielen WissenschaftlerInnen ausgeübt wird, gesetzliche Restriktionen zu lockern, geht also nicht von prächtigen wissenschaftlichen Ergebnissen aus, sondern allenfalls von der - hochgepeitschten - Erwartung an wissenschaftliche Erfolge. Ökonomisch gesehen sollen Investitionen und zukünftige Gewinne bereits frühzeitig über Patente abgesichert werden. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die großen Pharmakonzerne bisher kaum in der Stammzellforschung engagiert sind, da noch 10-15 Jahre Grundlagenforschung zu leisten sind, bevor - wenn überhaupt je - marktfähige Produkte daraus entstehen können. Zudem ist Stammzellforschung im Gegensatz zum "Pillendrehen" eine eher individuelle Therapieform und damit für "Big Pharma" weniger attraktiv.

"Vernutzbare Zellhaufen"

Der Druck sitzt jedoch in den Köpfen - insbesondere von Politikern, und scheint dort im Dominoeffekt überzuspringen. Nicht zuletzt bildete Toni Blairs Rede zur britischen Biotechnologiepolitik einen der Auslöser bei Gerhard Schröder, die Biopolitik zur "Chefsache" zu erklären. Das Mantra dabei lautet: Nur durch finanzielle Förderung und den Abbau möglichst jeder Restriktion kann technologische Forschung und Wirtschaft florieren.

Inzwischen allerdings hat das Stammzell-Thema eine ungemein hohe, symbolische Bedeutung erlangt. Am Thema Stammzellen wird ebenso konkret wie auch stellvertretend für andere Themen ein Konflikt um die Grenzen der Forschung ausgetragen, um die Verfügbarmachung von Embryonen, um das Menschenbild und Selbstverständnis unserer Gesellschaft.

Ein weiterer vorwärtstreibender Faktor ist dem Wissenschaftssystem geschuldet: Es geht um Reputation, den Aufstieg auf der akademischen Karriereleiter, um - wie Bruno Latour es nennt - wissenschaftliche Kredit- und Glaubwürdigkeitszyklen. Oliver Brüstle haben seine Forschungen zur Reparatur bestimmter Myelindefekte im Nervensystem, die er an embryonalen Stammzellen von Mäusen durchgeführt hat, schon zu einer Belohnung verholfen: Kürzlich wurde er auf einen neu geschaffenen Stiftungslehrstuhl für "Regenerative Neurobiologie" an der Universität Bonn, für den die "Hertie Stiftung" in den nächsten fünf Jahren 3,35 Mio. Mark bereitstellt,

berufen. Bereits 1998 hat Brüstle ein Patent auf Verfahren zur Herstellung und Verwendung von Nervenvorläuferzellen angemeldet, das auch menschliche Embryo-Zellen und sogar das sog. "therapeutische" Klonen mit abdeckt.

Diese Ausgangslage verdeutlicht, welche Kräfte im Spiel sind. Kräfte, die im öffentlichen Diskurs, der - geweckt von vollmundigen Versprechen der Forscher - um Heilungshoffnungen kreist, KritikerInnen regelmäßig den Vorwurf einbringt, sie wollten Menschen ihre (letzte) Heilungschance nehmen. Es bleibt festzuhalten: Die ForscherInnen wollen dabei sein, wenn die Karten gemischt werden, man ist gewillt, sich gute Startpositionen zu sichern und auszubauen.

Moralisch gesetzte Grenzen für die Embryonenforschung sind damit ins Wanken geraten. Sie wurden solange akzeptiert, wie es mangels geeigneter technischer Optionen wenig Anreize gab, sie zu überschreiten. Heute geht es weiterhin nicht um die Anpassung der politischen Grenzen und moralischen Wertvorstellungen an die Norm des Faktischen, tatsächlich bereits therapeutisch Realisierten, sondern an die Norm des Fiktiven, an die individuellen und kollektiven Visionen der Wissenschaft, um Glauben und Hoffnungen, die gekoppelt sind an uralte Jungbrunnenträume. Darin werden Stammzellen zum Stoff der ewigen Jugend, der Leidensfreiheit, der Überwindung von Alter, Krankheit und Tod. Dies ist die uralte, mal religiös-sakrale, mal säkularisierte Melodie, auf der die Stammzellforschung ihr Lied singt.

Doch der Preis, der gegenwärtig - und zukünftig - für diese Träume oder Visionen zu zahlen ist, ist hoch. Er liegt zum einen in den Folgewirkungen, welche die Zulassung der verbrauchenden Embryonenforschung für die Reproduktionsmedizin hätte. Damit verbunden sind Umbrüche in den kulturellen Bezugssystemen und moralischen Wertorientierungen. Zum anderen geht es um die hauptsächlichen Lieferantinnen dieses Forschungsrohstoffs, nämlich Frauen, die sowohl für die embryonale Stammzellforschung, insbesondere aber beim sog. "therapeutischen" Klonen in großer Zahl Eizellen zur Verfügung zu stellen hätten. Jede verantwortungsvolle Abwägung muss daher auch die Frage beantworten, ob diese Implikationen angemessen, akzeptierbar und legitim sind.

Befürworter der embryonalen Stammzellforschung bringen vor, man solle doch "überzählige" Embryonen lieber nutzen, statt sie jahrelang gefroren aufzubewahren und dann absterben zu lassen oder wegzuwerfen. Dieses utilitaristische Standardargument unterwirft Embryonen dem Nützlichkeitsimperativ.

Diese "spare embryos" oder auch schlicht "extras", wie sie im Englischen genannt werden, werden damit zu einem verwertbaren Gut, zu einer Art Recyclingobjekt erklärt. Der Mehrwert der "surplus embryos" soll abgeschöpft werden. Das deutsche Recht sieht "überzählige" Embryonen aber nicht vor. Laut Embryonenschutzgesetz dürfen nicht mehr Eizellen einer Frau befruchtet werden, "als ihr innerhalb eines Zyklus übertragen werden sollen" (§1.1.5), und es dürfen maximal drei Embryonen transferiert werden (§1.1.3.). Diese Regelung liegt auch im Wohl der Klientin der IVF: Es schützt sie vor Überstimulation mit Hormonen und vor Mehrlingsschwangerschaften.

Mittlerweile hat das Gesundheitsministerium bekannt gegeben, dass derzeit 15 "überzählige" Embryonen in den Kühlbehältern der IVF-Zentren lagern. Während es die Intention des Embryonenschutzgesetzes ist, "überzählige" Embryonen unter allen Umständen zu vermeiden, sollen diese mit der embryonalen Stammzellforschung gerade zur Voraussetzung der Therapieabsicht und damit zum Ausgangspunkt einer neuen Normalität werden. Dies führt zu einer gravierenden Perspektivverschiebung: Sofern die embryonenverbrauchende Forschung gesetzlich legitimiert würde, schaffte dies Anreize, das Entstehen "überzähliger" Embryonen womöglich gar gezielt zu schaffen.

Indem ihnen die Forschung eine Maklerrolle für Embryonen zuweist, würden die behandelnden MedizinerInnen in neue professionsethische Dilemmata gestürzt. Kürzlich haben sich Reproduktionsmediziner dagegen verwehrt und erklärt, sie wollten nicht zur "Zulieferindustrie" für die Stammzellforschung gemacht werden.

Ethisch gesehen ist die Produktion "überzähliger" Embryonen abzulehnen. Denn sie bedeutet u.U. eine stärkere hormonelle Stimulation der Frau, um mehr Eizellen zu gewinnen - was diese einer größeren Gesundheitsgefährdung aussetzt. Die Frau hat aber einen Anspruch darauf, erstens schonend und zweitens um ihrer selbst und ihres Kinderwunsches willen behandelt zu werden, und nicht, um Forschungsembryonen gewinnen zu können.

Embryonenverbrauchende Forschung bedeutet für das Paar, von dem Eizelle und Sperma stammen, dass sie als RohstofflieferantInnen für die Forschung instrumentalisiert werden. Die Embryonen wurden indes hergestellt, um einem ungewollt kinderlosen Paar auf diesem Weg zu einem Kind zu verhelfen. Mit der verbrauchenden Forschung wird die Zeugung von der Fortpflanzung abgekoppelt und verwandelt sich in ein Mittel zur Produktion biologischer Ersatzteile.

Mit der Transformation der IVF zur Materiallieferantin für die Forschung geht zwangsläufig eine kulturelle und soziale Umcodierung des Embryos einher. Zukünftig würde es zwei Klassen von Embryonen geben: Zum einen solche, die zum Kind werden sollen und Menschenwürdegarantien erhalten, zum anderen eine Kategorie von Nutzembryonen, die für Dritte verbraucht werden können. Sprachlich drückt sich dies bereits in der Bezugnahme auf Embryonen einerseits als unantastbares "menschliches Leben" und andererseits als verwertbarer "Zellhaufen" aus.

Der Embryo wird aus seinen bisherigen Bezügen der Menschwerdung, der Einbindung in Sexualität, Schwangerschaft, Familie, Verwandtschaftsverhältnisse, Generationenfolgen gelöst und zu einer medizinischen Ressource umgewandelt. Er wird zu einer disponiblen Sache verdinglicht, die besitzrechtlich angeeignet, patentierbar, verwertbar, vernutzbar ist.

Stammzellen als Jungbrunnen

Paare, die erhoffen, per Reagenzglasbefruchtung ihren Kinderwunsch zu erfüllen, sehen sich Erwartungen von Forschern ausgesetzt, "überzählige" Embryonen "freizugeben". Was einmal ihr Kind werden sollte, sollen nun "heilende Zellen" für andere sein, Zellen die "unendlich" vermehrt, international verteilt und anderen Menschen eingepflanzt werden sollen. Embryonen tauchen hierbei als "Gabe" auf, die erwartet wird. Pointiert ausgedrückt kann man sie auch als "Ablass" oder als "Naturallohn" betrachten, den die Paare der Gesellschaft "schulden" im Gegenzug für die von der Gesellschaft übernommenen Kosten für die IVF. Die technisierte Reproduktion wird damit in Sozialpflichtigkeitslogiken eingebunden.

Embryonale Stammzell-Forschung ist de facto der Einstieg in die verbrauchende Embryonenforschung. Werden Embryonen erst einmal dafür genutzt, dann müssten sie auch für andere "hochrangige" Zwecke freigegeben werden. Mit dieser Entscheidung würde sich auch das gesetzliche Fundament verändern: Das Embryonenschutzgesetz basiert auf einer absoluten Unverfügbarkeit des Embryos, nicht auf einem relativen oder prozeduralen Schutz. Bei Einführung eines derartigen Konzepts, das eine grundlegend neue Architektur des Gesetzes hin zu einem "Embryoverbrauchsgesetz" erforderte, kann der Embryo in vitro also auch gegen andere "hochrangige Forschungsgüter" abgewogen und verrechnet werden.

Das intuitive Unbehagen, das viele Menschen verspüren, wenn sie erfahren, dass Embryonen zu Forschungszwecken verbraucht werden, verweist darauf, dass Embryonen mit Respekt und Ehrfurcht behandelt werden sollten, nicht wie eine eigentumsfähige Sache, über die verfügt werden kann.

Reproduktive Körpersubstanzen, also neben Embryonen auch die Keimzellen, sollten meines Erachtens grundsätzlich für Dritte unverfügbar sein. Denn sie sind persönlichkeitsrechtlich an ihre UrheberInnen gebunden. Daraus ergibt sich, dass sie weder verschenkt noch verkauft werden sollten. Denn es gibt keine körperliche Verpflichtung von Menschen gegenüber Dritten.

Zwar würde sich für die embryonale Stammzellforschung der Embryonenverbrauch, vom bisherigem Stand der Wissenschaft ausgegangen, wohl zahlenmäßig in Grenzen halten.

Dies bedeutet allerdings keine Relativierung in moralischer Hinsicht, denn die Frage des Embryonenschutzes ist keine quantitative, sondern eine prinzipielle Frage.

Ingrid Schneider

10. Männerrollen oder Männlichkeiten? Zwei Ansätze der kritischen Männerforschung

Autor: Christoph Berens und Rolf Tiemann · Rubrik: Wissenschaftskritik; Varia - Verschiedenes; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:05

Die Geschlechterfrage und die Kritik der patriarchalisch strukturierten Gesellschaft, ist ein wichtiger Bestandteil linker Politik. Im Fahrwasser der feministischen Frauenforschung entwickelte sich in den letzten 20 Jahren auch ein Art "männliches" Gegenstück. Rolf Tiemann und Christoph Berens untersuchen, welche Teile dieser Männerforschung neben der feministischen Frauenforschung und den schwul-lesbischen Studien interessant für eine emanzipative linke Politik sind.

Die Emanzipationsbewegungen von Frauen/Lesben und Schwulen initiierten in den letzten dreißig Jahren einen Umschwung in der Geschlechterpolitik. Die unhinterfragte Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit, das Reduzieren der Individuen auf ein normiertes Konzept von "Männlichkeit" und "Weiblichkeit", und der gesellschaftliche Zwang zur Heterosexualität, wurden in Frage gestellt. Veränderungen, die insbesondere von der ersten bzw. zweiten Frauenbewegung und der daraus entstandenen feministischen Wissenschaft erreicht wurden, zogen auch einen Wandel im Verständnis von Männlichkeit nach sich. Dieser Forschung verdanken wir den Großteil der Erkenntnisse über Männlichkeit (und Männer), denn ein einheitliches Forschungsfeld Männlichkeitskritik ist bisher nicht entstanden. Neben der historischen psychoanalytischen Geschlechterforschung bei Freud, C.G. Jung oder Wilhelm Reich, gibt es heute verschiedene Strömungen, die sich mit Mann-Sein und Männlichkeit beschäftigen.

Ein Grundproblem der Männerforschung (durch Männer) ist, dass sie die Themen Männlichkeit und Macht häufig unzureichend oder gar nicht analytisch miteinander verknüpfen. Eine Forschung, die sich einseitig auf männliche Erfahrungen, deren Subjektivität und Identität konzentriert und dem Grundtenor folgt, dass es auch Jungen und Männer "nicht leicht" haben, vernachlässigt konsequent die strukturelle Dominanz von Männern über Frauen. Ein Großteil der neueren Männerliteratur verfolgt überwiegend ein Modernisierungsprogramm, sie ist blind gegenüber Fragen der Macht. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass neuere Studien zwar von Männern handeln, in den seltensten Fällen wird jedoch Männlichkeit als strukturelle Kategorie in den Mittelpunkt der Forschung gestellt. Es ist problematisch, dass weder die alltäglichen Privilegien, noch die strukturelle Dominanz, die Männer über Frauen ausüben, thematisiert werden.

Dabei lassen sich unzählige Beispiele für diese Machtstrukturen finden. Das sind zum Beispiel die bestehenden ungleichen Arbeits- und Lohnverhältnisse und die geschlechtliche Arbeitsteilung, bei der die "weibliche" Reproduktionsarbeit die Grundlage für die "männliche" Lohnarbeit darstellt, ebenso die patriarchalen Zuschreibungen sog. "weiblicher" oder "männlicher" Wesenseigenschaften. Sie lassen sich in der als individuell empfundenen Sexualität ebenso finden wie in Verhältnissen sexualisierter Gewalt. Diese Machtstrukturen manifestieren sich zudem in gesellschaftlichen Institutionen wie Universität, Gericht, Schule, Parlament oder Sportverein.

Diese Machtstrukturen (bewusst) zu übersehen, bedeutet zu verdunkeln, dass Männlichkeit sowohl in der Dynamik von Institutionen als auch in der Persönlichkeit des Individuums verankert ist. Ein unzureichender Umgang mit der Kategorie Macht, lässt sich nicht nur für die Grabbeltisch-Männer-Literatur nachweisen, auch anerkannte Bücher wie "Kleine Helden in Not" von Schnack/Neutzling oder "Männliche Sozialisation" von Böhnisch/Winter (1994) haben analytische Defizite. Diese Arbeiten basieren dabei i.d.R. auf der kritikwürdigen Geschlechtsrollen-Theorie.

Die Rollentheorie stammt aus der englischen Ethnologie und der amerikanischen strukturfunktionalen Soziologie und wurde durch Ralph Dahrendorf in die deutsche Soziologie eingeführt. Die soziale Rolle bezeichnet ein Bündel von normativen Erwartungshaltungen, die eine Gesellschaft an das Individuum stellt. Im Gegensatz zur Rolle im Theater wird hier davon ausgegangen, dass die einzelne Person nicht etwa Rollen spielt, was die Möglichkeit zur Distanz beinhalten würde, sondern tatsächlich in diesen aufgeht, d.h. mit diesen identisch ist. Während die Rollen-Theorie allgemein an Bedeutung verloren hat, hat sich der Begriff und das theoretische Konzept der Geschlechtsrolle bis heute gehalten. Die Geschlechtsrolle beinhalte eine Anzahl von kulturspezifischen Normen, Eigenschaften und Verhaltensweisen, die einem Geschlecht von der Gesellschaft

zugeschrieben werden. Das Konzept von Geschlechtsrollen wird inzwischen als zu statisch kritisiert, da die Rollentheorie von einem "normativen Standardfall" ausgeht, der empirisch so nicht zu beobachten ist. So sind nicht alle Männer im Beruf erfolgreich oder liebevolle Väter. Abweichungen von der Geschlechtsrolle stellen eher die Regel als die Ausnahme dar. Die Rollentheorie impliziert weiterhin eine konkrete Differenzierung in Männer- bzw. Frauenrollen und erhebt diesen Dualismus zur Norm. Innerhalb dieser Logik werden auf der Grundlage des "biologischen Geschlechts", die männlichen Rollen zugeschriebenen und dann von den Jungen/Männern verinnerlicht. Das Konzept der Rolle ist ein statisches Modell, das soziale Wandlungen nicht explizit erfassen kann. Das Rollenkonzept stellt demnach keine geeignete Basis für die Analyse von Männlichkeit dar.

Einen völlig anderen Ansatz finden wir im Konzept der hegemonialen Männlichkeit von Robert W. Connell, der sich theoriegeschichtlich auf die Arbeiten des radikalen Feminismus und der Schwulenbewegung (Gay Liberation) bezieht. Seine Arbeit verzichtet auf essentialistische oder biologistische Zuschreibungen und reflektiert die Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Trotzdem ermöglicht es einen Blick auf die Differenzen zwischen verschiedenen männlichen Praxisformen.

Für Connell ist "Männlichkeit eine Anordnung von Praxis, die sich um die Position von Männern innerhalb der Struktur von Geschlechterverhältnissen aufbaut." Geschlecht bzw. Männlichkeit betrachtet er somit nicht als statische einheitliche Form, vielmehr gibt es verschiedene Männlichkeiten. Das soziale Geschlecht (Männlichkeit) entsteht aus dem Zusammenwirken von Machtbeziehungen (z.B. der politischen Dominanz von Männern über Frauen), von Produktionsbeziehungen (z.B. die geschlechtliche Arbeitsteilung) und von emotionalen Bindungsstrukturen (z.B. die gesellschaftliche Organisation der Sexualität).

Um die verschiedenen männlichen Praxisformen in eine Relation mit den bestehenden Machtverhältnissen setzen zu können, greift Connell auf Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie zurück, das besagt, dass es eine "gesellschaftliche Dynamik (gibt), mit welcher eine Gruppe eine Führungsposition im gesellschaftlichen Leben einnimmt und aufrecht erhält" (Connell 1999, S. 98).

Die Dominanz von Männern über Frauen und untergeordnete Männlichkeiten stützt sich nicht ausschließlich auf Herrschaft und Gewalt, vielmehr liegt ein gewisses Einverständnis mit den Beherrschten bezüglich dieser Hierarchisierung vor. Patriarchalische Strukturen sind gesellschaftlich so verankert, dass ihre Durchsetzung nicht zwangsläufig der offenen Repression bedarf. Hegemoniale, untergeordnete oder marginalisierte Formen von Männlichkeit sind dabei keine festen Kategorien, sondern verschiedenen Praxisformen, die um die gesellschaftliche Vorherrschaft konkurrieren.

Die jeweils aktuelle Ausformung der hegemonialen Männlichkeit ist nun diejenige, welche die erfolgreichste Strategie zur Unterordnung von Frauen und anderen untergeordneten Männlichkeiten entwickelt hat. Diese herrschende Männlichkeit kann sich je nach historischer Bedingung ändern. Sie wird dann durch andere, erfolgreichere Formen ersetzt. Durch die Zugehörigkeit zu einer "unteren" Klasse kann mann ebenso Teil der untergeordneten Männlichkeiten sein, wie durch die rassistischen Sortierungen einer Gesellschaft. Diese beiden Beispiel-Gruppen stehen dann jedoch nicht nebeneinander, denn auch sie bewegen sich wieder in einer komplexen Herrschaftsrelation zueinander.

Real halten nur einige Männer die Macht- und Reichtumspositionen besetzt, nur sie entsprechen dem aktuellen hegemonialen Typ. Nur sie haben also ein direktes Interesse an der Sicherung der männlichen Vorherrschaft. Dennoch trägt der Großteil der Männer zur Aufrechterhaltung der hegemonialen Männlichkeit bei. Dafür lassen sich verschiedene Gründe finden. Zum einen psychologische Gründe wie z.B. die Vorstellung selbst zur herrschenden Männlichkeit zu gehören; oder durch die Möglichkeit selbst wiederum andere Formen von Männlichkeit unterdrücken zu können, z.B. wenn mann loszieht umd Schwule zu verprügeln.

Entscheidender ist aber, dass alle Männer ein Interesse an der Durchsetzung der männlichen Dominanz haben. Denn diese Koalition der Männer gegenüber Frauen sichert ihnen eine Teilhabe an den männlichen Privilegien und Machtvorteile, die diese Gesellschaft bietet. Diese "patriarchale Dividende" (Connell) können alle Männer abschöpfen.

Laut Connell beginnt erst im 16. Jahrhundert die Entwicklung der heute vorherrschenden Formen von Männlichkeit. Sie entstehen in Europa und Nordamerika im Kontext des beginnenden Kolonialismus und der protestantischen Reformation. Die Ausbeutungsbedingungen des Kolonialismus erforderten ein neues,

ungebundenes, gewalttätiges und sich autonom begreifendes männliches Ideal. Die Conquistadores waren, so Connell, vielleicht die erste Gruppe, die als erkennbar "männlicher" kultureller Typ definiert wurde. Der Bedeutungszuwachs städtischen Lebens und die Bildung von Metropolen entwickelte die Männlichkeits-Konzepte ebenso weiter wie die Ausweitung und Veränderungen der Kriegführung, die zur Entstehung des soldatischen Mannes führten. Seit dem 18 Jahrhundert können wir von einer Geschlechterordnung sprechen, in der Männlichkeit als kulturelle Form voll ausgebildet ist und in der wir Männlichkeit als eine hegemoniale Form definieren können. Connell hat mit seinen Beiträgen zur Männlichkeitskritik schlüssig nachgewiesen, dass keine einheitliche Form von Männlichkeit existiert, die unabhängig von Zeit und Ort zu definieren wäre.

Trotz der Differenzen, die zwischen Männern bestehen, gibt es verbindende Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Männlichkeiten. So gilt allgemein die klassen- und kulturübergreifende Dominanz von Männern über Frauen, die ökonomische Vormachtstellung von Männern, die gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie die Normierung der Sexualität als ein heterosexuelles Begehren.

Die Unterordnung von Frauen sollte nicht verwechselt werden mit individuellen Situationen, in denen Frauen Macht über Männer ausüben. Das Geschlechterverhältnis ist eine allgemeine Relation zwischen Männern und Frauen. Reiche, heterosexuelle, weiße Frauen als Arbeitgeberinnen von Männern aus unterprivilegierten Schichten oder Frauen, die politische Macht ausüben, verdeutlichen zwar die komplexe Verwobenheit von Geschlechterverhältnissen mit Klassenverhältnissen und Ethnizität. Dennoch gibt es ideell zu jeder Frau einen gesellschaftlich übergeordneten Mann.

Mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit können verschiedene männliche Praxisformen oder die Modernisierungsfähigkeit der Geschlechterverhältnisse analysiert werden. Männlichkeit wird immer in Verbindung zu geschlechtlichen, kapitalistischen oder rassistischen Herrschaftsverhältnissen gesetzt. Das unterscheidet Connell von anderen Ansätzen der kritischen Männerforschung. Mag auch das eine oder andere Männerbuch Einblicke in Leben und psychische Verfasstheit von Männern geben, sie können sie Männlichkeit(en) nicht als Gegenstand politischer Kritik greifen. Wer Männlichkeit, patriarchale Strukturen und männliche Dominanz im Rahmen einer umfassenden Gesellschafts- und Systemkritik genauer analysieren will, ist neben der feministischer Geschlechterforschung und der Rezeption schwul-lesbischer Kritik derzeit am Besten mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit beraten.

Christoph Berens und Rolf Tiemann

Zum Weiterlesen:

Connell, R.W.: Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse; in: Das Argument 157; Argument, Hamburg 1986

Connell, R.W.: The big picture: Formen der Männlichkeit in der neueren Weltgeschichte; in: WIDERSPRÜCHE (Themenschwerpunkt: Männlichkeiten); Verlag 2000, Heft 56/57, Jg. 95

Connell, R.W.: Der gemachte Mann, Leske und Budrich; Opladen 1999

11. Heiße Tage in Genua. G8-Gipfel: Die Festung wird belagert

Autor: Js. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:31

So kann's gehen, wenn die Mächtigen der Erde ihre Jahreshauptversammlung, den G8-Gipfel, als "Event" zelebrieren. An einem der denkbar ungeeignetsten Orte wollen sie vom 20. bis zum 22. Juli ihre Schurkereien aushecken: In der verwinkelten Altstadt von Genua könnte der Protest der Gipfel-GegnerInnen leicht zur symbolträchtigen Belagerung werden.

Aus Sicht der Organisatoren des G8-Gipfels gibt es nur zwei Alternativen: Genua werde in den Tagen des Gipfels entweder eine "militarisierte Wüste" oder ein "Schlachtfeld" sein. Schon lange vor den Auseinandersetzungen beim EU-Gipfel in Göteborg drehte sich Italiens innenpolitische Debatte fast ausschließlich um das Thema Sicherheit - die Sicherheit des italienischen Staates und seiner illustren Gäste. Der Blick auf den Stadtplan von Genua macht das Dilemma deutlich: Der Palazzo Ducale, wo die Beratungen stattfinden sollen, liegt mitten im historischen Zentrum. Unweit des Hafens behindert ein Gewirr von Gassen die Mobilität der Polizei, während es gleichzeitig den Gipfel-GegnerInnen Rückzugsmöglichkeiten bietet - vorausgesetzt, sie schaffen es, in diesen Bereich vorzudringen.

Denn das polizeiliche "Sicherheitskonzept" sieht eine hermetisch abgeriegelte "rote Zone" vor: ein Gebiet von mehreren Quadratkilometern, in das auch die dort wohnenden 28.000 Menschen nur hineingelassen werden, wenn sie einen Sonderausweis vorlegen können. Informell hat die Polizei an die EinwohnerInnen der Stadt appelliert, an den fünf heißen Tagen zwischen dem 19. und dem 23. Juli doch möglichst Urlaub zu nehmen und das Weite zu suchen! Man muss nicht die "italienische Mentalität" ins Feld führen, um Konflikte zwischen der Polizei und der normalerweise schweigenden Mehrheit vorauszusagen. So befürchten die Organisatoren denn auch, dass die von außerhalb angereisten Gipfel-GegnerInnen bei den genervten BürgerInnen Unterschlupf finden könnten - für die Polizei ein Horrorszenario. Überlegungen, anderswohin auszuweichen, wurden allerdings noch von der gerade abgewählten Mitte-Links-Regierung verworfen. Die hat auch das Sicherheitskonzept zu verantworten, das aus zwei Elementen besteht: dem Verbot möglichst aller Gegendemonstrationen, Kundgebungen und Meetings und der Mobilisierung eines gigantischen Bürgerkriegsheeres.

Dazu gehören nicht nur mindestens 18.000 Polizisten, sondern auch mehrere Tausend Soldaten. Um deren Aufgabe und Einsatzort gibt es seit längerem ein Hin und Her von Anfragen, Kritiken und Dementis, die keine sind. "Das Heer wird während des Gipfels nicht für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit eingesetzt", erklärte der alte Innenminister Enzo Bianco Ende Mai. Aber sein Kollege, der scheidende Verteidigungsminister Sergio Mattarella, präzisierte, die Streitkräfte würden während des Gipfels "gegen Terrorismus und Sabotage" vorgehen. Das wäre ein Freibrief für willkürliches Agieren: Denn "Terror" und "Sabotage" sind allgegenwärtig, wie der durch entsprechende Mediendarstellungen geschulte gute Staatsbürger weiß.

Mit der Armee gegen "Terror" und "Sabotage"

Die seit Mitte Juni amtierende Rechtsregierung unter Silvio Berlusconi hat das Sicherheitskonzept ihrer Vorgängerin übernommen. Intern wurde allerdings noch einmal ernsthaft über eine örtliche Verlegung des Gipfels beraten. Auch bemühte sich der neue Außenminister Renato Ruggiero um moderate Töne: Die Forderungen der GlobalisierungsgegnerInnen, des in Italien so genannten popolo di Seattle, seien überwiegend "sehr berechtigt". Auch Berlusconi säuselte von Demonstrationsfreiheit und vom Dialog mit den GipfelstürmerInnen. Gleichzeitig kündigte er an, den "extremistischen Flügel" zu isolieren und "unschädlich" zu machen.

In den verbleibenden Wochen bis zum Gipfel dürften die Versuche des Staates und der Medien noch zunehmen, die "guten" Gewaltfreien gegen die "bösen" Militanten auszuspielen. Bislang konnte eine Spaltung der Protestbewegung verhindert werden, auch wenn dort das Vorgehen der Militanten in Göteborg unterschiedlich bewertet wird. Einig ist man sich aber darin, dass die "Lehre" von Göteborg nicht in der Selbstunterwerfung der Bewegung bestehen kann. Wer keine Gewalt wolle, müsse abrüsten - der erste Schritt müsse daher sein, dass die Polizei in Genua auf das Mitführen von Schusswaffen verzichte. Wenn die

Gegenseite argumentiere, der Schutz der Gipfelteilnehmer erfordere bewaffnete Polizei, Panzerwagen, Wasserwerfer und eine Art Belagerungszustand, dann müsse der Gipfel als offensichtlich "illegitim" abgesagt werden. Das ist im übrigen eine Forderung, die in der Genueser Bevölkerung eine breite Mehrheit finden würde.

Regierung und Polizei haben, wie zu erwarten war, aus Göteborg die genau entgegengesetzten Lehren gezogen. Nicht nur innerhalb der abgesperrten "roten Zone", auch an vielen anderen Orten der Stadt sollen Demonstrationen und Kundgebungen verboten sein. Die Ausweitung des Demonstrationsverbots auf diese noch nicht genau umrissene "gelbe Zone" wirkt natürlich alles andere als deeskalierend - eine Verhöhnung insbesondere der Gewaltfreien, die auf Durchbruchsversuche in die "rote Zone" bisher verzichten wollten. Repressive Maßnahmen wie Vorbeugehaft gegen potenzielle "Demonstrationsstraftäter", u.a. von Otto Schily gefordert, oder die Sperrung der Grenzen für ausländische Demo-TeilnehmerInnen würden militante Gegenaktionen geradezu herausfordern.

Mehr oder weniger gezielt gestreute Gerüchte tun ein Übriges, um die Stimmung anzuheizen. Mal ist es der Terrorist und derzeitige Welt-Oberschurke Bin Laden, der den US-Präsidenten ausgerechnet in Genua meucheln will, dann wieder behauptet die Abteilung für psychologische Kriegsführung, einen besonders bösartigen Massenmordplan aufgedeckt zu haben: einen Überraschungsangriff mit HIV-verseuchten Blutbeuteln, der die globale Elite dahinraffen soll. Ob die Meldung von den angeblich bereit gehaltenen 200 Leichensäcken auf Tatsachen beruht oder erfunden ist, die Message bleibt die Gleiche: In Genua droht eine Schlacht, und wenn der worst case dann doch nicht eintritt und die Polizei nur ganz konventionell die Demonstrierenden zusammenhaut, einsperrt und misshandelt, braucht man sich nicht weiter aufzuregen.

Vermutlich werden demnächst im Golf von Genua auch noch libysche U-Boote, Taucher oder Kampfschwimmer gesichtet, die mit einem lustigen Schiffe-Versenken zu den Gegenaktionen beitragen wollen: Ein Großteil der Gäste wird auf Luxus-Linern wohnen; zeitweilig war sogar überlegt worden, den ganzen Gipfel auf einer schwimmenden Festung abzuhalten. Das wurde verworfen, weil es ein Zurückweichen vor der "Gewalt" und einen politischen Sieg der Protestbewegung bedeutet hätte. Die Bewegung aber soll geschlagen werden mit nachhaltiger Wirkung und, wie zu befürchten ist, nicht nur im übertragenen Sinne.

Die Bewegung hat sich bisher nicht spalten lassen

Dabei erfreut sie sich in Italien derzeit breiter Sympathien, nicht nur in Genua. Die bei den Wahlen gerade unterlegene Linke (im allerweitesten Sinne) erhofft sich im Stillen eine Situation, die Berlusconis Image als starker Mann beschädigt wenn auch die Rhetorik führender Linksdemokraten den Regierungsverlautbarungen zum Verwechseln ähnlich klingt: Der Protest ist legitim, solange er sich an die vorgegebenen Regeln hält. Das werden die maßgebenden OrganisatorInnen der Gegenaktivitäten nicht tun, weil die für Genua vorgegebenen Spielregeln auf ein Demonstrationsverbot hinauslaufen. Die Verantwortlichen erklären das auch ganz offen, wie Luca Casarini, der von den Medien zum "charismatischen Leader" des popolo di Seattle aufgebaut wurde. Jüngst hat er es geschafft, auf die Titelseite des Wochenmagazins L'Espresso zu kommen; im Hintergrund sieht man mehrere Menschen im Demo-Look der Saison: Auf dem Kopf die Skimütze der Zapatistas, am Körper ein weißer Plastik-Overall, die tuta bianca, die Symbol und Name einer 1994 entstandenen Protestbewegung geworden ist. Die weißen Overalls tragen sie, weil "man sich manchmal verhüllen muss, wenn man wahrgenommen werden will" - und so heißen sie auch: tute bianche. Zehntausend tute bianche, meint Luca Casarini, ihr Sprecher, nach Genua mobilisieren zu können.

Bei aller Abneigung gegen Personenkult: Dieser Luca Casarini ist ein kluger, witziger Politiker, der die Medien bedient und gleichzeitig der Sache nützt. Einwenden könnte man allenfalls, dass durch seine mediale Dominanz und die Uniform der tute bianche die übrigen Teile der Protestbewegung an den Rand gedrängt werden. Und diese Bewegung ist extra breit: Dazu gehören neben den "üblichen" NGOs, Umweltverbänden etc. die alternativen centri sociali ("Sozialzentren") wie Leoncavallo in Mailand, Organisationen von ImmigrantInnen, betriebliche Basiskomitees (Cobas), Freundinnen und Freunde der Zapatistas, die Linkspartei Rifondazione Comunista, Anarchos und Autonome, aber auch sozial engagierte Katholiken, die vor den Polizeiketten für eine bessere Welt beten und fasten wollen.

Das Protestprogramm für Genua sieht unterschiedliche Aktionen vor, die dem oft beschworenen und selten erreichten Ideal von der "Einheit in der Vielfalt" nahe kommen könnten. Den Auftakt bildet am 19. Juli eine

Demonstration für die Rechte der MigrantInnen, die im gesperrten Altstadtviertel, wo auch viele "Illegale" wohnen, stattfinden soll. Am 20. Juli soll dann versucht werden, den Gipfel so weit wie möglich zu stören oder zu blockieren; Angriffspunkte dürften neben 13 Polizeisperren etwa 200 durch Container, Gitter und Verschläge verbarrikadierte Übergänge in die "rote Zone" sein.

Den Höhepunkt bildet am 21. Juli eine gemeinsame Großdemonstration aller G8-GegnerInnen, welche die rote Zone "streifen", aber nicht angreifen soll. Nach Auflösung der Demo ist dann die Eigeninitiative der einzelnen Gruppen und Organisationen gefragt. Das Vorgehen des italienischen Staates an den Tagen zuvor wird wesentlich darüber entscheiden, mit wie vielen "Militanten" sich seine Polizeikräfte konfrontiert sehen werden. Wie man sich bettet, so schallt es heraus.

Js.

Aktuelle Informationen

zu den Anti-G8-Aktivitäten in Genua:

www.genoa-g8.org, www.yabasta.it,

www.italy.indymedia.org, www.tutebianche.org,

www.ilmanifesto.it

12. Rauchende Colts im IKEA-Land. Professionelle Gewalttäter der schwedischen Polizei versuchen EU-GegnerInnen zu spalten

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Schweden · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:19

Auf dem EU-Gipfel vom 14. bis 16. Juni in Göteborg durfte die schwedische Polizei nun endlich einmal Wildwest spielen. Das geht in Ordnung, meinen die europäischen Staatschefs und Innenminister und erklären damit jene Anti-EU-AktivistInnen zu Freiwild, die sich nicht widerstandslos verprügeln lassen wollten.

Gegen den EU-Gipfel in Göteborg hatten im Wesentlichen jene politischen Gruppierungen mobilisiert, die auch zu Gegenaktivitäten bei anderen internationalen Gipfeltreffen wie der IWF- und Weltbank-, der WTO-Tagung oder dem G8-Treffen aufrufen und seit geraumer Zeit unter dem schillernden Begriff "Antiglobalisierungsbewegung" zusammengefasst werden: Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, EU-feindliche Bauern, RegionalistInnen, reformistische NGOs, Gewerkschaften und SozialstaatsverteidigerInnen gehören ebenso zu dieser äußerst heterogenen Protestbewegung wie radikal antikapitalistische und antistaatliche Gruppen. Gemeinsam ist ihnen letztlich nur die Ablehnung der - im Wesentlichen von den führenden wirtschaftlichen Blöcken wie der OECD, der G8-Staaten oder eben der EU vorangetriebenen - weltweiten neoliberalen Deregulierung der Gesellschaften.

Um diesem breiten Widerstandsspektrum von Anfang an den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte die schwedische Regierung im Vorfeld des Gipfels geschickt versucht, das Klischeebild der skandinavischen Toleranz, die auch den EU-KritikerInnen den ihnen demokratisch zustehenden Platz einräume, zu verbreiten. Öffentlichkeitswirksam wurden den EU-GegnerInnen Schulen als Unterkünfte und die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt. Ähnlich wie schon bei vorherigen internationalen Tagungen geriet auch hier die einen Tag vor der offiziellen Eröffnung des Gipfels anberaumte Diskussion des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson mit Gipfel-GegnerInnen zur perfekten PR-Show, auf die bürgerliche Medien nur allzu bereitwillig aufsprangen.

Dialogbereitschaft als PR-Show

Und auch die schwedische Polizei hatte noch im Vorfeld des Gipfels verkündet, ganz auf Deeskalation und auf den Dialog mit den EU-GegnerInnen setzen zu wollen. Doch bereits kurze Zeit später stellte sie klar, dass ihr angebliches Deeskalationskonzept in erster Linie eine geschickte Medieninszenierung war. Wenige Tage vor Beginn des Gipfels wurden zahlreiche schwedische AktivistInnen von der AntiFascistisk Aktion (AFA), die maßgeblich an der Vorbereitung des Gegengipfels beteiligt waren, ohne nähere Begründung festgenommen. Das Koordinierungszentrum für die Anti-EU-Aktivitäten, in dessen Räumen der Gegengipfel stattfinden sollte, wurde mit massiven Polizeiaufgebot geräumt, sämtliche Anwesende, im Ganzen etwa 500 Personen, die größtenteils zur skandinavischen Sektion der Tute Bianche gehörten, festgenommen und - soweit sie keine schwedische Staatsangehörigkeit besaßen - sofort abgeschoben. Die offizielle Begründung für das rigorose Vorgehen der Polizei bot die äußerst durchsichtige Behauptung, es gäbe einen Verdacht auf Lagerung von Waffen und Sprengstoff. Das Koordinierungszentrum als solches wurde unmittelbar nach der Räumung von der Polizei mit riesigen Schiffscontainern verbarrikadiert, so dass an eine weitere Nutzung nicht mehr zu denken war und der geplante Gegengipfel entfallen musste. Mit der gezielten Zerschlagung sämtlicher Proteststrukturen sollten wirkungsvolle Aktionen der EU-GegnerInnen von vorneherein unmöglich gemacht werden.

So hätte die schwedische Polizei der für Freitagvormittag geplanten Blockade des Kongresszentrums eigentlich gelassen entgegensehen können: Nach der Festnahme der Tute-Bianche sowie der AFA-AktivistInnen war von den ursprünglichen drei Blockade-Blöcken nur einer übrig geblieben, angeführt von einigen skandinavischen ML-Gruppen, die allesamt nicht gerade für ihre Militanz berühmt sind. Zu diesen gesellte sich das übrig gebliebene Spektrum an EU-GegnerInnen, das noch nicht festgenommen oder schon an den Grenzen zurückgewiesen worden war. Bei dem sich formierenden Protestzug von etwa 3.000 Personen, die sich nun zur nächstgelegenen Polizeiabsperrung aufmachten, konnte also von einer wirklichen

Blockade des EU-Gipfels keine Rede mehr sein. Friedlich kam der Zug vor der Absperrung zum Stillstand, zu keinem Zeitpunkt gab es den Versuch, die Absperrung zu durchbrechen.

Was den Einsatzleiter der schwedischen Polizei anschließend dazu bewog, den Protestzug mit gezogenen Schlagstöcken, berittenen Einheiten und scharfen Hunden ohne Vorwarnung anzugreifen, wird wohl auf ewig sein Geheimnis bleiben. Vielleicht rechnete er in völliger Verkennung der Situation damit, durch hartes und schnelles Vorgehen auch die letzten Reste der ursprünglich geplanten, nicht genehmigten Blockade zerstreuen zu können. Ein Teil der AktivistInnen vertraute jedoch nach den Ereignissen der Vortage der angeblichen Deeskalationsstrategie schon längst nicht mehr, sie hatten das aggressive Vorgehen der schwedischen Polizei erwartet und sich dementsprechend vorbereitet. Was folgte war eine mehrstündige Straßenschlacht, wie sie Schweden bis dahin noch nicht erlebt hatte. Die schwedische Polizei zeigte sich in dieser Situation, die sie selbst hervorgerufen hatte, vollkommen überfordert. Göteborgs Innenstadt lag über Stunden vollkommen in der Hand der militanten Anti-EU-AktivistInnen, die die Polizei mit massivem Steinhagel in Schach hielten und Banken, Nobelhotels und Fast-Food-Restaurants zertrümmerten. Erst gegen Nachmittag beruhigte sich die Lage vorerst wieder.

Doch schon am frühen Abend bewies die schwedische Polizei, dass sie aus den Ereignissen des Vormittags nichts gelernt hatte. Als etwa 1.000 GlobalisierungsgegnerInnen eine Reclaim-the-City-Party mit Musik und Tanz feiern wollten, sah die "Ordnungsmacht" anscheinend ihre Chance gekommen, sich für die so empfundene Niederlage vom Vormittag zu rächen. Die bis dahin vollkommen friedliche Party wurde kurzerhand gestürmt, Beamte schlugen mit offensichtlicher Genugtuung teilweise minutenlang auf wehrlos am Boden Liegende ein. Unbeteiligte, die derartige Polizei-Übergriffe fotografieren wollten, erging es nicht anders.

Polizei provoziert Gewalt

Doch auch diesmal hatte sich die Einsatzleitung verkalkuliert, eine größere Gruppe von militanten AktivistInnen hatte mit diesem Vorgehen der Polizei gerechnet. Wie schon am Vormittag kam es nun auch am Abend zu stundenlangen Straßenschlachten, während deren die Polizei die Lage nicht unter Kontrolle bekam. Ein für den Abend geplantes Abendessen der Gipfel-TeilnehmerInnen wurde abgesagt, einige Staats- und Regierungschefs mussten fluchtartig ihre Hotels räumen und sich auf das abgeriegelte Kongress-Gelände zurückziehen, was einer Ausgangssperre gleichkam. Den militanten Anti-EU-AktivistInnen gelang es immer wieder, einzelne Polizei-Einheiten zurückzutreiben. In dieser Situation ließ die schwedische Polizei endgültig alle rechtsstaatliche Prinzipien fallen, zog die Pistolen und schoss wahllos in die Menge, später dann ganz gezielt auf einzelne AktivistInnen. Ein 19-jähriger Abiturient wurde am Bein verletzt, ein anderer 19-jähriger schwebte nach einem Leber- und Nierendurchschuss tagelang in Lebensgefahr, eine dritte Person soll in die Brust getroffen worden sein. Fotos und Videoaufnahmen der Vorfälle beweisen ganz klar, dass von einer Notwehrsituation, wie sie von der Polizei eilig vorgeschoben wurde, nicht die Rede sein kann.

Nur durch Glück keine Toten

Noch in der selben Nacht stürmten schwedische Sondereinsatzkommandos eine Unterkunft der Anti-EU-AktivistInnen. Alle Anwesenden wurden mit im Anschlag befindlichen Maschinenpistolen gezwungen, sich nachts im Freien bei strömendem Regen mit hinter dem Kopf verschränkten Armen zwei Stunden lang auf den Boden zu legen. Die anwesenden Frauen mussten sich anschließend eine Leibesvisite von männlichen Polizisten gefallen lassen, jedes Protestieren wurde sofort durch einen Schlag mit dem Gewehrkolben beantwortet. Obwohl die Durchsuchung der Schlafräume den angeblichen Verdacht auf Besitz von scharfen Waffen bei den AktivistInnen nicht erhärten konnte, wurden viele von ihnen festgenommen und noch am selben Abend aus Schweden ausgewiesen.

Obwohl die Polizeitaktik von Anfang an darauf ausgerichtet war, wirkungsvollen Protest mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und - im weiteren Verlauf der Proteste - ohne die geringste Rücksicht auf rechtsstaatliche Grundsätze zu unterbinden, wollten viele gemäßigte EU-KritikerInnen die Schuldigen für die Eskalation lieber bei den militanten AktivistInnen im eigenen Lager sehen. Durch deren gewalttätiges Vorgehen seien ihre Absprachen mit der Polizei für einen friedlichen Protest zunichte gemacht und dem politischen Anliegen der "Antiglobalisierungsbewegung" schwerer Schaden zugefügt worden. Ein schöner Beweis, welchen Realitätsverlust die ständige Verhandlungstaktik mit der staatlichen Gegenseite mit sich bringt und wie sehr die im Vorfeld betriebene Deeskalationspropaganda mit der damit beabsichtigten Spaltung in "gute" und "böse"

GegendemonstrantInnen gefruchtet hat. Ein Deeskalationskonzept hat de facto nie existiert, die schwedische Polizei hatte zu keinem Zeitpunkt die Absicht, sich an irgendwelche Absprachen mit naiv rechtsstaatsgläubigen NGOs zu halten.

Doch auch die militanten EU-GegnerInnen müssen sich die Frage nach dem Erfolg ihres Vorgehens gefallen lassen. Auch wenn mit dem faktischen Verbot des Gegengipfels die Formulierung politischer Ziele wesentlich erschwert wurde, wären weitere Versuche zur inhaltlichen Unterfütterung der Aktionen notwendig und möglich gewesen. Auf diese Weise machten sie es den PressesprecherInnen der EU-Staaten nur allzu einfach, die Proteste als kriminellen "Polit-Hooliganismus" abzutun und damit zu entpolitisieren. Auch wenn die militanten Aktionen mit dem gezielten Angriff auf den friedlichen Protestzug durch die schwedische Polizei ausgelöst wurden, war insbesondere die Verwüstung der Göteborger Innenstadt mit Sachschäden von über 20 Millionen Mark für große Teile der EinwohnerInnen nicht zu vermitteln. Bereits am Freitagnachmittag war die Reaktion auf die AktivistInnen unterkühlt bis offen gereizt, wodurch die schwedische Polizei teilweise sogar mit Verständnis für das gezielte Abschießen von Menschen rechnen durfte.

An diesem Negativ-Image änderte auch die Großdemonstration am Samstagvormittag mit über 25.000 TeilnehmerInnen nichts mehr, die auf Grund der Zurückhaltung der Polizei vollkommen friedlich blieb. Allzu tief saßen die - durch schwedische Presse und Fernsehen reichlich ausgeschlachteten - Bilder von den Straßenkämpfen vom Vortag, wogegen die wenig spektakulären Aufnahmen von der Großdemonstration nur sehr spärlich an die Öffentlichkeit kamen.

Die Bilanz von Göteborg mit weit über 100, z.T. lebensgefährlich Verletzten ist erschreckend und lässt für zukünftige Proteste gegen die neoliberale Politik der mächtigsten Länder nichts Gutes erwarten. Göteborg machte deutlich, in welchem Ausmaß die EU-Staaten inzwischen bereit sind, demokratische Grundrechte zu missachten, um den eingeschlagenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kurs auch gegen massiven Widerstand durchzudrücken. Alles in allem wurden während des Gipfels weit über 1.000 Personen festgenommen, fast alle willkürlich, ohne konkreten Verdacht oder Vorwurf und weit abseits des eigentlichen Geschehens. Noch immer befinden sich 52 von ihnen in Haft, darunter auch sieben Personen aus Deutschland.

Nicht selten handelt es sich bei den verhafteten angeblichen "Krawallprofis" um Jugendliche, die überhaupt das erste Mal an derartigen Protestaktionen teilnahmen. Ihnen kommt nun die Rolle des Sündenbocks zu, um das brutalisierte und dabei völlig misslungene polizeiliche Vorgehen im Nachhinein zu rechtfertigen. Obwohl gegen viele der Festgenommenen keinerlei Beweise vorliegen, werden sie weiterhin für unabsehbare Zeit in Untersuchungshaft bleiben müssen, solange die Polizei versucht, doch noch Material gegen sie zusammenzutragen. Die Inhaftierten unterliegen einer völligen Kontaktsperre, weder ihre FreundInnen und Eltern noch ihre deutschen Anwälte durften mit ihnen telefonieren, geschweige denn sie in ihren Einzelzellen besuchen. Ihnen steht weder Hofgang noch der Zugang zu öffentlichen Medien oder medizinischer Versorgung zu. Die von Seiten der Polizei betriebene Gewalteskalation ist dagegen weiterhin kein Thema, obwohl es letztlich nur ein glücklicher Zufall ist, dass niemand erschossen wurde.

Joachim Kolb, 26.5.2001

Für die Inhaftierten wurde inzwischen ein Spendenkonto eingerichtet:

Rote Hilfe e.V., Kto-Nr. 71 89 590 600, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Stichwort Göteborg

13. Neoliberalismus - Globalisierung - Staat. Spannungsfelder und Herausforderungen internationalen Protests

Autor: Markus Wissen · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:06

Soll sich aus den medienwirksamen Protesten gegen internationale Treffen von Regierungschefs eine kapitalismuskritische Bewegung entwickeln, darf sie nicht beim Gipfel-Hopping verharren. Oftmals unbestimmte Begriffe wie "Neoliberalismus", "Globalisierung" und "Staat" müssen der Klärung ebenso unterzogen werden, wie neue Formen der politischen Einmischung gefunden werden, um den noch immer hegemonialen neoliberalen Diskurs unterlaufen zu können.

Sozialer Protest von links, der auf nationaler Ebene seit Ende der 80er Jahre vielerorts verstummt war, artikuliert sich seit Ende der 90er Jahre mit zunehmendem Erfolg auf internationaler Ebene. Angefangen mit den Protesten von Seattle, über Washington, Prag, Porto Alegre und kürzlich Göteborg, bis hin zu den bevorstehenden Aktivitäten von Genua - einiges spricht für die Entstehung einer vielfältigen emanzipatorischen Protestbewegung, welche die neoliberale Globalisierung in ihre Schranken weist.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es mindestens ebenso deutliche Hinweise darauf, dass der Neoliberalismus zumindest in den kapitalistischen Zentren nach wie vor äußerst gefestigt ist. So verläuft der europäische Integrationsprozess unter deutlich neoliberalen Vorzeichen; in der BRD steht ein Systembruch im Bereich Sozialversicherung kurz bevor, dessen Eigendynamik und Folgen bislang noch kaum abzusehen sind; schließlich scheint die ganze Republik vom Börsenfieber mitgerissen zu sein: An die Stelle des Sparbuchs mit gesetzlicher Kündigungsfrist ist innerhalb kurzer Zeit der Aktienfonds getreten. Und nicht zu vergessen ist auch, dass die stärkste soziale Bewegung - zumindest in der BRD - derzeit von rechts ausgeht.

Es stellt sich folglich die Frage, inwieweit die "Antiglobalisierungsproteste" zwar durchaus für eine neue Qualität des internationalen Protests stehen, dabei aber eher, um mit Antonio Gramsci zu sprechen, dem "Kampf in den Schützengräben" gleichen, der die Kasematten neoliberaler Hegemonie kaum zu erschüttern vermag. Zumindest lässt sich feststellen, dass die derzeitige Situation von erheblichen Widersprüchen und gegenläufigen Dynamiken geprägt ist. Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, in welchen Spannungsfeldern sich internationaler Protest heute bewegt. Nach einer historischen Einordnung der Protestbewegung beschäftige ich mich mit den Begriffen des "Neoliberalismus" und der "neoliberalen Globalisierung". Danach geht es um die Rolle des Staates und internationaler politischer Institutionen wie der WTO und der EU bei der Durchsetzung neoliberaler Reformen. Zum Schluss folgt eine Einschätzung der Herausforderungen, die sich der internationalen Protestbewegung stellen.

Die 90er Jahre, welche gewissermaßen mit den Protesten von Seattle ausklangen, hatten mit dem ziemlich unerwarteten Ende des Kalten Krieges begonnen. Dieses konnte innerhalb der Linken zunächst durchaus der Erwartung Vorschub leisten, dass mit dem Verschwinden des Staatssozialismus nun emanzipatorische Alternativen zum kapitalistischen System an der Reihe wären. Vor allem aber nährte es die liberaldemokratisch-trügerische Hoffnung, den scheinbar gewachsenen politischen Handlungsspielraum für die Schaffung sozialerer, ökologischerer und demokratischerer Verhältnisse weltweit nutzen zu können. Ein Ausdruck dieser Hoffnungen waren die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre, ein anderer der Aufstieg von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu neuen weltpolitischen Akteuren.

Trügerische Hoffnung

Während die links-libertären Hoffnungen allerdings schon bald dem Bewusstsein völliger Marginalisierung wichen, machten die NGOs im Rahmen der UN-Konferenzen von sich reden. Ihr Engagement wurde als eine wichtige Artikulationsform von solchen Interessen begrüßt, die von den RegierungsvertreterInnen nicht oder nur unzureichend repräsentiert würden. Es sorge für mehr Transparenz und verschaffe der "Zivilgesellschaft" in den ansonsten von staatlichen Akteuren geprägten internationalen Verhandlungen eine Stimme.

Die UN-Konferenzen und damit auch das Engagement vieler NGOs wurden jedoch von Beginn an durch ganz andere, gegenläufige Ereignisse und Entwicklungen überlagert oder gar konterkariert. Schnell wurde deutlich,

dass es sich zum großen Teil um Spielwiesen symbolischer Politik handelte, die zwar nicht ohne Wirkung blieb, die aber den - sich über andere internationale Organisationen durchsetzenden - regressiven Tendenzen kaum etwas entgegenzusetzen hatte. So wurde etwa 1992, im Jahr der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), der Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Er beschleunigte die Dynamik der europäischen Integration unter neoliberalen Vorzeichen, die für eine sozialökologische Reformpolitik kaum Spielraum lässt. 1995, im Jahr des Weltsozialgipfels, erblickte die WTO das Licht der Welt, unter deren Regime soziale Regulierungen primär als Handelshemmnisse wahrgenommen werden. Im Rahmen des MAI folgte der Versuch, die Vorherrschaft der Konzerne auch institutionell zu festigen und auszubauen. Und wie als militärische Bestätigung für die - allen UN-Gipfeldeklarationen zum Trotz - regressive Entwicklung der 90er Jahre schlug am Ende des Jahrzehnts eine multinationale Streitmacht ohne UN-Mandat in Jugoslawien zu.

In dieser Konstellation - geprägt durch große Konferenzen mit wohlklingenden Absichtserklärungen einerseits und durch neoliberale Politik und Kriege andererseits - manifestierte sich die Begrenztheit des von vielen NGOs praktizierten Engagements. Zwar hatte die NGO-Community durch Alternativgipfel und Kontakte zu RegierungsvertreterInnen UN-Verhandlungen durchaus beeinflusst und sich dabei Anerkennung als "Mitspieler" in internationalen Prozessen erworben. Gleichzeitig hatte sie mit ihrer Konzentration auf UN-Konferenzen aber auf die falschen Pferde gesetzt bzw. diese mit fragwürdigen Mitteln zu reiten versucht. (1)

Die Proteste von Seattle, wo wenige Monate nach dem Jugoslawien-Krieg die "Millennium-Runde" der Welthandelsorganisation (WTO) eröffnet werden sollte, können als die bis dahin konsequenteste und wirksamste Lehre aus der Begrenztheit von NGO-Politik interpretiert werden: Den Zumutungen einer notfalls von militärischer Gewalt begleiteten neoliberalen Globalisierung wurde nicht länger mit der Kraft des besseren Arguments begegnet - eine Strategie, die sich notwendigerweise auf das vom "Gegner" strukturierte Terrain begeben und sich auf die von ihm definierten Formen der Auseinandersetzung einlassen muss. Hauptansatzpunkt waren auch nicht mehr die Konferenzen der Vereinten Nationen. Stattdessen richtete sich der Protest gegen die WTO und nahm die Form eines symbolischen Angriffs an, der die Welthandelsorganisation als Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse brandmarkte und damit delegitimierte.

Vom Nebenschauplatz der UN-Konferenzen verlagerte sich der Protest also zum einen auf die institutionellen Zentren neoliberaler Globalisierung. Zum anderen weigerten sich die Protestierenden, das von den dominanten Interessen gestaltete Terrain als einzige Ebene der Konfliktaustragung anzuerkennen, und gingen dazu über, dieses Terrain und die auf ihm vorherrschenden Formen der Auseinandersetzung selbst in Frage zu stellen. Dass sie damit Erfolg hatten, zeigt sich nicht nur darin, dass die Bewegung an Breite zu gewinnen scheint. Auch die Kooptationsoffensiven von WTO und Co. sowie die verstärkten Anstrengungen ihrer PR-Abteilungen, über die lange Zeit als selbstverständlich geltenden Vorzüge des Freihandels "aufzuklären", können als Zeichen des Erfolgs gewertet werden.

Bemängelt wird jedoch von verschiedenen Seiten, dass den Protestaktionen ein Begriff davon fehle, wogegen sie sich eigentlich richten, und dass sie erst recht keine Auskunft darüber geben könnten, was sie denn stattdessen wollten. Diese Kritik trifft m.E. nur teilweise. Denn die unbeantwortete Frage nach dem wohin sollte eher als Stärke verstanden werden, trägt sie doch der Vielfalt der Problemlagen und der Unterschiedlichkeit emanzipatorischer Ansätze Rechnung, die sich nicht einfach auf einen Nenner bringen lassen. Dagegen ist der erste Einwand durchaus zutreffend: Der Gegenstand der Kritik bleibt oft unbestimmt. Und diese Unbestimmtheit ist nicht nur ein strategisches Defizit. Sie kann auch übel meinenden Interpretationen in die Hände spielen, wie etwa dem Versuch der Wirtschaftswoche, eine "Internationale der Unbelehrbaren", die sich aus Rechten wie Linken, aus "Nationalisten" und "großen Vereinfachern" zusammen setze, als neues Bedrohungsszenario zu entwerfen. (2) Die Ausführungen in den folgenden beiden Abschnitten verstehen sich deshalb auch als Beitrag zu einer "Ortsbestimmung" des emanzipatorischen internationalen Protests. Im Zentrum steht eine Auseinandersetzung mit den Begriffen "Neoliberalismus", "Globalisierung" und "Staat".

Krise des Fordismus

Neoliberalismus ist zunächst eine ökonomische Doktrin, die im Kern Folgendes besagt: Die Allokation von Ressourcen, das heißt die Verteilung von Produktionsfaktoren (Kapital, Boden, Arbeit) auf unterschiedliche Verwendungszwecke, ist dann am effizientesten, also mit dem höchstmöglichen Wohlstandszuwachs verbunden, wenn sie dem rationalen, von Preisen geleiteten Kalkül der Marktteilnehmer folgt. Dies setzt

voraus, dass sich die Preise unverzerrt von "äußeren Eingriffen" unter den Bedingungen eines freien Wettbewerbs bilden. Monopole - etwa in Gestalt von Unternehmen, die ein bestimmtes Marktsegment besetzen oder von Gewerkschaften, die das Angebot an Arbeitskräften "monopolisieren" - sind dem abträglich. Sie müssen also folglich verhindert, abgeschafft oder zumindest geschwächt werden. Hierfür zu sorgen ist Aufgabe des Staates, der somit die Bedingungen des freien Wettbewerbs garantiert ("Ordnungspolitik").

Gleichzeitig, und vor allem, ist der Neoliberalismus aber ein politisches Projekt, dessen Anfänge in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Die Protagonisten des Neoliberalismus (Friedrich August von Hayek u.a.) betrachteten ihre Arbeit keineswegs als rein akademische Angelegenheit, deren politische Wirkung sie dem Zufall überließen. Wie Dieter Plehwe und Bernhard Walpen zeigen, wandten sie vielmehr erhebliche Mühe für den Aufbau einer Infrastruktur auf, über die sich ihre Ideen langfristig verbreiten und Wirkung zeitigen sollten. Diese Infrastruktur bestand aus Zeitschriften sowie aus einem transnationalen Netzwerk politischer Stiftungen und wissenschaftlicher Think Tanks. (3)

Es dauerte jedoch bis in die 70er Jahre, bis der Neoliberalismus seine Wirkung zu entfalten begann. Bis dahin hatte dem in vielen Ländern ein Klassenkompromiss entgegen gestanden, der der männlichen Industriearbeiterschaft (Voll-)Beschäftigung und den Unternehmen hohe Gewinne bescherte. Dieser Kompromiss zerbrach in der Wirtschaftskrise der 70er Jahre - einer Krise, die nicht einfach einen Konjunktureinbruch, sondern eine Strukturkrise des die Nachkriegszeit prägenden Wachstumsmodells, des Fordismus, darstellte. "Fordistisch" geprägte institutionelle Formen, die bis dahin nicht nur den Lohnabhängigen weitgehende Rechte und Wohlstandssteigerungen garantiert hatten, sondern auch eine Stütze der Kapitalakkumulation gewesen waren, erwiesen sich nun als "Fessel" letzterer, die es zu sprengen galt: Angestrebt und vielerorts auch verwirklicht wurden neoliberale Restrukturierungen wie die Reorganisation des Arbeitsprozesses, die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und sozialen Sicherungssystemen, die "Verbetrieblichung" der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, umfangreiche Privatisierungen und ein Richtungswechsel in der Geldpolitik. In dessen Zuge gewann die Geldwertstabilität absolute Priorität gegenüber anderen geldpolitischen Zielen.

Die Durchsetzung des neoliberalen Projekts erfolgte nicht bruchlos, sondern über soziale Konflikte und Kompromisse. Dies zeigen etwa die Bergarbeiterstreiks zu Beginn der Ära Thatcher in Großbritannien oder die Kämpfe der neuen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften in der BRD der 70er und 80er Jahre. Was den Süden angeht, so sei auf den Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur verwiesen, der dieser sowohl unmittelbar nach 1973 als auch in der ersten Hälfte der 80er Jahre erhebliche Schwierigkeiten bereitete.

Feststellen lässt sich aber, dass der Neoliberalismus diese Konflikte erfolgreich durchgefochten hat. Er hat den Widerstand von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen entweder gebrochen oder - noch entscheidender - seine Impulse bis zu einem gewissen Grad absorbiert: Die Kritik am bürokratisch-patriarchalen Wohlfahrtsstaat, die "rebellische Subjektivität" (Herbert Marcuse) oder die Kritik an der rigiden tayloristischen Arbeitsorganisation wurden aufgenommen und repressiv gewendet: im Abbau des Wohlfahrtstaats und der Individualisierung von Risiken, in der ökonomischen Verwertung von Subjektivität und Kreativität als Momente der Produktivitätssteigerung sowie in der Flexibilisierung von Arbeitsorganisation und industriellen Beziehungen. (4) Heute kann daher mit einiger Berechtigung davon gesprochen werden, dass das neoliberale Gesellschaftsprojekt hegemonial geworden ist.

Neoliberalismus ist eng verbunden mit Globalisierung. Bei dieser handelt es sich um einen konflikthaften Prozess der transnationalen Reorganisation des Kapitals, der - ausgehend von der Krise der 70er Jahre - die Bedingungen der Produktion von Profit verbessert bzw. wieder hergestellt hat. Dass dies im transnationalen Rahmen vonstatten gehen musste, erklärt sich zum einen damit, dass nur so die optimale Ausnutzung unterschiedlichster "Standortbedingungen" - wie staatlicher Regulierungen, Qualifikationen und Kosten der Arbeitskräfte, Infrastrukturen oder Besonderheiten nationaler und regionaler Märkte - gewährleistet werden konnte. Zum anderen ermöglichte es erst der transnationale Charakter der Reorganisation des Kapitals, die unterschiedlichen Standortbedingungen unter einen Wettbewerbsdruck zu setzen, der seinerseits die Auflösung der fordistischen Klassenkompromisse beschleunigte.

Neoliberalismus und Globalisierung

Dieser letzte Punkt verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Neoliberalismus. Globalisierung ist einerseits Voraussetzung und Medium für die Durchsetzung des neoliberalen Gesellschaftsprojekts. Sie setzt nationale Regelwerke unter Anpassungszwang und schränkt die Handlungsoptionen von Akteuren wie Gewerkschaften und linken sozialen Bewegungen ein. Auf diese Weise stellt sie eine Legitimationsressource für neoliberale Akteure in den nationalen Auseinandersetzungen dar. Andererseits ist Globalisierung selbst aber auch Resultat des neoliberalen Projekts. Denn ein herausragendes Kennzeichen desselben ist die Orientierung an dem als naturwüchsigen Zwang verbrämten Weltmarkt: Gesellschaft ist so zu gestalten, dass die individuellen Verhaltensweisen und Erwartungsmuster sowie die Formen der Konfliktaustragung jederzeit mit den von der Weltmarkt-Konkurrenz gesetzten Bedingungen zu vereinbaren sind. Mit dem neoliberalen Projekt werden also die institutionellen Bedingungen geschaffen, die beschleunigend auf den Prozess der Globalisierung zurück wirken. Welche Rolle spielt hierbei nun der Staat?

Unter Staat verstehe ich primär ein Terrain, auf dem gesellschaftliche Partikularinteressen um ihre Verallgemeinerung ringen. Dies geschieht einerseits mittels lobbyistischer Einflussnahme auf administrative und politische Entscheidungsträger. Andererseits - und entscheidend - geschieht dies aber dadurch, dass vielfältige gesellschaftliche Widersprüche bereits in die staatliche Apparatur eingelassen sind, sich dort als (nicht-antagonistische) Konflikte artikulieren und miteinander vermittelt werden.

Transformation von Staatlichkeit

Die Chancen, Partikularinteressen über den Staat zu verallgemeinern, sind äußerst ungleich verteilt. Denn der Staat ist kein neutraler Kampfplatz. Er ist, um mit Nicos Poulantzas zu sprechen, eine materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Das heißt, dass er immer schon herrschaftsförmig strukturiert ist und der Aufrechterhaltung von Herrschaft dient. Zwar können sich im Zuge gesellschaftlicher Konflikte die Chancen, über staatliche Politik Verbesserungen zu Gunsten von Subalternen zu erreichen, erhöhen. Allerdings stoßen solche Bemühungen spätestens dann auf systematische Grenzen, wenn die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse selbst zur Disposition gestellt werden sollen.

Dieses Staatsverständnis legt eine ganz bestimmte Sichtweise des Prozesses neoliberaler Globalisierung nahe: Dieser bedeutet nämlich nicht, dass sich der Staat zu Gunsten des Marktes zurückzieht. Staatliches Handeln beschränkt sich auch nicht darauf, bestehende Regeln oder Reglementierungen der Marktkräfte abzubauen. Vielmehr ist der Staat bzw. die Transformation von Staatlichkeit ein konstitutives Element neoliberaler Globalisierung.

Dabei sind drei Dimensionen der Transformation von Staatlichkeit zu benennen. (5) Erstens eine institutionelle Dimension: Es kommt zu einer Gewichtsverschiebung zu Gunsten jener nationalen Staatsapparate, die sich primär dem Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder der Geldwertstabilität verpflichtet wissen (Finanz- und Wirtschaftsministerien, Zentralbanken). Bei der Sicherung sozialer Kohäsion schieben sich ideologische und repressive Momente gegenüber materiellen Zugeständnissen in den Vordergrund. Damit verändern sich auch politische Schwerpunktsetzungen. Zum überragenden Kriterium staatlichen Handelns wird die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit für den jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen "Standort", ein Kriterium, das sich durch sämtliche Politikbereiche zieht.

Zweitens verändert sich das Spektrum politischer Akteure. Staatliche Akteure treten stärker als in der Vergangenheit mit privaten Akteuren wie Unternehmen oder NGOs in Kontakt und mobilisieren deren finanzielle, Wissens- oder Legitimationsressourcen. Dabei werden formal Beteiligungsmöglichkeiten erhöht, allerdings findet Beteiligung häufig in wenig demokratischen Grauzonen statt und setzt den Verzicht auf radikale Positionen voraus.

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse

Drittens hat die Veränderung von Staatlichkeit eine räumliche Dimension. Diese liegt darin, dass sich das Verhältnis der verschiedenen staatlichen Ebenen (der nationalen, der supranationalen und der subnationalen) zueinander verschiebt. Vor allem die supranationale Ebene erfährt eine Aufwertung.

Diese drei Dimensionen der Transformation von Staatlichkeit verschränken sich zu einer Konstellation, die sich für die internationale Ebene als "supranationale Wettbewerbsstaatlichkeit" bezeichnen lässt. Anschauliche Beispiele hierfür sind die Europäische Union und die WTO. Bei beiden handelt es sich um supranationale

staatliche Terrains, auf denen die Chancen einer erfolgreichen Interessenartikulation noch ungleicher verteilt sind als auf der nationalen Ebene. Denn die demokratischen Kontrollmöglichkeiten sind eingeschränkt, und es walten andere, explizit technokratische, nämlich an den Prinzipien des Freihandels bzw. der Wettbewerbsfähigkeit orientierte Legitimationsmechanismen, die bestimmte Interessen strukturell begünstigen und andere strukturell benachteiligen.

Eben das macht Instanzen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die WTO oder die EU aus der Sicht etwa weltmarktorientierter Kapitale so attraktiv: Sie bilden Terrains, auf denen um die Durchsetzung neoliberaler Reformen gerungen werden kann, ohne dabei auf ähnlich starke Widerstände und Legitimationsprobleme zu stoßen wie in den - lange Zeit vom fordistischen Klassenkompromiss und dann auch vom Einfluss der neuen sozialen Bewegungen geprägten - nationalen Arenen. Die auf europäischer Ebene und im Rahmen der WTO erstrittenen Entscheidungen wirken dann ihrerseits disziplinierend auf die GegnerInnen in den Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene zurück. Sie institutionalisieren gewissermaßen die Anpassungszwänge (die berühmten "Sachzwänge"), stecken also die "claims" ab, auf denen soziale Konflikte auf nationaler Ebene ausgetragen werden.

Neoliberale Globalisierung, so lässt sich festhalten, ist ein sozialer Prozess, der die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse seit Mitte der 70er Jahre grundlegend transformiert hat. Dies geschah bisweilen äußerst gewaltförmig, bisweilen aber auch durch die Absorption und repressive Wendung emanzipatorischer Potenziale. Im Ergebnis hat die kapitalistische Ökonomie einen bislang nicht gekannten Grad an globaler Integration erreicht, der jedoch einhergeht mit tiefen sozialen und räumlichen Fragmentierungen, mit dem Abbau von erkämpften Rechten sowie mit massiven Verarmungsprozessen. Der Staat spielt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle. Er stellt das Terrain dar, über das die neoliberale Globalisierung wesentlich durchgefochten wird und das sich dabei selbst transformiert. Die systematische Grenze, über staatliche Politik Veränderungen im emanzipatorischen Sinn durchzusetzen, tritt deshalb in der gegenwärtigen historischen Situation besonders deutlich zu Tage.

Neoliberale Globalisierung ist kein widerspruchsfreier Prozess. Im Gegenteil: Einerseits kommt es innerhalb des neoliberalen Blocks immer wieder zu Konflikten. Dies zeigte nicht zuletzt die WTO-Konferenz in Seattle, deren Scheitern mindestens ebenso sehr auf Handelskonflikte zurückzuführen ist wie auf die Aktivitäten der Protestbewegung. Andererseits provozieren die Widersprüche neoliberaler Globalisierung Protest "von unten". Seit Ende der 90er Jahre artikuliert sich dieser nicht mehr primär im Rahmen von UN-Konferenzen und auf die Kraft des besseren Arguments vertrauend. Sein Ansatzpunkt sind vielmehr die zentralen Institutionen neoliberaler Globalisierung wie die WTO oder der IWF, die symbolisch angegriffen und zu delegitimieren versucht werden.

Diskursfähigkeit radikaler Kritik

Wenn nun die hier vertretene Ansicht zutrifft, dass der Neoliberalismus eine hegemoniale Konstellation ist, dann braucht die Protestbewegung gleichwohl einen langen Atem. Drei Punkte, die in der Internationalisierung von Protest seit Seattle bereits angelegt sind, scheinen mir hier wichtig zu sein. Erstens bedarf es der Weiterentwicklung einer Kritik, die sich nicht nur auf die neoliberalen Auswüchse des Kapitalismus konzentriert, sondern Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Diskurse, in denen sie sich ausdrücken, umfassend in Frage stellt. Eine solche radikale Form von Kritik ist nicht mit Praxisabstinenz gleichzusetzen. Im Gegenteil: Wenn ich davon ausgehe, dass Macht und Herrschaft wesentlich durch Diskurse ausgeübt werden, dass es also Diskurse sind, die bestimmen, was überhaupt als politisch relevantes Problem zu gelten hat, was also thematisiert wird und was nicht, dann ist der Versuch, radikale Kritik zu stärken und wieder diskursfähig zu machen, eine wichtige Form gesellschaftlicher Praxis.

Zweitens gilt es aber auch, nach Wegen zu suchen, wie radikale Kritik mit Bündnis- und Mobilisierungsfähigkeit verbunden werden kann. Wie, so ließe sich die entscheidende Frage formulieren, muss sich radikale Kritik artikulieren, damit sie für eine größer werdende Zahl von Menschen attraktiv wird und Handlungsangebote bereithält? Darin drückt sich in der Tat ein Dilemma aus, mit dem aber produktiv umgegangen werden muss.

Drittens und hieran anknüpfend liegt eine Herausforderung darin, dass sich internationaler Protest bislang primär im Rahmen von WTO-, G7- oder IWF-Tagungen artikuliert. Dies beinhaltet die Gefahr, dass er zum normalen Begleitprogramm dieser Ereignisse wird, einen willkommenen Angriffspunkt staatlicher Repression

und Delegitimierungsversuche bietet und dann irgendwann verpufft oder gebrochen wird. Um dieser Gefahr vorzubeugen, müsste der Protest auf globaler Ebene mit der meist viel kontinuierlicheren, deshalb aber auch weniger spektakulären Arbeit auf lokaler Ebene, also da, wo sich neoliberale Globalisierung konkret manifestiert, verkoppelt werden. Profitieren würden beide: die lokalen Kämpfe durch einen Zuwachs an öffentlicher Aufmerksamkeit und der internationale Protest durch ein höheres Maß an Kontinuität.

Markus Wissen

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

Anmerkungen:

1) Vgl. Peter Wahl, "Sie küssten und sie schlugen sich." Zum Verhältnis von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Regierungsorganisationen, in: Ulrich Brand u.a. (Hrsg.), Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster 2001 (i.E.).

2) Wirtschaftswoche Nr. 10, 2. März 2000.

3) Vgl. Dieter Plehwe/Bernhard Walpen: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA 115 (1999), S. 203-235.

4) Vgl. spaceLab, Auf der Suche nach dem Subjekt. Einleitung zum Schwerpunkt, in: Widersprüche 78 (2000).

5) Vgl. zum Folgenden Ulrich Brand/Markus Wissen, Neoliberale Globalisierung, Staat und die Internationalisierung von Protest. Anmerkungen zu einigen Spannungsfeldern linker Politik, in: alaska. Zeitschrift für Internationalismus 232 (2000).

14. Hat die Globalisierung ein Geschlecht? Ver- und Entgeschlechtlichung im "globalen Zeitalter"

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:02

Seit gut zehn Jahren ist der Begriff der Globalisierung in aller Munde. Trotz dieser Präsenz des Begriffes bleiben die Vorstellungen und Einschätzungen, was denn Globalisierung eigentlich meint, auffällig diffus. Seit Ende der 90er Jahre beschäftigen sich Feministinnen mit der geschlechtsspezifischen Dimension der Globalisierung.

Die feministische Forschung zum Thema Globalisierung kreist um die Frage: Hat die Globalisierung ein Geschlecht? An dieser Frage hält sich die herrschende Male-stream-Wissenschaft erst gar nicht auf. So findet die Diskussion um Gender und Globalisierung ähnlich wie zum Beispiel die Debatte um Hausarbeit in den 70er Jahren in einem kleinen Zirkel von engagierten Wissenschaftlerinnen statt. Die bekanntesten Vertreterinnen der feministischen Globalisierungsdebatte sind (im deutschsprachigen Raum) Brigitte Young, Christa Wichterich, Saskia Sassen und Birgit Sauer.

Ähnlich wie in der herrschenden Debatte um Globalisierung haben auch feministische Forscherinnen Probleme, den Begriff Globalisierung zu fassen und zu definieren. Allgemein wird mit Globalisierung die zunehmende Verflechtung der kapitalistischen Weltwirtschaft bezeichnet, die in ihrer Komplexität und Qualität angeblich völlig neue Dimensionen einnimmt. Die Möglichkeiten nationaler wirtschaftspolitischer Regulierung würden mehr und mehr eingeschränkt, da sich die Politik zunehmend wirtschaftlichen Prozessen unterzuordnen hätte. Globalisierung findet aber nicht nur auf dem ökonomischen Terrain statt: durch neue Technologien und durch eine beschleunigte Kommunikation würden sich ebenfalls die kulturellen Werte und Konsummuster global angleichen. Globalisierung bezeichnet einen ambivalenten Prozess, in dem einerseits ökonomische Mechanismen aus nationalstaatlichen und politischen Bindungen herausgelöst werden; andererseits entstehen neue globale netzwerkförmige Steuerungssysteme, die wiederum hierarchisch strukturiert sind. Dieser Prozess ist weder einheitlich, noch findet er zeitgleich statt; ebenso heterogen sind auch die Auswirkungen der Globalisierung auf die jeweiligen Subjekte.

Gender und Globalisierung kein Thema?

Auf Grund des diffusen Globalisierungsbegriffes und auf Grund der widersprüchlichen Prozesse, die damit gemeint sind, kann es auf die Frage: Hat Globalisierung ein Geschlecht? auch keine eindeutigen Antworten geben. Die derzeitige Transformation des fordistischen Staates hin zu einem global agierenden Wettbewerbsstaat vollzieht sich als ein durch und durch geschlechtsspezifischer Prozess. Am offensichtlichsten wird diese Gender-Dimension der Globalisierung in den Weltmarktfirmen in den Freien Exportzonen (FEZ). In diesen vor allem in Lateinamerika, Asien und Afrika ansässigen Sonderwirtschaftszonen arbeiten zu 70-90 Prozent Frauen, die unter extrem repressiven Bedingungen beschäftigt sind (Organisierungsverbot, Niedriglöhne, Missachtung der Sicherheits- und Gesundheitsstandards etc.). Im Durchschnitt verdienen diese Frauen 60 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Zwar sind die Freihandelsenklaven kein neues Phänomen - die erste FEZ entstand 1959 in Irland - jedoch sind sie seit den 80er Jahren im Zuge der Umsetzung der neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen in der Dritten Welt zu einem Massenphänomen geworden. Schätzungen des IBFG zufolge arbeiten 1996 rund 4,5 Millionen Beschäftigte in den FEZ, hinzu kommen die 70 Millionen Beschäftigten in den chinesischen FEZ: Tendenz steigend. (vgl. Wick 1998)

Nicht nur in den FEZ, sondern auch in den "Global citys" gehören Frauen offensichtlich zu den Verliererinnen der Globalisierung. So arbeiten vor allem Frauen und MigrantInnen im expandierenden Dienstleistungs- und im informellen Sektor. Diese für die neoliberale Wirtschaft existenziell notwendigen Reproduktions- und Hilfsarbeiten werden entwertet bzw. ganz unsichtbar gemacht. Im politischen Diskurs über die neuen weltweiten Märkte mit ihren Akteuren, den sogenannten Global Players, bleibt diese Kehrseite der Mobilität weitgehend ausgeblendet.

Trotz dieser evidenten Benachteiligung der Gruppe der Frauen ist es jedoch verkürzt, "die Frauen" per se als Verliererinnen und Opfer der Globalisierung zu setzen. So betont Brigitte Young, dass die Aufteilung des

Arbeitsmarktes in gut bezahlte, qualifizierte Informationsdienstleistungen auf der einen und schlechtbezahlte, informelle Jobs auf der anderen Seite nicht eine klare Trennlinie zwischen "männlich" und "weiblich" aufweist. "Stattdessen hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mehr Gleichberechtigung zwischen hoch qualifizierten Frauen und Männern der Mittelklasse erzeugt, während sie zu einer großen Ungleichheit unter Frauen geführt hat" (Young 1998, 48). Da Reproduktionsarbeit immer noch als Frauensache angesehen wird, die in der Privatsphäre möglichst unentlohnt stattzufinden hat, delegieren besser verdienende, gut ausgebildete Frauen zunehmend die Hausarbeit an Migrantinnen, die ungesichert und für wenig Lohn putzen, kochen und die Kinder betreuen. Durch den gegenwärtigen Trend zum "Outsourcen" der Hausarbeit auf Migrantinnen entsteht eine neue ethnische Dienstmädchengesellschaft. Die hierarchische Segregation des Arbeitsmarktes in "good jobs" bzw. "bad jobs" hat demnach nicht nur eine geschlechtsspezifische Dimension, sondern es kommen auch klassen- und ethnienspezifische Ausgrenzungsmechanismen zum Tragen.

Doch auch wenn in den letzten zehn Jahren immer mehr hoch qualifizierte (weiße) Mittelstandsfrauen im expandierenden internationalen Finanz- und Dienstleistungssektor Karriere machen, so hat diese Teilnahme keinen Einfluss auf die der patriarchalen, kapitalistischen Ökonomie zugrunde gelegte Genderstruktur: die prinzipielle Trennung zwischen "wertvoller", männlich codierter Lohnarbeit und unbezahlter, weiblich codierter Reproduktionsarbeit (dazu gehört auch Sexarbeit) in der Privatsphäre bleibt größtenteils bestehen. Die Feministin Saskia Sassen untersucht, wie sich dieser Prozess der ungleichen Bewertung von Arbeit im Zuge der Globalisierung verschärft; auf der einen Seite entstehen immer mehr hoch dotierte, spezialisierte Jobs in der New Economy und im Finanz- und Dienstleistungsbereich, auf der anderen Seite gibt es auf lokaler Ebene den Trend zu unqualifizierten, schlecht bezahlten Mc-Jobs.

Die Herrin und die Magd

In der Überbewertung der Arbeit der "global players" und der Unterbewertung der Arbeit der "Local workers", zeigt sich der ideologische Charakter des Projektes Globalisierung am offensichtlichsten: Während im öffentlichen Diskurs und in den Medien unermüdlich die frohe Botschaft der weltumfassenden Internet-Schickeria "Ich bin drin" verkündet wird, herrscht über die ergänzende unfrohe Botschaft "Ich bin draußen" einvernehmliches Schweigen.

Aus feministischer und emanzipatorischer Perspektive ist es jedoch verkürzt, den Prozess der zunehmenden Verflechtung der Märkte einseitig als negativ zu beschreiben. Das starre Gendersystem des Fordismus, das bestimmend für die westlichen Industrienationen war, löst sich zusehends auf. Dadurch dass immer mehr Frauen nicht mehr für ihren Mann, sondern für Lohn arbeiten, verschwindet das herrschende Modell des "männlichen Brotverdieners und seiner abhängigen Frau/Familie" (Young 1999, 51). In der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt liegt das Potenzial zu mehr Autonomie und Unabhängigkeit. Traditionelle Geschlechtervorstellungen wie "Der Mann verdient das Geld und die Frau bleibt zuhause" sind ideologisch zwar immer noch mächtig, real gibt es jedoch immer weniger Frauen und Männer, die dieses Ideal (Stereotyp) leben.

Auch wenn tradierte patriarchale Lebensmodelle verblassen, bedeutet dies aber nicht zwangsläufig, dass sich Männlichkeits- bzw. Weiblichkeitsvorstellungen angleichen bzw. auflösen. Die Feministin Birgit Sauer geht davon aus, dass sich mit der Auflösung nationaler Männlichkeiten im Zuge der Globalisierung auf internationalem Terrain neue Männlichkeitsmuster reformieren: "Die ‚Anarchie` einzelstaatlicher Männlichkeit wird durch neue mächtige Netzwerke einer ‚Weltmännlichkeit` abgelöst." (Sauer 1998). So wie der Nationalstaat ein durch und durch männliches Projekt war, so transformieren sich diese männlichen Praxen auch auf supranationaler Ebene. Dabei ist Männlichkeit nicht zu verwechseln mit dem unterstellten biologischen Geschlecht "Mann"; Vielmehr ist Männlichkeit zum einen ein historisch gewachsenes, auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirksames soziales Strukturelement, zum anderen ist Männlichkeit ein Muster täglicher Handlung, eine "doing masculinity". Auch einige Frauen können sich diese männlichen Spielregeln aneignen. Maskulinität ist somit nicht an "Körper" gebunden.

Das Bild des legeren, handy- und internetsüchtigen New Economist, für den bei einer 80-Stunden-Woche "Frei-Zeit" ein Fremdwort ist, und das Bild des schlipstragenden Politmanagers, der zwischen Tokio, Frankfurt und New York jettet, zeigt, in welche Richtung sich zukünftige Männlichkeitsmuster entwickeln können. Vom nun global stattfindenden Projekt der Durchkapitalisierung der Welt profitieren bestimmte Männlichkeitstypen, die in erster Linie flexibel, hypermobil und gut ausgebildet sein müssen. Diese neuen

Qualifikationsanforderungen schließen nicht nur viele Frauen aus, die beispielsweise durch Kinder lokal gebunden sind, sondern es werden auch viele Menschen auf Grund ihrer sozialen und ökonomischen Situation ausgegrenzt.

Insgesamt liegen in dem ambivalenten Prozess der Globalisierung zum einen Tendenzen zur Entgeschlechtlichung (Auflösung des Familienernährermodells, Erosion nationalstaatlicher Männlichkeit, ökonomische Unabhängigkeit von Frauen), zum anderen gibt es Tendenzen zur Vergeschlechtlichung (Feminisierung der Armut, Überbewertung von männlicher und Unterbewertung von weiblicher Arbeit). Für eine feministische Praxis bedeutet dies, dass genau diese Ambivalenzen der Globalisierung offen gelegt werden müssen. Es bringt wenig, wenn Frauen einseitig als Opfer der Globalisierung beklagt werden. Vielmehr muss es darum gehen, die Bruchstellen und Widersprüchlichkeiten des derzeitigen Transformationsprozesses sichtbar zu machen und zu nutzen. Neben der Kategorie Geschlecht müssen Ausgrenzungsmechanismen auf Grund von Ethnie oder sozialer Schicht erkannt und benannt werden.

Alte und neue Männlichkeitsentwürfe

Globalisierung ist vor allem auch ein ideologisches Projekt. Grundsätzliche Skepsis ist angebracht, wenn im öffentlichen und politischen Diskurs mal wieder die Rede ist vom Ende des Nationalstaates. Weil die mächtigen Global Player - je nach Belieben - ihren Standort wechseln, bliebe den Regierungen quasi nichts anderes übrig, als in vorauseilendem Gehorsam alle Bedingungen für eine vollständige Liberalisierung der Märkte und eine Deregulierung der Beschäftigung zu schaffen. Dabei ist die Globalisierung ein politisch gewolltes und von nationalen politischen Instanzen durchgesetztes Projekt. Deregulierung will eben auch reguliert sein. Globalisierung ist keine "Naturkatastrophe", der mensch nur hilflos gegenübersteht. Brigitte Young weist darauf hin, dass es weder für die Analyse noch für die Handlungsfähigkeit hilfreich sei, wenn "Frauen in den Zustand eines erstarrten Kaninchens geraten, sobald sie mit der Schlange Globalisierung konfrontiert sind" (Young 1998, 196). Der Kampf gegen "die Schlange" kann auf vielen Ebenen und an unterschiedlichen Orten geführt werden: Widerstandspotenzial liegt beispielsweise im Engagement gegen die nationale, rassistische Abschottungspolitik und gegen Sozialabbau, in der Organisation von Beschäftigten in den Freien Exportzonen und in einer globalen Vernetzung von Frauen- und Migrantinnenorganisationen. Voraussetzung ist jedoch, dass in der Diskussion um Globalisierung Gender überhaupt als Thema wahrgenommen wird.

Nicole Vrenegor

Literatur:

Sakia Sassen: Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft; in: Prokla 111: Globalisierung und Gender, Juni 1998, S. 199-216.

Birgit Sauer: Nationalstaat und Männlichkeit. Hat die Globalisierung ein Geschlecht? in: alaska, Heft 220, Juni 1998, S. 8-12.

Ingeborg Wick: Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick; in: Prokla 111Juni 1998, S. 235-248.

Brigitte Young: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie, in: Prokla 111, Juni 1998, S. 175-198.

Brigitte Young: Die Herrin und die Magd. Globalisierung und die Re-Konstruktion von "class, gender and race"; in: Widerspruch, Heft 38, Dezember/Januar 2000, S. 47-59.

15. Protesttouristisches Event-hopping und Herrschaftskritik. Die Rehabilitation von Protest und "strategischer Anti-Neoliberalismus"

Autor: Ulrich Brand · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:14

Seit "Seattle" scheint nichts mehr, wie es war. Die neue Spezies der "Globalisierungsgegner" geistert durch die Medien und setzt die Apologeten der bestehenden Ordnung unter Rechtfertigungszwang. Kritik an der neoliberalen Globalisierung wird als legitim, Protestieren wieder als wichtig und lohnenswert erachtet. Die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Genua scheint einen neuen Höhepunkt öffentlicher Aufmerksamkeit zu bilden. Viele der Jüngeren, die nach Genua fahren, wissen gar nicht (mehr), dass es in Köln auch einen G7-Gipfel gab mit außerordentlich schwachen Protesten - und das ist gerade mal zwei Jahre her. Keine allzu gewagte These lautet: Ein G7-, IWF/Weltbank- oder EU-Gipfel heute hier zu Lande würde Zehntausende mobilisieren.

Nun ist natürlich ein Blick verkürzt, der die Auseinandersetzungen rund um die WTO-Tagung in Seattle 1999 zum Auftakt anti-neoliberaler Proteste stilisiert oder gar damit eine globale Bewegung am Entstehen sieht. Zum einen gibt es seit Jahren selbst in den metropolitanen Ländern Bewegungen wie die Euromärsche (www.euromarches. org). Nicht zu vergessen sind darüber hinaus die dynamischen Gewerkschafts-, BäuerInnen- und Landlosenbewegungen in einigen peripheren Ländern wie Indien, Mexiko oder Brasilien. Zum anderen waren die erfolgreichen Proteste in Seattle einer spezifischen Konstellation geschuldet. Das WTO-Ministertreffen ist keinesfalls primär an den Protesten außerhalb der Konferenz gescheitert, sondern auf Grund tiefgehender Unstimmigkeiten zwischen der EU und den USA sowie des wachsenden Unmuts insbesondere vieler afrikanischer Länder, einer schlechten Kongressvorbereitung und der innenpolitischen (Vorwahlkampf-)Situation der USA. Trotz dieser Aufbruchstimmung ist der paradoxe Sachverhalt nicht zu vergessen, dass der Neoliberalismus zur selben Zeit dominanter denn je scheint.

Kristallisation in Seattle 1999

"Seattle" ist damit ein erster internationaler Kristallisationspunkt sozialer Bewegungen nach Jahren politischer Lähmung. Waren während der 80er Jahre die Proteste der metropolitanen Solidaritätsbewegung gegen Weltbank und IWF noch eher einer klassischen - und keineswegs falschen - Imperialismuskritik verbunden, so agieren die Initiativen heute gegen einen wirklich globalen Kapitalismus. Dabei ist der Begriff des "Neoliberalismus" so schillernd wie unbestimmt. Auch die "neue Sozialdemokratie" versteht sich explizit als anti-neoliberal.

Deutlich wurde in Seattle auch, dass immer mehr NGOs mit ihrer Fokussierung auf Expertise und das Appellieren an die aufgeklärten Eigeninteressen der Herrschenden derart nicht weiterkommen. Ihre Expertise wird in einem gesellschaftlichen Klima aufgenommen, in dem die Rezipienten - Regierungen, Unternehmen, Medien - es sich leisten können, die ihnen genehmen Aspekte herauszupicken und gleich noch die Legitimation dazu: Denn wenn die "Zivilgesellschaft" mitredet, dann scheint es ja in Ordnung zu gehen. Substanzielle Veränderungen folgen allerdings kaum.

Hier liegt ein Kern vieler Proteste, nämlich zunächst einmal den Unmut über die dominanten Entwicklungen zu äußern, ohne gleich einen "konstruktiven Vorschlag" parat zu haben. Führte ein wütendes "Es reicht!" vor einigen Jahren noch zu mildem Lächeln der Expertokraten, so ist das heute anders. Protest, so scheint es, erfährt in einigen Bereichen eine Rehabilitation - insbesondere die Form des Massenprotests.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Protest und soziale Bewegung im linken Spektrum sind im Vergleich zu den oft als ExpertInnen und Co-Eliten agierenden NGOs immer noch recht schwach. Linke nicht-parteiförmige Politik wird hauptsächlich weiter von den Verbänden artikuliert. Und dennoch ist ein Blick auf die jüngsten Ereignisse lohnend.

Seit der "Battle of Seattle" erhält erstens ein Spektrum hohe Aufmerksamkeit, das als internationale Protestbewegung bezeichnet werden könnte. Um bestimmte Ereignisse herum wie die WTO-Konferenzen, den jüngsten EU-Gipfel in Göteborg oder das World Economic Forum artikuliert sie sich nicht nur mit

Demonstrationen sondern auch durch dezentrale Protestformen. Inhaltlich zeichnet sich dieses Spektrum durch eine anti-institutionalistische und politisch konfrontative Haltung aus. Die internationalen neoliberalen Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank werden als Hauptgegner identifiziert. Die Form besteht darin, sich in Netzwerken zu organisieren und zivilen Ungehorsam auszuüben. Ein Teil dieser internationalen Bewegung ist beispielsweise das 1997 gegründete Netzwerk Peoples Global Action, das sich als Ausdruck einer vielfältigen und radikalen globalen Protestbewegung versteht (www.agp.org). Mitglied sind Bewegungen, Organisationen und Individuen in Nord und Süd. Es wird insbesondere auf die zunehmenden Kämpfe in peripheren Ländern verwiesen, die Anstöße in den Metropolen bringen sollen.

Rolf Paasch sieht in der Frankfurter Rundschau vom 14.9.2000 dabei "versprengte Jugendliche" am Werk, deren einzige Verbindung das Internet sei. Wenngleich im Duktus überheblich, so trifft Paasch einen zentralen Aspekt: Die Globalisierungsgegnerschaft der Protestierenden "geht einher mit einer erstaunlichen Theorieabstinenz, die nicht zuletzt Ausdruck eines Misstrauens gegen die Generation der theoretisierenden Eltern ist." Kapitalismuskritik sei für sie anachronistisch. Auch aus dem bewegungsnahen Spektrum sind solche Töne zu hören. So wird die allzu emphatische Einschätzung der neuen globalen Bewegung als "Verklärung" kritisiert. Es werde verkannt, "wie organisatorisch höchst heterogen, wie diffus und teilweise konträr" die politischen Absichten der in Seattle protestierenden Gruppen gewesen sei (van der Veen in Blätter des iz3w, Oktober 2000).

So wichtig der Blick auf die Theorielosigkeit der Protestierenden ist, so wenig mag der Vorschlag überzeugen, dass mehr Arbeit am Begriff den Ausweg weise. "Statt dem protesttouristischen event-hopping zu frönen, ... wäre es an der Zeit, sich mühseligeren Diskussionen darüber zu stellen, was unter ‚Globalisierung` zu verstehen ist und wie einer vernünftigen Kritik daran Gehör zu verschaffen ist." (R. van der Veen) In dieser Aussage bleibt jedoch unklar, was mit einer "vernünftigen Kritik" gemeint ist. Wenn damit lediglich Debatten um die richtige Interpretation der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse gemeint sind, dann ist das sicherlich zu wenig. Erst die Sachen theoretisch-kritisch klar haben und dann theoretisch angeleitet zu handeln, negiert alle historischen Erfahrungen sozialer Bewegungen.

"Versprengte Jugendliche" mit Internetanschluss?

Eine Gefahr der Proteste besteht darin, dass sie in gewisser Weise zum routinierten Begleitprogramm internationaler Konferenzen werden. Und schließlich drohen die "großen" internationalen Proteste mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit - entgegen ihrer Absicht - andere Kämpfe zu entwerten. Gerade in peripheren Ländern gibt es vielfältige Ansätze, die die herrschenden Verhältnisse viel konkreter und nachhaltiger in Frage stellen, international jedoch kaum wahrgenommen werden. Dies hat natürlich zuvorderst mit der Struktur der Öffentlichkeit und Medienberichterstattung zu tun, sollte aber von den AktivistInnen nicht unterschätzt werden.

Ein zweiter Typus kann als Versuch bezeichnet werden, intellektuelle Kritik und soziale Bewegungen wieder stärker aufeinander zu beziehen. Das prominenteste Beispiel ist die in Frankreich aktive Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen um den Soziologen Pierre Bourdieu, Raisons d'agir ("Gründe zu handeln"). Ausgangspunkt ist folgende Einschätzung: "Die Tatsache, dass den Intellektuellen, die sich 1995 mit den sozialen Bewegungen solidarisiert hatten, eine wirkungsvolle Organisation fehlte, hat dann eine kollektive Reflexion über das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften und ihren politischen Handlungsbezug in Gang gebracht." (zu den Zielen und anderem vgl. www.raisons.org) Die Gruppe hat mit vielfältigen Publikationen begonnen und zwischenzeitlich ein beachtliches organisatorisches Netz entwickelt.

Das Ziel von Raisons d'agir ist es, die entstehenden Bewegungen gegen den Neoliberalismus zu vernetzen und damit zu stärken. Eine "kritische Gegenmacht" müsse grundlegende Interessen wieder artikulieren können. Der Beitrag der "kollektiven Intellektuellen" soll darin bestehen, über Information, Analyse und Reflexionsmöglichkeit als Teil einer breiteren Bewegung der neoliberalen Hegemonie etwas entgegenzusetzen.

Inhaltlich vertritt die Gruppe eine eher links-keynesianische Position, denn es geht ihr zuvorderst um eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums. Der Staat wird als integraler Bestandteil neoliberaler Politik gesehen, doch bei einer entsprechenden Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse könne dieser (wieder) auf eine am Allgemeinwohl orientierte Politik verpflichtet werden.

Diese Position, welche einerseits die aktuelle staatliche Politik kritisiert und gleichzeitig in veränderter staatlicher Politik die Möglichkeit sieht, den Neoliberalismus zurückzudrängen, unterscheidet sich als Typus von dem klaren Anti-Etatismus der internationalen Protestbewegung. Beim zweiten Typ geraten distributive Aspekte ins Zentrum. Die Art der Erwirtschaftung, nämlich die kapitalistische Produktion als umfassendes soziales und internationales Herrschaftsverhältnis, wird nicht weiter hinterfragt. Auch die Art der Staatskritik ist mehr an den aktuellen Inhalten denn an der grundlegenden Herrschaftsförmigkeit des Staates ausgerichtet. Schließlich wird "Europa" eine Art potenzieller Avantgarde-Position zugeschrieben, wenn sich nur die Ausrichtung der Politik ändern würde.

Wenn oben behauptet wurde, dass ein Kern der Proteste in der ihr fehlenden aufgenötigten Konstruktivität liegt, dann gilt das nicht für eine derzeit recht dynamische Initiative, die sich dadurch auszeichnet, dass sie einen sehr konkreten Vorschlag unterbreitet. Sie kann exemplarisch als dritter Typus bezeichnet werden. In einem Artikel in Le Monde Diplomatique (Dezember 1997) schlug Ignacio Ramonet vor, eine Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zur Unterstützung der BürgerInnen (französisch abgekürzt "attac", www.attac.org) zu gründen. Wissenschaftlich greift die Initiative auf einen Vorschlag des Ökonomen James Tobin aus den 70er Jahren zurück, der mit einer geringen Besteuerung internationaler Währungstransaktionen der Finanzspekulation - d.h. insbesondere der immerwährenden und flexiblen Suche nach geringsten Zinsdifferenzen - Einhalt gebieten soll. Dies traf auf große Resonanz und führte zur Gründung vielfältiger lokaler und überregionaler Initiativen. Wie in vielen anderen Ländern hat sich in diesem Kontext auch in Deutschland im Verlauf des Jahres 2000 ein Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte gebildet, das bislang eher eine Initiative einiger NGOs ist. (www.attac-netzwerk. de)

Gegenmacht der "kollektiven Intellektuellen"

Auch bei der Frage der Regulierung der Finanzmärkte wird ein Dilemma deutlich: Dass nämlich Vorschläge dann besonders wahrgenommen werden, wenn sie von relevanten Fraktionen der herrschenden Seite als sinnvoll angesehen werden. So kommen Forderungen zur Finanzmarktregulierung nach den Krisenerfahrungen in Südostasien, Russland oder Mexiko auch von manchen Regierungen, Parteien oder sogar liberalen Ökonomen. Über staatliche Politiken sollen die Finanzmärkte teilweise gezügelt und so der Krisengefahr begegnet werden.

Dahinter steht jedoch ein reduzierter - oder zumindest taktischer - Krisenbegriff. Die Kritik an den neoliberalen Strukturanpassungen, die südlichen Ländern von nördlichen Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen verordnet wurden, stießen in den 90er Jahren kaum noch auf Resonanz, wenngleich die neoliberalen Politiken in peripheren Ländern erwiesenermaßen für die meisten Menschen ein einziges Katastrophenprogramm sind. Von "Krise" ist jedoch erst verstärkt die Rede, seit die Krisenanfälligkeit des internationalen Finanzsystem selbst offenkundig wird - womit eben dominante Interessen potenziell betroffen sind. Dieses Argument ist nun keines gegen die diversen Initiativen zur Regulierung der Finanzmärkte, sehr wohl aber eines dafür, sich Klarheit zu verschaffen, wie in welche gesellschaftlichen Debatten eingegriffen werden soll.

M.E. können drei Gemeinsamkeiten innerhalb des linken anti-neoliberalen Spektrums ausgemacht werden: Zum einen verstehen sich die Initiativen, zumindest vom Anspruch her, jenseits der Realpolitik, die mit dem Argument der Machbarkeit jegliche Kritik und Alternative vom Tisch zu wischen versucht. Die Initiativen haben zweitens dahingehend ein konfliktorisches Politikverständnis, dass sie einen oder mehrere Gegner identifizieren, gegen den Gegenmacht aufgebaut werden müsse. So vereinfachend Begriffe wie "gegen Kapitalismus", "gegen Neoliberalismus", "gegen die Herrschaft der Finanzmärkte" o.ä. sind - so sehr konstituieren sie etwas, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner. Daher sehe ich es zunächst als Vorteil, unter der Formel "gegen Neoliberalismus" verschiedene Spektren zu vereinen und vor allem handlungsfähig zu machen. Die Formel selbst ist ambivalent, denn zum einen ermöglicht sie erst wieder die Auseinandersetzung über radikale Praxen. Dies ist angesichts der jahrelangen Lähmung linker Positionen nicht zu unterschätzen. Andererseits droht der Begriff des Neoliberalismus zum Alleskleber zu werden, der Differenzen und notwendige Diskussionen zukleistert. Wichtig wird daher in Zukunft sein, ausgehend von solchen Formeln genauer zu evaluieren, wo die Widersprüche und sozialen Spaltungslinien heute verlaufen. Man sollte sich die Tatsache eines "strategischen Anti-Neoliberalismus" verdeutlichen, der eben bestimmte Kritikpositionen hörbar und legitim macht.

Drittens greifen die verschiedenen Initiativen Widersprüche auf, die im Prozess der neoliberalen Globalisierung immer deutlicher werden: An der Tatsache, dass das neoliberale Versprechen von Glück ("Jeder ist seines/ihres Glückes ...") und Gerechtigkeit (die angeblich über den Prozess des trickle down erreicht werden soll) immer offenkundiger Katastrophen aller Art produziert, dass ein diffuses Unwohlsein angesichts der immer stärkeren Kommodifizierung des Lebens (Bildung/Wissen, Körper/Nahrung, etc.) zunimmt, dass die Kontrolle über das eigene Leben zunehmend vermeintlichen Markt- und Standorterfordernissen ausgeliefert wird. Hier können die Kritik an der zunehmen-den Mono-Kultur sowie die Forderungen nach Vielfalt und Demokratie politisierend wirken. Die WTO steht dann eher als Symbol für eine auf internationaler Ebene viel unverblümtere Politik des Kapitals als auf nationaler Ebene.

Eine solche Analyse von Widersprüchen ist natürlich nicht Voraussetzung von Protestbewegungen, gar noch zeitlich am Anfang stehend, sondern integraler Bestandteil. Hier läge eine wichtige Funktion kritischer intellektueller Praxen, denn der Erfolg der neoliberalen Kräfte liegt nicht zuletzt darin, radikale Kritik desavouiert oder aber viele Intellektuelle zu Pseudo-KritikerInnen gemacht zu haben bzw. darin, dass diese sich selbst dazu machten.

Das Dilemma, in dem sich jede radikale - was immer und notwendig heißt: heterogene - Bewegung befindet, besteht darin, Handlungsfähigkeit herzustellen und diese permanent auf ihre Radikalität zu prüfen. Deshalb ist es wichtig, Reflexionen über verschiedene Praxen zu organisieren, sie miteinander resonant zu machen. Natürlich fließen in die Art der Initiativen politische Selbstverständnisse ein. Diese Annahmen herauszustellen und offen zu diskutieren, um sie auf ihre Bündnisfähigkeit hin zu überprüfen, scheint mir derzeit ein zentraler Punkt. Die Selbstwahrnehmung, hier die guten radikalen Bewegungen, dort die sich korrumpierenden NGOs oder umgekehrt: hier die konstruktiven Initiativen und dort die verbohrten Radikalen hilft nicht weiter.

Um aber keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dies ist kein Plädoyer für ein munteres Zusammengehen aller "anti-neoliberalen" Ansätze, sehr wohl jedoch für eine Bezugnahme aufeinander.

Das dominante oder gar hegemoniale Politikverständnis ist heute, dass "die Politik" mit dem Staat gleichgesetzt wird. Die links-keynesianischen Ansätze reproduzieren nun tendenziell dieses Politikverständnis. Sie negieren zwar nicht, dass es um Machtfragen geht, doch sie laufen Gefahr, das Bild von Politik als checks and balances zu reproduzieren. Heute, so die Diagnose, hätten neoliberale Kräfte zu viel Einfluss auf staatliche Politiken, die eben zurückgedrängt werden müssten.

Dem völlig entgegengesetzt ist das politische Selbstverständnis der, mir fällt kein besserer Begriff ein, radikalen GlobalisierungsgegnerInnen. Um Fragen staatlicher Politik scheren sie sich nicht besonders. Ein großer Teil der AktivistInnen scheint sich als radikales "Außen" zu verstehen. An Losungen wie "Capitalism kills people. Kill capitalism!" wird deutlich, dass Kapitalismus als geschlossenes System verstanden wird, das es von "außen" anzugreifen gilt. Entsprechend vehement werden institutionelle Formen von Politik abgelehnt und werden auf staatliche Beeinflussung orientierte NGOs per se zum Gegner, da auf der anderen Seite stehend.

In dieser Gegenüberstellung kommen zwei reduzierte Staatsverständnisse zum Tragen. Die einen sehen Staat als unter Druck zu setzende Regulierungsinstanz gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung. Es wird an das Selbstbild des bürgerlichen Staates, nämlich Allgemeininteressen zu vertreten, appelliert. Die anderen sehen Staat als zentralen Teil des ganzen (Schweine-)Systems und damit als grundsätzlich abzulehnen.

M.E. ist es heute notwendig, die Staats- und Politikkritik zu radikalisieren und zu internationalisieren, um den aktuellen Veränderungen Rechnung zu tragen. Die Radikalisierung besteht darin, die Engführung von Politik und Staat aufzulösen. Dies ist eine wichtige Erfahrung der neuen sozialen Bewegungen, die mit Slogans wie "Das Private ist politisch" eine Dezentrierung anstrebten. Auch der Bereich privatkapitalistischer Produktion wurde früher viel eher als Teil umfassender gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse verstanden. In Zeiten der Realpolitik wird ein solches Politikverständnis entwertet und an den Rand gedrängt. Selbst die hoch im Kurs stehende "Zivilgesellschaft" wird vor allem daran gemessen, was sie zur Legitimität sowie zur Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit staatlicher Politik beizutragen hat.

Reduziertes Staatsverständnis

Demgegenüber wäre es hilfreich, Staat und internationale politische Institutionen wie WTO, IWF oder Weltbank als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu verstehen, um einen Begriff des Staatstheoretikers Nicos Poulantzas zu verwenden. Damit kann der Ambivalenz Rechnung getragen werden, dass es sich beim Staat um eine herrschaftsförmige Einrichtung handelt, die zuvorderst den Erhalt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung sichert. Staat ist aber immer die materielle "Verdichtung", d.h. in mit Ressourcen ausgestatteten Apparaturen, von Kämpfen, die gesamtgesellschaftlich ausgetragen werden. Insofern ist staatliche Politik eingebettet in gesellschaftliche hegemoniale Auseinandersetzungen und die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Historisch ist ja das Beispiel greifbar, dass Neoliberalismus eben kein rein staatliches Projekt ist, sondern eines der grundlegenden Gesellschaftsveränderung. Es ginge dann darum, politisch nicht nur an neoliberalen Institutionen anzusetzen, sondern auch am neoliberalen "Alltagsverstand" (Gramsci).

Das bedeutet gerade nicht, einem staatsfixierten Politikverständnis Vorschub zu leisten, sondern im Gegenteil die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Dann erfahren die aktuellen (internationalen, europäischen oder wo auch immer artikulierten) Proteste eine Relativierung und gleichzeitig eine Radikalisierung. Relativiert werden sie, weil sie nur ein Teil umfassender Veränderungen sind, die nicht zuletzt auf grundlegend veränderte Alltagspraxen zielen und gerade nicht (nur) die "Machtfrage" stellen. Damit werden sie aber auch radikaler.

Die praktische und theoretische Staats- und Politikkritik muss sich aber auch internationalisieren. Am Beispiel der neoliberalen internationalen Institutionen WTO, IWF und Weltbank kann dies verdeutlicht werden. Es ist sicherlich unsinnig, Weltbank und WTO zu neoliberalen Teufeln zu stilisieren. Das Problem ist die im Sinne ihrer ProtagonistInnen relativ erfolgreiche neoliberale Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse. Letztere verdichten sich jedoch, wie gesagt, in den internationalen quasi-staatlichen Apparaten, über deren Politiken werden sie vorangetrieben.

Erstens und vor allem sind IWF, Weltbank und WTO weiterhin Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus - was insbesondere bedeutet: die Unterordnung sozialen Handelns unter den Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die Nicht-Infragestellung kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Das internationale Institutionensystem ist kein "Instrument" der herrschenden Länder oder Büttel des Kapitals. In ihm verdichten sich jedoch weltweite bürgerlich-kapitalistische und imperialistische Kräfteverhältnisse und Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen. Diese sind wiederum, formuliert als "nationales Interesse", Ausdruck nationaler Kämpfe und Kräfteverhältnisse.

Zweitens: Internationale Institutionen erlangen gleichzeitig eine gewisse Festigkeit, das heißt, Weltbank oder IWF sind selbst Akteure. Nicht umsonst haben diese beiden Apparate in den 70er Jahren einen tief greifenden Funktionswandel durchgemacht und sich nach einigen Orientierungsschwierigkeiten im Rahmen der "neoliberalen Konterrevolution" (E. Altvater) zu neoliberalen Apparaten gewandelt (im Unterschied zur Bestimmung bei ihrer Gründung Mitte der 40er Jahre).

Drittens: Gerade auf internationaler Ebene erleben wir heute eine "Refeudalisierung der Politik", d.h. demokratische Entscheidungsprozesse fehlen fast vollständig. Das euphorische Gerede über Netzwerke ist unsinnig, solange nicht beachtet wird, dass die Internationalisierung politischer Prozesse weitgehend ohne Transparenz stattfindet. Das ist aber keine wie auch immer geartete und zu behebende "Dysfunktionalität", sondern hat System. IWF, Weltbank und insbesondere die WTO mit ihrem Streitschlichtungsmechanismus sind ja deshalb so mächtig, weil sie sich kaum legitimieren müssen. Damit soll freilich nicht der Kampf um Transparenz und Öffentlichkeit denunziert werden - er ist sehr wichtig. Zu bedenken ist jedoch, dass er nicht nur unter neoliberalen Bedingungen, sondern auch im Kontext immer stärkerer Entdemokratisierung stattfindet.

Internationalisieren - Radikalisieren

Eine Reformperspektive droht viertens - strategisch oder aus Überzeugung - dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Dahinter steht eine derzeit sehr wirkungsmächtige Annahme, nämlich dass "die" Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess einzubetten habe. Damit stellt sich aber die Frage, welche Rolle Politik in den jüngsten Veränderungen spielt.

Sie hat, als Teil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, den neoliberalen Prozess aktiv mit vorangetrieben. "Die" Politik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene steht ja gerade nicht gegen "die" Ökonomie und gesamtgesellschaftliche neoliberale Orientierungen, sondern sie sichert neoliberale Interessen institutionell und ideologisch ab. Daher ist es eine grobe Verkürzung, von politisch-staatlichen Akteuren nun anti-neoliberale Politik zu erwarten.

Eine Paradoxie der aktuellen Gesellschaftstransformationen besteht darin, dass sie die Grenzen staatlicher Politik aufzeigt. Das sollte für linke Positionen kein Anlass zur Häme sein, denn damit werden zuvorderst grundlegende Rechte der subalternen Klassen abgebaut. Dennoch öffnen sich auch Räume für eine linke Kritik daran. Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen aus emanzipatorischer Perspektive umfassender in Frage gestellt werden, wobei der bürgerlich-kapitalistische Staat zentraler Akteur und Terrain der Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft ist und eben nicht als Bollwerk gegen den Neoliberalismus (miss-)verstanden werden kann. Dies aufzunehmen und voranzutreiben, ist eines der Essentials linker Politik.

Ein damit eng verbundenes, und auch da tut sich derzeit einiges, ist die Infragestellung der dominanten Interpretationen der "Globalisierung". Demzufolge ist Globalisierung nämlich eine unhintergehbare Tatsache, und es geht heute darum, sie zu gestalten (will sagen: Wettbewerbsfähigkeit herstellen) oder ihre negativen Konsequenzen zu minimieren. Insofern ist der Begriff der "GlobalisierungsgegnerInnen" weitaus besser als jener der "Anti-Neoliberalen". Denn das trennt derzeit eine linksliberale von einer radikaleren Perspektive.

Ulrich Brand

BUKO Arbeitsschwerpunkt

Weltwirtschaft

Dieser Text entstand zur Verständigung im Rahmen eines neueren Diskussionskreises in Frankfurt/M. (www.linksnetz.de); dort sind auch Literaturverweise zu finden. Er wurde für ak erheblich gekürzt und teilweise aktualisiert.

16. Verschuldet wie ein Argentinier. Wirtschaftskrise und Mafiotisierung als Folge neoliberaler Experimente

Autor: Juan Eduardo Gehring · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:10

Am 7. Juni wurde der ehemalige argentinische Präsident Carlos Saúl Menem (1989-1999) unter Hausarrest gestellt. Er wird beschuldigt, Anfang der 90er Jahre eine kriminelle Vereinigung angeführt zu haben, die illegal Waffen an Kroatien und Ecuador geliefert habe während diese Länder mit einem internationalen Waffenembargo belegt waren. Doch was anmutet wie ein politischer Kurswechsel, ist lediglich Kosmetik. Auch unter dem neuen "Mitte-links"-Präsidenten Fernando De la Rúa bleiben die alten mafiotischen Strukturen bestehen und Menems repressiv-neoliberale Politik wird fortgeführt. Mit den bekannten Folgen: Bei einem Aufstand in der Provinz Salta schoss die Polizei auf Streikende.

Mit dem Prozess gegen Menem wird in Argentinien die Person ins Visier genommen, die als Inbegriff der Wirtschaftsliberalisierung gilt. Unter seiner Regie wurden die gewinnträchtigsten Staatsunternehmen privatisiert, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse vorangetrieben und die Mitglieder des Militärregimes (1976-1983) begnadigt, die 1985 wegen Menschenrechtsverbrechen zunächst verurteilt worden waren. Nicht zuletzt beförderte Menem ein System der Korruption und Mafias, denen auch Schergen der Militärdiktatur angehören. Dabei wurde permanent die Gewaltenteilung unterminiert. Menem, Mitglied des 1946 von Juan Domingo Perón gegründeten populistischen Partido Justicialista, ersetzte praktisch die Legislative durch sogenannte Notverordnungen. Er verdoppelte außerdem die Zahl der Richter des Obersten Gerichtes und schaffte damit eine ihm konforme Mehrheit, die beispielsweise die Erklärung der Verfassungswidrigkeit eben dieser Verordnungen verhinderte.

Hat sich nun unter der seit 1999 amtierenden neuen "Mitte-links"-Regierung des Präsidenten Fernando De la Rúa etwas Wesentliches geändert, wie die Verhaftung Menems nahe legen könnte? Wohl kaum, muss mit Blick auf die Politik der von der liberalen Unión Cívica Radical (UCR) zusammen mit der sozialdemokratischen Frente del País Solidario (FREPASO) gebildeten Regierung konstatiert werden.

Außer Menem wurden unter anderen seine zwei ehemaligen Verteidigungsminister und sein Außenminister Guido Di Tella verhaftet, der die Unterordnung der argentinischen Politik unter die Politik der USA als "innige Beziehungen" bezeichnete. Somit sind jene Minister angeklagt, welche damals die Notverordnungen der Regierung Menem zum Verkauf der Waffen unterschrieben haben. Die Ausnahme bildet allerdings Domingo Cavallo. Er fungiert sowohl unter der alten als auch unter der neuen Regierung als Wirtschaftsminister.

Cavallo - neoliberales Chamäleon

Die Biografie Cavallos ist eine Parabel der Regierungspolitik Argentiniens, seit die Militärs das Land endgültig in die Peripherie des Kapitalismus befördert haben: 1981 und 1982, als Präsident der Zentralbank während der Militärregierung, hat Cavallo die Schulden der Privatbanken- und Unternehmen in Staatsschulden umgewandelt, die heute das Land fesseln. Als Wirtschaftsminister Menems (1991-1996) wurde er als "Sieger über die Inflation" berühmt und gleichzeitig als (Mit-)Schöpfer des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses berüchtigt. Unter seiner Amtszeit machten zehntausenden kleine industrielle und landwirtschaftliche Unternehmen Pleite. Die Auslandsschuld stieg von 50 auf 140 Milliarden Dollar, während Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und prekarisiert wurden. Wasserwerke, Eisenbahnen, Post, Stromnetzwerke, die Erdölgesellschaft und andere staatliche Unternehmen wurden privatisiert. Folgen der neoliberalen Politik waren die Verdoppelung des Einkommensunterschieds zwischen Reichsten und Ärmsten, und die Zunahme der Arbeitslosigkeit von sieben auf 18%, was ihn nach einem Generalstreik vorerst den Posten kostete.

Heute, da es staatliches Tafelsilber nicht mehr zu verscherbeln gibt, geriet das Land, welches seit fast drei Jahren in einer wirtschaftlichen Rezession steckt, Ende März wieder einmal in Rückzahlungsschwierigkeiten. Wirtschaftsminister Machinea trat zurück, ein neuer wurde ernannt: Ricardo López Murphy. Sein auf Sparmaßnahmen und die Erhöhung von Steuern auf Konsumgüter aufgebauter Plan wurde heftig kritisiert. Ein erneuter Generalstreik, der vierte unter der Regierung De la Rúa, legte das Land lahm und zwang López Murphy zum schnellen Rücktritt. Vor ihm aber nahmen alle Minister des Frepaso und zwei der UCR den Hut. Einer von ihnen, der Innenminister Federico Storani, sagte zu seinem Parteigenossen De la Rúa: "Der Plan führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu sozialen Konflikten, und ich will nicht derjenige sein, der die

Bundespolizei zur Repression ausschickt". Er sollte Recht bekommen, vergaß aber, dass er es schon getan hatte.

Schließlich - als wäre alles ein abgekartetes Spiel gewesen - freute sich das politische und wirtschaftliche Establishment auf die Ernennung des neuen Ministers, nämlich des altbekannten Cavallo. Der Liebling des IWF erhielt auch sofort erweiterte Befugnisse, die ihm nun die Möglichkeit geben, quasi legislative Funktionen zu übernehmen. Sein Pech: Heute muss er gegen die Konsequenzen seiner eigenen Wirtschaftspolitik der 90er Jahren kämpfen. Seit dieser Zeit wächst nämlich das Bruttoinlandsprodukt um 2,7% jährlich, die Auslandsschuld dagegen um zehn Prozent. Die Folge ist das immer höher werdende Risiko einer Zahlungsunfähigkeit des Landes. Und auch die Arbeitslosigkeit - 14,8% im Mai - steigt wieder.

Cavallo griff nicht sofort zum Rotstift, sondern zum sogenannten Megacanje: Der Staat kaufte Schuldscheine für fast 30 Milliarden Dollar zurück und gab dafür Staatsanleihen mit langfristigen Fälligkeitsdaten aus. Bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 15,3% bedeutet das ein Anwachsen der Staatsschulden um mehr als zwei Milliarden Dollar und eine schöne Hypothek für die kommenden Generationen, aber immerhin auch eine Reduzierung der Finanzierungsbedürfnisse von fast acht Milliarden Dollar bis 2002. Da aber das ersehnte Wirtschaftswachstum auf sich warten lässt, kündigte Cavallo am 14. Juli die erste Aufhebung der von ihm 1991 eingeführten festen Parität zwischen argentinischem Peso und US-Dollar an. Um den Export zu begünstigen, wird nun der Peso für den Exportbereich acht Prozent gegenüber dem Dollar entwertet. Zusammen mit weiteren fiskalischen Maßnahmen sollen mit dieser verdeckten Peso-Entwertung der Binnenmarkt aktiviert und die Steuereinnahmen erhöht werden.

Symbole der Rekolonisation

Die Folgen der Privatisierung bekommen die ArgentinierInnen nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch als VerbraucherInnen zu spüren. Während privatisierte Unternehmen spektakuläre Gewinne einfahren und sogar in Zeiten von Null-Inflation die Preise bis zu 80% erhöhen, hatten im Februar 1999 die BürgerInnen der Hauptstadt Buenos Aires das zweifelhafte Privileg, 15 Tage vom privaten Stromversorger EDESUR keinen Strom zu bekommen. Die neuen Eigentümer der Eisenbahn ihrerseits haben alle nicht gewinnträchtigen Strecken eingestellt und somit enorme Teile des Landesinneren vom Rest des Landes getrennt.

Schließlich hat die letzte "Unternehmersanierung" die Belegschaft der Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas (AA) erwischt: 1990 wurde AA als ein gewinnträchtiges Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Mehrheit die spanische Fluggesellschaft Iberia erworben hat. Nachdem AA heruntergewirtschaftet wurde, hat nun die spanische Staatliche Gesellschaft für Unternehmensbeteiligung (SEPI), welche die Geschäfte von Iberia übernommen hat, einen Plan erstellt, um das Unternehmen zu sanieren. Dieser sieht die Kündigung von 1.300 der 7.000 ArbeiterInnen von AA vor. Anfang Mai schließlich traten die Mitglieder der Technikergewerkschaft in den Streik. Unterstützt werden die Kampfmaßnahmen von den Gewerkschaftsverbänden Zentrale der Argentinischen Arbeiter (CTA) und der Kämpferischen Klassenbewegung (CCC). Sie fordern eine erneute Verstaatlichung des Unternehmens. Auch die Bewegung Unabhängiger Rentner und linke Parteien wie die Partei der Arbeiter für den Sozialismus (PTS) und die Sozialistische Bewegung der Arbeiter (MST) unterstützen die Belegschaft. Die Abgeordnete der letztgenannten Partei im Parlament der Hauptstadt Buenos Aires, Vilma Ripoll, führte eine Protestdemo gegen die spanischen Unternehmen - als Symbole der Rekolonisation - an, welche die meisten privatisierten Unternehmen erworben haben.

Im Landesinnern, wo die wirtschaftliche Lage am schlimmsten und die Arbeitslosigkeit am größten ist, gären die sozialen Unruhen seit längerem. In der nördlichen Provinz Salta, wo Erdölmultis die staatliche Erdölförderung erworben haben, festes Personal entlassen oder durch ArbeiterInnen mit Zeitverträgen ersetzt haben, ist es erneut zu Arbeitskämpfen gekommen. Die von den Großkonzernen Entlassenen und ihre Familien - die von der Regierung feste Arbeitsplätze fordern - und die Bauarbeiter der Erdölmultis - die 2,50 Pesos statt wie bisher 1,50 Pesos Stundenlohn verdienen wollen - haben Anfang Juni eine Straße blockiert und eine Raffinerie besetzt. Am 17. Juni schickte die Regierung die Gendarmerie, welche gegen die Streikposten mit Tränengas und scharfer Munition vorging und dabei zwei Menschen tötete.

Die Bevölkerung reagierte empört. In Buenos Aires gingen noch am selben Tag 10.000 Demonstranten auf die Straße, um gegen die Regierung und die Erdölmultis zu protestieren. Organisiert wurde der Protest von der

CCC, der CTA, der MST, der Arbeiterpartei (PO) der Kommunistischen Partei (PC), der Revolutionären Sozialistischen Liga und der Bewegung zum Sozialismus (MAS). Die zwei größten Gewerkschaftsverbände waren aber nicht dabei.

Bei den Protesten zeigt sich eine der für die Linke weit reichenden Folgen der Militärdiktatur. Zwar werden die Verbrechen der Militärs, unter deren Herrschaft von 1976 bis 1983 30.000 Menschen ermordet wurden, heute von der Mehrheit der Bevölkerung verurteilt. Dabei gerät aber die Beziehung zur aktuellen neoliberalen Politik gegen die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Bevölkerung oftmals aus dem Blickfeld. Es mangelt in Argentinien heute an den politischen Vermittlern - eine ganze Generation von kämpferischen ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und StudentInnen wurde umgebracht oder ins Exil gezwungen -, an Erfahrung und an Praxis im täglichen politischen Kampf. Und es überwiegt eine sublime weit verbreitete Angst. So verwechseln viele der Unzufriedenen Symptome wie die Korruption und den Autoritarismus mit dem System selbst, und beschränken sich darauf, "ein bisschen mehr Demokratie" zu fordern.

Ein bisschen mehr Demokratie?

Gerade die Verhaftung Menems könnte viele glauben lassen, dieses "etwas mehr an Demokratie" finde bereits statt, die bürgerlichen Institutionen meldeten sich zurück. Der Fall des Ex-Präsidenten zeigt aber nur, dass "die Macht verschleißt", wie der wegen seiner Mafia-Kontakte angeklagte ehemalige italienische Regierungschef Julio Andreotti einmal sagte, "besonders wenn man sie nicht hat". Die letzten Meinungsumfragen ergaben, dass mehr als 70% der Befragten eine schlechte Meinung über Menem haben. Sie macht ihn - zu Recht - für die Verschlechterung ihrer Lage verantwortlich. Er ist also nicht mehr brauchbar, am wenigsten von der eigenen Partei. Dass der Staatsanwalt erst jetzt die Anklagen formuliert, nachdem die Ermittlungen schon 1995 begonnen haben, ist ein weiterer Beweis, dass der Prozess bereits gegen politische Wracks geführt wird. Besser erklärt es die Analyse von Tulio Vera, Wirtschaftsexperte von Merril Lynch: "Es ist kein negativer Faktor für den Markt, denn Menem scheint immer isolierter innerhalb seiner Partei zu sein." Wer heute für die Investoren wichtig ist, sagt ganz deutlich Joyce Chang, von JP Morgan Chase: "Wenn so etwas den Minister Cavallo treffen sollte, würde die Lage viel problematischer, aber das sehe ich als sehr unwahrscheinlich".

Juan Eduardo Gehring

17. Ein Land in Aufruhr. Algerien: Soziale Proteste erschüttern das Regime

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:04

Die algerische Protestbewegung hat einen ersten Höhepunkt erreicht. Waren es 500.000 oder gar eine Million, die am 14. Juni durch Algier zogen? Gewachsen ist die Bewegung seit Ende April vor allem in der berbersprachigen Kabylei, die rund 100 Kilometer östlich der Hauptstadt Algier beginnt.

Zwischen Tausenden Demonstranten und den staatlichen Repressionskräften kam es am 14. Juni zu schweren Zusammenstößen. Viele Protestierende versuchten den Durchbruch zum Stadtteil El-Mouradia, wo der Präsidentenpalast liegt, um Präsident Abdelaziz Bouteflika eine Plattform mit Forderungen zu übergeben. Dies gelang jedoch nicht, die Polizei schoss zum Teil mit scharfer Munition und setzte massiv Tränengas ein. Mindestens zwei Personen wurden getötet: Eine Journalistin geriet im Gedränge unter einen Bus und wurde überfahren, ein anderer Pressevertreter wurde bei einer Massenpanik zu Tode getrampelt. Mindestens 400 Personen wurden verletzt.

Die Demonstration der aufständischen Bewegung war ursprünglich für den 25. Juni oder den 5. Juli geplant gewesen, angesichts der enormen Mobilisierung wurde sie vorgezogen. Einen entsprechenden Beschluss hatten die Protest-Koordinationen von sieben Wilayas, so heißen die algerischen Verwaltungsbezirke, eine Woche zuvor gefasst.

Die gemeinsame Plattform, auf die sich die Koordinationskreise verständigt hatten, ist in drei Forderungskataloge unterteilt. Der erste enthält Forderungen "gegen die Unterdrückung und die Straflosigkeit der Verantwortlichen"; verlangt werden staatliche Unterstützungszahlungen für alle "Opfer der Repression während der jüngsten Ereignisse" - nach offiziellen Angaben hat es bisher etwa 55, tatsächlich um die 100 Todesopfer gegeben. Ferner werden Prozesse gegen die Schuldigen und der Abzug der Gendarmerietruppen aus den Unruheregionen gefordert. Das zweite Kapitel ist den "demokratischen Rechten" gewidmet; neben der Anerkennung der Berbersprache Tamazight wird auch die Abschaffung des reaktionären Familiengesetzes, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und die Aufhebung des seit 1992 geltenden Ausnahmezustands gefordert. Das dritte Kapitel behandelt "soziale und ökonomische Forderungen": ein Sofortprogramm für Entwicklung, die Umwandlung von Wohnraum für Privilegierte in Sozialwohnungen sowie die Einführung eines Arbeitslosengelds in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns.

Die Kabylei - Ausgangspunkt der Revolte

Vor allem die Forderung nach Abschaffung des stockreaktionären "Code de la famille" führte in den Tagen vor der Demo zu scharfen Konflikten zwischen traditionalistischen Milieus und eher linken Kräften. Die Plattform wurde aber dennoch aufrecht erhalten.

In den Vorwochen hatten bereits Hunderttausende in den beiden kabylischen Regionalhauptstädten, Tizi-Ouzou und Bejaia, demonstriert. Dieses Mal war eine große Zahl von Demonstranten mit Bussen, Autos und Zügen aus der Kabylei in die Hauptstadt gereist. Viele Jugendliche waren aber auch zu Fuß gekommen - sie waren eine Woche zuvor losmarschiert.

Das Regime hetzt "Araber" gegen "Berber"

Aber auch in der Hauptstadtregion, dem Algérois, ist einiges in Bewegung gekommen. In den sehr aktiven studentischen Koordinationen sind Berichten zufolge 80 Prozent der Delegierten junge Frauen, die ganz besonders unter dem drückenden sozialen Klima der letzten Jahre zu leiden hatten.

In Dely-Brahim, auf den Höhen von Algier, bildete sich eine Koordination in den Studentenwohnheimen, die sich gegen das Vorhaben der Behörden richtet, die Insassen in den kommenden Wochen hinauszuwerfen, um im Sommer Teilnehmer der "Weltfestspiele der Jugend" unterzubringen. Die realsozialistische Traditionsveranstaltung wird dieses Jahr durch Algerien ausgerichtet. Die protestierende Jugend der Kabylei fordert seit längerem ihren Boykott.

Der Funke, der den Aufstand auslöste, war der Tod des Gymnasiasten Massinissa Guermah. Er starb am 18. April im Polizeikommissariat von Beni Douala, in der Nähe von Tizi-Ouzou. Die Gendarmeriekräfte gingen in den Tagen um den 20. April besonders repressiv vor, denn dies ist der Jahrestag des "berberischen Frühlings" von 1980. Damals herrschte noch die nationalistisch-antikoloniale Einheitspartei FLN, deren Diktatur in vielem den realsozialistischen Systemen ähnelte, aber stark durch die Militärs dominiert war. 1980 revoltierte die berbersprachige Minderheit gegen die Benachteiligung ihrer Sprache, des Tamazight. (Ein Drittel der gut 30 Millionen Einwohner Algeriens sind berbersprachig, darunter die Kabylen.)

Im Gegensatz zu 1980 handelt es sich jetzt jedoch mitnichten um eine hauptsächlich regionalistisch-kulturelle Revolte für die Interessen der Kabylen. Die Repression aus Anlass des Jahrestages des "berberischen Frühlings" war nur der Auslöser einer sozialen Revolte, die am Anfang vor allem von Jugendlichen getragen wurde. Hier bricht sich der Unmut über die gesamte gesellschaftliche Misere Bahn: den Mangel an Wohnraum, der die Jugendlichen zwingt, in überfüllten Wohnungen mit ihren Familien zu hausen (und ihnen damit auch sexuelle Kontakte fast unmöglich macht); die Perspektivlosigkeit der Jugend in einem Land, in dem die offizielle Arbeitslosenrate 30 Prozent beträgt. Die Studierenden der Universität in Bejaïa etwa fassten schon Ende April den Beschluss, dass ihre Reden grundsätzlich nicht in Tamazight gehalten werden sollten, sondern entweder in Arabisch oder auf Französisch. Denn das Anliegen der Revolte betreffe alle Algerier - und es wäre töricht, sich in einer Konfrontation zwischen Bevölkerungsgruppen ("Araber gegen Berber") einschließen zu lassen.

Genau dies versucht das Regime zu erreichen, dessen Staatsfernsehen den spezifisch kabylischen Charakter der Revolte betont. Anlässlich der Großdemo vom 14. Juni war ferner zu beobachten, wie Schlägertruppen - darunter Hooligans des Fußballclubs von Algier (MCA) - Seite an Seite mit der Polizei Demonstranten angriffen und antikabylische Parolen riefen. Anscheinend appellieren Teile des Regimes nunmehr an einen chauvinistisch aufgeheizten Mob. Dabei nehmen sie eine bisher nicht existierende Konfrontation "Araber kontra Kabylen" offensichtlich in Kauf.

In der Protestbewegung finden sich neben traditionalistischen Kräften, die entsprechend der Großfamilien- und Clan-Strukturen organisiert sind, auch Linke mit basisdemokratischen Strukturen. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob sie es schaffen, den Aufstand über die Kabylei hinaus auszudehnen. Inzwischen ist es auch in anderen Landesteilen, darunter arabischsprachigen, zu Zusammenstößen mit den Polizeikräften gekommen. Mitte Juni begann der Protest auf die Region um Batna überzugreifen. Batna - im Zentrum des Berglands Les Aurès gelegen - ist die Hauptstadt der Region der Chaoui, einer anderen Berberbevölkerung. Die Aurès sind eine zwar bitterarme, doch traditionell regimefreundliche und konservative Region. Denn zahlreiche hohe militärische Würdenträger stammen aus dieser Region und verfügen hier über ihre Einflussnetze.

Am 7. Juni hatten aber auch dort Solidaritätskundgebungen mit der Kabylei stattgefunden, rund 5.000 Demonstranten zogen durch Batna. Am darauf folgenden Sonntag kam es zu Konflikten zwischen Jugendlichen und Militärs einer nahe der Kreisstadt Khenchela (100 Kilometer vor der tunesischen Grenze) gelegenen Garnison. Die jungen Leute stellten einen Unteroffizier zur Rede, dem vorgeworfen wurde, Mädchen auf der Straße aggressiv anzumachen. Als der Militär mit arroganten Sprüchen antwortete, erhielt er eine Tracht Prügel. Auf Rache sinnend, kehrte der Unteroffizier an der Spitze von 40 in Zivil gekleideten, aber bewaffneten Soldaten zurück, um eine Strafexpedition durchzuführen. Womit er nicht gerechnet hatte: Die Stimmung explodierte; rund 1.000 zumeist junge Leute zogen los, nachdem die Staatsrepräsentanten sie nicht empfangen und ihre Forderungen - Identifizierung der Verantwortlichen, Schließung der nahen Offiziersschule - nicht anhören wollten. Sie errichteten Barrikaden und griffen öffentliche Gebäude an. Das Rathaus, die Präfektur und das Finanzamt wurden abgefackelt. Allein am Sonntagabend und Montag früh gab es 35 Verletzte, unter ihnen sechs Polizisten, und eine Frau wurde auf ihrem Balkon durch eine Querschläger-Kugel getötet.

Innenminister Yazid Zerhouni nahm die Zwischenfälle so ernst, dass er nach Khenchela eilte, um die Lage zu beruhigen. In einer freien Aussprache mit den BürgerInnen in einem Saal der Präfektur - vor dem sich Tausende von ZuhörerInnen drängten - musste er sich die Klagen von Älteren wie Jungen anhören: über die Privilegien der neureichen Mafia, ihre Villen, ihre Arroganz, den zur Schau gestellten Luxus. Zerhouni blieb nichts übrig, als mit ernster Miene "tief greifende Reformen" zu versprechen.

Gegen die Privilegien der neureichen Mafia

Auch anderswo waren es ganz ähnliche Erlebnisse, welche die BewohnerInnen auf die Barrikaden trieben. In Staouali, einer kleineren Stadt am westlichen Rand des Großraums Algier, war es die Entscheidung des Rathauses, einen der letzten verbliebenen Streifen öffentlich zugänglichen Strands an Private zu versteigern. Bis auf zwei Abschnitte war bereits die gesamte Küste zu Gunsten der Residenzen von Militärs und Staatsbürokraten sowie einiger Luxushotels privatisiert worden. In Staouali hatte es bereits im Sommer 2000 Zusammenstöße zwischen jungen Leuten und der Polizei gegeben, weil die Sicherheitskräfte Liebespaare aus der Öffentlichkeit verbannen wollten - ein Anzeichen für die schleichende islamistische Durchdringung von Teilen des Staatsapparats, die in dem Fall jedoch Gegenwehr hervorrief. Ein "interkommunales Komitee von Staouali" fordert nun die Rückgabe der Strände des Club des Pins - in diesem Luxusquartier haben die führenden Generäle des Landes ihre Residenzen - und ihre "Öffnung für alle Bürger und alle Bürgerinnen, Tag und Nacht".

Auch die Vororte der Küstenstadt Annaba, in einem arabischsprachigen Landesteil des Nordostens, wurden von Unruhen erschüttert. Hier waren die EinwohnerInnen seit 20 Tagen ohne Wasserzufuhr gewesen. Gleichzeitig hatte sich ein lukrativer Handel mit Trinkwasser entwickelt, das die BewohnerInnen des bergigen Hinterlands bei privaten Zisternenbesitzern kanisterweise kaufen mussten. Da das Umland der Stahlarbeiterstadt Annaba von hoher Arbeitslosigkeit und Armut geprägt ist, wuchs auch hier die soziale Empörung schnell. Protestierende griffen Fahrzeuge der Gendarmerie an und blockierten die Ausfallstraßen, was den Präfekten zwang, auf ihre Forderungen einzugehen.

Die Titel der algerischen Tagespresse vermitteln einen Eindruck über die Stimmung, die im Lande herrscht. Die französischsprachige Tageszeitung Liberté etwa fragte: "Algerien: Revolte oder Revolution ?" Und Le Matin schlagzeilte: "Die Mächtigen stehen der Straße gegenüber. Die Wut hat im Land an Boden gewonnen." Zwar ist derzeit keine politische Alternative in Sicht, die das amtierende Regime ersetzen könnte, nachdem die Eigeninitiative der Bevölkerung jahrelang zwischen der pervertierten Revolte des Islamismus und dem Staatsterror zerrieben worden war. Aber jenseits beider Lager erhebt ein bedeutender Teil der Bevölkerung - mehr als die Hälfte sind jünger als 20 Jahre - eigenständig die Stimme. Fürs Erste ein enormer Fortschritt.

Bernhard Schmid

18. Neuer Drang nach Osten. Der Weg in die Geopolitik des sozialen Krieges

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:09

Deutsche Außenpolitik ist Geopolitik. Nach dem Kosovokrieg fordern die zuständigen Experten deutsches "Engagement" in einer ungleich wichtigeren Konfliktregion: in Zentralasien, dem "eurasischen Balkan". Es geht um Öl und Macht. Detlef Hartmann beschreibt, wie unter der Losung des Kampfs gegen "Talibanisierung" und "Islamismus" der soziale Krieg gegen die Bevölkerung geführt wird. Und er stellt die soziale Feinderklärung Fischers in die historische Kontinuität deutscher Geopolitik und großraumpolitischer Feinderklärungen im Sinne des Nationalsozialisten Carl Schmitt.

Drang nach Osten" - woran erinnert uns dieser Titel? Handelt es sich um das x-te Buch über die deutsche Expansionspolitik unter Wilhelm II., über Stresemanns Politik der Westbündnisse als Absicherung einer neuen aggressiven Ostpolitik oder über die geopolitischen Strategien Nazideutschlands zur Herstellung einer "Neuen Ordnung" weit über den Ural und den Kaukasus hinaus? Weit gefehlt. Es ist die Überschrift eines Artikels, in dem der Osteuropa-Experte der Zeit, Michael Thumann, die viertägige Reise des Außenministers Fischer vom 20. bis 24. Mai in die Kaukasusrepublik Aserbaidschan und die zentralasiatischen GUS-Staaten Kasachstan und Usbekistan kommentiert.

Nein, nein, schwächt er die offenbar mit Vorsatz geweckten Assoziationen gleich ab, kein imperialistisches "great game" wie im 19. Jahrhundert, kein Fall von linkem Wilhelminismus, es geht nur um Öl für Europa. Schon bei der Frage nach deutschen Interessen im Kaukasus würden ja die Berliner Politiker eher erschrocken zusammenzucken. Würden sie absolut nicht, das weiß Thumann besser. Sicher geht es auch um Öl. Aber das ist nur ein Aspekt. Der Besuch Fischers eröffnet eine neue Etappe in einem langjährigen machtpolitischen Aufmarsch in Zentralasien, der mit dem Kosovokrieg erst richtig entfesselt wurde und in dem Deutschland als maßgeblicher Kern der EU die Initiative sucht.

Eine Phantasie aus Fischers Ministerium

Zentralasien wird seit längerem durch die neuen Mächte als eine der politisch heißesten Regionen der Welt definiert, in der chinesische, mittelöstlich-muslimische, russische, europäische und auch amerikanische Interessen zusammenstoßen. Vielleicht die heißeste, wie der ehemalige US-amerikanische Sicherheitsberater Zbigniev Brzezinski in seinem Aufsatz "A Geostrategy for Eurasia" schon 1997 in Foreign Affairs suggerierte. Heiß nicht nur wegen der materiellen Interessenkonflikte, heiß vor allem wegen der kriegerischen Konflikte neuen Typs, die Zentralasien in den Augen des Auswärtigen Amts zum "eurasischen Balkan" machen und durch die sich Fischer zum Einstieg eingeladen sieht.

Die große politische und propagandistische Bedeutung, die Fischer seiner Reise beimisst, wird vor allem aus ihrer Vorbereitung deutlich. Zehn Tage vor Beginn lässt er den Leiter seines Planungsstabes im Auswärtigen Amt (AA), Achim Schmillen, in der FAZ einen ganzseitigen Aufsatz veröffentlichen, der an Grundsätzlichkeit und Brisanz alles in den Schatten stellt, was wir bisher an Verlautbarungen kennen. Schon die Überschrift ist an propagandistischem Pathos kaum zu überbieten: "Neues ‚great game` in Zentralasien? Die Stabilität der Region ist gefährdet - Europa sollte sich aus ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen engagieren".

Visionen vom "eurasischen Balkan"

Wie sehr es um den Einstieg in ein Kriegszenario geht, wird gleich in der Einleitung klar gestellt. Entgegen allen Gepflogenheiten diplomatischer Zurückhaltung beginnt der Artikel mit der Projektion eines militärischen Szenarios. "Im Jahr 2015 - ein mögliches Szenario: Die europäische Integration ist weitgehend abgeschlossen. Alle mitteleuropäischen Staaten sind Mitglieder der Europäischen Union. Die Nato-Ost-Erweiterung ist in enger Kooperation mit Russland erfolgt. Die Ukraine kooperiert sehr eng mit dem Westen. Die anfänglichen russischen Bedenken gegen die Integration konnten zerstreut werden. Nun verläuft die Grenze des atlantischen Bündnisses und der EU entlang der russischen Föderation. Knapp fünf Jahre zuvor haben Gotteskrieger der Taliban in Afghanistan, nachdem sie die Nordallianz geschlagen und einen gewaltigen Flüchtlingsstrom in die zentralasiatischen Staaten hervorgerufen hatten, ihre fundamentalistische,

religiös-fanatische Ideologie weiter nach Norden verbreitet. Die russische Hoffnung, den Expansionsdrang der Taliban durch die Anerkennung ihrer Herrschaft zu reduzieren, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr sind die Taliban ihrem strategischen Ziel einen guten Schritt näher gekommen: die Kontrolle des Ferganatals, das in Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan liegt. Mit der Kontrolle des fruchtbaren Tals können sie die Produktion von Rohopium verstetigen, mit dem sie den europäischen Markt kontrollieren. Weil die europäischen Erdölfelder beinahe vollständig ausgebeutet sind, werden die Vorkommen in Kasachstan und Turkmenistan immer wichtiger. Die Pipelines, die vor wenigen Jahren fertig gestellt wurden, haben eine überragende Bedeutung für Europa."

Es ist die Projektion, man kann auch sagen: die Zukunft einer Kriegsfront. Und diese Front wird vor allem sozial definiert, als Einstieg in eine neue Phase des sozialen Kriegs. Der Blick auf die sozialen Verhältnisse, die Produktions- und Reproduktionsformen, Hoffnungen und Erwartungen wird radikal eingeengt. Schmillens Blick reduziert sie auf Clans, ihren Klientelismus, Nepotismus, auf kriminelle Schmuggler, Waffen- und Rauschgifthändler, militante, islamisch-fundamentalistische Banden, die an den Strippen des Terroristen und Weltfeindes Nr. 1, Bin Laden, Zentralasien mit der Talibanisierung bedrohen; in den Gehäusen brüchiger und zerfallender Staatlichkeit gibt es nur noch kriminelle Akteure.

Es ist dieser Blick, unter dem Zentralasien zum "eurasischen Balkan" wird, als Situationsdefinition, Matrix der Feinderklärung und Einladung zur Intervention in einem. Diese definitorische Verengung prägt den Einstieg ins "great game" in Zentralasien. Der Begriff "great game" wird so aus den früheren territorial und rohstofforientierten Vorstellungen herausgeführt und an den aktuellen Anforderungen sozialer Verwertung und ihrer Sicherheit modernisiert. Was Fischer als "geostrategisches" Konzept für eine neue Ordnung der Region vorschwebt, ist bei Schmillen wohlweislich nur vage in den Dimensionen der Sicherheitspolitik, Transportsicherheit und in der Auseinandersetzung mit den anderen großen Spielern China, Russland, USA umrissen. Um es deutlicher werden zu lassen, müssen wir den Weg vom Nato-Überfall auf dem Balkan zum Kriegszenario des "eurasischen Balkans" kurz nachzeichnen.

Vor gut einem Jahr hat uns Fischer dazu schon einen weitgehend unbemerkt gebliebenen Witz geliefert. Auf die zuvor im Spiegel geäußerten Befürchtungen, er werde amtsmüde und auch zu dick, erschien im Kölner Stadt-Anzeiger am 3.5.00 unter der Überschrift "Der Attackierte schlägt zurück" die Zusammenfassung eines Gesprächs mit dem Herausgeber Neven DuMont über den Kosovo- und den Tschetschenienkrieg. Ohne Eingreifen der Nato im Kosovo, so wird Fischer zitiert, wäre Osama Bin Laden, der arabische Multimillionär und mutmaßliche Förderer des Terrorismus, heute in den Flüchtlingslagern der jugoslawischen Provinz aktiv. Eine Talibanisierung habe dort gedroht, Zustände wie in Afghanistan mithin.

Das war erfrischend neu: Bin Laden im Kosovo? Ein Schlüsselwitz, der uns nicht nur darüber aufklärt, mit welchem Hohn und Zynismus der ethische Diskurs um den Schutz der Menschenrechte im Kosovo aufgetischt wurde. Er führt uns auch geradewegs zum Kern der Sache: die Strategie der Feinderklärung und Feindproduktion als Technik des Politischen auf den historischen Linien des Nazis Carl Schmitt.

Wenn Fischer und Schmillen den Balkan und Zentralasien zu einer Frontlinie der Feinderklärung verschmelzen, so liegen dem sozialstrategische Vorstellungen zu Grunde, die seit vielen Jahren Situationsverständnis und Politik des globalen Umbruchs der Verwertungsbedingungen beherrschen. Die Politik der neoliberalen Schocks und der sie begleitenden Rüstungs- und militärischen Initiativen seit Reagan hat weltweit zu einem Zerfall des sozialökonomischen Gefüges des keynesianischen "Ancien Regimes" und seiner Institutionen geführt. Die zerbrechende oder "brüchige" Staatlichkeit, auf die sich auch Schmillen beruft, ist Produkt dieser Schockpolitik, einschließlich ihrer Folgen: die sich aus den zerbrechenden Formen entfesselnden Energien neuer Akteure (Warlord-, Milizen, Bandenstrukturen), Gewalt-, Konflikt- und Bemächtigungsformen (auch der ethnisierenden Vergemeinschaftung), wie sie in den neuen afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen Konflikten, in den jugoslawischen Kriegen auch an den Grenzen Mitteleuropas, an den Peripherien der zerfallenden Sowjetunion und bis nach Russland hinein ihren Ausdruck gefunden haben.

"Talibanisierung" und Krieg gegen die Bevölkerung

Wenn die Probleme von Sicherheit und Unregierbarkeit in Südosteuropa und auf dem "eurasischen Balkan" in den Clanstrukturen, den kriegerisch-kriminellen Banden, den mafiösen "Gewaltmärkten", der religiös

gewandeten Gewalt islamistischer (und auch christlicher) Milizen etc. gesucht werden, dann liegt die Vergleichbarkeit in diesem Hintergrund begründet. Die Ethnisierung etwa ist nicht der Ausdruck ethnischer Traditionen, sondern der aggressiven Energien aus ihrem Zerfall, was auch das Paradox früheren friedlichen Zusammenlebens auflöst. Die Clanstrukturen der Banden in ihrer Aggressivität auch gegen "eigene" Clanmitglieder haben sich aus dem moralisch-ökonomischen Gefüge der alten Gesellschaftlichkeit mit ihren kommunitären Garantien irreversibel herausgelöst. Der aggressive Islamismus der neuen "Terroristen" ist der Inbegriff politisch-kultureller Kräfte, die sich aus den tradierten Formen der Volksreligiosität und zugleich gegen sie entfesseln.

All das ist aus einer Vielzahl von Analysen wohl bekannt, Fischer und Schmillen allein aus den äußerst fachkundigen Berichten des inzwischen zum hauseigenen Think-Tank avancierten "Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien". Nachdem die Schockpolitik für Zerfall und neue Kriege gesorgt hat, unterwirft diese Einengung der Situationsdefinition ganze Regionen und Gesellschaften in allen ihren sozialen Bereichen dem Sicherheitsaspekt, dem Verdacht des Terrorismus und des organisierten Verbrechens und die Menschen dem kulturpolitischen Verdikt rückständiger kriminogener "tribalistischer" Mentalitäten. Mit der Ausweitung vom Balkan auf Zentralasien nimmt diese Feinderklärung und die damit verbundene Option des totalen Zugriffs endgültig geopolitische und großraumpolitische Dimensionen an.

Auf dem Balkan wurde dieser Zugriff unmittelbar mit Kriegsbeginn im Sinne einer großraumorientierten Totalrationalisierung umgesetzt. Schon vier Wochen nach Kriegsbeginn lancierte die EU über ihren zentralen Think-Tank, das Center for European Policy Studies (CEPS) ein Strategiepapier mit dem Aufriss des Stabilitätspakts. Es war die Blaupause zum "big bang", dem großen, umfassenden Schlag auf dem Balkan, die "radikale Lösung" aus einem Guss. Im Betrieb eines regionalen Soziallabors werden - unter den Bedingungen extremer Armut und Aufrechterhaltung einer polizeilich moderierten sozialen Konfliktualität - alle Aspekte sozialer Reproduktion an den Anforderungen des europäischen Kerns neu ausgerichtet: von der Industrie-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik über das Geld- und Kreditregime, das neue "zivilgesellschaftliche" Sozialkommando am Grundmodell der Public-Private-Partnership (PPP) unter Einbeziehung der NGOs bis hin zum "gender streamlining" einer neuen Geschlechtsrollenpolitik. Der Generalnenner wird schon im Strategiepapier unverfroren genannt: die Auflösung aller tragenden Momente staatlicher Souveränität in der Unterstellung unter das europäische Regime, das seinen Kommandohöhen durch diesen Zugriff einen enormen Machtschub verleiht - der materielle Kern dieses vor allem in Deutschland so genannten "Einigungskriegs".

Es ist die totale Feinderklärung, die auch der Übertragung aller gewaltsamen Reorganisationsimpulse aus der Logik des Kosovokriegs in den Tschtetschenienkrieg und die innerrussische "Erneuerung" unter Putin seinen gewalttätigen Kern verleiht. In Anbetracht der ökonomischen, institutionellen und militärischen Schwäche nach neun Jahren neoliberalistischer Schocktherapie wäre eine wirksame Blockierung des Natokrieges und des damit verbundenen geopolitischen Machtaufmarschs chancenlos gewesen. Es kam hinzu, dass demonstrativ am Rande des mit Beginn des Kosovokriegs in Washington zelebrierten Nato-Gipfels die usbekische Regierung zusammen mit den anderen Staaten der als GUAM bezeichneten Gruppierung in Kooperationsformen der Nato und des Rats für euro-atlantische Partnerschaft einbezogen und damit zugleich die zentralasiatische Front eröffnet wurde.

So übernahm der frisch ernannte Putin den "Kampf gegen den internationalen Terrorismus" und die islamische Gefahr als zentrale Feinderklärung in der Logik des Kosovokriegs zur Leitidee innerrussischer Erneuerung und geopolitischer Integration. Bereits auf der von ihm selbst angeregten Tagung mit Innenministern der drei südkaukasischen Staaten Ende September/Anfang Oktober 1999 beschwor Putin die logistischen und ideologischen Verbindungen zwischen den terroristischen Aktivitäten auf dem Balkan, im Kaukasus und Zentralasien, "Glieder ein und derselben Kette" in einer "einzigen Terrorismusfront".

Putin inszenierte den Tschetschenienkrieg folgerichtig als Krieg innerrussischer Einigung und Erneuerung gegen den sozialen Feind, den als "Wahhabismus" etikettierten islamisch-fundamentalistischen Terrorismus. Es war eine Feinderklärung gegen die gesamte Bevölkerung, deren Zahl nach neuen Schätzungen im Krieg von einer Million auf 200.000 sank. Ausdrücklich orientiert an den Formen des Kosovokriegs, wurde er schon im Oktober mit seinen flächendeckenden Bombardements (von antiterroristischen Operationen keine Spur) auf Dörfer und Städte in völkermörderische Dimensionen vorangetrieben.

Die soziale Feinderklärung bestimmt auch die zentrale Linie westlicher Kooperation. Wenig beachtet, fand um den 20. Oktober 1999 in Moskau ein G8-Treffen unter hochrangiger deutscher Beteiligung statt - während der Tschetschenienkrieg mit dem Massaker durch die Bombardierung Groznys einen ersten Höhepunkt erlebte. Zentrales Thema der G8 war der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus. In diesem Punkt fand Fischer auch nach seinem Moskaubesuch im Januar 2000 durchaus warme Worte für Putin. "Die russische Seite weist zu Recht auf den Terrorismus hin. Der islamische Terrorismus ist keine Alternative. Es ist eine schwierige Situation. Aber umso wichtiger ist meines Erachtens auch die Einbindung der internationalen Gemeinschaft." Unbekümmert um die öffentliche Kritik tauchte dann im März eine Delegation des BND in Tschetschenien auf.

Auf den Spuren von Stresemann und C. Schmitt

Und die "Wahhabiten", der islamische Terrorismus, die Talibanisierung? Hier wurde die Feindproduktion aus der Feinderklärung fast beispiellos offensichtlich. Damals, ja sogar bis heute hat die Talibanisierung kaum Wurzeln in der tschetschenischen Bevölkerung geschlagen, auch wenn die Terrorisierung der Gesamtbevölkerung unter diesem Signum die Sympathien für den Islamismus etwas hat steigen lassen. Die außerordentlich gut informierte Neue Zürcher Zeitung warnte mehrfach vor Übertreibungen. Einer der seit Jahren kenntnisreichsten Experten aus dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien, Uwe Halbach, fragte noch im letzten Jahr nach einem Besuch der Region ostentativ: "Wo sind denn nun die Wahhabiten?" Allerdings muss man betonen, dass die Feinderklärungen bei den jungen Kerls der Armutsbevölkerung durchaus eine zunehmende Islamisierung bewirken.

Die Folge dieser geopolitischen Feinderklärung war fast zwangsläufig: Die CEPS stieg am 30.5.2000 mit einem Vorschlag zu einem Stabilitätspakt für Zentralasien ein, im Kern Vorschläge zu Sicherheits-, Verkehrs-, Infrastruktur- und natürlich Rohstofffragen. In Anbetracht der mächtigen globalen Mit- bzw. Gegenspieler im "great game" ist der Vorschlag moderater formuliert, liegt aber erkennbar auf der Linie des Balkan-Papiers vom April 1999.

Schmillen geht nun ein wenig weiter. Seine Funktion ist offenbar, den Zugriffsanspruch Deutschlands als erster aus der EU, aber für die EU in den Ring zu werfen. Die geopolitische Bedeutung unterstreicht Fischer, wenn er im Anschluss an seinen zentralasiatischen Auftritt nach China weiterreist.

Es war der Sinn dieses Essays, den aus der Logik des Kosovokriegs nach Zentralasien getragenen kriegerisch-offensiven Charakter der geopolitischen Offensive zu beleuchten. Erneute Vorbereitung eines Angriffskriegs? Nicht im simplen Sinn einer einfachen Planung. Es ist die Fortsetzung der geopolitischen Logik des Kosovokriegs im Einstieg in eine fast klassische Politik der Spannung im weltpolitisch brisanten zentralasiatischen Konfliktbereich, der die weit beunruhigenderen Dispositionen eröffnet. Und den beunruhigenden Rückblick auf die historischen Kontinuitäten. Soziale Feinderklärungen der geschilderten Art gelten seit Carl Schmitt als Kainsmal nazistischer Politik. Und hier hat es Fischer selbst an Hinweisen auf Korrespondenzen nicht fehlen lassen. Seit 1999 wird er nicht müde, den geopolitischen Charakter der Interventionen zu betonen. Der Begriff "Geopolitik" taucht bei ihm mit zunehmender Häufigkeit auf. Bei der bemerkenswerten Qualität politisch-historischer Beratung, mit der er sich versorgt, kann das kein Zufall sein.

Der Begriff "Geopolitik" ist nun mal in Deutschland tiefbraun eingefärbt. Von Rudolf Kjellen und Karl Haushofer aufbereitet, stand er für das imperialistische Programm nationalsozialistischer Großraumpolitik und die Frontlinien seiner sozialen raumpolitisch orientierten Feinderklärungen. Einen weiteren Hinweis hat uns Fischer in seinem Bekenntnis zu Stresemann gegeben, so kritisch er es in der Zeit vom 3.2.2000 auch zu verpacken suchte. Stresemann war in jungen Jahren Mitglied des protofaschistischen "Alldeutschen Verbandes" gewesen und in der Kriegsökonomie des ersten Weltkriegs ein maßgebender Funktionär. Der französische Historiker Charles Bloch hat (neben vielen anderen) zu Recht betont, dass Stresemanns viel gerühmte Versöhnungspolitik nach Westen nicht nur half, Deutschland zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht des Westens zu machen, sondern auch den Boden bereiten sollte für die Zukunft einer neuen Ost- und Südosterweiterung, kriegerische Optionen inbegriffen.

Eine neue Nazifizierung wird nicht in den alten Gewändern und Formen auftreten. Wir müssen uns allerdings bemühen, sie neu lesen zu lernen.

Detlef Hartmann

"Sozialer Weltkrieg" ist der Titel, unter dem Detlef Hartmann ein Buch über die hier angerissenen Thesen vorbereitet. Es stellt den Zusammenhang her zwischen "New Economy", Krise und Krieg und erläutert auch die Osterweiterung, den Kosovokrieg und den Tschetschenienkrieg in diesem Kontext. Das Buch soll im Herbst im Verlag Schwarze Risse/ Rote Straße erscheinen.

19. Der Kriegsminister als Friedensstifter. Fischers Nahost-Diplomatie als Teil "aufgeklärter" Großmachtpolitik

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Grüne (und Vorläufer); Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:24

Der Besuch von Außenminister Joseph Fischer in Israel/Palästina Anfang Juni hat allenthalben beträchtliche Aufmerksamkeit erregt. Während weite Teile der "bürgerlichen" Presse, von konservativ bis links-liberal, sich in Lobgesängen auf Fischers neueste Rolle eines Nahost-Sondervermittlers ergingen, sahen anti-deutsche Kritiker darin Aufwärmübungen eines deutschen bzw. europäischen Neo-Imperialismus, der gerade Deutschen in Israel/Palästina besonders hässlich zu Gesicht stünde.

Dass der israelisch-palästinensische Konflikt in internationale und regionale Machtspiele eingebettet ist, dass er als Bühne für einen sich abzeichnenden Konflikt zwischen USA und EU dient, ist ebenso wahr wie banal. Fischers Shuttle-Diplomatie zwischen Ramallah und Jerusalem nach dem verheerenden Selbstmordattentat vor einer Tel Aviver Stranddisco war kein eigenmächtiges Vorpreschen, sondern Teil koordinierter Vermittlungsbemühungen von EU und UN, um ein Abflauen der Kampfhandlungen und die Rückkehr beider Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu erreichen. Dies ist selbstverständlich mit den USA als zentraler Ordnungsmacht im Mittleren Osten abgestimmt. Gleichzeitig sind die sichtbar gesteigerten Bemühungen von EU und UN um mehr Einfluss in der Region auch eine Folge des derzeit relativ geringen Interesses der Bush-Administration an einer aktiven Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt. Von hier bis zu einer ernsthaften Konkurrenz zwischen den USA und der EU oder Deutschland ist es angesichts der globalen Machtverhältnisse aber noch ein weiter Weg.

Was deutsche Politiker dazu veranlasst, sich verstärkt im israelisch-palästinensischen Konflikt zu engagieren, ist die Sorge, dieser Konflikt könnte außer Kontrolle geraten. Es geht um die Stabilität einer Nachbarregion der EU, also um Interessenpolitik und Einflusssphären. Auch soll eine Entwicklung vermieden werden, die EU-Mitgliedsstaaten zwingen würde, ihre Festung für Flüchtlinge aus angrenzenden Kriegsregionen zu öffnen. Politisch hochbrisant wird es immer dann, wenn die deutsche Vergangenheit zur Legitimierung neo-imperialistischer Politik der rot-grünen Regierung herhalten muss - wie im Kosovo-Krieg, wo die Beteiligung der Bundeswehr als eine Folge des kategorischen Imperativs "Nie wieder Auschwitz" dargestellt wurde. Ebenso ist es ein alarmierendes Zeichen, wenn der deutsche Außenminister in der Region als "Abu David" Fischer, der "große Vermittler", gefeiert wird, wenn seine Bemühungen um einen Waffenstillstand in Israel/Palästina als gelungene Premiere des durch die "Aufarbeitung" des Holocaust geläuterten neuen Deutschlands auf dem diplomatischen Parkett der Großmächte verstanden werden.

Es handelt sich dabei um einen Legitimationsdiskurs im Zusammenhang mit der Genese eines neuen deutschen Nationalbewusstseins der Berliner Republik. Jedwede Strategie zur Legitimierung eines neuen deutschen Nationalismus muss die Erinnerung an den Holocaust beinhalten. Angesichts der deutschen Geschichte ist eine enge Partnerschaft der "zu sich selbst gekommenen" deutschen Nation mit der in Form eines territorialen Nationalstaates "normalisierten" jüdischen Nation nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch für die Stabilisierung des eigenen antifaschistisch-demokratischen Selbstverständnisses von großer Bedeutung. Ganz in diesem Sinne trat Fischer als gewandter Vermittler auf, der Arafat (zu Recht) einen einseitigen Waffenstillstand abnötigte, während er für Sharon noch kein einziges Wort der Kritik übrig hatte.

Zur gleichen Zeit entsteht in Berlins neuer Mitte eine beeindruckende Gedenklandschaft, deren zentrales Thema die Verbrechen des Nationalsozialismus sind. So viel offiziöse Erinnerungskultur macht misstrauisch, bedenkt man den Beifall für die Rede Martin Walsers in der Paulskirche oder auch für die Vorlesung Karl-Heinz Bohrers zur "Erinnerungslosigkeit" der Deutschen; Bohrer beklagt die alles beherrschende Präsenz der "Naherinnerung" an den Holocaust als Hindernis auf dem Weg zu einer "normalen" nationalen und kulturellen deutschen Identität, die sich auch auf die weiter zurückliegenden Phasen deutscher Geschichte stützen müsse. (FR, 16.6.01).

Während also die politische Elite der Berliner Republik ihre "aufgeklärte" Großmachtpolitik, Kriegführung eingeschlossen, mit den aus dem Holocaust angeblich gelernten Lektionen zu legitimieren sucht, gibt es

gleichzeitig die Tendenz, die Erinnerung an Auschwitz als Teil einer fortlaufenden und insgesamt positiv konnotierten deutschen Nationalgeschichte einzuebnen. Von hier bis zur deutschen "Leitkultur" ist es nur noch ein Schritt. Eine solche Instrumentalisierung der Geschichte für heutige politische Zwecke, ob innen- oder außenpolitisch, muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

Andererseits gilt heute für Israel/Palästina: Ohne internationale Einmischung könnte die gegenwärtige Eskalation tatsächlich außer Kontrolle geraten und in einem regionalen Desaster enden. Nachdem im Laufe des Oslo-Prozesses alles gesagt wurde, was zu einer tragfähigen Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu sagen war, müssten nun Taten folgen. Dem stehen aber die real existierenden Machtverhältnisse entgegen. Noch nie haben Mächtige freiwillig auf ihre Privilegien verzichtet, noch nie hat eine Kolonialmacht ohne Druck ihre Kolonien geräumt. Israel bildet da keine Ausnahme. Zu allem Überfluss ist hier die Situation komplizierter als anderswo, weil Israelis wie Palästinenser sich mit dem jeweils gesamten Land Israel/Palästina identifizieren. Die Al-Aksa-Intifada aber bezieht sich auf einen historischen Kompromiss, wonach die Palästinenser sich mit den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten inklusive Ost-Jerusalem begnügen würden. Mit der Intifada können die Palästinenser die Israelis zermürben, aber nicht aus eigener Kraft abschütteln, unter einem Premierminister Sharon schon gar nicht. Eher würde die israelische Armee wieder in die autonomen Gebiete einrücken.

Unabhängig von der Motivation der jeweiligen Vermittler ist daher eine Internationalisierung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im Interesse seiner dauerhaften Beilegung ohne Alternative.

Achim Rohde

20. Sturmreif geschossen. NATO und EU helfen Mazedonien entlang ethnischer Grenzen zu teilen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:27

In Mazedonien droht jetzt das Worst-case- Szenario. Die albanischen Nationalisten der UCK haben den Staat und seine Allparteien-Regierung sturmreif geschossen. Die NATO-Regierungen tragen erhebliche Verantwortung für den nun drohenden Bürgerkrieg. Nachdem sie durch ihre widersprüchliche politische und diplomatische Intervention die Fronten eskaliert haben, planen sie nun eine Militärintervention, um einen Krieg zu stoppen, den sie mit verursacht haben. Die Bundeswehr soll mitmischen, wünscht sich Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Am Montag, den 25. Juni lief in Skopje das Fass über: Die mazedonische Regierung hatte nach Verhandlungen mit den Abgesandten der Europäischen Union (EU) einem "Friedensabkommen" zugestimmt, das etwa 400 schwerbewaffneten UCK-Kämpfern den freien Abzug aus Aracinovo versprach. Von diesem Vorort der Hauptstadt aus hatten sie wochenlang mit Angriffen auf Skopje gedroht. Dort wuchs in der slawisch-mazedonischen Bevölkerung von Tag zu Tag die Angst vor möglichen Terroranschlägen, welche UCK-Kommandanten offen angekündigt hatten. Unter dem Schutz von 80 US-Soldaten stiegen die Rebellen am folgenden Tag tatsächlich in 13 klimatisierte Busse, um ihre Stellung in Richtung Nikustak, einer Hochburg der UCK, zu verlassen. Ihre Waffen, welche sie während der Fahrt an die US-Begleiter abgegeben hatten, bekamen sie im Ankunftsort zurück.

Die Empörung unter den slawisch-mazedonischen EinwohnerInnen Skopjes über das Entgegenkommen der Regierung gegenüber der UCK und den Geleitschutz durch die NATO war groß. Noch am Montagabend versammelten sich mehr als 10.000 Menschen vor dem Parlament, durchbrachen einen schwachen Polizeikordon und drangen in das Gebäude in der Innenstadt ein. Präsident Boris Trajkovski gilt ihnen als "Verräter", der das Land den "albanischen Terroristen" ausliefere. Die wütenden DemonstrantInnen demolierten einige Staatskarossen und Büros. Auch NATO-Symbole und ein Bild des außenpolitischen EU-Koordinators Javier Solanas gingen in Flammen auf. Polizeireservisten, die sich dem Tumult angeschlossen hatten, feuerten unter dem Jubel der Tausenden einige Salven aus Maschinenpistolen in die Luft. Selbst Innenminister Ljube Boskovski, der sich als Hardliner im Kampf gegen die UCK zu profilieren versucht, konnte die Masse nicht beruhigen.

Seit vier Monaten legt die UCK im Norden und Westen des Landes mazedonischen Sicherheitskräften Hinterhalte, besetzt albanische Dörfer, zieht sich wieder in die Berge zurück, rückt bis in Schussweite vor die Hauptstadt vor und droht mit Angriffen auf die slawische Zivilbevölkerung. Die mazedonische Armee reagiert mit Gegenangriffen, beschießt Dörfer zuerst aus der Luft und versucht die Gebiete dann mit Bodentruppen wieder unter Kontrolle zu bringen. Aber sie wirkt hilflos. Sobald die Armee auftaucht, sind die Guerillas verschwunden. Ziehen die Regierungstruppen ab, ist die UCK wieder da. Über 100.000 Menschen aus dem Land mit zwei Millionen EinwohnerInnen mussten bis jetzt die Flucht vor den Kämpfen antreten.

Mission impossible

Die Provokationsstrategie der UCK, detailtreu nach den Handbüchern des Partisanenkampfes ausgeführt, hat zum Erfolg geführt. Die UCK-Kämpfer bewegen sich in den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten wie der berühmte Fisch im Wasser. Die Bevölkerung hat sich entlang ethnischer Grenzen so weit radikalisiert, dass eine Verhandlungslösung kaum noch möglich scheint. Die Allparteien-Regierung, in der die mazedonisch-slawischen wie die albanischen Parteien vertreten sind, steckt dagegen in einer tiefen Krise. Unter dem Druck von NATO und EU war sie Mitte Mai gebildet worden. Doch sie ist weitgehend handlungsunfähig. Zu widersprüchlich sind die Interessen der darin vertreten Parteien. Die slawisch-mazedonischen Mehrheitsparteien drängen auf eine Bekämpfung der UCK, können dies aber auf Grund des Drucks von EU und NATO nicht umsetzten. Die beiden albanischen Minderheitsparteien agieren dagegen mittlerweile kaum verhüllt als Sprachrohr der UCK, um die schwindende Unterstützung ihrer Basis nicht gänzlich zu verlieren.

Mittlerweile erreicht die bisherige slawische Mehrheitspartei VMRO bei Meinungsumfragen nur noch acht Prozent Zustimmung. Insbesondere Präsident Boris Trajkovski hat seine Popularität verloren. Ihm lastet eine wachsende Zahl der slawischen MazedonierInnen an, dass die UCK nicht effektiv bekämpft werde. Rechte, nationalistische Strömungen, welche zum "Vernichtungskrieg" gegen die UCK aufrufen - und damit "die Albaner" meinen - gewinnen an Unterstützung. Eine paramilitärische Gruppe namens Mazedonien 2000 verschickt in Skopje Drohbriefe an albanische Geschäftsleute. Diese sollten die Stadt verlassen, ansonsten könne ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden. In Bitola kam es bereits vor einigen Wochen zu pogromartigen Ausschreitungen gegen albanische EinwohnerInnen.

Die albanischen Parteien PDP und DPA andererseits können ohne die Zustimmung der UCK kaum mehr agieren. Die bewaffneten albanischen Nationalisten verweisen zu Recht auf den Erfolg ihrer Provokationsstrategie. In den vier Monaten des offenen Kampfes haben sie die Autonomieforderungen, die seit Jahren von der albanischen Bevölkerung erhoben werden, zu einem internationalen Thema gemacht. So treiben die Guerillas die Politiker von PDP und DPA vor sich her und gewinnen in der albanischen Bevölkerung umso mehr Unterstützung desto schärfer die militärischen Gegenschläge der Regierung ausfallen. PDP und DPA verlieren gleichzeitig als Regierungsmitglieder die Legitimität, für die albanische Bevölkerung zu sprechen. So gewinnen auf beiden Seiten die militaristischen Kräfte die Überhand.

Gemessen an dem selbstgesteckten Ziel, einen Bürgerkrieg in Mazedonien zu verhindern, mutet das Eingreifen von EU und NATO in die Krise einigermaßen absurd an. Bereits während des Kriegs um den Kosovo im Frühjahr 1999 war allgemein bekannt, dass sich ein erheblicher Teil der kosovarischen UCK aus mazedonischen Albanern rekrutierte. In Mazedonien selbst kam es bereits damals immer wieder zur Aushebung von Waffenlagern radikaler albanischer Nationalisten, die damals noch auf eine nur beschränkte Unterstützung der etwa 600.000 mazedonischen AlbanerInnen zählen konnten. Das Handeln der NATO-geführten Kosovo-Truppe KFOR und der UN-Übergangsverwaltung UNMIK im Kosovo musste auf sie wie eine Ermunterung wirken. Nach dem Abzug der serbisch-jugoslawischen Truppen aus der Provinz konnten dort UCK-Kommandanten ungehindert die lokalen Machtpositionen einnehmen. Unter den Augen der "internationalen Gemeinschaft" wurden seither über 200.000 Menschen, hauptsächlich SerbInnen und Roma, aus der Provinz gewaltsam vertrieben, ohne dass ernsthaft gegen die "ethnische Säuberung" vorgegangen worden wäre. Eine vorgebliche Entwaffnung der UCK fand nie wirklich statt. Stattdessen wurde sie unter der Befehlsgewalt des UCK Kommandanten Agim Ceku in das Kosovo-Schutz-Korps TMK umgewandelt, das hauptsächlich die materiellen Interessen seiner eigenen Mitglieder schützt.

Schritt für Schritt nähern sich gleichzeitig die drei albanischen Parteien PDK, LDK und AAK ihrem gemeinsamen Ziel - der vollständigen Unabhängigkeit Kosovos. Dieser wird zwar in der UN Resolution 1244, welche den Status des Kosovo für die Zeit nach dem Ende des Krieges 1999 regelt, eine Absage erteilt. De facto aber werden unter UN- und KFOR-Protektion die Bedingungen für eine Unabhängigkeitserklärung geschaffen. Nach den Kommunalwahlen, welche im Herbst vergangenen Jahres ohne die Beteiligung der serbischen Bevölkerung stattfanden, sollen nach dem Willen der UN-Übergangsverwaltung im November diesen Jahres auch Wahlen für ein Kosovo-Parlament stattfinden. Der Schritt zur verfassungsgebenden Versammlung ist dann nicht mehr weit. Dass bis dahin die vor Pogromen geflüchtete nicht-albanische Bevölkerung in den Kosovo zurückgekehrt sein wird, können nur realitätsferne BeobachterInnen glauben, die das Geschehen lediglich mit dem Finger auf der Landkarte nachvollziehen. Mit Hilfe der "internationalen Gemeinschaft" wird so ein ethnisch gesäuberter Staat geschaffen. Mit einer vorgeblichen "Demokratisierung", wie die UNMIK behauptet, hat dies alles nichts zu tun. Denn selbst albanische Oppositionelle können sich im gegenwärtigen repressiven politischen Klima im Kosovo nicht artikulieren. SerbInnen droht ohnehin im Wortsinn Mord und Totschlag, sobald sie sich außerhalb der abgesteckten Gebiete bewegen, welche die NATO für sie eingezäunt hat.

Ermuntert von der Entwicklung im Kosovo verstärkten sich seit 1999 auch in Mazedonien die Bemühungen um den Aufbau einer lokalen UCK. Als zu Beginn dieses Jahres die ersten Überfälle auf die mazedonischen Streitkräfte stattfanden, forderte die mazedonische Regierung wochenlang die KFOR-Truppen auf, den UCK-Nachschub aus Kosovo zu unterbinden. Ohne Erfolg allerdings. Die insgesamt 40.000 KFOR-Soldaten, welche im Kosovo stationiert sind, vermochten es nicht, effektiv gegen die Belieferung der UCK vorzugehen, oder behaupteten dies zumindest. Gleichzeitig mahnten NATO und EU allerdings die mazedonische

Regierung zur militärischen Zurückhaltung gegenüber den UCK-Attacken. Nur politisch könne eine Lösung des Konfliktes zu erreichen sein, argumentierten sie.

Bundeswehr nach Mazedonien

Während in den ersten Wochen nach Beginn der Krise NATO-Generalsekretär George Robertson die UCK noch als eine "Bande bewaffneter Schläger" bezeichnete, die "eine mulit-ethnische Demokratie" zerstören wolle, hören sich seine Statements heute anders an. Jetzt wirft er der mazedonischen Regierung "kompletten Wahnsinn" vor, weil diese die Armee gegen die UCK-Verbände in Aracinovo einsetzte. Insgesamt hat der Westen seine Sprachregelung schon wieder neu festgelegt. Mittlerweile hat sich die UCK anscheinend zu legitimen Vertretern der albanischen Bevölkerung emporgeschossen. Der Ende Juni neu eingesetzte EU-Sonderbeauftragte für Mazedonien, Francois Leotard, fordert die mazedonische Regierung nun auf, direkte Verhandlungen mit der UCK aufzunehmen. Nur so könne ein "Konsens und eine friedliche Lösung erreicht werden", meinte er am 27.6. gegenüber der Presse.

Wenn man allerdings die bisherige Verhandlungstaktik der UCK betrachtet, wird schnell deutlich, dass diese der militärischen Strategie, die auf die Schaffung eines unter UCK-Kontrolle stehenden Territoriums zielt, untergeordnet ist. Die UCK Forderungen, welche nun von PDP und DPA weitgehend geteilt werden, zielen auf eine "Föderalisierung" des Landes. Jedes Entgegenkommen der mazedonischen Regierung, das freilich immer nur unter Druck von NATO und EU zu Stande kommt, beantworten die albanischen Kräften mit neuen weiterreichenden Forderungen. Harald Schenker, Chef der OSZE-Mission in Skopje, kommentierte dieses Vorgehen so: "Wenn die Albaner-Vertreter die Forderungen durchsetzen, wird die Zentralregierung praktisch keine Befugnisse mehr haben." (jungle world, 27.6.2001)

In dieser Situation drängen die NATO- und EU-Unterhändler auf ein praktisch unmögliches Friedensabkommen. Am 20. 6. erklärte der NATO-Rat, dass anschließend die Entsendung einer 3.000 Soldaten starken Truppe nach Mazedonien möglich sei, um die UCK zu entwaffnen. Die Mission soll innerhalb von 30 Tagen wieder beendet sein. Dass es sich bei dem geplanten Einsatz um eine mission impossible handelt, muss dabei eigentlich allen Beteiligten klar sein. Denn erstens möchte sich die UCK nicht entwaffnen lassen bis sie ihre Ziele erreicht hat, und zweitens reichten 3.000 Soldaten und eine Zeitfrist von 30 Tagen dazu auch in keinem Fall aus. Dennoch könnte sich die UCK auf ein Friedensabkommen einlassen: Denn ist die NATO erst vor Ort, könnten sie eine Situation ähnlich der in Kosovo herstellen: Ein NATO-Protektorat in den albanischen Landesteilen Mazedoniens, in denen die "internationale Gemeinschaft" auf die UCK als lokale Ordnungsmacht angewiesen ist. Sollte es so weit kommen, müssten die nach Mazedonien entsandten NATO-Truppen allerdings mit dem Widerstand slawisch-mazedonischer Nationalisten rechnen. Für diese gilt die NATO ohnehin als Schutztruppe der AlbanerInnen, die den Staat zerschlagen wollen.

Nicht zuletzt deshalb hält sich die Begeisterung für eine Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Einsatz quer durch SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU in Grenzen. Aber Deutschland könne nicht "abseits stehen", falls es zum Einsatz käme, meint Bundeskanzler Schröder und ist sich sicher, eine Mehrheit im Bundestag zu finden. Ein UN-Mandat sei für den Einsatz nicht notwendig, wenn die mazedonische Regierung ihn fordere, erklärt er. An einer "politischen Definition dessen, was die NATO in Mazedonien erreichen will", mangele es allerdings noch.

Boris Kanzleiter

21. "Aufstachelung zu Hass und Feindschaft ..." Istanbul: Prozess wegen sexueller Folter erneut vertagt

Autor: Edit Lass · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:33

Am 21. März 2001 begann in Istanbul/Beyoglu ein Prozess gegen 18 Frauen und einen Mann, weil sie im Juni 2000 einen Kongress zum Thema sexuelle Folter veranstaltet haben, bzw. dort als Betroffene sprachen. Sie sollen mit ihren Aussagen den Staat und seine Sicherheitsorgane verunglimpft und beleidigt haben. Der Prozess wurde auf den 21. Juni vertagt (siehe ak 450, März 2001). Die Repression gegen Frauen, die sich zu diesem Thema organisieren, hat sich inzwischen ausgeweitet. Im Juni fanden nun insgesamt drei Prozesse statt.

Am 15. Juni stand die Rechtsanwältin Eren Keskin vor Gericht, die für das Istanbuler FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter arbeitet. Ihr wird vorgeworfen "staatliche Streitkräfte verunglimpft" zu haben, weil sie auf einer Pressekonferenz die Aussagen ihrer Mandantinnen zitiert hat. Die gefolterten Frauen hatten Frau Keskin berichtet, dass ihnen in der Haftanstalt Mardin die Augen verbunden, sie völlig entkleidet und sexuell misshandelt wurden.

Auch der Chefredakteur der Zeitung Yeni Gündem, die den Bericht von Frau Keskin veröffentlichte, ist angeklagt. Das heißt, allein der Bericht von Frau Keskin über die verübte sexuelle Folter und die Unterrichtung der Öffentlichkeit darüber wird als Straftat bewertet.

Die Fortführung des Prozesses vom 21. März wegen der Durchführung des Kongresses fand am 21. Juni statt. Schon nach knapp 40 Minuten Verhandlung wurde erneut vertagt, wie die Prozessbeobachterinnen in unten stehendem Interview berichten. Der dritte Prozess war für den 28. Juni vor dem Staatssicherheitsgericht terminiert. Angeklagt sind dort die Rechtsanwältin Fatma Karakas, sie ist ebenfalls im Istanbuler FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter engagiert, sowie vier weitere Frauen.

Die Interviews führte Edith Lass.

In einem Interview mit der Rechtsanwältin Jutta Hermanns, die im Berliner FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V. arbeitet, erkundigten wir uns nach einer Einschätzung der laufenden Prozesse.

Ist das jetzt eine Zuspitzung der Situation?

Ich würde es folgendermaßen sagen: Insgesamt ist es dem Staat ein Dorn im Auge, wenn sich Menschen zusammentun - in diesem Fall Frauen - und organisiert die Bestrafung staatlicher Täter von Menschenrechtsverletzungen fordern. Dies geschieht z. B. durch die Arbeit des Istanbuler FrauenRechtsBüros gegen sexuelle Folter.

Bisher hat sich der Staat darauf beschränkt, einzelne Frauen mit Repression zu überziehen, damit sie ihre Anzeigen gegen die Täter zurückzunehmen. Das Verfahren am 21.3.2001, welches auf Grund des Kongresses eröffnet wurde, richtet sich gegen die Organisierung von Frauen zu dem Thema sexuelle Folter, und sie sollen durch die Anklage eingeschüchtert werden. Die Verfahren am 15.6. und 28.6. richten sich direkt gegen die Anwältinnen des Projektes. Das ist neu. Eren Keskin ist zwar ständig mit Verfahren konfrontiert, insbesondere in ihrer Funktion als Vorsitzenden des Istanbuler Menschenrechtsvereins, aber nicht als Anwältin des Frauenprojektes. Die Prozesse, die jetzt gegen Eren Keskin und Fatma Karakas und auch gegen Frauen, die sich an das Projekt gewandt haben, eingeleitet wurden, haben eine neue Dimension. Es ist ein Versuch von Einschüchterung. Sollten die Anwältinnen verurteilt und inhaftiert werden, kann dies im schlimmsten Fall dazu führen, dass die Projektarbeit zunichte gemacht wird.

Würdest du das als Ziel dieser Verfahren bezeichnen?

Ja, das ist das Ziel des Staates. Er hofft, dass die Drohungen gegen die Anwältinnen und die Betroffenen schon fruchten und sie auf Grund der zu erwartenden Repressionen von ihren Tätigkeiten ablassen. Andernfalls sollen sie durch Inhaftierung aus dem Verkehr gezogen werden.

Wie bereits erwähnt, steht am 28. Juni unter anderem Frau Fatma Karakas vor Gericht. Sie wird für das gleiche "Vergehen" auch am 21. Juni angeklagt. Ist dies rechtens?

Dieses Verfahren ist aus mehreren Gründen ungeheuerlich. Es geht um ein und den selben Sachverhalt, nämlich das Sprechen auf dem Kongress. Es gibt einen Grundsatz in jedem Rechtsstaat: Eine Tat hat eine Strafe zur Folge. In diesem Fall ist es so, dass Fatma und die weiteren vier Frauen, die am 28.6. vor dem Staatssicherheitsgericht angeklagt sind, wegen der gleichen Sache bereits am 21.6. ein Strafverfahren vor dem Gericht in Beyoglu anhängig haben. Im schlimmsten Fall erfolgen jetzt zwei Verurteilungen für ein und den selben Sachverhalt.

Das Verfahren am 28. Juni findet nicht vor einem normalen Strafgericht statt, sondern vor dem Staatssicherheitsgericht. Die Anklage gegen Frau Fatma Karakas und vier weitere Frauen lautet: "Separatistische Propaganda und ‚Aufstachelung zu Hass und Feindschaft durch das Aufzeigen ethnischer, klassenbedingter und regionaler Verschiedenheit`". Was genau ist ein Staatssicherheitsgericht?

Staatssicherheitsgerichte sind Sondergerichte. Diese sind aus den Kriegsgerichten entstanden, die nach dem Militärputsch 1980 eingeführt wurden. Bis 1984 waren die Kriegsgerichte zuständig. Dann wurden Staatssicherheitsgerichte installiert. Sie sind für ganz bestimmte Straftatbestände zuständig, die gesetzlich festgelegt sind, zum Beispiel für politische Straftaten und separatistische Äußerungen, also solche Straftaten, die im direktem Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit stehen, und zum Teil für Drogendelikte schwererer Art. Entscheidend ist, dass in der Zeit der Ermittlungsverfahren andere gesetzliche Regelungen gelten. Früher waren bei diesen Prozessen auch Militärrichter anwesend. Seit ungefähr eineinhalb Jahren ist auf Grund eines Beschlusses des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes der militärische Beisitzer herausgenommen worden. Was nichts daran ändert, dass die Verurteilungen auf nicht rechtsstaatliche Art und Weise zu Stande kommen.

Interview mit einer Teilnehmerin der Delegation, die den Prozess am 21.6.01 beobachtet haben.

Wie ist der heutige Prozesstag verlaufen?

Wir waren sieben Personen aus Freiburg, mehrere Frauen aus Berlin und Düsseldorf und aus der Schweiz. Wir konnten - obwohl es sehr voll war - alle ohne Probleme in den Gerichtssaal. Der Prozess begann mit den Aussagen der fünf Angeklagten, die beim ersten Termin am 21. März nicht anwesend waren. Sie haben ihre Namen genannt und gesagt, dass sie an dem Kongress im Juni 2000 teilgenommen haben. Der Prozess ging insgesamt ca. 40 Minuten und wurde dann erneut aus folgenden drei Gründen auf den 18. Oktober vertagt:

Eine der angeklagten Frauen, Frau Fatma Deniz Polattas, war zum Zeitpunkt des Kongresses im Gefängnis. Sie kann daher nicht - wie die Anklage behauptet - auf dem Kongress gesprochen haben. Bereits beim ersten Prozesstermin wurde angeordnet, dies zu überprüfen. Die Nachforschungen ergaben, dass Frau Polattas sich anfangs im Gefängnis in Sivas befand, zwischenzeitlich aber nach Istanbul verlegt wurde. Zum Zeitpunkt des Kongresses war sie dort inhaftiert. Nun, so das Gericht, muss dort nachgefragt werden, ob dies den Tatsachen entspricht. Frau Fatma Deniz Polattas, die immer noch inhaftiert ist, wurde von vier Sicherheitskräften bewacht, vorgeführt.

Der zweite Grund für die Vertagung war, dass zwischenzeitlich ein weiteres Verfahren gegen fünf der Angeklagten eingeleitet wurde, das am 28. Juni vor dem Staatssicherheitsgericht stattfinden wird. Die Anwälte wiesen darauf hin, dass man nicht wegen des gleichen Sachverhaltes, die Teilnahme an den Kongress, vor verschiedenen Gerichten angeklagt werden kann. Das Gericht in Beyoglu gab an, nichts über dieses Verfahren zu wissen. Hingegen ist jedoch das Staatssicherheitsgericht über den Prozess in Beyoglu informiert. Jetzt will das Gericht in Beyoglu überprüfen, ob es wirklich einen Prozess vor dem Staatssicherheitgericht gibt.

Des weiteren sollen die Videoaufnahmen, die es von dem Kongress gibt, noch einmal von Experten transkribiert werden. Es soll dann ein Gutachten erstellt werden, ob die Aussagen straftatsrelevant sind.

Wie war das öffentliche Interesse, war Presse vertreten?

Es waren sehr viele Menschen da. Einige VertreterInnen der türkischen Presse sowie die ARD waren anwesend. Da es beim letzten Prozess eine breite Medienöffentlichkeit gab, interessiert sich nun auch die Menschenrechtskommission des Parlamentes für dieses Verfahren. Zwei Abgeordnete von MHP und ANAP,

Mitglieder der türkischen Menschenrechtskommission, waren zu dem Prozess gekommen. Wir hatten den Eindruck, dass das Gericht zu der Auffassung gekommen war, dass sie wegen diesen beiden Abgeordneten zeigen müssen, wie nett sie doch sind. Dadurch war die Stimmung sehr freundlich,

War die Stimmung auch vor dem Prozess schon so freundlich oder hattet ihr das Gefühl, dass sie angespannt war? Das waren die Befürchtungen der Delegierten, mit denen wir im Vorfeld gesprochen hatten.

Nein, es war keine angespannte Stimmung. Allerdings ist es so, dass schon am 15. Juni ein Prozess gegen die Rechtsanwältin Eren Keskin stattgefunden hat. VertretenInnen vom IHD (Menschenrechtsverein) berichteten, dass dort die Stimmung ganz anders war. Es ging dort wesentlich strenger zu. Die Richter wollten nicht, dass die Presse den Gerichtssaal betritt.

Gibt es schon ein Ergebnis des Prozesses gegen Eren Keskin am 15. Juni?

Ja, der ist ebenfalls aus formalen Gründen vertagt worden. Bei diesem Prozess sind Eren Keskin und der Chefredakteur Erdal Tas der Zeitung Yeni Gündem angeklagt. Der Vorwurf lautet auf: "Verunglimpfung der staatlichen Streitkräfte." Frau Keskin zitierte auf einer Pressekonferenz Mandantinnen, die ihr von sexuellen Misshandlungen in der Haftanstalt Mardin berichteten. Herr Tas veröffentlichte diesen Bericht. Da er nicht anwesend war, konnte er vor Gericht auch nicht aussagen, und der Prozess wurde auf den 12. August vertagt.

Habt ihr das Gefühl, dass die Prozessbeobachtung durch eure Delegation sinnvoll ist?

Ja, das haben wir. Es kann festgestellt werden, dass sich immer mehr für den Prozess interessieren, weil die Presse so viel berichtet hat und so viel internationale Aufmerksamkeit besteht. VertreterInnen des Menschenrechtsvereins haben betont, dass weitere Delegationen aus dem Ausland zur Beobachtung der nächsten Prozesse nötig sind. Insbesondere zu dem Prozess am 28. Juni vor dem Staatssicherheitsgericht. Dieser hat bislang ziemlich wenig Medienaufmerksamkeit erregt. Das Staatssicherheitsgericht ist ein Sondergericht und steht noch mal eine Stufe höher als das Schwurgericht, bei dem wir heute waren. Die Angeklagten sind dort nach dem Antiterrorgesetz angeklagt, weil sie das Wort kurdisch benutzt haben. Der IHD vermutet, dass dort auch mit Verurteilungen zu rechnen ist. Deswegen ist es ziemlich wichtig, dass darüber ebenfalls berichtet wird.

Wir danken euch ganz herzlich und wünschen euch noch eine gute Heimreise.

Reden über sexuelle Folter kann strafbar sein

Gerichtsverfahren in der Türkei

Dokumentation

Bericht über den Prozessbeginn am 21.03.2001

Interviews mit Angeklagten und Frauenorganisationen

Bericht eines Frauenunterstützungsprojekts

Pressespiegel

Vertrieb: Feministisches Archiv, Einzelpreis: 6,- DM + Porto

Kontakte:

Feministisches Archiv e.V., Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg,

Prozessbeobachtung-Istanbul@gmx.de

Konto: Feministisches Archiv e.V., Kto-Nr. 2298212, BLZ 68050101, Sparkasse Freiburg, Stichwort: Dokumentation

FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V. c/o Forschungsstelle Flucht und Migration e.V.,

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,

Tel. 0177 233 1848

juttaprojektJtt@netscape.net

22. Fiji nach dem Putsch und vor den Wahlen. Gewaltkonflikte im Südpazifik (Teil III)

Autor: Vo. · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:18

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 9. Juli 2000, kamen der demokratisch gewählte Premierminister Fijis, Mahendra Chaudhry, und weitere Parlamentsmitglieder nach mehrwöchiger Geiselhaft in den Händen einer rechtsterroristischen Bande frei. Dies allerdings erst, nachdem die Forderungen der Geiselnehmer weitgehend erfüllt worden waren. Seither befindet sich Fiji in einem Zustand der Gesetzlosigkeit; die Gesellschaft ist tief gespalten, und neuerliche Gewalt liegt in der Luft. Es bleibt abzuwarten, ob die für den August angesetzten Wahlen eine Beruhigung der Lage bringen und die Chance zur friedlichen Überwindung der Krise eröffnen.

Am Anfang der gegenwärtigen Krise stand ein Putschversuch am 19. Mai letzten Jahres. An jenem Tag stürmte eine Hand voll bewaffneter Männer unter Führung von George Speight, einem bankrotten Geschäftsmann, und Major Ilisoni Ligairi, vormals Ausbilder der Eliteeinheit "Counter Revolutionary Warfare Unit" (CRW) der fijianischen Armee, das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Suva und nahm 45 ParlamentarierInnen und Regierungsmitglieder, darunter Chaudhry, als Geiseln. Die Putschisten forderten unter anderem die Absetzung der vor Jahresfrist gewählten Regierung, die Aufhebung der seit 1997 gültigen Verfassung, den Rücktritt des Staatspräsidenten und die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster. Sie behaupteten, dies im Namen der indigenen fijianischen Bevölkerung zu tun, die sich gegen "fremde" Einflüsse wehren müsse, um nicht im eigenen Land zur von "Fremden" unterdrückten Volksgruppe zu werden.

Die fijianische Bevölkerung (rund 800.000 Menschen) setzt sich in der Tat aus zwei nahezu gleich starken Gruppen zusammen: den indigenen melanesischen FijianerInnen (ca. 51%) und den indischstämmigen FijianerInnen (ca. 45%). Die Indo-FijianerInnen sind Nachkommen der von den britischen Kolonialherren zur Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen auf die Inseln geholten indischen Arbeitskräfte. Ein Großteil dieser Arbeiter und ihrer Nachkommen blieb auf Fiji; sie wurden zunächst vornehmlich Zuckerrohrbauern, betätigten sich dann aber auch zusehends als Geschäftsleute oder in Verwaltung, Finanz-, Bildungs- und Gesundheitswesen. Heute stellen Indo-Fijianer die wirtschaftliche und Bildungselite des Landes und - erstmals seit der Unabhängigkeit 1970 - stellten sie seit den Wahlen von 1999 mit Mahendra Chaudhry auch den Premierminister. Das war möglich geworden durch die Verfassung von 1997, die erstmals die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der indischstämmigen FijianerInnen festschrieb.

Gegen die vorgebliche politische und wirtschaftliche Dominanz der "Inder" richtete sich der Putsch von Speight und Spießgesellen. In seinem Windschatten begann ein aufgeputschter Mob, "indische" Läden und Geschäfte zu plündern und in Brand zu setzen, überall im Land kam es zu Übergriffen gegen indischstämmige FijianerInnen und deren Eigentum. Neben den städtischen Geschäftsleuten wurden insbesondere die Zuckerrohrbauern Opfer der Exzesse. Diese sitzen auf von den indigenen Fijianern gepachtetem Land; in den letzten Jahren haben sich die Auseinandersetzungen zwischen indigenen Landbesitzern und indischstämmigen Landpächtern zugespitzt, da zur Zeit viele Pachtverträge auslaufen und erneuert werden müssten. Die indigenen Landbesitzer drohen mit der Nichterneuerung der Verträge oder verlangen höhere Pachtzinsen. Diesen Forderungen wurde bereits vor dem Putsch, aber insbesondere danach, vielerorts durch illegale Übergriffe wie körperliche Gewalt, Erpressungen, Diebstahl und Brandstiftungen Nachdruck verliehen. Hunderte von indischstämmigen Familien mussten von ihren Höfen fliehen und sich in relativ sichereren Landesteilen in Flüchtlingslager begeben. Zu diesen Vertriebenen kommen immer mehr Familien hinzu, deren Pachtverträge nicht erneuert wurden und die dadurch ihre Existenzgrundlage verloren haben.

Die staatlichen Ordnungskräfte hielten sich gegenüber den Putschisten im Parlamentsgebäude ebenso zurück wie gegenüber den für die Übergriffe auf die Bauern Verantwortlichen. Das verwundert nicht, sind Polizei und Militär von indigenen Fijianern dominiert und geführt, und in der indigenen Elite gab (und gibt) es weit verbreitete Zustimmung zu den Anliegen der Putschisten. Einige Führungspersönlichkeiten aus dem Great Council of Chiefs (GCC ist die oberste Instanz der streng hierarchisch aufgebauten fijianischen Gesellschaft, mit Verfassungsrang und weitgehenden Entscheidungsbefugnissen) stellten sich offen auf die Seite Speights; von Anfang an war klar, dass er und Ligairi nur vorgeschobene Figuren waren, die Hintermänner sehr viel größeres politisches Gewicht hatten. Der indigenen Elite passte das People's Coalition Government

(Regierung der Volkskoalition) Chaudhrys ganz und gar nicht. Sie war durch einen Wahlsieg über die bis dahin regierende rechtsnationalistische indigene Taukei-Partei zu Stande gekommen.

In der Regierung der Volkskoalition hatten erstmals Indo-Fijianer größeren Einfluss. Diese Regierung hatte eine an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientierte soziale Politik zu machen versucht, die in Wirtschaftskreisen auf massive Ablehnung stieß. Insbesondere die indigene Elite hatte in der Ära der Taukei-Herrschaft durch Privatisierungen von Staatsunternehmen massiv profitiert und fürchtete nun, durch die von der Regierung Chaudhry angekündigte teilweise Rückgängigmachung dieser Maßnahmen und die Untersuchung von Korruptionsfällen aus der Taukei-Ära Macht zu verlieren. Diese Kreise (zu denen auch indischstämmige Großunternehmer gehörten) verbündeten sich mit extrem nationalistischen und rassistischen Kräften; so gingen Neoliberalismus und rassistischer Ultranationalismus eine unheilige Allianz ein.

Angesichts dieser pro-putschistischen Kräftekonstellation konnten sich Speight und seine Leute wochenlang mit ihren Geiseln im Parlament halten und mit dem GCC und dem Militär hinhaltend verhandeln. Zeitgleich sammelten sich hunderte ihrer Anhänger im Parlamentskomplex oder sie machten Jagd auf indischstämmige FijianerInnen. Bei diesen "Fußtruppen" der Putschisten handelte es sich großteils um junge indigene Arbeitslose, die bereitwillig ihre Frustrationen an den zu Sündenböcken für ihre Misere gestempelten "InderInnen" ausließen.

Wichtigster Machtfaktor Militär

Am 29. Mai 2000 rief der Chef der Militärs, Frank Bainamarama, das Kriegsrecht aus, erklärte die 1997er-Verfassung für aufgehoben, forderte den Präsidenten zur Absetzung der Regierung und zum Rücktritt auf - was dieser auch befolgte. Militärführung und Putschisten schlossen am 9. Juli das sog. Muanikau Agreement. Es sah vor: Amnestie für die Putschisten, im Gegenzug Freilassung aller Geiseln, Ernennung eines Präsidenten und Vizepräsidenten durch den GCC; Einsetzung einer Interimsregierung und einer Verfassungskommission durch den neuen Präsidenten; Aufhebung der 1997er-Verfassung; Abgabe aller aus Militärbeständen entwendeten Waffen. Danach wurden die Geiseln tatsächlich freigelassen.

Am 26. Juli wurde Speight mit einer Gruppe von Anhängern an einer Straßensperre des Militärs festgenommen - mit der Begründung, dass sie entgegen dem Abkommen vom 9. Juli weiterhin bewaffnet seien. Am folgenden Tag stürmte das Militär das Camp der Speight-Leute und nahm dort rund 400 Mann, darunter Major Ligairi, fest. Die Führungsgruppe der Putschisten wurde in ein Touristenhotel auf der Insel Nukulau gebracht, wo sie seither ein - recht komfortables - "Gefangenen"-Dasein fristet. Ihnen soll der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden; doch bis heute ist man über Vorermittlungen noch nicht hinaus. Es ist fraglich, ob es überhaupt zum Prozess kommt, von der Aufklärung über Hintergründe des Putsches ganz zu schweigen. Die "einfachen" Anhänger Speights wurden nach kurzer Zeit auf freien Fuß gesetzt, darunter auch die am Putsch beteiligten Soldaten.

Die Unschädlichmachung der Putschisten führte nicht zur Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustand von vor dem 19. Mai 2000. Vielmehr bestimmte der GCC tatsächlich einen neuen Präsidenten, Josefa Iloilo (einen 80-jährigen Häuptling, der krank und nicht zur Führung der Amtsgeschäfte fähig ist); Vizepräsident wurde ein Häuptling, der den Putsch offen unterstützt hatte. Der neue Präsident setzte eine sog. Interimsregierung ein, deren Premier der Bankier Laisenia Qarase wurde und in der sich vor allem Politiker der in den Wahlen unterlegenen Taukei-Partei fanden. Die neue Interimsregierung setzte eine Verfasssungskommission ein, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Die 1997er-Verfassung galt weiterhin als abgeschafft, die Regierung Chaudhry als abgesetzt. Der zentrale Machtfaktor blieb das Militär.

Die Regierung Chaudhry, Gewerkschaften, Interessenvertretungen der Indo-Fijianer, Menschenrechts- und Frauenorganisationen, die sich in der "NGO Coalition on Human Rights" zusammengeschlossen hatten, versuchten in der Folgezeit, verfassungskonforme Zustände wiederherzustellen. Dafür erhielten sie zwar Unterstützung von der internationalen Staatengemeinschaft, doch innenpolitisch erwiesen sie sich als zu schwach, um sich gegen das Bündnis von Militär, GCC und den dahinter stehenden Eliten durchzusetzen. Unter diesen vertieften sich allerdings die Widersprüche über das weitere Vorgehen. Ausdruck hiervon war eine Meuterei der CRW zur Befreiung Speights am 2. November 2000. Die Meuterei wurde nach heftigen Kämpfen von loyalen Truppen niedergeschlagen. CRW-Soldaten wurden nach ihrer Gefangennahme von ihren eigenen Kameraden grausam ermordet.

Diese Vorgänge waren für die indigene fiijianische Bevölkerung ein tiefer Schock, weil erstmals indigene Soldaten auf indigene Soldaten geschossen hatten; von nun an ließ sich die Fiktion vom "indisch"-indigenen Gegensatz nicht mehr aufrecht erhalten. Vielmehr wurde offenbar, dass im indigenen Establishment bittere Machtkämpfe ausgebrochen waren. Tiefe soziale Spaltungen in den indigenen Gemeinschaften und eine zunehmende Verarmung großer Teile der indigenen Bevölkerung - bei gleichzeitiger schamloser Bereicherung ihrer Häuptlinge - bilden den Hintergrund dieser Auseinandersetzungen. Das Militär ist gespalten. Immer noch halten sich Putschisten versteckt.

Angesichts ihrer realen politischen Schwäche versuchten die verfassungstreuen Kräfte, auf dem Rechtsweg Boden gut zu machen. Am 15. November 2000 entschied ein Oberster Richter, dass die 1997er-Verfassung nach wie vor in Kraft und die Absetzung der Regierung Chaudhry unrechtmäßig und die Interimsregierung Qarase illegal sei. Gegen diesen Richterspruch legte Letztere Berufung ein. Darüber wurde unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen vor dem "Court of Appeal" als höchster Instanz ab Mitte Februar 2001 verhandelt. Am 1. März erging das Urteil: Es bestätigte den Richterspruch vom 15. November. Das bedeutete für die verfassungstreuen Kräfte einen Sieg auf der ganzen Linie. Doch wer gedacht hatte, dass nun die alte rechtmäßige Regierung ihre Arbeit wieder würde aufnehmen können, sah sich getäuscht. Vielmehr griffen der GCC und die Interimsregierung Qarase mit der Unterstützung des Militärs tief in die Trickkiste, um die Gerichtsentscheidung ins Leere laufen zu lassen. Am 13. März erklärte der GCC, dass die 1997er Verfassung zwar noch gültig sei, gleichzeitig ernannte er aber Iloilo nochmals zum Präsidenten, der wiederum nochmals Chaudhry feuerte, das Parlament auflöste und Qarase zum Chef einer "Caretaker" (Übergangs)-Regierung ernannte, die identisch war mit der gerade vom Gericht für illegal erklärten Interimsregierung. Diese Übergangsregierung soll nun Wahlen vorbereiten, die in der Woche vom 25. August bis 1. September angesetzt sind.

Repression gegen die People's Coalition

Die fijianische Gesellschaft zeigt sich am Vorabend der Wahlen tief gespalten. In der Folge des Putsches haben tausende indischstämmiger Fijianer, vor allem hoch qualifizierte Fachkräfte das Land verlassen, weil sie keine Perspektive für sich sahen. Die Wirtschaft wurde durch den Putsch schwer angeschlagen; die wichtigsten Wirtschaftszweige - Zuckerrohranbau, Tourismus, Textilindustrie - liegen dann nieder. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich und liegt nun bei 15 Prozent. Die fijianische Wirtschaft hatte in 2000 ein Minuswachstum von acht Prozent zu verzeichnen.

Der mit der Verabschiedung der Verfassung von 1997 verbundene demokratische Aufbruch scheint bereits wieder beendet. Bei Menschenrechts- und Frauenorganisationen, Gewerkschaften und demokratischen Parteien droht sich Resignation breit zu machen. Die alte People's Coalition fällt auseinander. Auf der anderen Seite schmieden die indigen-nationalistischen Kräfte aus einer Position der Stärke heraus neue Wahlbündnisse, um ein Debakel wie in den 1999er-Wahlen, die vor allem wegen der Spaltungen im nationalistischen Lager verloren worden waren, zu verhindern. Selbst eine Kandidatur Speights und anderer Putschisten auf nationalistischem Ticket ist nicht mehr auszuschließen. Und falls es mit den Wahlen doch nicht so laufen sollte wie von den herrschenden Kreisen gewünscht, steht immer noch das Militär für eventuell notwendige "Korrekturen" bereit. Gewalteruptionen, die jene vom Mai und November letzten Jahres weit in den Schatten stellen, sind nicht auszuschließen. Gegenwärtig ist unklar, ob die anstehenden Wahlen einen Ausweg aus der Krise weisen können oder ob sie nur einen weiteren Schritt tiefer in die Krise hinein führen werden.

In der nächsten Ausgabe: West Papua

Vo

23. Wer war die Frankfurter Schule?

Autor: Christoph Görg · Rubrik: Theorie; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:13

Wenn man von "Kritischer Theorie" mit großem "K" (KT) spricht, dann meint man damit eine spezifische Denktradition, die auch unter dem Namen "Frankfurter Schule" geführt wird. Gemeint ist eine Gruppe linker Intellektueller, die in den 30er Jahren am "Institut für Sozialforschung" in Frankfurt/M. zusammenarbeiteten, um eine neue Form kritischer Gesellschaftstheorie, in Anknüpfung aber auch in starker Kritik am damals vorherrschenden Marxismus, zu entwickeln. Während des Nationalsozialismus wegen ihrer dezidiert linken Einstellung, aber auch der jüdischen Herkunft vieler ihrer Mitglieder zur Emigration gezwungen, kehrten nach dem Ende der NS-Zeit nur wenige Vertreter wieder nach Deutschland zurück.

Prominenteste Vertreter der Nachkriegszeit waren Max Horkheimer (1895-1973), Theodor W. Adorno (1903-1969) und Herbert Marcuse (1898-1979), wobei nur die beiden ersten nach Deutschland zurückkehrten, während Marcuse in den USA blieb. Gleichwohl war sein Einfluss auf die Studentenbewegung der späten 60er und die sozialen Bewegungen der 70er Jahre in Deutschland beachtlich. Während Marcuse auf verschiedenen Veranstaltungen der "Außerparlamentarischen Opposition" als Redner auf große Resonanz stieß - so im Rahmen des Kongresses gegen den Vietnamkrieg 1967 -, hatten Adorno und Horkheimer eher ein gespanntes Verhältnis zu den Aktionen der Studierenden. Obwohl besonders Adorno vielen Inhalten ihres Protestes durchaus mit Sympathie begegnete - so warnte auch er vor den Gefahren der Notstandsgesetzgebung für die Demokratie und protestierte gegen die Erschießung Benno Ohnesorgs während des Schahbesuchs 1967 -, blieben ihm die Aktionsformen der Protestierenden fremd. Mehr und mehr wurde er daher im Verlauf der Jahre 1968 und '69 selbst zum Gegenstand des Protestes.

Auch Adornos damaliger Kollege als Direktor des Instituts für Sozialforschung, Jürgen Habermas, geriet verstärkt in Gegensatz zu den Aktionen der Protestbewegung, nachdem er diese in zugespitzter Form als "linken Faschismus" kritisiert hatte. Mit dem Tod Adornos 1969 und dem Weggang von Habermas nach Starnberg kann von einem Ende der "Frankfurter Schule" gesprochen werden. Nicht nur entfernte sich Habermas von einigen Kerngedanken der KT, die darum auch als "ältere kritische Theorie" gegen die mit Habermas beginnende "jüngere" abgegrenzt wurde. Mehr und mehr bildeten sich sehr verschiedene Varianten "kritischer Theorien" heraus, die in sehr unterschiedlicher Weise auf die neuen Verhältnisse "nach '68" zu reagieren versuchten.

Christoph Görg

24. Entsorgte Vergangenheit. Zur Geschichte der Krititischen Theorie in der Nachkriegszeit

Zur Geschichte der Kritischen Theorie in der Nachkriegszeit

Autor: Christoph Görg · Rubrik: Theorie; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:12

Gestern war die Welt noch nicht in Ordnung, aber heute scheint sie es wieder zu sein. Die neue "Berliner Republik" ist in den Kreis der normalen Nationalstaaten zurückkehrt und hat ihre Lektion aus der Geschichte gelernt. Statt sich durch ihre Vergangenheit weiterhin belastet zu fühlen, wird die NS-Zeit und die Ermordung der europäischen Juden umgedeutet zur moralischen Selbstermächtigung, nun ihrerseits das Weltgewissen zu vertreten und die Speerspitze im internationalen Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen zu bilden. Und ehemals revolutionäre Kämpfer und radikale Spontis haben sich längst zu honorigen Staatsmännern und Frauen entwickelt. Nur konsequent, dass sie dann selbst ihre Vergangenheit von "'68" als spätpubertäre Verfehlungen und Jugendsünden brandmarken. So viel "Lernen" war noch nie.

In historisch gesehen atemberaubender Geschwindigkeit will sich ein Land vom "Zivilisationsbruch" des Holocaust und der "bleiernen Zeit" der 50er Jahre zur Verkörperung von Humanität und Demokratie gewandelt haben. Und maßgeblich vorangetrieben worden sei, so wird von verschiedener Seite behauptet, die "intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" durch eine Strömung, die noch vor 25 Jahren ganz anders tituliert worden war: durch die Kritische Theorie der "Frankfurter Schule". War diesen linken Intellektuellen noch in den 70er Jahren vorgeworfen worden, die "geistigen Ziehväter des Terrorismus" zu sein, sind sie inzwischen zu Vorkämpfern von Westorientierung und Demokratie avanciert. Damit sei aber auch, so wird weiter suggeriert, ihre Rolle erschöpft - in einer funktionierenden Demokratie sei ein kritisches Verhältnis zur Gesellschaft schlicht überflüssig geworden.

Der Geist des Antiautoritären

Dass dieses schöne Geschichtsbild wenig mit der historischen Verarbeitung der NS-Zeit und der Rolle der Kritischen Theorie (KT) in ihr zu tun hat, lässt sich anhand zweier Bücher nachvollziehen. Beide beschäftigen sich mit der Rolle der KT in der Nachkriegsgeschichte, wenn auch aus sehr unterschiedlichem Blickwinkel. Während die Studie von Alex Demirovic über den "nonkonformistischen Intellektuellen" vor allem die universitäre und politische Praxis von Horkheimer und Adorno untersucht, geht es in dem Buch von Christian Schneider, Cordelia Stillke und Bernd Leineweber um die "Generationengeschichte der Kritischen Theorie". Vor allem geht es um die Frage, wie sich die Verarbeitung des Holocaust in der Konfrontation von akademischen Lehrern und Studierenden vollzogen hat.

Beide können ihren je spezifischen Beitrag dazu leisten, mit alten Mythen und neuen Verklärungen der Geschichte zu brechen. Eines der alten Mythen besagt, dass die Botschaft der älteren KT, für die Horkheimer und Adorno selbst einmal das Bild der "Flaschenpost" verwendet haben, von den protestierenden Studenten "entkorkt" worden sei. Damit wird suggeriert, in der "Flaschenpost" sei eine Wahrheit eingeschlossen gewesen, die, einmal freigesetzt, den Geist des Antiautoritarismus in die miefige und obrigkeitshörige deutsche Gesellschaft eingepflanzt habe. Dieser Flaschengeist habe zwar anders gewirkt als von den damals Protestierenden erwartet. Nicht die große Revolution sei erfolgt. Wohl aber seien die "Westorientierung" der Bundesrepublik und eine moderne Zivilgesellschaft seinem Wirken zu verdanken. Insofern stehe die Entkorkung der Flaschenpost geschichtlich gesehen für den Gründungsakt der "Berliner Republik".

Dass der alte Mythos nicht besser wird, wenn er zur Staatsideologie erhoben wird, kann man aus dem Buch von Demirovic lernen. Das Antriebsmotiv von Horkheimer und Adorno, nach dem Krieg trotz aller Bedenken doch nach Deutschland zurückzukehren, sei nicht ein Glaube an die elitäre Kraft einer geheimen Wahrheit gewesen. Vielmehr hätten sie eine gezielte Bildungs- und Ausbildungspolitik betrieben, mit dem Ziel, mit Hilfe von modernen sozialwissenschaftlichen Methoden, die sie z.T. aus den USA mitgebracht hatten, aber auch in Anknüpfung an die linke intellektuelle Tradition der Vorkriegszeit einen neuen Intellektuellentypus zu schaffen - den "nonkonformistischen Intellektuellen". Dafür hätten sie eine breit angelegte Tätigkeit entfaltet, die nicht nur aus der universitären Lehre und den öffentlichen Auftritten von Adorno bestand, sondern die auch wissenschaftspolitische Interventionen umfasste. Adorno war nicht nur ein wichtiges Element der öffentlichen

Kultur der 50er und 60er Jahre, er spielte auch eine politische Rolle bei der Etablierung einer modernen Sozialwissenschaft.

Die Gesamtheit dieser Interventionen bezeichnet Demirovic als "Wahrheitspolitik". Damit ist eben nicht die autoritäre Durchsetzung einer feststehenden Wahrheit gemeint, wie sie bspw. in der Sowjetunion betrieben wurde, sondern ganz im Gegenteil dazu die Ausbildung von mündigen und kritischen Individuen. Auf Grund der Verhältnisse der Nachkriegszeit und des Fortlebens des Nationalsozialismus in Personen, Denkweisen und Institutionen glaubten sie aber ihren eigenen Anspruch nur verdeckt artikulieren zu können. Als eigentliche Bedrohung galt ihnen denn auch nicht der schon in den 60er Jahren aufkommende Rechtsextremismus, sondern eine Bedrohung der Demokratie, die in den tragenden gesellschaftlichen Institutionen selbst angelegt sei. Gegen deren Umschlagen von latenten in offenen Autoritarismus sollte die "Erziehung zur Mündigkeit" ein vorbeugendes Mittel sein.

Die "Wahrheitspolitik" der Kritischen Theorie lässt sich daher, dem Buch von Demirovic folgend, nur als soziale Auseinandersetzung, als Kampf zwischen verschiedenen intellektuellen Denkrichtungen begreifen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass in den 50ern und auch noch in den 60ern allemal andere Personen und Denkströmungen tonangebend waren als Adorno oder gar Marcuse. Dies änderte sich allerdings im Gefolge der Protestbewegungen der 60er Jahre langsam, für die in der "Erziehung zur Mündigkeit" sicherlich ein, aber keineswegs der einzige und wohl kaum der entscheidende Baustein gelegt wurde. Vor allem lässt sich die Wirkung der KT auf die Protestbewegung und die gesamte Gesellschaft wohl kaum als gelungene Aufklärung bezeichnen. Denn die "Wahrheitspolitik" war nicht nur von außen bedroht, von politischen und intellektuellen Kräften, die dem Anspruch der KT diametral entgegenstanden. Die intellektuelle Praxis der "Frankfurter" war auch von innen, von ihren eigenen Protagonisten her bedroht.

Wie diese Bedrohung gewirkt hat, lässt sich dem Buch von Schneider, Stillke und Leineweber entnehmen. Die Konfrontation der Vertreter der KT mit ihren Studierenden lässt sich dann als "Traumatherapie im philosophischen Medium" begreifen. Die Studierenden, als Kinder der Täter mit dem kollektiven Verschweigen ihrer Elterngeneration konfrontiert, suchten in ihren akademischen Lehrern als Vertreter des Opferkollektivs eine Möglichkeit der Verarbeitung ihrer eigenen schmerzhaften biografischen Erfahrungen mit ihren Eltern.

Genau diese Therapie ist aber letztlich gescheitert. Während die erste Generation nach dem Krieg, die noch in den 50er Jahren bei Horkheimer und Adorno studierte, nach Schneider u.a. in einer Weise an ihre akademischen Lehrer gebunden waren dass sie sich völlig mit ihnen identifizierte und unterordnete, suchte die zweite Generation der 60er Jahre die Konfrontation. Zunächst war sie noch von der Erwartung angetrieben, ihre neuen akademischen Väter als Verbündete im Kampf gegen das Fortleben des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und die neuen Bedrohungen der Demokratie gewinnen zu können.

Von der Identifikation zur Konfrontation

Doch in diesen Erwartungen wurde sie enttäuscht, denn besonders Horkheimer vermochte in den protestierenden Studenten keine Verbündeten zu sehen, sondern nur die Wiederkehr ihrer Nazi-Väter. Allein Marcuse war in der Lage, die Konfrontation mit den Studierenden anzunehmen und in Auseinandersetzung mit ihnen einen neuen Kritiktypus zu entwickeln. Wenn sich die Wut der Studierenden schließlich immer mehr gegen ihre Lehrer richtete und in einer Besetzung des Instituts für Sozialforschung und einigen kränkenden Aktionen gegen Adorno gipfelte, dann steckt hinter dieser Wendung die Enttäuschung über die fehlgeschlagene Identifikation mit den Ersatz-Vätern.

Was in dieser biografischen Dimension letztlich zum Ausdruck kommt, ist ein spezifisches Problem der Verarbeitung des historischen Traumas. Wie inzwischen aus den Forschungen mit Überlebenden des Holocaust und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen bekannt ist, setzt sich das Traumas auch in den folgenden Generationen fort. Auf Grund der Schwere der seelischen Verletzungen übertragen sich diese auf die Kinder und Enkel. Eine solche Übertragung, allerdings in verschobener Form, findet sich auch in der "Generationengeschichte der Kritischen Theorie".

Obwohl Adorno und Horkheimer der Aufarbeitung des Holocaust und der Perspektive der Opfer in ihrer Theorie gerecht zu werden versuchten, konnten sie letztlich den seelischen Beschädigungen nicht entgehen, die sie selbst davongetragen hatten. Dies zeigte sich vor allem in ihrer Unfähigkeit, die Protestmotive der Studierenden verstehen zu können und nicht hinter jeder Regelverletzung wieder die braunen Horden

marschieren zu sehen. Indem Schneider, Stillke und Leineweber solche seelischen Beschädigungen aufzeigen und verständlich machen, tragen sie zur Entzauberung dieser Personen und damit zur Historisierung der Kritischen Theorie bei. Damit wird aber auch deren kompromisslose kritische Haltung sichtbar, die sich jegliches naive Vertrauen in die angeblich zivilisierende Kraft der westlichen Kultur versagt. Im Frühjahr 1969 von einem Reporter des Spiegel zu Beginn eines Interviews mit der Frage angesprochen: "Herr Professor, letzte Woche schien die Welt noch in Ordnung zu sein?", antwortete Adorno mit zwei lapidaren Worten, die mehr sagen als alle langen Reden: "Mir nicht!"

Christoph Görg

Alex Demirovic, Der nonkonformistische Intellektuelle, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1999, 983 Seiten, 39,80 DM

Christian Schneider, Cordelia Stillke, Bernd Leineweber, Trauma und Kritik. Zur Generationengeschichte der Kritischen Theorie, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, 227 Seiten, 48 DM

25. Jagdtrophäen fürs Dienstzimmer. Berliner RZ-Prozess: Szenen vor dem Saal 500

Autor: Leon Grabowski · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:20

Oberstaatsanwalt Homann ist fasziniert. Auf dem Flur vor dem großen Saal 500 des Kriminalgerichts Moabit, in dem der Berliner "RZ-Prozess" stattfindet, hält er einen Schwatz mit der Gerichtszeichnerin. Homann darf in ihrer Bildermappe blättern. Eine Zeichnung zieht den Mitte-50-jährigen, etwas steif wirkenden Staatsbediensteten besonders an. Sie ist am vorausgegangenen Prozesstag entstanden, dem Tag, an dem Rudolf Sch. das erste Mal in diesem Verfahren angeklagt wurde. Die Zeichnung zeigt Sch. und Sabine E. nebeneinander sitzend. Rechts im Hintergrund ist die Vorsitzende Richterin Gisela Hennig zu erkennen. Sie schaut über die runden Gläser ihrer Lesebrille hinweg, freundlich lächelnd. Es ist ihr typischer - einige ProzessbeobachterInnen meinen "mütterlicher" - Blick, immer dann, wenn sie den Faden verloren hat oder Kritik der Verteidigung erntet. Im Zentrum des Bildes stehen jedoch Herr Sch. und Frau E.. Beide wirken eher entspannt, Sch. mit einem leichten Lächeln. Irgendwie hat die Zeichnung etwas Intimes. Vielleicht ist es aber auch nur das Wissen darum, dass die beiden ein Paar sind und der Gerichtssaal zur Zeit für sie den einzigen Treffpunkt darstellt.

Homann, der Oberstaatsanwalt, findet das Bild - wie er sich ausdrückt - authentisch. Besonders "Sch.", betont er gegenüber der Zeichnerin, sei hervorragend getroffen. Schließlich wäre das Zeichnen vor Gericht eine besondere Kunst, säßen die Protagonisten doch nie richtig still. Der Mann, der nach den Worten von Rechtsanwalt Nicolas Becker im Verfahren eher "fürs Grobe" zuständig ist, scheint sich über Gerichtszeichnungen Gedanken gemacht zu haben. Heute hat er endlich mal Zeit darüber zu sprechen. Frau E., so war gleich am Morgen bekannt gegeben worden, hat sich wegen eines akuten Migräneanfalls geweigert, vor Gericht zu erscheinen. Wie alle Prozessbeteiligten seit dem ersten Verhandlungstag wissen, leidet Frau E. seit Jahren an dieser Krankheit, die sich durch die Haft verschlimmert hat. Ein Gerichtsarzt, so nun die Anweisung der Vorsitzenden Richterin, soll Frau E. im Gefängnis in Pankow untersuchen und später dem Gericht ihren Zustand schildern.

Zwei Stunden sind schon vergangen. Die Vorsitzende Richterin telefoniere fieberhaft, so ist von einer Anwältin zu erfahren. Einige der zehn VerteidigerInnen stehen draußen vor dem Saal, rauchen Zigaretten oder trinken Kaffee. Noch fünf weitere KollegInnen von der Presse sind anwesend. Auch die Gerichtszeichnerin erkundigt sich, ob denn am heutigen Tag überhaupt noch was passieren werde. Ein Anwalt zieht die Schultern hoch. Er wisse nur, dass Frau Henning die Anweisung erteilt habe, die Angeklagten aus den Wartezellen im ersten Stock durch die unterirdischen Gänge, die das Gerichtsgebäude mit dem angrenzenden Gefängnis von Moabit verbinden, zurückbringen zu lassen. Auf Grund der besonderen "Sicherheitsvorkehrungen", die auch auf Frau Hennig zurückgehen, darf im Gerichtssaal nicht gewartet werden.

Zumindest für die Gerichtszeichnerin zahlt sich das Warten aus. Oberstaatsanwalt Homann kauft die Zeichnung des Ehepaars Sch. und E.. Zufrieden lächelnd rollt er sie mit großer Vorsicht zusammen. Später zeigt er das Stück seinen beiden Kollegen Mägerle und Bruns von der Bundesanwaltschaft. Auch sie scheinen angetan. Die Zeichnerin erzählt, dass ihre Werke ganz unterschiedliche Preise hätten, allerdings, unter 500 Mark ginge nichts.

Eine weitere halbe Stunde ist vergangen. Die meisten der Herumstehenden sind vorübergehend verschwunden, vermutlich in die Gerichtskantine. Plötzlich zeigt sich ein ungewöhnliches Bild: die drei Staatsanwälte sitzen der Gerichtszeichnerin auf der steinernen Bank gegenüber der großen Tür zum Saal 500 Modell. Oberstaatsanwalt Homann, der Chef der drei, hat das Gruppensitzen organisiert. Die Stimmung ist locker, die Ankläger freuen sich über die Abwechslung. Allerdings, so gibt Bundesanwalt Mägerle zu bedenken, solle die Zeichnung den notwendigen bundesanwaltlichen Ernst bekommen. Sehr ernst blickt er denn auch drein, als er an der Reihe ist und von der Zeichnerin fixiert wird. Es ist wieder Herr Homann, der später Vorschläge für den Hintergrund der Zeichnung macht. Zwei Frauen aus Stein, rechts und links über dem Trio angeordnet, dies könne er sich gut vorstellen. Die ausladende Haupthalle der Moabiter Gerichts bietet genügend Anregungen. Die Zeichnerin ist begeistert.

Inzwischen ist früher Nachmittag. Der Ruf des immer gleichen, viel zu lauten Gerichtsdieners mit seinem Bundesadleramulett auf der behaarten Brust: "Die Verhandlung E. und andere wird fortgesetzt" ertönt. Nun sehen auch die AnwältInnen zufriedener aus, bekommen sie doch mit Eröffnung "ihr Sitzungsgeld", egal wie lange die Verhandlung dauert. Die Bundesanwälte haben ihre roten Roben wieder übergeworfen und sich im Sitzungssaal rechts neben der Richterin hinter ihrer Glasscheibe verschanzt. Weniger zufrieden sehen die hereingeführten Angeklagten aus. Harald G., einer von ihnen, ergreift sofort das Wort. Er ist ungehalten, zornig. Seit dem frühen Morgen hätten er und die Mitangeklagten in den "Rattenlöchern", gemeint sind die Zellen im ersten Stock, auf den Verhandlungsbeginn warten müssen. Die Wände seien dort mit Hakenkreuzen beschmiert, der Gestank kaum auszuhalten. Er fühle sich vollkommen verdreckt und verschwitzt und begreife nicht, warum man mit ihnen derart verfahre.

Gisela Henning schaut über die runden Gläser ihrer Lesebrille hinweg, freundlich lächelnd. Etwas erstaunt, vielleicht auch leicht verunsichert, erklärt sie, dass sie morgens die Rückführung in die Untersuchungshaft angeordnet habe. Ihr Blick wandert durch den Gerichtssaal und bleibt an einem der Gerichtsdiener hängen. Dieser klärt auf: Im Untersuchungsgefängnis Moabit herrsche Personalmangel. Es hätte niemand gegeben, der die Angeklagten außerplanmäßig wieder hätte abholen können. Die Richterin ist zufrieden, das "Problem" hat sich aufgeklärt, schließlich ist sie für den Personalmangel in Moabit nicht zuständig. Die kleine Ablaufstörung ist beseitigt. Ein Arzt berichtet, was alle schon wissen: Frau E. hat schwere Migräne und kann deshalb nicht der Verhandlung beiwohnen. Die Verhandlung wird bis zum nächsten Sitzungstag unterbrochen.

Leon Grabowski

26. Kronzeuge Tarek Mousli im Zeugenstand: Märchenstunden vor Gericht

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:34

Seit dem 22. März läuft vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin der Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der "Revolutionären Zellen" (RZ). Die Anklage beruht fast vollständig auf den Aussagen des Kronzeugen Tarek Mousli. Die bisherige Verfahrensführung des Kammergerichts unter der Vorsitzenden Richterin Gisela Hennig lässt erkennen,

dass sich das Gericht den Manipulationsversuchen der Bundesanwaltschaft (BAW) nicht zu widersetzen und seiner Aufklärungspflicht nicht nachzukommen gedenkt.

Absperrgitter vor dem Kriminalgericht Moabit, Leibesvisitationen im Gerichtsgebäude. Penibel werden alle ProzessbesucherInnen durchsucht. Nicht nur diese scheinbaren Äußerlichkeiten wecken schlimme Erinnerungen an so genannte Terroristenverfahren der 70er und 80er Jahre. Es ist auch die Art und Weise wie die Vorsitzende Richterin mit Anträgen der Verteidigung umgeht. Diese werden ohne erkennbare Prüfung fast ausnahmslos als "unzulässig" oder "unbegründet" zurückgewiesen. Zur Begründung schließt sich die Kammer dabei regelmäßig der Argumentation der Bundesanwälte an.

Diese Umgangsweise des Gerichts gilt auch für andere Beschwerden der Angeklagten und ihrer Anwälte. Ob diese die Haftbedingungen betreffen, Hinweise auf Verfahrensfehler, Beschwerden wegen Prozessverschleppung durch das Gericht und die Ermittlungsbehörden oder die Unverhältnismäßigkeit der langen Untersuchungshaft, die in keinem Verhältnis zum möglicherweise zu erwartenden Strafmaß mehr steht. Von all dem will der Senat offenkundig nichts wissen.

Das einzige Beweismittel: Der Kronzeuge

Dass die Angeklagten zum Teil seit 19 Monaten allein wegen den Beschuldigungen eines Kronzeugen in U-Haft sitzen, sei ein "Skandal" und spreche einem "grundrechtlich gegründeten Strafverfahren Hohn", so das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das zusammen mit der Humanistischen Union und der Liga für Menschenrechte, den Prozess von Anfang an beobachtet. Inzwischen hat die Verteidigung wegen der unverhältnismäßig langen Dauer der U-Haft denn auch das Bundesverfassungsgericht angerufen.

Die Vernehmung des Kronzeugen Mousli durch die Verteidigung steht kurz bevor. Bislang wurde Mousli vom Gericht befragt. Dabei ging es - ebenso wie bei den als Zeugen geladenen Bundesanwälten und BKA-Beamten - vor allem darum, seine Kronzeugenkarriere zu beleuchten. Dabei verschanzten sich die beamteten Zeugen immer wieder hinter ihren eingeschränkten Aussagegenehmigungen. Auch Mousli verweigerte zu diesem Thema an einem entscheidenden Punkt die Aussage. Seine Ausrede: Da er im Zeugenschutzprogramm des BKA sei, könne er nichts sagen. Obwohl diese Begründung im Widerspruch mit der beeideten Aussage eines Zeugen steht, schlug sich auch dieses Mal der 1. Strafsenat voll auf die Seite des Kronzeugen. In welch eklatanter Weise die Vorsitzende Richterin ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, einen Beitrag zur Wahrheitsfindung zu leisten, zeigte die Begründung für die Ablehnung des Antrages, Mousli zur Beantwortung dieser Frage zu zwingen. Es sei, so Hennig, zu befürchten, dass aus den Aussagen Mouslis "Rückschlüsse auf seinen weiteren Lebensweg" gegeben würden, die "von interessierten Kreisen in das Internet gestellt werden könnten" und damit sein weiteres Leben gefährdeten. Das sei "dem Zeugen Mousli nicht zuzumuten". Auf diesen deutlichen Beweis, dass es dem Gericht nicht darum geht, den Kronzeugen zu wahrheitsgemäßen Aussagen zu verpflichten, haben die Angeklagten und ihre Anwälte mit Befangenheitsanträgen gegen den gesamten Senat reagiert. Zu offensichtlich sind die Bemühungen der Richter, den Zeugen zu schonen, und ihre Weigerung, ihn mit Widersprüchen zu konfrontieren.

Dabei ist jetzt schon mit aller Deutlichkeit klar geworden: Mousli wurde vom BKA systematisch unter Druck gesetzt und systematisch zum Zeugen der Anklage aufgebaut. Alleine zwischen dem 23. November 1999 und dem 24. Januar 2000 wurde Mousli 44 Mal vernommen. Währenddessen seien ihm - so die Verteidiger - "zahlreiche Aktenbestandteile, Zusammenfassungen von Zeugenaussagen und Urkunden" zur Verfügung gestellt worden. "Das Erschreckende jedoch am Umgang der Ermittlungsbehörden mit dem Kronzeugen Mousli ist die Art und Weise, wie sich darum bemüht wurde, die Vielzahl von Widersprüchen zum objektiven

Geschehen und zu anderen Erkenntnissen im Nachhinein zu glätten", kritisiert Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck. Aus diesen Gründen halten die Anwälte "das Beweismittel Mousli" bereits vor seiner Aussage für entwertet.

Die Anklage der BAW fußt praktisch alleine auf den Aussagen des Kronzeugen. Dabei ließen sich die Bundesanwälte auch nicht davon irritieren, dass seine Behauptungen nicht mit anderen Ermittlungsergebnissen in Einklang zu bringen sind. Kein Wunder also, dass der Kronzeuge - wie in solchen Verfahren üblich - monatelang auf seine Auftritt sorgsam vorbereitet wurde. In den Akten seien "eine Vielzahl von Hinweisen enthalten, wonach der Kronzeuge nach allen Regeln der Kunst für seine Vernehmung präpariert wurde", so die Verteidigung in einer Presseerklärung. Wie am vierten Prozesstag bekannt wurde, hat die Bundesanwaltschaft zudem - am Gericht und den Anwälten vorbei - kurz vor seinem Erscheinen über den Zeugenschutz Akten an Mousli weitergeleitet.

Die Bundesanwälte wollen an dieser Vorgehensweise nichts Ungewöhnliches erkennen. Dies sei die übliche Praxis der BAW in solchen Verfahren, erklärten sie unverblümt vor Gericht. Wie wenig der Berliner RZ-Prozess mit einem fairen Verfahren, stattdessen aber mit staatlichem Verfolgungswahn zu tun hat - deutlicher hätte man es nicht zeigen können.

Dieser redaktionell bearbeitete Artikel erscheint zeitgleich in der dritten Ausgabe der Soli-Zeitung "Früchte des Wahns", als Beilage in Freitag,

ND und taz.

27. "Goldene Hakenkralle": Zehntausende Telefonate abgehört. BKA und Verfassungsschutz ermitteln gegen Anti-AKW-Bewegung

Autor: Berliner GenossInnen · Rubrik: Geheimdienste; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:11

Vor zwei Jahren, am 6. Juli 1999, durchsuchten mehrere hundert Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) 13 Wohnungen in Berlin, Hamburg, Bremen und im Wendland. (vgl. ak 429) Anlass war ein seit Anfang 1997 laufendes Ermittlungsverfahren nach § 129a. Den Beschuldigten wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) die Beteiligung u.a. an Hakenkrallenanschlägen auf die Deutsche Bahn AG im Zusammenhang mit Castor-Transporten vorgehalten. Nach fünf Jahren Ermittlungsarbeit tröpfeln jetzt bei einigen Beschuldigten die ersten Aktenauszüge ein. Die bisher zugänglichen 7.000 Ermittlungsseiten, die nach Einschätzung der Anwälte allerhöchstens fünf bis zehn Prozent des gesamten Aktenmaterials ausmachen und nur wenig Konkretes enthalten, sind Belege für die wohl größte Überwachungsmaßnahme gegen die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung in den letzten 20 Jahren.

Besonders interessant in dem Ermittlungsverfahren "Goldene Hakenkralle" für die Staatsschützer scheint dabei das ehemalige Berliner Anti-Olympia-Komitee (AOK) zu sein. Hier vermuten die BAW und das BKA die "Kader der Autonomen Gruppen", die laut Bekennerschreiben vom Oktober 1996 und Februar 1997 für zwei Anschlagserien auf die Deutsche Bahn verantwortlich sind. Der Verfassungsschutz (VS) erstellte offenbar 1995/96 über die Berliner Gruppe eine umfangreiche, bis heute geheim gehaltene Expertise. Daraus ist bisher nur ein kurzer Satz bekannt geworden: Das "AOK ist eine terroristische Vereinigung."

Das ist zumindest ungewöhnlich, da das AOK eine öffentlich arbeitende Gruppe war und nie durch nächtliche klandestine Aktivitäten der Berliner Polizei Arbeit verschafft hat. Das AOK arbeitete seit 1991 gegen die Bewerbung Berlins für die Olympiade 2000 und trug entscheidend mit dazu bei, dass Berlin im September 1993 mit nur neun Stimmen weit abgeschlagen durchfiel. Da sich das AOK nie von militanten Aktionen gegen die Olympiasponsoren distanzierte, sondern Sachbeschädigungen als einen "integralen Bestandteil des Widerstandes" einstufte, geriet es wohl in das Fadenkreuz der Staatsschützer. Das AOK arbeitete nach dem Olympiadesaster vor allem auf dem Sektor des Anti-Militarismus weiter und mobilisierte zusammen mit linken Abgeordneten der Grünen und der PDS gegen die Bundeswehraufmärsche in der neuen Hauptstadt. Vollends verdächtig machte sich das AOK durch Aufrufe zur revolutionären 1.-Mai-Demo, wobei sich die autonomen OlympiagegnerInnen deutlich von den Stalinisten und orthodoxen Kommunisten abgrenzten.

Die Ermittlungstätigkeiten in Form von Telefonüberwachungen, Aufhebung des Briefgeheimnisses und gelegentlicher Observationstätigkeit dauern mindestens bis in den Herbst 2000 an. Hier eine kleine Auswahl:

- VS und BKA observieren von 1997-2000 alle wichtigen überregionalen Treffen der Anti-AKW-Bewegung (Göttingen, Erfurt, Marburg, Heidelberg, Berlin). Sie schreiben alle Autokennzeichnen auf und stellen die Anwesenheit von bestimmten Personen fest.

- VS und BKA hören das Telefon von sämtlichen Beschuldigten und deren Freundeskreis ab (und das teilweise kontinuierlich über drei Jahre!). Der Personenkreis, gegen die der Staatschutz ermittelt, umfasst die dem VS und BKA bekannten Mitglieder des Berliner Atomplenums, des AOK und der Dahlenburger Anti-Castorgruppe sowie Einzelpersonen aus Berlin, Hamburg und dem Wendland.

- Der VS startet mindestens zweimal im Sommer 1997 bzw. Frühjahr 1998 einen großen Lauschangriff und schneidet die Unterhaltung von Beschuldigten in Kneipen mit.

- Der VS dringt in das Berliner Haus der Demokratie ein, um sich von dem Kopierer des Anti-Atom-Plenums Vergleichskopien zu beschaffen.

- In einer nächtlichen Großaktion wird in ein Auto ein GPS-Ortungssystem von Berliner Staatsschützern eingebaut.

Abhören, observieren, kriminalisieren

Vorsichtigen Schätzungen zufolge umfasst der Personenkreis, deren Telefongespräche in den Ermittlungsverfahren "Goldene Hakenkralle" und AOK über Monate und Jahre abgehört wurden, ohne dass sie davon in Kenntnis gesetzt worden sind, mehr als 2.000 (!) Menschen. Da in Berlin einige der Beschuldigten seit mehr als zehn Jahren regen Kontakt mit linken LandtagspolitikerInnen pflegten im Zuge von Bündnisaktionen gegen Militäraufmärsche, Antifa-Aktionen und der Olympiabewerbung, ist davon auszugehen, dass hier die Geheimdienste auch mitgelauscht haben. Die Zahl der abgehörten Telefongespräche kann dabei nur geschätzt werden. In einer Kreuzberger WG wohnen vier Beschuldigte und drei sogenannte "Betroffene". Allein in dieser WG werden pro Jahr mehr als 5.000 Telefonate geführt.

Die Ermittlungstätigkeiten konzentrieren sich in den letzten Monaten aber offenbar vor allem auf die Beschuldigten und deren Umfeld aus dem Wendland und dem Kreis Lüneburg. Dies sind alles Menschen, die seit fast 20 Jahren gegen die bundesdeutsche Atompolitik und gegen den Castor kämpfen.

Gebracht hat dies der BAW nichts. Jedenfalls konnte sie bislang weder eine einzige der mehr als 160 Hakenkrallen bei den Beschuldigten finden, noch konnten weitere Anschläge auf Castor-Transportstrecken verhindert werden. Die Frustration der Geheimdienstler findet dafür andere Ventile. Diese haben zwar mit dem eigentlichen Ziel der Ermittlungen nicht zu tun, machen dafür aber das Leben der Beschuldigten trotzdem schwer. Die Ermittlungsbeamten haben in den 129a-Verfahren alle Freiheiten. Sie haben wie in Verfahren gegen die "organisierte Kriminalität" alle Handlungsvollmachten der Welt und können u.a. sämtliche Bankkonten und Geschäftsunterlagen der Beschuldigten und die ihrer Verwandten und FreundInnen überprüfen. Aus dieser umfangreichen Palette von kleinen Schikanen seien einige aufgezählt:

- Streichung der Gelder für die Opferperspektive Brandenburg wegen angeblicher Kontakt zum terroristischen Umfeld (gemeint sind die CastorgegnerInnen).

- Arbeitsamtgeldrückforderungen wegen angeblichem Sozialbetrug.

- Streichung öffentlicher Gelder bei der Mess- und Arbeitsstelle für Umweltschutz (MAUS) in Bremen wegen angeblicher Fördermittelerschleichung.

- Aufhetzung des Bauaufsichtsamts in Lüneburg wegen Verstoß gegen die Bauordnung.

- Aufhetzung der Gewerbeaufsicht wegen angeblicher Schwarzarbeit in einem Privathaus bei Lüneburg.

- Einleitung eines Verfahrens wegen Herstellung der radikal in Berlin.

- Einleitung eines Verfahrens wegen Umweltverschmutzung in Berlin (Ölablassgrube in einer Kfz-Werkstatt).

Trotz der Misserfolge auf der Suche nach Beweismaterial geben die Herrn mit Schlapphut nicht so schnell auf. In den letzten zwei Jahren wurden fast 50 Vorladungen zum BKA bzw. zur BAW ausgesprochen. Insbesondere haben sich die Herrn aus Karlsruhe dabei auf ein Ehepaar aus Lüneburg eingeschossen. Aus dem Bekanntenkreis dieses Paares wurden mittlerweile 14 Personen vorgeladen. Vereinzelt ist es zu Vernehmungen gekommen, ohne dass dabei aber für die Bullen Substanzielles heraussprang. Es wurde nur Banales bestätigt, nämlich dass es sich bei den Beschuldigten, wie nicht anders erwartet, um AKW-GegnerInnen handelt.

RZ-Kronzeuge auch im Spiel

Bemerkenswert an diesem Verfahren ist auch, dass die BAW immer neue Verdächtigungen gegenüber einzelnen Beschuldigten auftischt. Da verwertbare Aussagen der Vorgeladenen ausbleiben, musste im letzten Jahr auch der neue Allround-Kronzeuge in Sachen Linksradikalismus, Tarek Mousli, in die Bresche springen. Wie im Zusammenhang mit dem laufenden Berliner RZ-Prozess bekannt wurde, ist Mousli auch über seine Kenntnisse zur "Goldenen Hakenkralle" vernommen worden. Offenbar konnte er dazu aber auch nichts Konkretes sagen, außer dass er einzelne Beschuldigte verdächtigte, Kenntnisse im Umlegen von Strommasten zu haben.

Von der Castorgruppe Dahlenburg bis zur RZ wird versucht, einen großen Zusammenhang zu konstruieren, den es zwar so nur in der Fantasiewelt der Bullen gibt, der aber als funktionale Arbeitsgrundlage dient, weite Teile der Linken und Linksradikalen in der BRD, und hier besonders den Castor-Widerstand, zu kriminalisieren.

Um so erfreulicher war beim letzten Castor zu beobachten, dass alle wieder da waren und an den verschiedensten Orten auf die unterschiedlichste Art und Weise aktiv waren.

Einige GenossInnen aus Berlin

Das Spendenkonto für Anwaltskosten lautet: Rote Hilfe, Stichwort Ehrenwort, Konto-Nr.: 718 9590 600, Berliner Bank, BLZ 100 200 00. Weitere Informationen: www.nadir.org /gold

28. Rücke vor bis auf Los! Die Anti-Atom-Bewegung nach dem "Atomkonsens"

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:26

Ein ganzes Jahr hat es gedauert, bis der bereits im Juni 2000 entworfene Text für den "Atomkonsens" zwischen Bundesregierung und den Stromkonzernen von den Chefs der AKW-betreibenden Industrie auch unterzeichnet wurde. Denn die Atombosse waren erst zur Unterschrift bereit, als der Entwurf für das auf der Vereinbarung basierende neue Atomgesetz nach ihren Wünschen fertig gestellt war.

Hinter den Kulissen hatte es noch einmal kurz Irritationen gegeben. Die JuristInnen aus dem Umweltministerium hatten in die Begründung für das neue Gesetz geschrieben, Atomkraft sei ein zu großes Risiko. Wenn dieser Passus beschlossen wird, so die Atomlobby, bestünde die Gefahr, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die sofortige Stilllegung der AKWs einklagen könnte. Also musste die Formulierung deutlich entschärft werden.

Demnächst bringt Jürgen Trittin den Gesetzentwurf in den Bundestag ein und dort gibt es eine Premiere: Die Abgeordneten dürfen nur noch abnicken, aber nicht mehr verändern. Bisher gilt eine von SPD-Fraktionschef Peter Struck so formulierte Regel: "Noch nie hat ein Gesetz das Parlament so verlassen, wie es eingebracht wurde". Jetzt gilt - so steht es im Konsens-Vertrag: "Über die Umsetzung der Atomgesetznovelle wird auf der Grundlage des Regierungsentwurfs zwischen den Verhandlungspartnern beraten." Danach muss alles so bleiben, wie vereinbart. Ulrich Hartmann, Chef des größten Atomstrom-Produzenten E.on, warnt den Bundestag deutlich: "Wenn es Änderungen zu unseren Lasten geben sollte, dann entfällt für uns die Geschäftsgrundlage."

Es ist nicht zu erwarten, dass der Bundestag dies riskieren wird. So haben wir seit dem 11. Juni eine neue "Geschäftsgrundlage" in der Atompolitik: Atomkraftwerke dürfen durchschnittlich 35 Jahre am Netz bleiben. Wenn alte, unrentable Anlagen abgeschaltet werden, darf die dort nicht produzierte Reststrommenge auf andere profitablere Reaktoren übertragen werden. So ist ein Weiterbetrieb der neueren Leistungsreaktoren bis über das Jahr 2030 hinaus möglich. Die Verträge mit den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) im Ausland werden voll erfüllt.

Bis 2005 soll es noch 400 entsprechende Transporte nach La Hague und Sellafield geben. Danach ist geplant, den Atommüll in riesigen Lagerhallen direkt an den Kraftwerken zu lagern. Ein Endlager gibt es weiterhin nicht, wird auch nicht ernsthaft gesucht, aber nach Gorleben soll weiter Jahr für Jahr hochaktiver Abfall aus den WAAs rollen.

Mit Ausstieg hat das alles nichts zu tun, auch wenn große Teile der Presse und auch die ehemalige Anti-Atom-Partei Bündnis 90/Die Grünen dies behaupten. Hat also die jahrzehntelang starke außerparlamentarische Bewegung gegen die Atomkraft letzten Endes die Auseinandersetzung verloren? Diese Einschätzung wäre nur dann richtig, wenn sich nun alle Beteiligten auf dem neuen status quo ausruhen würden, wenn das, was im "Atomkonsens" festgelegt wurde, als unumstößliche Tatsache hingenommen würde.

Aber so wie es in den 70er Jahren ein sozialdemokratisches Atomprogramm gab, das auf Grund des heftigen Widerstandes nur teilweise umgesetzt werden konnte, so steht jetzt das rot-grüne Atomprogramm für das 21. Jahrhundert zur Debatte. Ähnlich wie vor 30 Jahren gibt es im parlamentarischen Raum keine ernst zu nehmende Kraft, die einen konsequenten Atomausstieg vertreten würde. Selbst die PDS ist als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern auf Pro-Atom-Kurs umgeschwenkt.

So ist die Anti-Atom-Bewegung also wieder bei ihren Wurzeln angekommen: Rücke vor bis auf Los! Als rein außerparlamentarische Kraft steht sie einer Regierung gegenüber, die alles dafür tut, die Wünsche der Atomindustrie zu erfüllen. Selbst die der Bewegung in den letzten Jahren zumindest teilweise wohlgesonnenen Medien haben sich mit dem "Konsens" abgefunden. Es ist nicht leichter geworden, zu vermitteln, dass der Atomausstieg erstens nicht beschlossen, aber zweitens dringend nötig ist.

Wichtiger denn je ist in diesen Zeiten also Aufklärung. Die Bewegung muss raus auf die Straßen und in die Säle: Infotische, Flugblätter, Veranstaltungen, Presseartikel, alle diese Grundtechniken und Grundlagen des

Protestes müssen wieder verstärkt genutzt werden, um nicht als kleine radikale Minderheit der Marginalisierung zum Opfer zu fallen.

Neben dieser Öffentlichkeits-Offensive gilt es Perspektiven für den Widerstand zu entwickeln. Die laufenden Aktionen gegen die Atommülltransporte ins Ausland sind zwar zahlenmäßig nicht mit dem wendländischen Castor-Widerstand zu vergleichen, aber gegenüber früheren Protesten gegen WAA-Transporte erstaunlich zäh und langlebig. Und sie sind erfolgreich: In den drei Monaten seit dem "Türöffner"-Transport nach Gorleben waren ursprünglich fast wöchentlich Atommüllzüge ins Ausland geplant. Stattgefunden haben bisher lediglich fünf. Die Innenminister der Länder sind in heller Aufregung, weil sie es sich auf Dauer nicht leisten können, alle paar Wochen das halbe Streckennetz der Bahn zu bewachen.

Der nächste Tag X im Wendland wird zwischen Mitte Oktober und Mitte November erwartet. Dass unter rot-grün erstmals zwei Castor-Transporte innerhalb eines Jahres nach Gorleben rollen sollen, könnte sich zum Sargnagel der Atompolitik von Schröder und Trittin erweisen. Die Menschen in Lüchow-Dannenberg sind wild entschlossen, zu zeigen, dass sie nicht gewillt sind, die Transporte zur Normalität werden zu lassen. Die bundesweite Unterstützung für die WendländerInnen wird eher nochmals zunehmen.

Auch der Widerstand gegen den Bau von riesigen neuen Zwischenlager-Hallen an den Reaktoren wird stärker. Schon mehr als 200.000 Menschen haben bundesweit Einwendungen gegen die geplanten Castor-Scheunen erhoben. Selbst im bayerischen Gundremmingen, bisher nicht als eine Hochburg der Bewegung bekannt, beteiligten sich Mitte Juni mehr als 2.000 Leute an einer Menschenkette gegen das Atommüll-Lager. War der regionale Widerstand gegen die Zwischenlager Anfangs noch stark vom St. Florians-Denken geprägt, so wird inzwischen der Ruf nach dem Abschalten aller Reaktoren auch in diesen Kreisen immer lauter.

Eines ist schon jetzt sicher: Das Kalkül von Bundesregierung und Atomkonzernen, mit dem "Konsens", den atompolitischen Frieden einkehren zu lassen, ist nicht aufgegangen. Der Streit um die Atomkraft ist noch lange nicht beendet.

Jochen Stay

29. Dienstleistung: Grenz-über-schreitung (Austellung)

Autor: Geral Rainig · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:08

Im Graubereich zwischen Kunst und Politik kommt es nicht selten vor, dass die AkteurInnen zwischen allen Sesseln hindurchfallend weder wissen, was sie tun, noch auch nur irgendwelche Effekte erzielen; nicht so die Wiener Künstler Martin Krenn und Oliver Ressler, die in ihrem aktuellen Projekt "Dienstleistung: Fluchthilfe" kunst- und politikrelevante Fäden aufgreifen, zugleich relativ "unverkrampft" sowohl im Kunstfeld wie im politischen Feld agieren.

Die Künstler Ressler und Krenn haben mit der Ausstellung "Dienstleistung: Fluchthilfe" ein Propaganda-Projekt für Migration gestartet, mit dem sie ein Gegengewicht zum Ablenkungsmanöver der Mainstream-Medien von der verschärften Abschottung Schengen-Europas schaffen wollen. Konkret richtet sich die Ausstellung, die noch bis zum 21. Juli in Lüneburg zu sehen ist, gegen die zunehmend hegemoniale (Sprach-)Politik der Denunzierung von Fluchthilfe als "Schleuserei", "Schlepperunwesen", "Menschenschmuggel" und "Sklaverei". So kommen vor allem die Menschen und Organisationen zu Wort, die sich der Organisierung von Fluchthilfe widmen.

Das Projekt stützt sich im Wesentlichen auf zwei mediale Outputs: auf das knapp einstündige Video "Dienstleistung: Fluchthilfe" und eine postwurfgesendete Gratiszeitschrift mit dem sinnigen Titel "Neues Grenzblatt". Der Zugang von Ressler und Krenn ist in beiden Fällen ein klar parteilicher. Die Parteilichkeit ist wichtig, denn die Schlagzeilen vom modernen Sklavenhandel lassen sich nicht mit vornehmer Distanzierung konterkarieren.

Das Video, vorerst für eine Ausstellung im Kunstraum der Uni Lüneburg und für ein Spezialprogramm des österreichischen Filmfestivals Diagonale konzipiert, basiert auf der Selbstrepräsentation von MigrantInnen, AkteurInnen aus antirassistischen Organisationen, aber auch Abschiebebeamten, und erreicht dabei eine satte Intensität. Die vielfarbigen, die komplexen Zusammenhänge oft zwangsläufig stark verkürzenden, seltener auch in ihrer Emotionalität naiv-moralistischen Aussagen liefern dennoch überzeugende Puzzleteile für die Konstruktion eines "anderen" Bilds konkreter Praxen der "Grenzüberschreitung".

Die Informationsbroschüre "Neues Grenzblatt" wurde ebenfalls in Kooperation mit antirassistischen Gruppen und MigrantInnenorganisationen produziert. Das bewusst populär und in Anlehnung an volkstümliche Vereinszeitungen gestaltete Grenzblatt wurde im April 2001 entlang der gesamten EU-Außengrenze der Steiermark an 12.000 Haushalte versandt. Inhaltlich wie sprachlich niederschwellige Beiträge sollten eine breite Öffentlichkeit interessieren und "Fluchthilfe als Service mit Qualität" bewerben; mehr noch: die Aktivierung von BewohnerInnen der Grenzregion als FluchthelferInnen nach sich ziehen. Letzteres dürfte wohl als absichtlich utopisch gesetztes Ziel zu verstehen sein, dafür ist der Inhalt des Grenzblatts ein erstaunlich gutes Beispiel für die Möglichkeit, minoritäre und komplexe Sachverhalte relativ allgemein verständlich zu vermitteln. Die gegenhegemoniale Attacke, in Begriffs- und Titelwahl aufs Erste ziemlich plakativ betrieben, hatte Erfolg: Was in den Mainstream-Medien pauschal unter dem Sigel "Schlepperbanden" denunziert wird, mutiert nicht nur im Kunstfeld, sondern auch in dem einen oder anderen steirischen Gasthaus zur "Dienstleistung: Fluchthilfe".

Mit der Lupe des Kunstdiskurses gelesen, zitieren Ressler und Krenn im Titel den Begriff und das Phänomen der "Kunst als Dienstleistung". Mitte der Neunziger wurde unter diesem Label mit ironisch-affirmativem Anklang auf die problematischen Anteile einer allzu reformerisch-mikropolitischen Projektkunst hingewiesen. Diese reformistische Kunst hatte sich unter Aufgabe ihres Störpotenzials in den Dienst des Sozialen, der "Gemeinschaft" gestellt, bis hin zum Service für die Organisationsentwicklung von multinationalen Konzernen. Einige Jahre, nachdem das Thema Service und Dienstleistung im Kunstkontext abgefeiert worden war, greifen die Wiener Künstler nun diesen Fokus auf, um ihn allerdings in einer überraschenden Wendung zu revitalisieren. Im Kontext der Fluchthilfe korreliert der Begriff Dienstleistung nicht mehr mit einer Tendenz der Entpolitisierung von Kunst, sondern mit einer der Entkriminalisierung kommerzieller, humanitärer und politischer Fluchthilfe. Mit dieser politischen Aufladung ergibt sich auch die Konkretisierung eines weiteren verwaschenen Modeworts der 90er, der Grenzüberschreitung: Aus der vagen Utopie einer Grenzüberschreitung von der Kunst ins Soziale wird inhaltlich mit der Fokussierung auf Fluchthilfe eine radikal

zugespitzte Spielart der Grenzüberschreitung. Darüber hinaus werden auf der formalen Ebene Grenzen überschritten, indem verschiedene AkteurInnen transversal zusammenarbeiten und ihre spezifischen Kompetenzen mit denen anderer verknüpfen. Im speziellen Projekt sind das MigrantInnen als ProtagonistInnen des Videos und antirassistische Organisationen als Inhalts-Lieferantinnen für das "Neue Grenzblatt".

Damit ergibt sich nicht nur eine Kontinuitätsachse von früheren Kooperationen Resslers und Krenns wie "Gelernte Heimat" (Graz, 1996) und "Institutionelle Rassismen" (Wien, 1997), sondern auch ein weit allgemeinerer Zusammenhang zur - vor allem in Antiglobalisierungs-Kontexten sich entwickelnden - transversalen Kooperation. In Österreich hat sich diese doppelte (weil transnationale und felderübergreifende) Transversalität vor allem im Umfeld des Widerstands gegen die reaktionäre schwarzblaue Regierung seit Anfang 2000 verstärkt ausgebildet. In Plattformen wie gettoattack, Performing Resistance und Volkstanz, in temporären, regionalen Invasionen wie der Kärntner Kulturkarawane und in der MigrantInnen-Mobilisierung der Wiener Wahl Partie arbeiteten KünstlerInnen mit AktivistInnen aus dem politischen Feld zusammen, als hätte es nie eine Dichotomie zwischen Kultur- und Politlinken gegeben. Auch als Output dieser produktiven und konkreten Entwicklung der schon in den Siebzigern von Guattari und Foucault theoretisch geforderten Transversalität kann "Dienstleistung: Fluchthilfe" interpretiert werden: Künstler wie Krenn und Ressler arbeiten in Kooperationen mit politischen AktivistInnen an einer neuen Form der Dienstleistung: Gegenöffentlichkeit.

Gerald Raunig

Die Ausstellung "Dienstleistung: Fluchthilfe" ist bis zum 21.7.01 im Kunstraum der Universität Lüneburg zu sehen. Am 21.09. eröffnet sie im Pavelhaus an der österreichisch-slowenischen Grenze.
http://www.t0.or.at/fluchthilfe/

30. Patriotische Sinnstiftung. "Pearl Harbor" im Kino

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:21

In den letzten Jahren waren es in erster Linie die deutschen Regisseure Wolfgang Petersen ("Air Force One") und Roland Emmerich (" The Patriot", "Independence Day") die den Patriotismus ausgiebig filmisch auslebten. Nun werden sie von Michael Bay (Regie) und Produzent Jerry Bruckheimer mit "Pearl Harbor"; dem mit 135 Mio. Dollar teuersten Film des Jahres übertroffen. Hatten beide bereits in "Armageddon" in einer fiktiven Geschichte Heldentum und Patriotismus auf typisch amerikanische Weise in Szene gesetzt, so wenden sie sich in ihrem neusten Werk der Geschichte der USA zu. Thema ist der fest im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerte Überfall der Japaner auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor am 7.12.1941. Ein Angriff, mit dem der Krieg, der ab 1939 bereits in Europa und Teilen Ostasien tobte, tatsächlich zu einem "Weltkrieg" wurde.

Auch wenn die materiellen Verluste des japanischen Angriffs nicht so massiv waren, wie gemeinhin vermutet, eines blieb bestehen: die psychische Wirkung des Angriffes, die Möglichkeit der Verwundbarkeit des amerikanischen Militärs. In der historischen Situation wirkte sich dies nicht negativ aus, sondern schweißte vielmehr die Nation im Kampf zusammen und stärkte ihren Widerstandswillen.

Alles Geschichte und lange vorbei? Doch dann stellt sich die Frage, warum ausgerechnet dieser Stoff nach 60 Jahren ausgewählt und daraus ein propagandistischer "Durchhaltefilm" übelster Sorte gemacht wurde, mit dem man eher in Zeiten eines offenen Krieges rechnen würde. Bay/Bruckheimer machen aus dem historischen Ereignis ein dreistündiges Heldenepos, in dem keine Klischees und keine Versatzstücke, die dieses Genre ausmachen, fehlen.

Zentral ist die Männerfreundschaft zwischen rafe und Danny (Ben Affleck und Josh Harnett), die gemeinsam aus Freude am Fliegen zur Luftwaffe gehen, um ihrem Land zu helfen. Durch die gleichzeitige Liebe zu einer Frau zerbricht diese Freundschaft zunächst, bevor sich die beiden im heldenhaften Kampf gegen die Japaner wieder versöhnen. Das Motiv der Einigung im Kampf gegen äußere Feinde ist geradezu eine Grundkonstante der Politik.

Natürlich opfert sich schlussendlich ein Held am Ende für den anderen, damit dieser dem Idyll frönen und mit der Geliebten eine Familie gründen und glücklich auf einer Farm leben kann. Dieses Familienidyll wird von Bay/Bruckheimer buchstäblich in den Himmel gehoben, wenn am Ende die glückliche Kleinfamilie in die Abendsonne hineinfliegt.

Die Männerbeziehung dominiert den ganzen Film, für die weibliche Hauptrolle Evelyn (Kate Beckinsale) verbleiben die üblichen Rollenbilder. Sie darf, immer gut geschminkt und kichernd durchs Bild laufen, die beiden Helden anhimmeln und sich in ihren Armen geborgen fühlen. In der Stunde des Angriffs behält sie dann als einzige Krankenschwester kühlen Kopf und versorgt die Verwundeten. Die Rolle als Helferin erfüllt sie also vorbildlich und bleibt immer Spielball zwischen ihren beiden Männern.

Daneben dürfen auch die "Führerpersönlichkeiten" nicht fehlen, in amerikanischen Kriegsfilmen in der Regel der Präsident und der Truppenführer. Alec Baldwin spielt den alternden, etwas aufgeschwemmten, aber trotzdem tollkühnen James Doolittle, der als Vorbild für die beiden eigentlichen Helden fungiert und führt den als Himmelfahrtskommando angelegten Vergeltungsschlag gegen Japan an. Solche Militärführer wünscht sich das Land natürlich und nicht durch Zufall nehmen ehemalige Militärs wie der Golfkriegsheld Colin Powell in der Außenpolitik der USA eine wichtige Rolle ein.

Wenn auch die amerikanische Bevölkerung seit Watergate von ihren Präsidenten eher enttäuscht ist, in "Pearl Harbor" erlebt das Kinopublikum einen Präsidenten, der noch als Vorbild angesehen werden kann. Präsident Roosevelt, gespielt von Jon Voight, der wegen Kinderlähmung im Rollstuhl sitzende Präsident, demonstriert im Film amerikanische Willensstärke. Bei seiner pathetischen Kriegsrede erhebt er sich vor seinen Generälen, steht auf seinen eigenen Beinen, und beweist damit, dass für und in den USA nichts unmöglich ist.

Dieses Motto gilt ebenfalls für den heldenhaften Schwarzen (Kuba Gooding jr.), der eigentlich auf Grund des im Militär vorherrschenden Rassismus nur als Koch eingesetzt wird. Sein wahres Können darf er nur beim

Boxen zeigen, doch beim Angriff der Japaner ergreift er die Initiative und steht als einer der ersten an den Geschützen. Dafür erhält er am Ende - nachdem er am Sarg seines weißen Kommandanten pflichtgemäß seine Tränen vergiest - einen Orden. Der Beweis ist erbracht: jeder kann es schaffen, unabhängig von Hautfarbe oder Herkunft - wenn er nur will.

Die Schlussfolgerung aus dieser Geschichte lautet: die USA muss sich ständig vor Angriffen in Acht nehmen, denn so eine Schmach wie in Pearl Harbor soll in Zukunft tunlichst vermieden werden. Auch wenn in der Gegenwart die "richtigen" Feinde fehlen, so muss sich die USA mit einem weltraumgestützten Abwehrsystem vor Angriffen so genannter Schurkenstaaten schützen, die zu den neuen Weltfeinden hochstilisiert werden.

Natürlich endet der Film positiv, denn der Vergeltungsschlag gelingt, die amerikanische Bevölkerung erhält - wie uns die Stimme der Heldin aus dem Off erklärt - wieder neuen Siegeswillen und den Glauben an sich selbst und eine erfolgreiche Zukunft zurück.

Dennoch scheint dies - zumindest den BesucherInnenzahlen in den USA zufolge - nicht ganz zu funktionieren. Meiner Ansicht nach liegt das nicht nur an den mäßigen Leistungen der SchauspielerInnen, sondern auch im Fehlen von jeglicher Ironie und Kritik, die die Problematik des Patriotismus und des Heldentums brechen und damit etwas erträglicher gestalten würde.

Statt dessen wird deutlich, dass es Bruckheimer/Bay wirklich ernst meinen mit der Ehrung ihrer HeldInnen. Daraus resultiert eine Plumpheit, mit der der für viele AmerikanerInnen selbstverständliche Patriotismus überhöht wird. Das kann sich finanziell in einer Phase, in der das Durchhaltevermögen der Nation längst nicht mehr so auf die Probe gestellt wird wie im Dezember 1941, auch schon mal rächen.

Alexander Neumann

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der entlohnten und nichtentlohnten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:36

Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Kein Urlaub von Anfang an

Wer im Juni mit dem Autoreisezug von Hamburg gen Süden fahren wollte, konnte einige unangenehme Überraschungen erleben, etwa dass ab Hildesheim der Service in den Schlaf- und Liegewagen eingestellt wurde und der/die Reisende für die bevorstehende Nachtruhe sein/ihr Bett selber aufschlagen musste. Der Grund für solcherlei Unannehmlichkeiten war aber nicht irgendeine erneute Schlamperei bei der Bahn, sondern ein Streik der ReisebetreuerInnen.

Die RBG Reisebetreuungs GmbH ist eine 100%-ige Tochter der Mitropa AG und damit Teil des DB Konzerns. Seit Sommer 1999 bewirtschaftet die RBG im Auftrag der DB AutoZug die internationalen Autoreisezüge. Die RBG erkaufte sich diesen Auftrag mit einem klassischen Dumping-Angebot auf Kosten der Beschäftigten: Die 120 Teilzeit-Angestellten und 180 Saison-Kräfte arbeiten weitgehend sozialversicherungsfrei zu Hungerlöhnen. Für eine Fahrt Hamburg-Narbonne und zurück, also 37 Stunden, werden 360 DM brutto gezahlt, gerade 9,73 DM brutto pro Stunde. Darüber hinaus gelten völlig unrealistische Pausenregelungen, die noch nicht einmal den Vorgaben der Arbeitszeitordnung entsprechen.

Seit einem halben Jahr verhandeln die in der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) organisierten Beschäftigten mit der RBG/Mitropa. Ihre Forderungen: Höhere Löhne (zw. 12 und 15 DM pro Stunde), höhere Umsatzprovisionen, Sonn- und Feiertags- sowie Nachtzuschläge, Bezahlung von Mehrarbeit und Verspätungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Bezahlung in Stundenlöhnen. Anfang Juni hatte die Geduld der RBG-Beschäftigten offenkundig ein Ende. 92,5% der NGG-Mitglieder bei der RBG stimmten für Streik, der daraufhin von der NGG auch ausgerufen wurde. Die Streiktaktik war nicht ungeschickt und durchaus wirkungsvoll. Erst wenn ein Team auf Tour ist, wird mit dem Ausstand begonnen.

Nach acht Streiktagen schlägt die DB zurück. Die DB AutoZug kündigt der RBG fristlos den Serviceauftrag und gründet statt dessen die AutoZug-Tochter European Railservice (ERS). Und der besondere Clou: Parallel zu den Streikaktionen der NGG bei RBG schließt ERS einen Tarifvertrag mit der Eisenbahnergewerkschaft Transnet ab, in dem die Dumping-Bedingungen der RBG übernommen werden. Auch wenn Transnet beteuert, von den parallel laufenden Verhandlungen der RBG-Beschäftigten nichts gewusst zu haben - besonders glaubwürdig ist das nicht. Auch nicht die Behauptung, bei Transnet habe man von der Liquidierung der RBG nichts gewusst. "Transnet tarifiert hinter unserem Rücken Billiglohnbedingen", ist der empörte Tenor der RBG-Beschäftigten, die nun auch juristisch ihren Forderungen Nachdruck verleihen wollen, denn immerhin ist die ERS unmittelbare Rechtsnachfolgerin der RBG.

(taz Hamburg)

Keine Standards bei Sklavenhändlern

Ende Mai sind die Verhandlungen zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und der europäischen Arbeitgebervereinigung (Unice) über Mindeststandards bei der Zeitarbeit gescheitert. Ziel der Gewerkschaften war die Gleichstellung von LeiharbeiterInnen in einem Betrieb mit den dort regulär Beschäftigten, ein Ansinnen, dass die Unternehmer empört zurückwiesen. Für sie war es inakzeptabel, dass für LeiharbeiterInnen die gleichen Löhne, Arbeitszeiten und Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften gelten sollten.

Der Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 ermöglicht Rahmenvereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften auf europäischer Ebene, die an Stelle gesetzlicher Regelungen treten sollen und u.U. sogar Grundlage für rechtsverbindliche Regelungen des EU-Ministerrates sein können.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Zeitarbeit fordert der EGB nun eine klare gesetzliche Regelung zum Schutz und zur Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen. Im Gegensatz dazu wirft die Unice den

Gewerkschaften vor, sie sehe Zeitarbeit "nur als Gefahr, nicht als Chance", wo doch die Staats- und Regierungschefs im März letzten Jahres in Lissabon die Erhöhung der EU-Erwerbsquote auf 70% ausdrücklich über eine massive Ausweitung von Leiharbeitsverhältnissen erreichen wollten.

(FAZ)

Knüppel aus dem Sack

Jede/r zehnte Erwerbslose ist im letzten Jahr von den Arbeitsämtern durch Kürzungen oder Sperren bei Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe bestraft worden. 307.000 LeistungsbezieherInnen sind demnach sanktioniert worden. Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), dem Wirtschaftsforschungsinstitut der Kapitalistenverbände, wurden 230.000 Personen mit Sperrzeiten belegt, weil sie es gewagt hatten, von sich aus zu kündigen, oder weil sie aus sonstigen Gründen "selbst schuld am Verlust des Arbeitsplatzes" waren. 28.000 Erwerbslose sind bestraft worden, weil sie sich geweigert hatten, an Eingliederungsmaßnahmen des Arbeitsamtes, etwa den Maßnahmen zum Bewerbungstraining, teilzunehmen oder weil sie solche Maßnahmen vorzeitig abgebrochen haben. Weitere 46.000 Menschen haben Stellenangebote des Arbeitsamtes abgelehnt und mussten dafür mit Sperrzeiten büßen. Besorgt nimmt das IW gerade hier eine Steigerung wahr: 1999 betrug die Zahl derjenigen, die ein Arbeitsamtsangebot abgelehnt hatten noch 41.000 und 1997 waren es nur 22.000.

Die Verhängung von Sperrzeiten liegt im eigenen Ermessen der Arbeitsämter. Genau dies soll sich im Sommer nach den Plänen der rot-grünen Bundesregierung ändern. Der Regierungsentwurf für die Änderung der Arbeitsförderung sieht eine generelle Pflicht der Arbeitsämter vor, Sperrzeiten zu verhängen, auf dass Erwerbslose nicht nur "gefördert" sondern auch "gefordert" werden.

(FAZ)

Das Auge des Gesetzes ...

sitzt immer im Gesicht der herrschenden Klasse. Immer mal wieder gibt es schöne unverhüllte Beispiele für diese Bloch'sche Wahrheit. Mitte Juni hat ein Arbeitsgericht in Südafrika letztinstanzlich über den nunmehr eineinhalb Jahre währenden Konflikt zwischen VW Südafrika und den VW-Arbeitern in Uitenhage bzw. ihrer neuen Gewerkschaft Ocgawu entschieden. Zur Erinnerung: Es geht um die Forderung der Arbeiter nach Wiedereinstellung von 1.300 ArbeiterInnen, die im Januar/Februar 2000 in den Streik getreten sind, um die Rückkehr von Vertrauensleuten zu erzwingen, die vorher in einer konzertierten Aktion von Management und Numsa-Gewerkschaft entlassen worden waren.

Das Arbeitsgericht hat jetzt den Antrag der Ocgawu einstimmig abgelehnt und zudem den ArbeiterInnen bzw. der Ocgawu die gesamten Kosten des Verfahrens aufgebrummt. Die 1.300 VW-Beschäftigten bleiben weiter ausgesperrt und erhalten nach wie vor keinerlei Arbeitslosen- oder sonstige Unterstützung. Der Konzern zeigte sich entsprechend zufrieden über den Richterspruch. Personalmanager Brian Smith verkündete gleich das Ende aller juristischen Bemühungen der Beschäftigten gegen das Unternehmen. Ein Sprecher der Gewerkschaft Numsa, gegen die sich ein Großteil der Wut und Enttäuschung der Arbeiter in Uitenhage gerichtet hat, äußerte sich bedauernd über die jüngste Niederlage vor Gericht und appellierte gleichzeitig an Ocgawu, in die Numsa zurückzukehren, damit nach Beschäftigungsmöglichkeiten "außerhalb von VW" gesucht werden könne. Die Ocgawu selbst hat inzwischen beschlossen, einen letzten juristischen Schritt zu gehen und das Verfassungsgericht anzurufen.

(www.labournet.de)

Gerechtigkeit für Hausmeister

Im letzten Jahr haben die Putzkolonnen und Hausmeister in den USA die erfolgreiche Kampagne "Justice vor Janitors" durchgeführt. Die Gewerkschaft SEIU hatte in Los Angeles und anderen Städten teilweise erhebliche Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder - zum großen Teil Frauen und MigrantInnen - durchgesetzt. Zur Zeit läuft in New Jersey und Baltimore eine Neuauflage dieser Kampagne - für Löhne, von denen man leben kann, für Vollzeitstellen und für eine bezahlbare medizinische Versorgung. In New Jersey haben die Hausmeister und Reinigungskräfte inzwischen für Streikmaßnahmen gekämpft, um ihre mageren Löhne (ca. 11 DM brutto ohne Krankenversicherung) zu verbessern. In Philadelphia kam es zu

Demonstrationen bei Aktionärsversammlungen großer Reinigungsfirmen. In den Außenbezirken dieser Stadt verdienen Reinigungskräfte ganze 53 DM am Tag.

Auch Boston, Sitz der altehrwürdigen Harvard University, ist Schauplatz der neuen Justice-Kampagne. Im April und Mai kam es zu einem dreiwöchigen Sit-in von Harvard-StudentInnen aus Solidarität mit den Kämpfen der Billig-Lohn-ArbeiterInnen. Inzwischen hat das Harvard-Management mit den StudentInnen, der SEIU und anderen Gewerkschaften eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, die den Forderungen der Hausmeister und ReinigungsarbeiterInnen nachkommt. (www.labournet.de)

Sanitäter im Ausstand

Am 1. Juni haben die Besatzungen der Rettungsfahrzeuge in Edmonton, Hauptstadt der westkanadischen Provinz Alberta, für 72 Stunden wild gestreikt. Die Rettungs- und Unfallsanitäter haben sich damit über die Provinzregierung hinweg gesetzt, die die Sanitätsdienste zu "essenziellen Dienstleistungen" erklärt und mit einem Streikverbot belegt hatte. In Edmonton wurde auf Grund des Streiks der Notstand ausgerufen, und Bürgermeister Bill Smith kündigte an, Feuerwehrleute und KrankenpflegerInnen als Streikbrecher einzusetzen.

Die Sanitäter und ihre Gewerkschaft kämpfen um eine 21%ige Lohnerhöhung, während die Stadtverwaltung nur 10% mehr anbietet. Auch nach gescheiterten Verhandlungen besteht für die Sanitäter die Friedenspflicht, bis schlussendlich ein "unabhängiger" Schlichter nach 30 Tagen eine Lösung oktroyiert. "Die Stadt weiß, dass uns ein Ergebnis aufgedrückt wird. Sie kann sich zurücklehnen und braucht nicht zu verhandeln", sagt Randy Littlechild, Sprecher der Streikenden. Die Gewerkschaft betont, dass ihr Streik nicht nur um höhere Löhne geht, sondern für mehr ambulante Versorgung und ein höheres Maß an Not- und Unfallversorgung.

Inzwischen plant die kanadische Bundesregierung ein Bundesgesetz, dass Sanitätsdienste wie die Krankenpflege als "essenzielle Dienste" einstuft und den dort Beschäftigten somit das legale Streikrecht entzieht. Im Herbst steht der Gesetzentwurf zur Entscheidung an.(www.labournet.de)

32. "Wahlverwandtschaft Finanzkoop"

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:03

Bei Geld hört die Freundschaft auf und über Geld spricht man nicht, heißt es so schlecht im Volksmund. Während es für Familien und Ehepaare üblich ist, eine gemeinsame Kasse zu haben und dies auch von staatlicher Seite gefördert wird, bilden andere Formen einer kollektiven Ökonomie eher die Ausnahme. Eine Möglichkeit, sich jenseits dieser Familienökonomie zu organisieren, bilden Finanzkoops. Wir sprachen mit zwei Frauen einer Finanzkoop in Marburg. Die Gruppe gibt es seit November 1999, in ihr sind drei Frauen und drei Männer

organisiert.

ak: Wie entstand die Idee, eine Finanzkoop zu gründen?

Anna: Über persönliche Kontakte zu anderen Finanzkoops haben wir angefangen, uns mit dem Thema zu beschäftigen. Zur gleichen Zeit gab es in Marburg den sogenannten Breakfast Club. Das war eine Veranstaltungsreihe zum Thema kollektiv wohnen, leben und arbeiten. Der Hintergrund für den Breakfast Club war die Situation von einigen, die sich kurz vor oder nach Studiumsende befanden. Nach dem Studium wächst der äußere Druck, in den Beruf einsteigen zu müssen. Viele haben dann keine Zeit mehr, sich politisch zu engagieren oder sich gemeinsam über ihre Ökonomie auszutauschen.

Was ist eine Finanzkoop?

Anna: Es gibt natürlich verschiedene Formen von Finanzkoops. Hauptmerkmal ist, dass es für die Leute, die beteiligt sind, einen großen Topf gibt. Das heißt, dass alles Geld, was die Einzelnen verdienen oder was sie sonst so an Einkünften haben, zusammengeworfen wird. Wir haben ein gemeinsames Konto, von dem sich jeder und jede nach Bedarf Geld nimmt. Die meisten haben aber auch noch ihr eigenes Konto. Dies ist notwendig, wenn mensch Staatsgelder, wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Ähnliches, bezieht.

Habt ihr Erspartes?

Kerstin: Einige von uns haben Erspartes, wie einen Bausparvertrag. Das läuft bisher noch separat. Wobei wir mittlerweile ein kollektives Sparkonto haben, auf dem sich schon ein Teil des Ersparten befindet. Außerdem versuchen wir monatlich 300 Mark für das Sparkonto abzuzweigen. Das ist ein Versuch erst mal klein anzufangen. Wir wussten ja anfangs auch nicht, wie das mit der gemeinsamen Ökonomie so läuft.

Wie oft trefft ihr euch und wie läuft so ein Treffen ab?

Kerstin: Wir treffen uns in der Regel alle zwei Monate meistens für ein Wochenende. Meistens fangen wir mit einer Runde an: Wie geht es uns, was steht an und was ist in persönlicher und ökonomischer Hinsicht passiert? Dann haben wir verschiedene Tagesordnungspunkte, wie zum Beispiel größere Ausgaben, Versicherungen oder Behördengänge. Das bewegt sich viel auf dieser organisatorischen Ebene, wir führen relativ wenig Grundsatzdiskussionen.

Anna: Trotz des Orgakrams, der immer viel Zeit in Anspruch nimmt, ist die Finanzkoop ein wichtiger Kreis, um zu diskutieren, was eigentlich in diesem Umbruch vom Studium zum Beruf passiert. Wir können uns über Ängste austauschen, die diese Ökonomie in einem erzeugt, wenn mensch nicht jeden Scheißjob annehmen will oder wenn das eigene Studium nicht daran ausgerichtet war, optimal verwertbar zu sein. Die Finanzkoop bietet uns einen Rahmen eigene Vorstellungen und Wünsche zu entwickeln und zu leben.

Gibt es große Unterschiede in dem, was die Einzelnen verdienen?

Kerstin: Leute, die richtig dick verdienen, haben wir nicht. Bisher gibt es kein großes Gefälle und auch keine Leute, die gar kein Einkommen haben. Das niedrigste Einkommen liegt bei 1000 und das höchste bei 2300 Mark, also eine Spannbreite, die am unteren Ende der Lohnskala angesiedelt ist.

Hat sich euer Verhältnis zu Geld durch die Finanzkoop geändert?

Anna: Ich hab früher eher mehr Geld ausgegeben. Was ich auch von anderen Finanzkoops kenne, ist, dass jeder grundsätzlich mehr Probleme damit hat, Geld zu nehmen als zu geben. Die anfängliche Befürchtung, die

oft im Raum steht, dass wir die anderen kontrollieren, wie viel sie ausgeben, hat sich bei uns nicht bewahrheitet. Das schlechte Gewissen entsteht eher darüber, ob mir das Geld jetzt zusteht und ob es nicht andere nötiger haben als ich.

Kerstin: Ich weiß zum Beispiel gar nicht, was ich im Monat ausgebe. Früher war klar, wenn du sparst, hast du hinterher 400 Mark mehr auf dem Konto. Jetzt kann es sein, dass du sparst und hinterher ist das Geld weg. Oder du hast das Gefühl, du gibst in einem Monat sehr viel aus und trotzdem ist noch Geld auf dem Konto. Für mich ist es eine große Bereicherung, dass ich nicht mehr auf jeden Pfennig so achten muss.

Hat sich euer Verhältnis zur Arbeit geändert? Entfällt der Zwang Geld zu beschaffen?

Anna: Die Zwangslage, Geld zu besorgen, bleibt natürlich. Im schlechten Fall kann die Finanzkoop auch den Druck für die Einzelnen erhöhen, Geld zu verdienen, weil es sonst nicht mehr funktioniert. Der eigentliche Wert einer Finanzkoop ist, dass der absolute Druck, den so eine Ökonomie hat, weggenommen wird. Bei mir gab es zum Beispiel die Situation, dass bei meinem Job zwei ausländischen Kollegen gekündigt wurde. Dies geschah auf Grund des rassistischen Gesetzes, wonach Deutsche ein Vortrittsrecht bei Jobs haben. Ich dachte, na ja, wir brauchen die Kohle, aber der Rest der Finanzkoop hat gesagt: Nix da, du kündigst, das machen wir nicht mit.

Was unterscheidet euch von Eheleuten, die ihr Geld zusammenlegen?

Anna: Nichts, außer dass wir eine Wahlverwandtschaft sind. Irgendwie ist es schon vergleichbar mit einer Familienökonomie.

Kerstin: Es gibt schon Unterschiede. Die emotionale und ökonomische Abhängigkeit, die Kids von ihren Eltern haben, gibt es bei uns nicht. Es ist ein bewussterer, aktiverer und selbstbestimmterer Umgang, die Kohle zu händeln, ohne dass ein psychischer Druck oder eine Erwartungshaltung aufgebaut wird.

Glaubt ihr, dass ihr Einfluss auf die herrschende Ökonomie habt?

Anna: Zunächst haben Finanzkoops nicht per se einen emanzipatorischen Charakter, weil es eine passive Reaktion ist. Es geht nicht mehr um eine gesellschaftliche Organisation von Solidarität, sondern um eine mehr und mehr private. Reichere Leute spenden für Ärmere, ohne dass das Kapitalverhältnis angegriffen wird. Mit der Finanzkoop nehmen wir dem Staat einen Teil seiner Aufgaben ab. Das kommt der herrschenden Debatte über Privatversicherungen ganz entgegen. Auf der anderen Seite versuchen wir die traditionelle Familienökonomie aufzulösen, indem wir nicht in die Kleinfamilienfalle tappen.

Kerstin: Trotzdem finde ich, dass eine Finanzkoop auf der individuellen Ebene eine große Herausforderung ist. Finanzkoops bieten die Möglichkeit, eine Verweigerungshaltung zu entwickeln und diese auch zu organisieren. Diese Leistungsverweigerung wird ja immer als Ausnutzen der sozialen Hängematte gebrandmarkt. Der eigentliche Druck besteht darin, dass du irgendwann keine Kohle mehr hast, irgendwann sind die Förderungsprojekte zu Ende, irgendwann muss du dich in den Produktionsprozess begeben und Arbeit machen, die du vielleicht gar nicht machen willst. Genau an diesem Punkt setzt die Finanzkoop ein. Wir ermöglichen uns gegenseitig, weiterhin nicht in Sektoren reinzumüssen, wo wir uns über ein erträgliches Maß hinaus verwerten müssen. Das ist für mich ein ganz wichtiger Wert.

Welche Impulse gehen von eurer Finanzkoop nach außen?

Kerstin: Einen Missionscharakter nach außen hab ich nicht. Aber wenn wir mit anderen über unsere Finanzkoop diskutieren, dann kann das für sie ein Anstoß sein, über ihre eigene Ökonomie nachzudenken. Unser Modell ist kein Idealmodell, das auf alle übertragbar ist. Ich könnte mir aber vorstellen, dass wir unser Modell erweitern, indem wir beispielsweise Illegalisierte aufnehmen. Auch eine Vernetzung von verschiedenen Finanzkoops kann sinnvoll sein, um kollektive Projekte zu initiieren. Das würde dann von diesem individuellen, persönlichen Ansatz ein bisschen weggehen. Als Perspektive finde ich das sehr spannend.

Interview: Nicole Vrenegor

33. Zwischen Kasse und Cockpit. Zwei Welten: Tarifabschlüsse im Handel und bei der Lufthansa

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:30

Die Einkommensunterschiede von Piloten und VerkäuferInnen waren schon immer riesig. Nach dem Ende der Tarifrunde im Einzelhandel und der (voraussichtlichen) Annahme des Schlichterspruchs bei Lufthansa ist dieser Unterschied noch größer geworden. Mageren 2,7 Prozent Gehaltserhöhung im Handel stehen satte 26 Prozent für die Lufthansa-Piloten gegenüber.

Da können ver.di-GewerkschaftsführerInnen noch so über die "Maßlosigkeit" der Flugkapitäne zetern. Diese haben ihre strategisch bedeutsame Position genutzt, um mit Kampfmaßnahmen an der Gewinnentwicklung der Lufthansa zu partizipieren. Der Abschluss von durchschnittlich 26 Prozent bei einer Laufzeit von 39 Monaten erhöht die Personalkosten bei Lufthansa um rund 125 Millionen Euro. Die Streikaktivitäten sollen rund 75 Millionen Euro Umsatzausfälle nach sich gezogen haben. Lufthansa-Chef Weber korrigierte deshalb auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung die Gewinnerwartung des Konzerns um diese Beträge nach unten. Nicht mehr mit einer Milliarde Euro Gewinn sei zu rechnen, sondern nur noch mit 700 bis 750 Millionen Euro. Man erinnere sich daran, dass die Sanierung des Konzerns durch erhebliche "Opfer" der Beschäftigten in den "Krisen"jahren finanziert wurde. Kein Wunder, dass sich nach dem Tarifergebnis für die Piloten die ver.di-VertreterInnen düpiert fühlen - sie hatten noch im Frühjahr den Abschluss von 3,5 Prozent für das Bodenpersonal als Erfolg gefeiert.

Die ver.di-Vizechefin Mönig-Raane hält es nun zwar "für sehr unwahrscheinlich, dass es im Bündnis für Arbeit noch einmal Verabredungen zur Lohnpolitik gibt" - nur werden die gar nicht erforderlich sein, um die Gewerkschaften an der Kandare zu halten. Sie werden bei den anstehenden Tarifrunden im Wahljahr 2002 einen Teufel tun, ihren sozialdemokratischen Kanzler in Bedrängnis zu bringen. Da wirkt der Abschluss von Cockpit mehr als störend. Doch nicht nur in der Automobilbranche werden Stimmen lauter, die sich mit dem Niveau der Abschlüsse der letzten Jahre nicht mehr zufrieden geben wollen. Der Betriebsratsvorsitzende von Porsche berichtet von einer "sehr gefährlichen Stimmung" in der Belegschaft. Und gerade der Erfolg der Piloten habe gezeigt, dass mehr geht. Und der BR-Vorsitzende von BMW hält 2002 "angesichts der gestiegenen Inflation und des hohen Produktivitätswachstums (...) einen Tarifabschluss von mindestens 7 Prozent" für angemessen. Von den erzielten Gewinnen der Unternehmen wird erst gar nicht geredet.

Die Europäische Zentralbank macht vorsorglich schon jetzt medialen Druck gegen eventuelle hohe Tarifforderungen. EZB-Chefvolkswirt Issing erinnert an die ökonomische Entwicklung der siebziger und frühen achtziger Jahre, um die Gewerkschaften von zu hohen Tarifforderungen abzuhalten. Eine drohende Stagflation (stagnierende Wirtschaft bei gleichzeitig hoher Inflationsrate) wird beschworen. Falls die Gewerkschaften die hohen Inflationsraten mit hohen Lohnforderungen beantworten, würde dies die Gefahr einer Rezession verstärken. Folgerung: Die Gewerkschaften, und hierbei insbesondere die als "Lokomotive des tarifpolitischen Geleitzugs in Europa" ausgemachte IG Metall, sollen sich in ihren Tarifforderungen mäßigen.

Ganz im Rahmen der Vorgaben des Bündnisses für Arbeit bewegt sich der diesjährige Abschluss im Handel. 5,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens jedoch 100 Euro lautete die Forderung von ver.di in der Branche, die sich durch sehr niedrige Einkommen und einen großen Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen auszeichnet. Rund 29 Prozent der Beschäftigten haben sogenannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Weitere 21 Prozent arbeiten ebenfalls in Teilzeit, nur 50 Prozent gelten als Vollzeitbeschäftigte, und das bei Einkommen, die sich am unteren Ende der Tarifskala bewegen. So erhält beispielsweise eine Verkäuferin in NRW nach der Ausbildung ein Tarifgehalt von 2.430 DM brutto.

Vollkommen richtig verweist der Leiter der tarifpolitischen Grundsatzabteilung von HBV (jetzt Teil von ver.di), Jörg Wiedemuth, auf den exemplarischen Charakter der diesjährigen Tarifrunde bei Banken, Versicherungen und im Handel "auch für die Neuakzentuierung der Position der Gewerkschaften zum Bündnis für Arbeit". Als Ziel formuliert er in der von ihm, Rolf Münster und Wolfgang Kühn erarbeiteten Broschüre "Lohnzurückhaltung und Nullrunden: Eine wachstums- und sozialpolitische Sackgasse!" (1) die Ausschöpfung des "tarifpolitischen Verteilungsspielraums aus Produktivitätsentwicklung und Preissteigerungsrate in einem deutlich höheren Grad".

Nimmt man die Abschlüsse im Einzelhandel als Gradmesser für die "Neuakzentuierung" zum Bündnis für Arbeit, dann sieht die Einkommenszukunft wenig rosig aus. Ganze 2,7 Prozent mehr werden die Beschäftigten des Einzelhandels ab Mai 2001 auf ihren Gehaltskonten finden. Als Ausgleich für die Inflationsrate kann das eventuell noch durchgehen. Die Produktivitätsentwicklung, die in den letzten sechs Jahren im Handel jährlich um jeweils 3,5 Prozent stieg, bleibt dabei vollkommen unberücksichtigt. Also nicht eine Trendwende wurde damit eingeleitet, sondern die Umverteilungspolitik zu Gunsten des Kapitals fortgesetzt. Die Häme des Handelsblatts ist ver.di gewiss: "Auch die (...) Tarifverhandlungen im Einzelhandel geben keinen Anlass zur Sorge, den Gewerkschaften könnte die tarifpolitische Vernunft abhanden kommen. Zu sehr befürchten die Beschäftigten des konjunkturabhängigen Handels um ihren Arbeitsplatz, als dass sie große Gehaltssprünge wünschten." (Handelsblatt 15.6.)

Man muss anmerken, dass es innerhalb von ver.di auch keine sonderlich großen Bestrebungen gibt, diese Wünsche zu wecken oder zu befördern. Der Abschluss ist getätigt, das Tagesgeschäft geht weiter. Kurz gestört wurde die Ruhe von einer berufsständisch orientierten Gruppe, den Piloten. Jetzt hoffen viele in den gewerkschaftlichen Führungsetagen, dass bei den nächsten Tarifrunden der Pilotenabschluss nur noch eine Anekdote ist.

gw.

Anmerkung:

1) Die Broschüre "Lohnzurückhaltung und Nullrunden: Eine wachstums- und sozialpolitische Sackgasse!" kann kostenlos bestellt werden bei: ver.di HBV, Kanzlerstr. 8, 40472 Düsseldorf

34. Double Critique. Warum Deutsche keine Juden wahrnehmen können

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:01

Der palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said geriet unlängst infolge seiner Steinwürfe auf israelisches Staatsgebiet an der südlibanesischen Grenze in die Schlagzeilen. Einen Beweis dafür, wie sehr selbst vermeintlich kritische arabische Intellektuelle von der Idee der Zerstörung Israels besessen seien, meinen auch einige deutsche Kommentatoren darin zu erblicken. An dieser Stelle geht es aber nicht um Saids sicherlich kritikwürdige Geste. Die Frage, ob diese antisemitisch motiviert war, verweist auf die in Deutschland seit einiger Zeit intensivierte Antisemitismusdebatte und auf die damit verbundene Schwierigkeit, in Deutschland eine kritische Position gegenüber Israel zu vertreten.

Das Renommé Saids gründet sich auf seine 1978 veröffentlichte Studie Orientalism sowie auf deren Weiterentwicklung in Culture and Imperialism aus dem Jahr 1993. Unter Orientalismus versteht Said einen hegemonialen Diskurs im Dienste der kolonialen Interessen europäischer Mächte, in dem der "Orient" als defizitärer Anderer des "Westens" imaginiert und mit wissenschaftlicher Autorität konstruiert wird. Die Schwächen dieser polemischen Studie blieben in der kontroversen Debatte, die sich daran weltweit entzündete, nicht unbemerkt. In Deutschland freilich fand diese Debatte nie statt. Offenbar stimmt es, dass der aus Jerusalem stammende Said seine Thesen unter dem Eindruck des israelisch-arabischen Konfliktes und als Spiegelbild des europäischen Antisemitismus entwickelte.

Seine Prominenz lässt beinahe vergessen, dass vor und nach ihm auch andere arabische Intellektuelle ähnliche und teilweise differenziertere Kritik geäußert haben. Zu ihnen zählt der aus Marokko stammende Soziologe Abdelkebir Khatibi, der maßgeblichste Vertreter des Dekonstruktivismus in der zeitgenössischen arabischen Welt, der die Figur einer double critique entwickelt hat, einer nach außen wie innen gerichteten, doppelten Kritik. Khatibi verlangt von einer selbst-bewussten arabischen Welt den Bruch mit Konzepten und Denkkategorien, mit Hilfe derer sie dem ethnozentrischen Blick westlicher Wissenschaft und Politik unterworfen werde. Gleichzeitig fordert er einen selbstkritischen Umgang mit der eigenen Gesellschaft. Insbesondere wendet er sich gegen den während der 1970er Jahre in der arabischen Welt dominanten Pan-Arabismus. Die Einheit der Araber sei eine europäischen Nationalismen entlehnte Illusion und selbst Folge einer intellektuellen Kolonisierung der Araber. Weder die Erfahrungen der osmanischen noch diejenigen der europäischen Penetration könnten aus dem Gedächtnis der Araber gestrichen werden. Diese Erfahrungen und die Spuren, welche sie hinterlassen haben, so Khatibi, versperren den Weg zu einer aus sich selbst heraus existierenden arabischen Welt. Doch auch zuvor sei diese niemals homogen gewesen. Der Kolonialismus könne also nicht allein als Erklärung für die Fragmentierung der zeitgenössischen arabischen Welt entlang sozialer, ethnischer und religiöser Linien herhalten. Eine Fragmentierung, die für Khatibi übrigens weder gut noch schlecht ist. Seine Kritik richtet sich vielmehr gegen nationalistische, traditionalistische und fundamentalistische Bewegungen und Regime, welche sich unliebsamen Problemen durch radikale Verneinung entzögen.

Die Differenz der arabischen Welt wahrnehmen

Demgegenüber plädiert Khatibi für eine die im heutigen Mittleren Osten vergessenen oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen und kulturellen Traditionen rekonstruierende "Archäologie des Schweigens". Die arabische Welt sollte in ihrer Differenz, in ihren vielfältigen und pluralen Strukturen verstanden und akzeptiert werden. (1) Eine solche kritische Position im arabischen Kontext basiert notwendigerweise auf einem umfassenden Verständnis sowohl der europäischen als auch der mittelöstlichen kulturellen und intellektuellen Traditionen. Daraus folgt auch die Verurteilung antisemitischer Stereotype und Holocaustleugnungen, welche in arabischen Ländern häufig zu vernehmen sind.

Was Khatibi recht ist, sollte deutschen Linken billig sein. Doch anders als in den ehemaligen Kolonien kultivieren rechter Mainstream wie restlinke Opposition hierzulande den Luxus der Ignoranz gegenüber außereuropäischen Regionen. Auch mit der Rezeption poststrukturalistischer und dekonstruktivistischer Ansätze ist es in Deutschland außerhalb universitärer Zirkel nicht weit her. Viele werden in die verbreitete Kritik

eingestimmt haben, dass in Foucaults Denken zwischen Macht und Wahrheit kaum noch unterschieden werden könne. Bei aller Betonung der Macht der Diskurse aber hat Foucault auch immer wieder ihre Grenzen sichtbar gemacht und ausgedehnt. Auch nach dem Tod des aufklärerischen Subjekts bleibt eine Subjektposition mit Foucault durchaus denkbar. (2)

Die Literaturwissenschaftlerin Vittoria Borso hat das von ihm unter dem Begriff der Heterotopie von Diskursen gefasste Phänomen aufgegriffen, um auf die systematischen Diskursen widerstrebende Qualität von Literatur hinzuweisen, welche epistemische Ordnungen verunsichern könne. "Das kritische Potenzial des Denkens Foucaults im Hinblick auf die identitätspolitischen Aprioris des Abendlandes ist als ethisch zu bezeichnen, versteht man unter Ethik - im Einvernehmen mit der seit Kant allgemein bestehenden Auffassung - die Ausübung eines kritischen Bewusstseins und insbesondere die Fähigkeit des Bewusstseins zur Selbstkritik", so Borso.

Die Illusion von Identität und Alterität

Im Mittelpunkt der Überlegungen von Emmanuel Lévinas zu einer universalen Ethik unter Bedingungen der Postmoderne steht die Frage nach dem "Anderen". Beider Ansätze korrespondieren miteinander: "Die Sprachskepsis und die Skepsis im Hinblick auf die Erreichbarkeit des Anderen durch intersubjektives Reden einer impersonalen Vernunft - also gerade die Unmöglichkeit des versöhnlichen Dialogs - ist gerade die Grundbedingung für die Rettung einer dialogischen Offenheit des Subjektes. (...) Sofern die Wissenschaft die Fremdheit von literarischen Texten (...) oder auch die Fremdheit kultureller Ereignisse als Einladung zur kritischen Reflexion über die Diskurse von Identität und Alterität annimmt, tritt mit der Destabilisierung dieser Diskurse (und erst dann) die Wirkung ein, die Erkenntnisoffenheit vermittelt und Anlass zur Entwicklung einer das Selbst in Frage stellenden Ethik gibt. Die Kritik Foucaults verhindert, dass Lévinas Anstrengung, die Frage nach dem Anderen zu stellen, zu leicht versöhnliche Lösungen findet. Foucault macht jede Lösungsformel des Problems des Anderen fragwürdig und verdächtig. (...) Die sog. Entdeckung des Anderen im Selbst ist vielmehr eine versöhnliche Illusion, die die Gefahr in sich birgt, dass das Selbst in noch subtilerer Weise sich des Anderen bemächtigt. Mit Foucault und Lévinas wird man vor einer doppelten Versuchung gewarnt: den Menschen, eine Gruppe von Menschen oder kulturelle Phänomene auf Alteritäts- bzw. Identitätsmodelle zu reduzieren." (3)

Wie sähe eine Übertragung von Khatibis double critique auf die deutschen Verhältnisse aus? Nach innen gewandt muss eine solche Kritik am Diskurs der deutschen Nation ansetzen. Damit gelangen wir zur aktuellen Debatte über den Antisemitismus der Deutschen, der bei jedem positiven Bezug auf die deutsche Nation notwendig ausgeblendet oder relativiert und nicht selten reproduziert wird. Auch die bis zum Golfkrieg von 1991 in der deutschen Linken im Hinblick auf Israel/Palästina vorherrschende internationalistische Politik ist von dieser Kritik nicht ausgenommen, insofern sie die eigene Positionierung im deutschen Kontext weitgehend ignoriert und oft selbst Antisemitismus reproduziert hat. Linke Politik hat in diesem Land immer daran gelitten, dass das eigene Deutschsein nur selten grundlegend reflektiert, sondern bestenfalls abgelehnt wurde. Die Macht der Diskurse und die unumgängliche Verstrickung einer/eines jeden einzelnen darin wurde nicht verstanden. Damit wurde auch die Möglichkeit verpasst, gerade den Tod des autonomen Subjekts zum Ausgangspunkt zu machen für eine neue Ethik und eine die diskursiven Grenzen des eigenen Deutschseins überschreitende Politik.

Das deutsche Volk hat es im herkömmlichen Sinn nie gegeben. Idee und soziale Wirklichkeit sind nie im Einklang gewesen. Dieses Nicht-Identische des Identitären wurde in Deutschland besonders im Zuge der Emanzipation der jüdischen Minderheit und der Auseinandersetzung um ihre Integration in die deutsche Gesellschaft des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts sichtbar, als die mehrheitlich christlich geprägten "Deutschen" sich durch ihre schiere Unfähigkeit auszeichneten, die jüdische Minderheit als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft zu akzeptieren, sie nicht für die scheinbare Stabilisierung des halluzinierten "deutschen Wesens" zu instrumentalisieren. (4) Dies mündete letztlich in den Versuch, das europäische Judentum, dessen nie vollständig zu assimilierende Anwesenheit permanent an die Vielschichtigkeit und Komplexität der eigenen Existenz erinnerte, abzuspalten. Dass das deutsche Kollektiv diese Abspaltung im Sinne einer bürokratisch organisierten und industriell durchgeführten physischen Auslöschung der Juden und zahlreicher weiterer von der imaginierten Norm abweichende Bevölkerungsgruppen betrieb, macht die monströse Einmaligkeit des Holocaust aus. Die Vernichtungsmaschinerie der Nazis und die Tatsache, dass fast alle mitgemacht, wider besseres Wissen

geschwiegen oder bewusst die Augen verschlossen haben, widersetzt sich jeder rationalen Erklärung. Sie markiert einen Bruch in der Geschichte, einen Abgrund, der die Menschen zu der Erkenntnis zwingt, dass immer alles möglich ist, dass es keine gesicherte menschliche Existenz geben kann. (5)

Wollen Deutsche Juden überhaupt

sehen?

In der Erinnerung an die Shoa lebt die Erinnerung an das Verlorene weiter. Die Vergangenheit vergeht nicht, sie hinterlässt Spuren. Dies ist die unhintergehbare Differenz der heutigen "deutschen Nation". Eine monströse Differenz, die durch keinen Schlussstrich und keinen Normalisierungsdiskurs jemals vollständig kontrollierbar sein wird. Dies noch bevor die Einwanderung der neuen Minderheiten seit den Jahren des "Wirtschaftswunders" bundesdeutschen Identitätspolitikern weitere Albträume bescherte. Die ominöse deutsche Identität, über die sich gerade alle den Mund zerreißen, ist eine Chimäre, hinter der sich ein sozialer, politischer und ökonomischer Selektionsmechanismus verbirgt, der die fortwährende Dominanz einer bestimmten Bevölkerungsgruppe in einer sozial, kulturell und religiös sehr heterogenen Einwanderungsgesellschaft legitimieren soll.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit antirassistischer und antideutscher Politik, die hier nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern um eine selbstkritische Reflexion der eigenen diskursiven Verortung erweitert werden soll. Es geht um die unhinterfragte Selbstverständlichkeit des eigenen Deutschseins oder ihrer Kehrseite, seiner platten Ablehnung. Zwar bleibt die Aufarbeitung des historischen und die Bekämpfung des zeitgenössischen Antisemitismus Ausgangspunkt einer nachhaltigen Dekonstruktion der deutschen Nation. Doch Widerstand bleibt dann wirkungslos, wenn er nicht über sich selbst hinaus wächst. Damit plädiere ich nicht für einen zu Recht als Kehrseite des Antisemitismus gescholtenen Philosemitismus. Ich meine eine Annäherung in Augenhöhe, eine aus der Unmöglichkeit eines versöhnlichen Dialogs zwischen "Deutschen" und "Juden" resultierende dialogische Offenheit auf der Basis von Gleichberechtigung und Respekt.

Oder mit den Worten des Leiters der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge: "Können Deutsche Juden sehen? Können sie die verzerrende Brille der Stereotype und Phantasmen ablegen? Die Frage ist vorschnell beantwortet (...), wenn man sie, wie so oft, umformuliert in die Frage: Wollen oder wollten Deutsche Juden als Juden überhaupt sehen? Denn auf die umformulierte Frage gibt es mittlerweile konventionell gewordene, als plausibel geltende Antworten, die leicht über die Lippen gehen und die für den politischen Diskurs der Gegenwart den Vorzug haben, dass sie als ‚politically correct` sanktioniert sind. Deutsche wollten Juden vor 1945 nicht sehen, so die Grundstruktur der einen Antwort, weil sie Sündenböcke brauchten für das Versagen der kapitalistischen Ökonomie und das Rissigwerden ihrer jungen, völkisch-kulturell hergeleiteten und in diesem Sinne als egalitär, d.h. als überlegen und unentzweibar, gedachten Nation. Deutsche wollen Juden als Juden nach 1945 nicht sehen, so die Grundstruktur der zweiten Antwort, weil sie im Ansichtigwerden der Juden als Juden eigener Verbrechen, eigener Schuld ansichtig werden müssten und das wollten bzw. wollen unzählige Deutsche nicht oder nicht mit voller Konsequenz. Ich will die Gültigkeit beider Antworten nicht bestreiten, ihnen aber eine dritte - besonders mit Blick auf die Zukunft - hinzufügen."

Antideutsche Politik erweitern

Knigge verfolgt einen tiefenpsychologischen Ansatz, der ihn die Frage, ob Deutsche Juden sehen können, prinzipiell bejahen lässt, "nämlich dann, wenn Sehen zu einem Akt der Desymbolisierung wird, der im Auflösen der auf Juden und jüdisches Leben bezogenen Phantasmen und Stereotypen Bodenlosigkeit und Entborgenheit als - paradox formuliert - gemeinsamen Boden aller sichtbar werden lässt. Dieser Blick aber - und insbesondere die Befähigung, ihn auszuhalten - ist nach Auschwitz generell und nicht nur im Verhältnis von Deutschen und Juden (Hervorhebung A.R.) auf die Existenz eines Anderen angewiesen, der die eigene Existenz symbolisch und konkret verbürgt. Das heißt, er ist normativ und praktisch angewiesen auf anerkennende Solidarität, oder anders gesagt, auf die Grundsolidarität mit dem Menschen als Mensch." (6)

Ich möchte mich dieser Einschätzung anschließen. Ausgerechnet die negative Fixierung auf die Hegemonie des antisemitischen Ressentiments lässt die antideutsche Linke auf paradoxe Weise stets in einer Objekt-Position gegenüber den Adressaten ihrer Kritik verharren, macht sie zur ungewollten Komplizin mit den oben diskutierten binären Konstruktionen des Eigenen und des Fremden, reduziert Menschen - auch sich

selbst! - auf Identitäts- und Alteritätsmodelle. Nur die volle Anerkennung der eigenen subjekthaften Handlungsfähigkeit und derjenigen der jeweiligen Anderen kann über diese Schwelle hinausführen.

Eine hier mit aller Vorsicht geforderte dialogische Offenheit zwischen "Deutschen" und "Juden" über die trennenden Abgründe hinweg erstreckt sich auch auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Israel/Palästina war schon immer eine schwierige Adresse für deutsche Linke. Der Staat Israel wurde zur Zuflucht für zahlreiche Verfolgte des Naziregimes und für Überlebende der Vernichtungslager. Er bezieht seine Legitimität bis heute u.a. aus seiner Schutzfunktion für Juden und Jüdinnen aus der Diaspora. Gleichzeitig ist die Region Schauplatz eines erbitterten Konfliktes um Land und Ressourcen zwischen der autochthonen palästinensischen Bevölkerung und den jüdischen EinwanderInnen. Die gegenwärtige Eskalation des Konfliktes und die ungleiche Kräfteverteilung zwischen beiden Gegnern macht es schwierig, keine Position zu beziehen. Im Blick auf Israel/Palästina bündelt sich die Spannung zwischen einer universalen Ethik und der eigenen Verortung im deutschen Kontext. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik wirft deutsche Linke auf das eigene Deutschsein zurück. Beide Richtungen der double critique sind keinesfalls isoliert voneinander zu betrachten.

Kritik an Israel ist in Deutschland stets verdächtig, das antisemitische Ressentiment zu bestärken oder selbst zu produzieren. Demgegenüber ist das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Orientalismuskritik wenig verbreitet. Um diese losen Fäden zu verbinden, hilft ein Blick auf Israel/Palästina. Es dürfte nicht übertrieben sein zu behaupten, dass die israelischen Neuen Historiker ohne Said undenkbar gewesen wären. Die seit den 1980er Jahren einsetzende Pluralisierung des intellektuellen und kulturellen Lebens in Israel ist nicht zuletzt den Neuen Historikern zu verdanken, die Ausdruck dieser Öffnung sind und sie zugleich forcieren, indem sie - und hier liegt die implizite Rezeption der Saidschen Thesen - die Existenz zweier großer miteinander konkurrierender Diskurse über einschneidende Ereignisse im Laufe des israelisch-arabischen Konfliktes als gleichberechtigt zur Kenntnis nehmen und quellenkritisch überprüfen. Weil die antizionistische Opposition innerhalb Israels eine Avantgarde ohne größeren politischen Einfluss blieb, ist es eher den postzionistischen Neuen Historikern zu danken, dass die Sprachlosigkeit zwischen Israelis und Palästinensern in Bezug auf ihre gemeinsame Geschichte ein Stück weit überwunden werden konnte. (7)

Deutscher Nationalismus und "neuer Jude"

Explizit an Said knüpfen innerhalb Israels vor allem solche Arbeiten an, die im Zusammenhang mit der brachialen modernistischen Eingliederung arabischer Juden in die israelische Gesellschaft in den 1950ern und ihrer bis heute fortdauernden Marginalisierung stehen. (8) Gershon Shafir hat gezeigt, wie die Existenz einer autochthonen palästinensischen Bevölkerung im zionistischen Narrativ ausgeblendet wurde, obwohl er im sozialen und politischen Kontext im Palästina des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, also in der vom arabischen Umfeld vergleichsweise wenig segregierten Phase vor der Staatsgründung Israels, geprägt wurde: Die Palästinenser als verdrängte Differenz der israelischen Nation. Bis heute bleibt der palästinensische Narrativ in den Augen des israelischen Mainstreams für die Eigenwahrnehmung völlig irrelevant. (9)

Eine für deutsche Linke noch interessantere Kritik am israelischen Nationalismus hat Amnon Raz-Krakotzkin formuliert. Die zionistische Bewegung basiert auf einer kategorischen Ablehnung der Diaspora. Ausgehend von der Negation des Diaspora-Judentums wurde in Israel während der ersten Jahrzehnte nach Staatsgründung streng zwischen "Exiljuden" und "neuen Juden" unterschieden. Die Anderen des Zionismus sind die arabischen Juden und das Diaspora-Judentum; die Palästinenser wurden weitgehend ignoriert. Während der stereotype "Exiljude" die physische und spirituelle Abnormalität des Diaspora-Judentums verkörpere, sei der ebenso stereotype starke, naturverbundene etc. "neue Jude" Ergebnis der Rückkehr der jüdischen Nation in ihr angestammtes Heimatland. Raz-Krakotzkin führt diese zentralen Motive im zionistischen Diskurs auf Anleihen aus der europäischen Romantik zurück. Sie spiegelten zudem unbewusst den modernen Antisemitismus wider, der ebenfalls stets die Abnormalität jüdischen Lebens in Europa betont und Juden als "Fremdkörper" innerhalb der jeweiligen europäischen Nation abgelehnt hat. Nationale Diskurse speisen sich nicht zuletzt aus einem entsprechenden Geschichtsverständnis.

Nationalistisch - nicht automatisch zionistisch! - motivierte jüdische Geschichtsschreibung entwickelte sich zuerst im Europa des 19. Jahrhunderts und als Teil der europäischen Geschichtswissenschaft, besonders des deutschen Historismus. Die Gründer der israelischen Geschichtswissenschaft haben diese Tradition aufgenommen und zum Zwecke der Konstruktion einer jüdisch-zionistischen Nationalgeschichte

weiterentwickelt, die in der Rückkehr der Juden in das "Land Israel" und in der Staatsgründung gipfelte. Aus seiner Kritik am israelischen Nationalismus entwickelt Raz-Krakotzkin die Forderung nach einer diasporischen Perspektive auf das zeitgenössische Israel als Gegendiskurs zum dominanten territorialen Nationalismus. (10)

In Bezug auf europäische Nationalismen wird üblicherweise zwischen einer eher republikanischen Version etwa des französischen und einer auf die Romantik zurückgehenden völkischen Version besonders des deutschen Nationalismus unterschieden, dessen intellektuelles Vehikel der Historismus war. Zionismus und deutscher Nationalismus speisen sich also aus denselben Quellen. Ausgerechnet der Zionismus soll zentrale Versatzstücke des modernen Antisemitismus quasi spiegelverkehrt übernommen haben? Aus einer deutschen Perspektive fällt es zugegeben schwer, Raz-Krakotzkin zu folgen, da seine Thesen im Verdacht stehen müssen, deutschen Antisemiten Argumentationshilfen zu geben für ihre Forderung nach einem Ende der "moralischen Erpressung" des halluzinierten deutschen Kollektivs durch "die Juden". Jedoch geht es mir an dieser Stelle gar nicht um die Wertung, sondern um die im Rahmen einer dialogischen Offenheit zwischen "Deutschen" und "Juden" notwendige Kenntnis des jeweils anderen Diskurses. Erst auf dieser Basis wird eine offene, auch kontroverse Diskussion möglich und wünschenswert. Ist es tatsächlich so unsinnig zu behaupten, der Zionismus widerspiegele zentrale antisemitische Topoi, wie etwa in Bezug auf die "physische und spirituelle Abnormalität" des Diaspora-Judentums im Vergleich zu den aus der "Normalisierung" der jüdischen Existenz im Rahmen eines jüdischen Nationalstaates angeblich hervorgegangenen "neuen Juden"? Ist es Ausdruck eines unverbesserlichen Antisemitismus anzudeuten, die Charakterzüge des stereotypen "neuen Juden" erinnerten fatal an Blut-und-Boden-Ideologie?

Den israelischen Mainstream kritisieren

Viele entziehen sich den Schwierigkeiten einer double critique, indem sie sich in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt schlicht für eine der beiden Seiten entscheiden, dabei aber nur sich selbst sehen. Während ein nicht unbedeutender Teil der deutschen UnterstützerInnen der Palästinenser sich wie eh und je in antisemitischen Tiraden ergeht, schütten die Antideutschen das Kind mit dem Bade aus, indem sie die palästinensische Intifada mehr oder weniger implizit mit dem deutschen Antisemitismus verwechseln und als völkischen Terror u.a. denunzieren. (11) Es ist auffällig, wie sehr auch die differenzierte Berichterstattung etwa der jungle world zum israelisch-palästinensischen Konflikt vor allem solche Meinungen wiedergibt, die mit dem liberalen israelischen Mainstream identifiziert werden. Dieser liberale Mainstream aber zeigt seit dem Scheitern des Oslo-Prozesses und dem Ausbruch der neuen Intifada, ebenso wie der überwältigende Rest der öffentlichen Meinung in Israel, zunehmend Symptome einer Wagenburgmentalität und eines damit einhergehenden Realitätsverlustes im Hinblick auf die palästinensische Seite.

Daraus ergibt sich etwa die Überbetonung der Rolle Arafats innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, die Rede von der angeblichen Großzügigkeit israelischer Angebote an die Palästinenser in Camp David, die Charakterisierung der Intifada als "Abnutzungskrieg" etc. Die Übernahme solcher Einschätzungen durch antideutsche Linke impliziert das Verschweigen der entsprechenden palästinensischen Gegenargumente, die stets die Verlogenheit des Oslo-Prozesses als modernisierte Fortführung der Besatzung betonen. Damit will ich keineswegs die Palästinenser als verfolgte Unschuld und revolutionäres Subjekt präsentieren. Beides ist nicht angebracht. Aber das Verschweigen oder die tendenziöse Rezeption des palästinensischen Diskurses hierzulande sind Formen epistemologischer Vereinnahmung, wie sie auch in Israel gegenüber den Palästinensern gang und gäbe sind.

Und damit wären wir wieder bei Edward Saids Orientalism angelangt, welcher als Entgegnung auf eben diese Form der Kolonisierung entstand. Es scheint, als würde Khatibis Kritik an zeitgenössischen arabischen Gesellschaften auch auf deutsche Linke zutreffen: Missliebige Probleme werden verneint oder ignoriert.

Achim Rohde

Anmerkungen:

1) Abdelkebir Khatibi, Maghreb Pluriel (Paris 1983).

2) Erdmann/Forst/Honneth (Hg.), Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung (Frankfurt & New York, 1990).

3) Vittoria Borso, Michel Foucault und Emmanuel Lévinas. Zum ethischen Auftrag der Kulturwissenschaften, in: kultuRRevolution 31 (April 1995), S. 24-29.

4) Peter Alter (Hg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden (München 1999).

5) Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz (Frankfurt/M. 1988).

6) Volkhard Knigge, Mit den Augen der Eskimos ... Oder: Können Deutsche Juden Sehen?, in: Helmut Gold und Georg Heuberger (Hg.), Abgestempelt. Judenfeindliche Postkarten. Auf der Grundlage der Sammlung Wolfgang Haney (Museumsstiftung Post und Telekommunikation und Jüdisches Museum Frankfurt/M. 1999), S. 131-132 & 134.

7) 1998 veranstaltete Le Monde Diplomatique in Kooperation mit der Revue d'Études Palestiniennes eine Konferenz, die dem Ideenaustausch zwischen israelischen Neuen Historikern und ihren palästinensischen Kollegen dienen sollte. Al-Ahram Weekly (21.-27. Mai 1998) veröffentlichte darauf einen ausführlichen Bericht über diese Konferenz von Edward Said, http://

www.ahram.org.eg/weekly/1998/378/pal2.htm.

8) Uri Ram, The Changing Agenda of Israeli Sociology - Theory, Ideology, Identity (Albany 1995).

9) Gershon Shafir, Land, Labour, and the Origins of the Israeli-Palestinain Conflict 1882-1914 (Cambridge/Mass. 1989).

10) Amnon Raz-Krakotzkin, Exile Within Sovereignty: Toward a Critique of the 'Negation of Exile' in Israeli Culture, Teil I in: Theory and Criticism [Hebräisch], 4 (1993), S.23-56, Teil II in: Theory and Criticism, 5 (1994), S. 113-132.

11) Christian Storck, Geschichte wird ethnisiert, jungle world 6/2001.

35. Korrektur zu "Die neofaschistische Gefahr bleibt", ak 450

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:22

Vereinfachungen potenziert

Betr.: Kolumbianische Arbeitsteilung, ak 451

Liebe ak-Redaktion,

In der letzten Ausgabe habt Ihr durch eingefügte Überschriften den Sinn meines Artikels "Kolumbianische Arbeitsteilung" ein wenig entstellt. Weil dadurch Missverständnisse entstehen können, möchte ich das kurz richtig stellen:

- Eure Zwischenüberschrift lautete "FARC und ELN beenden Gespräche". Das steht im Text etwas anders, nämlich: Die ELN hat im April die Gespräche unbefristet ausgesetzt, die FARC erklärten Anfang Mai, dass weitere Gespräche sinnlos seien, solange getroffene Vereinbarungen (konkret: der Austausch von Kriegsgefangenen) nicht umgesetzt würden. Die FARC haben also nur mit der Aussetzung der Gespräche gedroht. Inzwischen sind 42 Soldaten sowie 15 Guerilleros aus gesundheitlichen Gründen freigelassen worden, und man redet weiter im Caguán. Ob der Friedensprozess dadurch dauerhaft in Schwung kommt, ist eher unwahrscheinlich. Es wird wohl weitergehen wie bisher: weder große Erfolge noch ein definitiver Abbruch der Gespräche.

- In der Unterzeile der Überschrift heißt es "Regierung, Ultra-Rechte, EU und USA gemeinsam gegen Guerillas". Ich weiß, dass ich durch meinem Text manchen Vereinfachungen Vorschub geleistet habe, die Überschrift macht die Sache allerdings noch simpeler. Tatsache ist: Kolumbianische Regierung und Ultra-Rechte beharken sich gegenseitig (wobei es auch Sympathisanten einer militärischen Lösung in der Regierung gibt). Bisweilen gibt es dabei ernsthafte Konflikte (u.a. haben die Paramilitärs den Verhandlungsführer der Regierung bedroht), gleichzeitig jedoch auch eine Koexistenz, bei der die Pastrana-Regierung von den (Para-) Militärs profitiert und umgekehrt. (Etwas Ähnliches gilt im übrigen für die verschiedenen Schwerpunkte zwischen europäischer und US-amerikanischer Kolumbien-Politik). Falsch ist außerdem auch die Annahme, dass Regierung, Ultra-Rechte, USA und EU mit ihrer Politik hauptsächlich die Guerilla bekämpften. Die zwei Millionen Vertriebenen sind Kleinbauern, die vom IWF angeordnete Privatisierungswelle trifft Arbeiter und Angestellte, der schmutzige Krieg richtet sich gegen Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Schwarze- und Indígena-Organisationen. Deswegen muss man eigentlich sagen "gemeinsam gegen die Unterschichten" oder "die Bevölkerungsmehrheit". Dass ein Staat gegen eine Guerilla Krieg führt, die jenem den Krieg erklärt hat, ist nicht weiter verwunderlich. Problematisch ist jedoch, dass die kolumbianischen Eliten einen Vernichtungsfeldzug gegen die sozialen Organisationen der Bevölkerung führen.

So weit und solidarische Grüße,

Raul

Die Bedeutung von Dreux

Betr.: Die neofaschistische Gefahr bleibt, ak 450

In ak 450, S. 22f. wurde durch eine Kürzung im Text die Aussage zur Bedeutung der französischen Stadt Dreux für die Neofaschisten verzerrt. Zur Richtigstellung daher hier die vollständige Passage:

"In dieser Stadt rund 100 Kilometer westlich von Paris, rund 40.000 Einwohner, hatte der FN seinen ersten Wahlerfolg überhaupt gelandet, bei der Wiederholung einer Rathauswahl im September 1983. Hier hatte seine damalige Gallionsfigur Marie-France Stirbois, Witwe des ein Jahr zuvor tödlich verunglückten FN-Generalsekretärs, im Dezember 1989 die erste absolute Mehrheit für den Front National errungen: 61,3 Prozent bei der Nachwahl für einen freigewordenen Sitz im nationalen Parlament. (Unter zugegeben außergewöhnlichen Umständen: In den vier Wochen davor kamen der Fall der Berliner Mauer und das angebliche definitive Ende des Kommunismus und die erste ‚Schleier-Affäre - der Streit über das Tragen muslimischer Kopftücher in französischen Schulen - zusammen.) Später hatte der FN hier Jahre hindurch bei

rund 40 Prozent gelegen, im November 1996 hatte Marie-France Stirbois noch 39,4 Prozent der Stimmen in einer Wiederholungswahl zum Rathaus erhalten."

Vielen Dank, Ciao Bernhard

36. Home, sweet home. Identitätsdiskurs als Urlaubslektüre

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak452/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:29

Da sage noch mal jemand, Konstruktion und Dekonstruktion von Identitäten sei ein universitärer Intellektuellen-Diskurs, Modethema in Oberseminaren und linken Theoriezirkeln. Der Gegenbeweis ist 650 Seiten dick, kostet 44,90 DM und heißt "White Teeth" bzw. "Zähne zeigen". Es ist der Erstlingsroman von Zadie Smith, der seit Anfang des Jahres auch in der deutschen Übersetzung vorliegt.

Zadie Smith ist Britin, Teile ihrer Familie stammen aus Jamaica. Sie ist gerade 25 Jahre alt, und die Legende will es, dass sie "White Teeth" gewissermaßen als Ausgleichssport während der Vorbereitungen auf ihren College-Abschluss geschrieben hat. Egal, welche Geschichten um den neuen literarischen Shooting Star stimmen und welche nicht: "Zähne zeigen" ist pures Lesevergnügen mit allem, was dazu gehört: Witz von der feinsten, sarkastischen englischen Sorte, Storys voller Pointen, zusammengehalten von einem erzählerischen Rahmen mit dem richtigen Hauch eines Epos.

"Zähne zeigen" erzählt Kolonialgeschichte, Erfahrungen von Ein- und Auswanderung. Im Alltagsverhalten und im Denken der Romanfiguren werden abstrakte Wortungetüme wie "Hybridität" oder "multiple Identität" lebendig und sinnlich greifbar. Der Roman umspannt die letzten 50 Jahre, sprunghaft, nicht chronologisch, und mit episodenhaften Ausflügen in das 18. und 19. Jahrhundert. Im wesentlichen jedoch spielt (spielen) sich die Geschichte(n) in London ab, in den Communities der EinwandererInnen aus Pakistan, Indien, Bangladesh oder Jamaica, in den letzten 30 Jahren. Das Buch erzählt von der Freundschaft zwischen Archie Jones und Samad Iqbal. Beide sind Looser, der eine weiß, verhinderter Selbstmörder und Papierserviettenfalter, der andere aus Bangladesh stammend, verhinderter Intellektueller und Kellner in einem Curry House. Erzählt wird die Geschichte dieser beiden Männer und ihrer Familien, die Geschichte von Clara Jones, deren Mutter aus Jamaica stammt und überzeugte Zeugin Jehovas ist, von Alsana Iqbal, die ihrem Mann versprochen wurde, als sie noch gar nicht geboren war und die sich permanent mit List und Tücke gegen die männliche Überheblichkeit ihres Gatten zur Wehr setzt (nicht ohne dass sie sich trotzdem von ihrer Nichte Lektionen in Sachen Feminismus anhören müsste). Und da sind die Kinder: Millat Iqbal, der in London aufwächst, auf Robert de Niro und Hollywood-Gangster abfährt, Frauenheld, Gangleader, Kiffer und Mitglied in einer islamistisch-fundamentalistischen Sekte gleichzeitig ist. Magid Iqbal, sein älterer Bruder, den sein befreiungsnationalistischer Vater nach Bangladesh schickt, auf dass er dort - unverdorben von der britischen Kolonialkultur - die ursprünglichen Werte seiner Heimat kennen lerne, und der britischer zurückkommt als ein Eton-Schüler. Irie Jones, die dick ist und darunter leidet, die ihre krausen Haare unter Schmerzen glättet. Und dann gibt es noch all die Großmütter und -väter, Nichten und Neffen, ehemaligen Liebhaber, Freundinnen und Freunde, Feindinnen und Feinde.

"Zähne zeigen" handelt von den immer wiederkehrenden Bemühungen um Selbstvergewisserung: "Wer bin ich"? "Was ist meine Geschichte"? "Wo komme ich her"? Die Hauptpersonen bei Zadie Smith sind permanent auf der Suche: nach ihrem "wahren Ich", nach ihrer "eigentlichen" Identität, nach ihrer "tatsächlichen" Heimat, nach ihren Wurzeln. Und egal wo sie suchen, ihre Suche führt immer ins Nichts bzw. in die Verwirrung. Hinter jedem Anfang tut sich eine neue Geschichte auf, und die Wurzeln sind keine eindeutigen, geraden Pfahlwurzeln, sondern sie enden in einem wilden, verflochtenen Gestrüpp, in Rhizomen, um Gilles Deleuze und Felix Guattari zu zitieren. In ihrer Suche nach einer eindeutigen kulturellen, ethnischen, religiösen Identität sind die Jones's und die Iqbals tragische Figuren, und "Zähne zeigen" ist die Geschichte ihres Scheiterns: Wie weit sie auch zurückgehen, in ihrer Familiengeschichte oder in eine territoriale "Heimat" - sie kommen niemals endgültig an. Dass diese Tragik nicht etwa schwer(mütig) oder bedauernd daher kommt, macht unter anderem die Lust am Lesen aus. Der Erzählton bei Smith ist immer leicht und humorvoll. Zadie Smith macht sich auch und vor allem über das sinnlose Unterfangen ihrer ProtagonistInnen lustig, zerstört ihre Hoffnungen - allerdings ohne sich von ihnen zu distanzieren. Die Iqbals und Jones's können in jeder Zeile mit ihrem Verständnis und ihrem Mitfühlen rechnen.

Das Thema Rassismus manifestiert sich bei Zadie Smith in dem Paternalismus der liberal-alternativen Familie Chalfen und dem Rückkehrer Magid. Hier porträtiert Smith einen aufgeklärten, liberalen weißen

Mittelschichts-Kolonialismus, dessen modernistisch-rationaler Jargon vor Rassismus trieft. Für Joyce Chalfen ist jede muslimische Frau ein unterdrücktes Wesen, rückständig und ungebildet. Ihr Mann Marcus kann es nur als Zeichen einer tiefen Seelenverwandtschaft wahrnehmen, als er Magid vom Flughafen abholt und dieser ihn sofort erkennt. Doch die Selbstgefälligkeit des Marcus Chalfen beruht auf einem Missverständnis: Magid hatte schlicht und einfach den einzigen Weißen am Gate erkannt.

Trotz des beißenden Spotts über die Chalfens kommt Rassismus bei Zadie Smith auf eine gewisse Weise beiläufig daher. Er scheint so banal (oder aber so selbstverständliche Alltagserfahrung), dass sich die Iqbals und Jones's gar nicht mehr darüber aufregen. Sie haben andere Sorgen, als sich mit verrückten weißen Mittelschichtswohltätern rumzuschlagen. Aber möglicherweise vermittelt sich hier auch eine Form von Selbstbewusstsein: Die Iqbals und die Jones's definieren sich nicht als Opfer von Rassismus oder über den Widerstand gegen rassistische Strukturen. Für ihre Suche und für ihre großen und kleinen Probleme spielen weiße Arschlöcher nur am Rande eine Rolle.

Es kann sein, dass Zadie Smith auf ihrem Weg zum schlussendlichen Showdown eine Umdrehung zu viel macht, vielleicht hätte sie sich ein paar Personen und 100 Seiten schenken können. Vielleicht aber auch nicht. Wie oft hat man schon die Gelegenheit, auf so unterhaltsame Weise Nachhilfestunden in Identitätspolitik und ihrer Kritik zu bekommen. Da darf's dann auch ruhig ein bisschen mehr sein. Und im (Sommer)Urlaub können gute Bücher gar nicht dick genug sein.

dk

Zadie Smith: "Zähne zeigen", Droemersche Verlagsanstalt, München 2001, 650 Seiten, 44,90 DM

Creation date: 07-05-2001-

Modification date: 07-05-2001-

37. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak452/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:17

Grenzgänger

"Eine Linie durchschneidet den Raum zwischen dem Hier und Dort. Sie hat Augen. Sie hat Zähne. Sie stellt ihre Hoheitszeichen auf. Hier beginnt ein anderes Gesetz. Hier verteidigt ein Land sein Territorium," schreibt Frank Berberich in dem Vorwort des von der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia herausgegebenen Buches "Über die Grenze". In fünf Essays und zehn Fotoreportagen werden Orte beschrieben, an denen Überfluss und Elend aufeinander prallen. Nationale Grenzen sind der offensichtlichste Ausdruck staatlicher Macht: Sie trennen Arm von Reich, Drinnen von Draußen, Zugehörige von Ausgeschlossenen. Individuelle Geschichten der Flucht stehen im Mittelpunkt der Reportagensammlung, die unter anderem die Grenzkonflikte zwischen Israel - Palästina, Mexiko - USA, Spanien - Marokko und Südafrika - Mosambik aufgreifen. Eine große Qualität des Buches sind die ungewöhnlichen Fotoreportagen, die das Drama der Grenzen eindrücklich zeigen: Gekenterte Flüchtlingsschiffe, Elektrozäune und Stacheldraht, Menschen, die von Zügen springen und patrouillierende Grenzsoldaten. Auch in den Texten dominiert eine individuelle Sicht auf Grenzen. So beschreibt Randa Shaath, wie für die PalästinenserInnen die Heimat zum Gefängnis wird: Willkürliche Militärkontrollen, Passagierscheine und tägliche Repressionen kennzeichnen das Leben in der Westbank. Vor allem die Beiträge über die Abschottung europäischer Grenzen zeigen, mit welcher Brutalität Staaten ihre Territorien gegen Unerwünschte "sichern". Die Kluft zwischen privilegierten "Inländern" und ausgeschlossenen "Ausländern" manifestiert sich nirgendwo so konkret wie an den jeweiligen Landesgrenzen.

Über die Grenze. Fotoreportagen und Essays, Rotpunktverlag Zürich 2001, 187 Seiten, 38 DM

Filme für die Volksfront

Volksfront - der Begriff ist in den letzten Jahren zur Propagandaformel konservativer Politiker geworden. Dass damit ursprünglich das antifaschistische Bündnis gegen den Faschismus bezeichnet wurde, ist heute kaum noch bekannt. Jetzt könnte ein leicht lesbares, preisgünstiges Buch einige Wissenslücken über die Kulturpolitik der Volksfront füllen. Es geht zurück auf die Initiative einiger Studenten des kulturwissenschaftlichen Seminars der Berliner Humboldt-Universität. Sie befassen sich mit drei Künstlern, die ihre Werke in den Dienst der antifaschistischen Volksfront stellten. Exemplarisch vorgestellt werden die linken Filmemacher Erwin Piscator, Gustav von Wangenheim und Friedrich Wolf sowie ihre im sowjetischen Exil entstandenen Filme "Aufstand der Fischer von St. Barbara", "Der Kampf geht weiter" und "Kämpfer". Vor allem Wangenheim und Wolf drohten nach dem Ende der DDR in Vergessenheit zu geraten - auch ihre Namen mussten von den Straßenschildern verschwinden. Die Autorinnen und Autoren beteiligen sich nicht an dem modischen Generalverriss linker Politik, doch Schönfärberei betreiben sie ebenfalls nicht. Die zunehmende Reglementierung der antifaschistischen Filmarbeit durch den Stalinismus in der Sowjetunion wird ausführlich dargestellt. Nicht unerwähnt bleibt die zweifelhafte Rolle von Künstlern wie Wangenheim angesichts der stalinistischen Repression. Auch manche skurrilen Eigenheiten der Künstler werden dem Vergessen entrissen. So wäre an einem Streit zwischen dem als exzentrisch geltenden Piscator und den sowjetischen Kulturbehörden das Filmprojekt "Der Aufstand der Fischer" fast gescheitert. Nur aus Angst vor einem internationalen Skandal gingen die sowjetischen Behörden auf alle Forderungen Piscators ein. Wie stark die Alltagspolitik in die Filme einging, wird an vielen Beispielen deutlich. So wird in dem Film "Der Aufstand der Fischer" die Figur des Nazis eingefügt, der in der gleichnamigen Erzählung von Anna Seghers gar nicht vorkommt. Der Grund für die Veränderung: Statt wie bei Seghers der Klassenkampf sollte jetzt das Bekenntnis zur antifaschistischen Einheitsfront im Vordergrund stehen.

Reinhard May, Hendrik Jackson (Hg.): Filme für die Volksfront. Erwin Piscator, Gustav von Wangenheim, Friedrich Wolf - antifaschistische Filmemacher im sowjetischen Exil; Berlin 2001, 255 Seiten, 14,80 DM

Wehrpflicht abschaffen!

Allen Dementis zum Trotz wollen die deutschen Militärpolitiker eine reformierte Bundeswehr, die einer Berufsarmee gleichkommt. Dennoch wird an der allgemeinen Wehrpflicht unbeirrt festgehalten. Stefan Gose, Redakteur der antimilitarismus information (ami), hat für den Arbeitskreis Friedenspolitik - Atomwaffenfreies Europa e.V. in einer Broschüre Fakten und Argumente zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in der

BRD zusammen getragen. Er kommt zwar zu dem Ergebnis, dass allein die Abschaffung der Wehrpflicht nichts mit Friedenspolitik zu tun hat, hebt aber gleichzeitig hervor: "Dennoch liegt die Aussetzung, nach Möglichkeit auch Abschaffung der Wehrpflicht, im demokratischen Interesse. Denn die Aufgabe der Zwangsorganisation beendet nicht nur ein demokratiefeindliches Sozialisationsmodell, dessen Akzeptanz zu weiteren Grundrechtseinschränkungen ermuntert." Zwangsdienste seien generell gefährlich - sie "fördern die Bereitschaft, weitere Freiheiten einzuschränken, wodurch am Ende nur noch eine autoritäre ultima ratio den Befreiungsschlag verspricht." Der Verzicht auf diese ultima ratio zwinge zu Interessenausgleich und Konfliktprävention - was man bezweifeln kann. Nützlich ist der Anhang mit 15 Seiten Chronik zur Entwicklung der Bundeswehr. Sie beginnt richtigerweise mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands.

Stefan Gose: Wehrpflicht am Ende. Fakten und Argumente zur Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht in der BRD; herausgegeben vom Arbeitskreis für Friedenspolitik - Atomwaffenfreies Europa - e.V. c/o Steffen Rogalski, Kilstetter Str. 48, 14167 Berlin, 92 Seiten, 6,50 DM

Zivilisationsbruch Auschwitz

Im vergangenen Jahr erschienen gleich zwei Bücher, in denen sich der Pariser Soziologe Enzo Traverso mit der "Rationalität" des Judenmordes beschäftigt. Das eine - Nach Auschwitz. Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermordes - richtet sich insbesondere an die marxistisch orientierte Linke, von der Traverso nicht weniger verlangt als die Erarbeitung eines "Marxismus nach Auschwitz". (vgl. Rezension in ak 444) Das zweite Buch - Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah - hat einen weniger klar umrissenen Adressatenkreis. Es ist ein Überblick über frühe Versuche von Intellektuellen, die Shoah zu verstehen und zu deuten. Vorgestellt und kritisch kommentiert werden die Arbeiten von Hannah Arendt, Günther Anders, Theodor W. Adorno, Paul Celan, Jean Améry, Primo Levi, Dwight Macdonald und Jean-Paul Sartre. Im Schlusskapitel über "Rationalität und Barbarei" fasst Traverso seine eigene Interpretation zusammen: "Auschwitz war ein Zivilisationsbruch: Es machte die Dialektik des Zivilisationsprozesses kenntlich, das ihm innewohnende Potenzial von Gewalt und Unmenschlichkeit." Gegen diese Deutung polemisiert Tjark Kunstreich: In seinem "Entlastungsfuror" biete Traverso nur "sinnentleerte Sprachhülsen" und "diskursiven Brei", das Buch Nach Auschwitz diene "keinem anderen Zweck, als die Totalitarismustheorie für Linke hoffähig zu machen". (konkret 12/2000) In Wahrheit spricht sich Traverso nirgendwo für eine "Totalitarismustheorie" aus, geht es in seinen Büchern auch keineswegs "von der ersten bis zur letzten Seite" (Kunstreich) um "Zivilisationsbruch" - ein Begriff, der im übrigen nicht von Traverso erfunden wurde, sondern schon 1988 Titel eines von Dan Diner herausgegebenen Buches war. Kurzum: Kunstreichs Warnung soll hier eine ausdrückliche Empfehlung entgegen gesetzt werden. Dass Traversos Arbeiten "nicht frei von Fragwürdigkeiten und Fehlern" sind, wurde schon in ak 444 ausdrücklich betont. Sie bieten nicht letzte Wahrheiten, sondern regen zum Nachdenken und Weiterlesen an.

Enzo Traverso: Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah; Hamburger Edition 2000, 368 Seiten, 58 DM

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak452/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:28

Zum Beispiel

Rote Flora

Stadtplanung dient partikularen Interessen, öffentliche Räume werden privatisiert und nach ökonomischem Nutzen umgestaltet. Dieser allgegenwärtige Prozess lässt sich auch an der Entwicklung des "Standortes Schanze" festmachen: der Verkauf der Roten Flora, steigende Miete und eine rassitische Drogenpolitik bei gleichzeitigen kulinarischen Multikulti-Hipe. Am 10. Juli findet eine Podiumsdiskussion zum Thema "Öffentlicher Raum zwischen Privatisierung und Repression" statt. Auf dem Podium sitzen, neben VertreterInnen der Roten Flora, Senfo Tonkam von der African Refugees Association, Meike Jäger von den IG-Medien, Ted Gaier von den Goldenen Zitronen, der Kriminologe Erdmann Prömmel und Menschen der Gruppe demontage.

Hamburg, 10.7, 19 Uhr im Hörsaal der HWP, Von-Melle-Park 9. Infos unter: www.demontage.org

Zelik on tour

Von der Süddeutschen zum hoffnungsvollen Nachwuchsautor auserkoren, tingelt Raul Zelik derzeit mal wieder durch die Republik, um sein neues Buch "Grenzgängerbeatz" vorzustellen. In der Kurzgeschichtensammlung finden sich Geschichten über Migrantenkids in Kreuzberg, die Gewerkschaftsbewegung in Kolumbien oder die Situation im Baskenland.

Bonn, 9.7., in der Buchhandlung Le Sabot; Münster, 10.7, in der Kneipe Frauenstiftstrasse, Hamburg, 11.7. in der Buchhandlung im Schanzenviertel jeweils um 20 Uhr. Celle, 12.7., um 19.30 Uhr im Bunten Haus

ZeugInnen der Krone

Kronzeugenregelungen wie beim RZ-Prozess gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Portugal, Italien und Irland. Das Berliner Bündnis für Freilassung lädt zur Veranstaltung "Verraten und Verkauft" ein, bei der über verschiedene Kronzeugenverfahren im politischen Prozessen informiert wird. Es referieren unter anderem Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni, Paul O'Neill zu den Prozessen in Nordirland und Andrea Colombo, ehemals "Portere Operaio", über Kronzeugenprozesse in Italien.

Berlin, 12. Juli, 19.30 Uhr, im Kato, U-Bahnhof Schlesisches Tor

Umsonst

und draußen

Auch dieses Jahr findet wieder das Open-Air Wutzrockfestival statt. Vom 13. bis zum 15.7. gibt es neben den Konzerten von Bands wie La vache frontale, Sissies, Neues Glas aus alten Scherben und Painted Air, wieder jede Menge Kleinkunst und Kinderprogramm. Sowohl das Programm als auch das Parken und Zelten sind umsonst. Das Festival beginnt am Freitag um 18 Uhr, nonstop kann dann bis zum späten Sonntagnachmittag durchgerockt werden.

Hamburg, 13. - 15.7., Anfahrt: S-Bahn 21, Mittlerer Landweg oder über die Autobahn 25 (Hamburg-Geesthacht), Abfahrt Allermöhe.

Weitere Infos unter www.wutzrock.de

Klimaschutzkonferenz in Bonn

Dass der UN-Weltklimagipfel in Bonn irgendetwas anderes als reine Lippenbekenntnisse hervorbringt, ist angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse nicht zu erwarten. Umso wichtiger ist es, zu dem Gipfel mit gezielten Protestaktionen Druck zu machen. Das Netzwerk risingtime, das aus dezentral organisierten, außerparlamentarischen und kapitalismuskritischen Gruppen besteht, organisiert und bündelt die verschiedenen Proteste vor Ort. So findet zum Auftakt des Gipfels eine Fahrraddemo in der Bonner Innenstadt

statt. Durch Vorträge und Diskussionen soll auf die Bedeutung des globalen Klimaschutzes aufmerksam gemacht werden.

Bonn, 16.7., Demotreffen auf dem Münsterplatz um 12 Uhr. Weitere Informationen unter www.risingtime.de

Wem gehört

die Stadt?

Ob in Hamburg, Berlin oder Köln, derzeit werden Städte aufgemotzt und zu konsumorientierten Image-Citys umgestaltet. Gegen diese Umgestaltung der Städte zu Konsummeilen hat sich in Hamburg die Gruppe Wemgehörtdiestadt gegründet. Auslöser war eine 500.000 Mark teure New-Media-Party mit dem bezeichnenden Namen "Hamburger Dialog", die die Stadt Hamburg am 23. April am Hafen veranstaltet hat. Trotz des massiven Protestes von AnwohnerInnen wurde der öffentliche Raum von Polizei und Sicherheitskräften abgeriegelt, dabei kam es zum Schlagstockeinsatz, etliche DemonstrantInnen wurden verhaftet. Die Gruppe Wemgehörtdiestadt, der u.a. der Pudelsclub, die Hafenstraße und die Rote Flora angehören, reagiert mit einem Aktionstag unter dem Motto "Die Stadt mit dem Diskurs besetzen" auf diese Vorkommnisse. Am 21. Juli finden rund um die Hafenstraße verschiedene Kunstausstellungen, Theaterstücke und Konzerte statt. Gleichzeitig wird in Vorträgen und Diskussionsrunden über die Zukunft der Stadt debattiert. Denn: Die Stadt gehört uns!

Hamburg, 21.7., ab 16 Uhr, in der Kehre zwischen Amphore und 3/10 Toleranz, Hafenstraße 126

Gegen das Endlager in Bure

Vom 22.-29.7. findet im französischen Bure eine Aktionswoche gegen das geplante Endlagerprojekt in Lothringen statt. Zu der Auftaktdemo "Stopp dem atomaren Wahnsinn" reisen Anti-AKW-GegnerInnen aus Frankreich und Deutschland zu Fuß, mit dem Rad, Pferd, PKW oder Bus nach Bure an. Für das einwöchige Camp sind ebenfalls Vorträge, Diskussionen, Aktionen und verschiedene kulturelle Aktivitäten geplant.

Bure/Frankreich, 22.7.-29.7.

Kontakt: Coordination nat. contre l'enfouissement des déchets radioactifs, Tel.: 0033-329454555, Email:

burestop@multimania.com

Innere Grenzen

im Visier

In diesem Jahr findet das 4. antirassistische Grenzcamp von Kein Mensch ist illegal in Frankfurt am Main statt. Der Schwerpunkt der Aktionen liegt daher auf dem Flughafenverfahren und dem Internierungslager am Rhein-Main-Airport. Mit dabei sind Menschen von The Voice von der Kampagne gegen die Residenzpflicht. Deren zentrale Forderung ist die Legalisierung aller in Deutschland lebenden "Illegalen". Ihr soll mit dem Camp Nachdruck verliehen werden. Neben antifaschistischen und antirassistischen Aktionen werden auch Themen wie das Verhältnis zwischen "deutschem" Antirassismus und migrantischer Selbstorganisation und das Verhältnis zwischen Sexismus und Rassismus aufgegriffen.

Frankfurt, 27.7.-5.8., Kontakt: Campbüro c/o 3. Welthaus, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt, Tel.: 069/79201772 (Mi. 18-22 Uhr),

www.aktivgegenabschiebung.de

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak452/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:37

Probeexemplare werden bei uns immer wieder bestellt - und das ist gut so. Eine besondere Bestellung erhielten wir nach den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Göteborg. Ein Mensch schickte uns die Adressen von fünf Inhaftierten, verbunden mit der Bitte, ihnen eine ak-Ausgabe zukommen zu lassen. Dieser Bitte sind wir gerne nachgekommen und hoffen natürlich, dass die GenossInnen a) aus der U-Haft raus sind und b) sie sich jetzt für ein Abo entscheiden.

In der letzten ak-Ausgabe war ein Stand auf der Rage-against-Abschiebung-Veranstaltung der Hamburger Regenbogen-Gruppe angekündigt worden. Wegen widriger Umstände kam dieser nicht zu Stande. Die Veranstaltung schon. Regenbogen war mit dem Besuch zufrieden (von 700 BesucherInnen war die Rede), wir mit dem Absatz der mitgebrachten Probeexemplare (kostenlose ältere Probeexemplare, wie auch aktuelle ak-Ausgaben können gerne bei uns für Veranstaltungen etc. bestellt werden).

Dass der Stand nicht zu Stande kam lag unter anderem an der physischen und mentalen Vorbereitung von Teilen der Redaktion auf das alljährliche Hamburger Fußballturnier der FreizeitkickerInnen. Dreißig Mannschaften spielten, in diesem Jahr zum 24ten mal, den August-Postler-Pokal aus. August Postler war ein bekannter Hamburger Arbeitersportler, der von den Nazis ermordet wurde. Die Mannschaft des FCKB konnte leider nicht entscheidend eingreifen und belegte nur einen Trostplatz.

Jetzt starten wir erstmal in die Sommerpause. Hier die bisher angepeilten Reiseziele der Redaktion: Süditalien, Budapest und Donau via Rad, Prag und Elbe via Rad, Baskenland, Slowenien, Wendland. Es gab auch Nennungen wie Grenzcamp und Genua. Zumindest beim letztgenannten Ort dürfte der Urlaubscharakter leider wegfallen.

Wir hoffen, dass wir für die nächsten acht Wochen interessanten Lese- und Diskussionsstoff zusammengestellt haben und freuen uns wie immer auf Reaktionen (wir hören ab und an auch gerne Lob). Anschließend an den Globalisierungsschwerpunkt in dieser Ausgabe wird es in unserem nächsten Schwerpunkt um Stadtpolitik und deren Auswirkungen gehen.

Wir wünschen eine schöne Sommerpause, gutes Wetter, erfolgreiche Demonstrationen.

Eure ak-Redaktion

40. Quelldatei spalte.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak452/spalte.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:452:spalte

Die nächste Ausgabe von ak erscheint am30. August 2001

Proteste in Algerien Seite 19

Abwege deutscher Außenpolitik Seite 20

NATO hilft Mazedonien zu teilen Seite 22

Berliner PDS: Strategiedefizit Seite 3

Israel und die deutsche Linke Seite 32

Stammzellen- forschung: DFG startet Testballon Seite 8

Bilanz der Online-Demo Seite 5

BKA ermittelt gegen Anti-AKW-Bewegung Seite 27

Neoliberale Experimente in Argentinien Seite 18

RZ-Prozess: Szenen vor dem Saal 500 Seite 26

Kritische Theorie wird entsorgt Seite 25